

Beschluss

Präambel

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 **ZEIT FÜR GRÜN – BERLIN ZUKUNFTSFEST MACHEN**

2 Diese Wahl findet in bewegten Zeiten statt. Berlin hatte sich in den vergangenen Jahren auf
 3 den Weg zu einer klimaneutralen, lebenswerten und gerechteren Stadt gemacht. Doch die
 4 letzten Jahre und Monate haben uns auch in beispielloser Weise herausgefordert. Die Corona-
 5 Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine oder die rasanten Preissteigerungen
 6 für Energie und Lebensmittel, haben vermeintliche Gewissheiten über den Haufen geworfen.
 7 Gleichzeitig schreitet die Klimakrise voran und die soziale Spaltung verschärft sich. Viele
 8 Menschen haben deshalb tiefgreifende Sorgen und blicken mit großer Ungewissheit in die
 9 Zukunft.

10 **Gerecht in der Krise und grün aus der Krise**

11 Wir stellen uns diesen Herausforderungen und wollen Berlin zukunftsfest machen! Wir haben
 12 während der Corona-Pandemie und nach den Energiepreissteigerungen bewiesen, dass wir schnell
 13 und gezielt handeln, um dort zu helfen, wo Hilfe dringend nötig ist. Und das tun wir auch
 14 dieses Mal. Berlin war das erste Bundesland, das die Entlastungspakete des Bundes durch
 15 eigene Hilfen gezielt ergänzt hat. Mit einem Härtefallfond schützen wir Menschen, die sich
 16 Miete und Energiekosten nicht mehr leisten können. Das 29-Euro Ticket bietet günstige
 17 Mobilität für alle und sozialen Trägern und Unternehmen helfen wir gezielt, bevor sie von
 18 den Energiekosten erdrückt werden. Wir wollen niemanden zurücklassen, sondern solidarisch
 19 durch diese Krisenjahre gehen. Deshalb unterstützen wir gezielt diejenigen, die es am
 20 dringendsten brauchen, und verteilen keine Geschenke an die, die hohe Einkommen oder
 21 Vermögen haben. Wir wollen aber mehr als das: Wir wollen besser aus der Krise herauskommen,
 22 als wir hineingegangen sind. Deshalb verlieren wir das große Ganze nicht aus dem Blick. Das
 23 Berliner Entlastungspaket hilft konkret in der Not, unterstützt aber auch den ökosozialen
 24 Umbau unserer Stadt. Denn nur so kann es gelingen, Berlin langfristig zukunftsfest zu
 25 machen.

26 **Erneuerung muss aus dem Roten Rathaus kommen**

27 Wir Bündnisgrüne haben bereits in den letzten Regierungsjahren die ökosoziale Wende
 28 eingeleitet. Doch angesichts der Krisen müssen wir nun noch schneller und beherzter den
 29 Umbau der ganzen Stadt angehen. Berlin hat alles, um gerechter, wirtschaftlich erfolgreicher
 30 und ökologischer aus den Krisen zu kommen, als es hineingegangen ist. Doch dafür brauchen
 31 wir den Mut zur Veränderung und eine Erneuerung im Roten Rathaus. Berlin wurde in den
 32 Nullerjahren kaputtgespart. Später fehlte der Mut im Roten Rathaus, die grundlegenden
 33 Reformen in der Verwaltung anzugehen. Aber gerade angesichts der Krisen können wir es uns
 34 nicht länger leisten, diese träge Ideenlosigkeit einfach fortzuschreiben. Wir brauchen einen
 35 Politikwechsel an der Spitze Berlins, der eine ökosoziale Wende einleitet und die Verwaltung
 36 fit macht für ihre Zukunftsaufgaben. Das erfordert mehr soziale Gerechtigkeit statt
 37 Entsolidarisierung. Mehr Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft statt
 38 Zukunftsvergessenheit. Mehr solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung. Berlin hat die Wahl
 39 und kann sich jetzt dafür entscheiden.

40
 41 Wir sind überzeugt, der soziale und klimaneutrale Umbau unserer Stadt ist machbar: Dafür

42 braucht es mehr Solaranlagen auf den Dächern, um unsere Energiegewinnung unabhängiger und
43 preiswerter zu machen, eine Verkehrswende, die kostengünstige und klimaneutrale Mobilität
44 für ganz Berlin ermöglicht, Parks und mehr Grünflächen, in denen man sich wohlfühlt, erholen
45 kann, und die Stadt in Hitzeperioden kühl halten. Es braucht bezahlbare Mieten in unserer
46 Stadt, damit unsere Kieze mit starken Nachbarschaften lebendig und vielfältig bleiben und
47 eine Wärmewende, die unsere Wohnungen mit erneuerbaren Energien versorgt, um die Nebenkosten
48 dauerhaft in den Griff zu bekommen. Genauso brauchen wir gute Kitas und Schulen, um
49 wirkliche Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu schaffen. Gute Bildung ist das Fundament
50 unserer Gesellschaft. Die Herausforderungen sind enorm. Wir brauchen Mut, sie entschlossen
51 mit den zukunftsweisenden Kompetenzen anzugehen, damit die Transformation, insbesondere
52 Dekarbonisierung und Digitalisierung, gelingt. Und wir brauchen eine funktionierende
53 Verwaltung, die unser Gemeinwesen zusammenhält, alle Berliner*innen unterstützt und in
54 Krisensituationen schnell und wirksam handeln kann. Wir müssen Rassismus, Antisemitismus und
55 jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten, denn nur eine
56 demokratische, weltoffene, feministische, antifaschistische und solidarische
57 Stadtgesellschaft schafft den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um zukünftige Krisen
58 bewältigen zu können. Berlin hat das Potential, um aus den aktuellen Krisen gerechter,
59 ökologischer und krisenresilienter herauszugehen.

60 **Ein Anfang ist gemacht**

61 Wir Bündnisgrüne haben in den letzten Jahren bereits die Grundlagen dafür gelegt, dass
62 Berlin gut durch die aktuellen Krisen kommen kann. Wir haben in die Widerstandsfähigkeit und
63 Stabilität Berlins investiert – allen voran in die Krankenhäuser, die öffentliche
64 Gesundheitsversorgung und das Personal in den Bezirksämtern. Doch wir haben noch vieles mehr
65 angepackt, um Berlin zukunftsfest zu machen: Wir bauen die Stadt um für Menschen statt für
66 Autos. Wir haben Fahrradwege gebaut und mit Autos verstopfte Kieze nach und nach wieder den
67 Menschen zurückgegeben, die darin leben. Durch das 29-Euro Ticket konnten viele
68 Berliner*innen in der aktuellen Krise entlastet werden. Dabei zahlt sich aus, dass wir in
69 den letzten Jahren massiv in den ÖPNV investiert und hunderte neue U-Bahn-Wagen und
70 Elektrobusse für die BVG angeschafft haben, um allen Berliner*innen einen eng getakteten und
71 zuverlässigen ÖPNV anbieten zu können. Die Mietenpolitik haben wir überall da umgekrempelt,
72 wo beim Land die Zuständigkeit liegt. Während früher die landeseigenen Wohnungen
73 verscherbelt wurden, kämpfen wir heute um jedes Haus, kaufen Wohnungen an und stärken den
74 sozialen und nachhaltigen Neubau. Wir hatten den Mut mit dem Mietendeckel juristisches
75 Neuland zu betreten, um die Notbremse gegen überhöhte Mieten zu ziehen. Trotz Rückschlägen
76 kämpfen wir auch auf Bundesebene weiter für faire Mieten in der Stadt. Wir bekämpfen
77 Diskriminierung und Rassismus aktiv und haben deutschlandweit das erste
78 Landesantidiskriminierungsgesetz geschaffen. Den Verfall der Schulen haben wir gestoppt. Für
79 die Sanierung und den Neubau stellen wir für das Jahr 2024 mehr als fünfmal so viel Geld als
80 2016 zur Verfügung. Schließlich haben wir nach jahrelangem Sparen endlich wieder Personal in
81 Ämtern und Verwaltung eingestellt und in Berlin den deutschlandweit höchsten
82 Landesmindestlohn eingeführt

83 **Solides Fundament schaffen – die Berliner Verwaltung 84 updaten**

85 Die Wende ist geschafft, jetzt müssen wir Tempo aufnehmen und besser werden. Dennoch ist es
86 auch offenkundig, dass Berlins Verwaltung dringend ein Update braucht, damit Berlin seine
87 Zukunftsaufgaben bewältigen kann. Die vom Landesverfassungsgerichtshof für ungültig
88 erklärten Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen waren ein
89 Weckruf. Sie waren so schlecht organisiert, die Fehler so gravierend, dass sie nun
90 wiederholt werden müssen. Diese Vorgänge sind ein Beispiel dafür, dass in Berlin in vielen
91 Bereichen unklare Zuständigkeit zwischen Land und Bezirken herrschen. Die Verwaltung muss

92 wieder das Kernelement einer funktionierenden Stadt werden, damit der Umbau zu einer
93 zukunftsfesten Metropole gelingen kann. Unser Ziel ist eine klare Aufgabenverteilung und
94 Finanzierungsverantwortung, die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und Bürger*innen-
95 Service und eine konsequente gesamtstädtische Steuerung über alle Politik- und
96 Querschnittsfelder. Mit dem bisherigen Behörden-Ping-Pong muss endlich Schluss sein.

97 **Solidarisch durch die Krise**

98 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie dessen Folgen prägen diesen Winter. Der
99 Krieg bedeutet für die Ukraine unermessliches Leid. Auch in Berlin werden die Auswirkungen
100 des russischen Angriffskrieges noch lange spürbar sein. Diese Herausforderungen werden wir
101 nur gemeinsam und nur solidarisch bewältigen können. Wir werden etwa sorgsam mit Energie
102 umgehen und den Verbrauch senken müssen – ganz gleich, ob Wirtschaft, Verwaltung oder
103 Privathaushalte. Und wir wollen gewappnet sein, um die Menschen solidarisch unterbringen und
104 versorgen zu können, die sich – nicht nur aus der Ukraine – vor Krieg und Not auf der Flucht
105 befinden. Berlin ist eine solidarische Stadt. Und das soll sie auch bleiben.

106 **Wir haben einen Auftrag...**

107 Mit Grün in der Regierung wurde in den letzten Jahren die ökosoziale Wende eingeleitet. Doch
108 angesichts der Krisen müssen wir noch schneller und beherzter den Umbau der ganzen Stadt
109 angehen. Berlin hat alles, um gerechter, wirtschaftlich erfolgreicher und ökologischer aus
110 den Krisen zu kommen, als es hineingegangen ist. Aber Berlin muss sich jetzt dafür
111 entscheiden. Wenn Berlin sich jetzt dafür entscheidet, können wir gemeinsam das Klima
112 schützen und die Verkehrswende voranbringen, lebendige Kieze stärken und Wohnen bezahlbar
113 machen, die Wirtschaft ökologisch modernisieren und Arbeitsplätze schaffen, Kitas, Schulen
114 und Berlin als Wissenschaftsstandort zukunftsfest gestalten, eine freie und offene
115 Gesellschaft sichern und unsere Demokratie bewahren.

116 **...und schmieden Bündnisse für die Zukunft.**

117 Diese Stadt erfolgreich zu führen, heißt die Bündnisarbeit zur politischen Methode zu
118 erheben. Allein werden wir unsere Vision nicht verwirklichen können. Und gemeinsam mit
119 allen, die für Berlin brennen, können wir auch die Aufgaben, die Stadt zukunftsfest zu
120 machen, bewältigen: Berlin zu einer Stadt umzubauen, in der es egal ist, woher man kommt,
121 wen man liebt, welche Sprache man spricht oder wieviel Geld man hat. Berlin zu einer Stadt
122 umzubauen, in der Vielfalt gelebt wird, und in der radikale Ideen zu vernünftigen Lösungen
123 werden können. Dafür braucht Berlin eine neue führende Kraft. Es ist Zeit für Grün.

Beschluss

Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 In den vergangenen Jahren folgte ein Hitzesommer auf den nächsten. Berlins Bäume und
 2 Pflanzen leiden massiv unter der Trockenheit und den hohen Temperaturen. Das Nahrungsangebot
 3 für Insekten, Vögel und Säugetiere verringert sich. Menschen leiden unter gesundheitlichen
 4 Problemen – besonders Ältere, kleine Kinder und sozial Benachteiligte. Diese extremen
 5 Wetterlagen werden noch stärker zunehmen. Es ist deshalb zentral, Berlin auf die Folgen der
 6 Klimakrise vorzubereiten und den Beweis anzutreten, dass und wie auch eine Metropole
 7 klimaneutral werden kann. Unsere Vision ist ein Berlin voller grüner Oasen und kühler
 8 Entlastungsräume, mit begrünten Haltestellen und schattenspendenden Alleen mit Pocket-Parks,
 9 Kanälen, grünen Dächern und begrünten Fassaden. Wir wollen den Umbau Berlins vorantreiben: zu
 10 einer Metropole, in der ökologische Verantwortung und Umweltgerechtigkeit sowie moderne
 11 Infrastruktur und eine gute Grundversorgung für alle keine Gegensätze sind, sondern
 12 Grundpfeiler einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Erneuerbare Energie und Erneuerbare Wärme
 13 sind dabei der Beste Beitrag zur Energiesicherheit und für dauerhaft günstige Energiepreise.

14
 15 Noch ist Berlin eine der grünsten Metropolen Europas. Parks, Wälder und Seen bringen
 16 Lebensqualität und schaffen ein angenehmes Stadtklima. Sie kühlen in heißen Sommern unsere
 17 Stadt, sind Lebensraum für viele Tiere und binden CO₂. Doch auch diese wichtige Stadtnatur
 18 ist durch die Erderhitzung gefährdet. Die Klimakrise ist eine reale Gefahr für unsere
 19 Existenzgrundlage auf diesem Planeten. Gerade Menschen aus dem globalen Süden, die am
 20 wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, spüren die Folgen am stärksten. Auch deshalb
 21 trägt Berlin als Hauptstadt eines Industrielandes eine besondere Verantwortung, voranzugehen
 22 und klimaneutral zu werden. Das Zeitfenster, die Klimakrise ganz abzuwenden, haben wir
 23 bereits verpasst. Aber noch können wir die schlimmsten Folgen abmildern und ein neues,
 24 klimaneutrales Berlin bauen, das auch Vorbild für andere Metropolen sein kann. Um Berlin auf
 25 den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, müssen wir jetzt handeln!

26 **Klimaneutrales Berlin**

27 Berlin muss und wird seinen Beitrag leisten, die Ziele des Pariser Klimaabkommens
 28 einzuhalten. Dafür ist es notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Der
 29 völkerrechtswidrige und menschenverachtende russische Angriffskrieg in der Ukraine hat uns
 30 unsere fatale Abhängigkeit von fossilen Energien verdeutlicht. Nur durch einen massiven
 31 Ausbau der erneuerbaren Energien und Transformationsprozesse in allen Sektoren beenden wir
 32 die Erpressbarkeit und erreichen Unabhängigkeit auch von autoritären Regimen. Klimaschutz
 33 und eine stabile, bezahlbare Energieversorgung gehen heute mehr denn je zusammen. Wer heute
 34 schon seinen eigenen erneuerbaren Strom produziert oder in einer energetisch gedämmten
 35 Wohnung lebt, spart jetzt schon viel Geld und CO₂. Deswegen werden wir neben dem Ausbau der
 36 Erneuerbaren Energien auch bei der Energieeinsparung die vielen ungenutzten Potentiale
 37 heben. Deshalb wollen wir Berlin so schnell wie möglich klimaneutral machen. Wir Grüne haben
 38 in den letzten Jahren in der rot-rot-grünen Koalition – auch gegen Widerstände – eine
 39 ambitionierte Klimapolitik eingefordert und vorangebracht. Der Aufholbedarf war groß,
 40 nachdem die Klimapolitik in Berlin zuvor ein politisches Nischendasein gefristet hatte. Wir
 41 haben zwei von vier Kohlekraftwerken abgeschaltet und dafür gesorgt, dass Berlin als erstes

42 Bundesland die Klimanotlage ausgerufen hat. Wir werden überall dort, wo das Land die
43 Befugnis hat, weitere Maßnahmen anstoßen, die uns zu Klimaneutralität bis spätestens 2035
44 führen können. Damit Berlin insgesamt schnellstmöglich klimaneutral werden kann, sind auch
45 grundlegende Änderungen auf Europa- und Bundesebene erforderlich. Wir wollen die
46 gesetzlichen Grundlagen schaffen, um auch auf den Dächern und allen sonst geeigneten Flächen
47 der Stadt zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen. Zukünftig werden wir eine
48 Solaranlage auf Berliner Dächern zum Standard machen. Die Berliner Stadtwerke werden für
49 fast alle Bezirke Solarpakete schnüren, haben die Kälte- und Wärmeversorgung der Urban Tech
50 Republic übernommen und mit dem größten in Berlin-Brandenburg genehmigten Windpark
51 Albertshof, erneuerbare Energien für 30.000 Haushalte ans Netz genommen. Der vollständige
52 Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern
53 ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt
54 und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven Mitgestaltung über die
55 BürgerEnergie Berlin. Mit Beginn der Corona-Pandemie wurden Stromsperrern ausgesetzt. Wir
56 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass diese Vorschrift künftig zwischen Mitte Herbst
57 und Ende des Winters fortgeführt wird.

58 Um den hohen CO₂-Ausstoß im Gebäudebestand deutlich zu reduzieren, haben wir ein neues
59 Sanierungsförderprogramm entwickelt und die gesetzliche Grundlage für eine klimaschonende
60 Wärmeversorgung geschaffen. Neubauten sollen von Anfang an so geplant werden, dass sie ohne
61 fossile Energieträger auskommen. Wir setzen den ambitionierten Ausbau der erneuerbaren
62 Energien sozial gerecht fort, damit wir bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Berlin
63 vom Netz nehmen können und Berlin somit auf den 1,5-Grad-Pfad bringen.

64 **Verkehrswende: der Mensch im Mittelpunkt**

65 Mit dem Rad, zu Fuß oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an jeden Ort der
66 Stadt zu gelangen macht Berlin zu einer lebenswerten Metropole. Deshalb ist unser Ziel, dass
67 alle Menschen in Berlin rasch, sicher, bequem und klimaneutral unterwegs sein können. Unser
68 Ziel ist klar: Wir wollen Berlin so gestalten und Angebote schaffen, dass niemand mehr einen
69 privaten PKW benötigt, um in Berlin mobil sein zu können. Um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu
70 bringen, ist eine Verkehrswende dringend nötig, denn noch immer ist der Verkehr einer der
71 wenigen Sektoren, in dem die Verschmutzung steigt statt sinkt. Wir werden und wollen dies
72 ändern und setzen in der Verkehrswende auf die Maximen Verringern, Verlagern und Vermeiden.
73 So bringen wir Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad, leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, die
74 Klimakrise noch abzuwenden, und machen gleichzeitig Berlin lebenswerter und sicherer, da wir
75 Barrierefreiheit und Teilhabe zu Bestandteilen der Verkehrswende machen. Außerdem wollen wir
76 die besitzunabhängige Mobilität fördern, so wird aus der ökologischen auch eine soziale
77 Verkehrswende. Je mehr Menschen kein eigenes Auto mehr brauchen, desto mehr Platz bleibt für
78 diejenigen, die nicht auf ihr Auto verzichten können.

79 Anstatt Verkehrswege nur für Autos zu planen, stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt
80 der städtischen Mobilitätsplanung. So werden wir uns an den Bedürfnissen der Menschen, wie
81 gutes Klima, gute Luft, Spiel- und Sportflächen, Wege zum Einkaufen sowie Wege mit Älteren
82 und Kindern orientieren. Dies schützt nicht nur das Klima, sondern nimmt auch alle
83 Berliner*innen in den Blick, die sich kein eigenes Auto leisten können oder wollen, denn sie
84 sind besonders auf einen attraktiven ÖPNV sowie auf gute Rad- und Fußwege angewiesen. Dafür
85 haben wir Grüne ein bundesweit einmaliges Mobilitätsgesetz verabschiedet, um den Verkehr,
86 den zweitgrößten Verursacher von CO₂ in der Stadt, emissionsärmer, leiser und sicherer zu
87 machen. Wir haben damit gesetzlich sichergestellt, dass bei der Verkehrsplanung der
88 Umweltverbund, also Fußgänger*innen, Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel, vor dem
89 Autoverkehr zu berücksichtigen sind. Immer mehr Berliner*innen steigen auf den ÖPNV und das
90 Fahrrad um – ob klassisch, als Lastenrad oder Pedelec. Das liegt nicht nur an der wachsenden
91 Anzahl von Radwegen in der Stadt, sondern auch daran, dass die neuen Radwege wesentlich

92 breiter und sicherer sind. Schließlich haben wir damit begonnen, die begrenzten Flächen in
93 der Stadt gerechter zu verteilen, indem wir Straßenräume, die vormals ausschließlich Autos
94 vorbehalten waren, für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geöffnet haben. An der
95 Friedrichstraße haben wir es vorgemacht, viele andere Straßen werden bald schon folgen –
96 temporär oder am besten dauerhaft.

97 Nicht nur für den Klimaschutz ist die Verkehrswende wichtig. Wir schützen damit auch die
98 Gesundheit der Menschen an besonders vom Verkehr belasteten Straßen. Sie leiden nicht nur
99 öfter an Lungen-, sondern auch an Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dazu trägt auch die hohe
100 Lärmbelastung bei. Deshalb ist es gut, dass wir an vielen Straßen Tempo 30 eingeführt haben
101 und damit nicht nur die Abgas-, sondern auch die Lärmbelastung reduzieren. Und auch Fluglärm
102 wollen wir nachhaltig mindern. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen wenigstens in der
103 Nacht in Ruhe schlafen können. Deshalb muss am BER ein striktes Nachtflugverbot zwischen 22
104 und 6 Uhr gelten.

105 Nur wenn sich Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sicher bewegen können und Busse und Bahnen
106 günstig, zuverlässig und eng getaktet fahren, entscheiden sich Menschen für klimafreundliche
107 Mobilität. Deshalb haben wir milliardenstark in den Ausbau von Bahnen und Bussen
108 investiert: mehr Strecken, mehr Waggons, kürzere Taktung und mehr Elektroantrieb.
109 Mittlerweile bringen die ersten E-Busse die Berliner*innen sauber und leise durch die Stadt,
110 der Ausbau von weiteren Tramlinien und die Einrichtung zusätzlicher Busspuren sind bereits
111 in vollem Gange. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Dafür wird auch die Erweiterung
112 bestehender S- und U-Bahn-Strecken geprüft und vorangetrieben. Entscheidendes Kriterium sind
113 der positive Klimaeffekt und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse. Darüber hinaus ist es auch
114 entscheidend, dass alle sich das Ticket für Bus und Bahn leisten können. Deshalb haben wir
115 die Preise für das Sozial-, Azubi- und Firmenticket stark gesenkt und Schüler*innen können
116 seit 2019 in Berlin sogar kostenlos durch die Stadt fahren.

117 Die von uns angestoßene Verkehrswende schafft mehr Teilhabegerechtigkeit, indem mehr
118 Bewegungsfreiheit in der Stadt ermöglicht wird. Wenn wir Alternativen zum Auto ausbauen,
119 profitieren auch die, die auf das Auto angewiesen sind. Dennoch hat das Auto mit
120 Verbrennungsmotor in der Stadt keine Zukunft, zu hoch sind die Schadstoffbelastung, der
121 Flächenverbrauch und die Lärmemission. Deshalb wollen wir bis spätestens 2030 die Innenstadt
122 zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in die weitestgehend keine Fahrzeuge mit klima-
123 und gesundheitsschädlichem Verbrennungsmotor mehr fahren dürfen und die wir sukzessive auf
124 weitere Teile Berlins ausdehnen wollen. Den Umstieg auf klimaneutrale Mobilität und
125 klimaneutrale Antriebe wollen wir, soweit Mehrkosten entstehen, für diejenigen sozial
126 abfedern, die auf ein Auto in der Stadt angewiesen sind. Wir wissen, dass die Verkehrswende
127 nur gelingen kann, wenn die Innenstadt und die Außenbezirke gleichermaßen vom Ausbau
128 profitieren. Weniger dicht besiedelte Gebiete sollen ein ebenso attraktives
129 Mobilitätsangebot wie gut angeschlossene Gebiete erhalten, denn die Erreichbarkeit darf
130 nicht vom Wohnort im Innen- oder Außenbezirk abhängen.

131 **Berlins Stadtgrün sichern**

132 Berlin muss nicht nur CO₂-Emissionen einsparen, es muss auch sein Stadtgrün auf die bereits
133 akuten Folgen des Klimawandels vorbereiten und klare Klimaanpassungsziele und Strategien
134 dafür entwickeln.

135 Ansonsten werden unsere Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit und auch unser Stadtgrün und die
136 Stadtnatur massiv in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb ist der Umbau Berlins zu einer
137 resilienten – widerstandsfähigen – Stadt nicht nur eine Frage moderner Häuser, Transportwege
138 und moderner Wirtschaft, sondern auch eine Frage der Gesundheit. Bereits jetzt ist absehbar,
139 dass wir in Zukunft mit noch weniger Regen und längeren Hitzeperioden zu kämpfen haben
140 werden. Deshalb müssen viele Flächen entsiegelt und gerecht verteilt werden, damit der

141 wenige Regen vor allem dort nutzbar gemacht werden kann, wo er fehlt. Die Gründung der
142 Regenwasseragentur war dafür ein erster wichtiger Schritt. Mit dem Programm „1.000 Grüne
143 Dächer“ oder dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm werden auch auf der
144 zivilgesellschaftlichen Ebene der Ausbau des Stadtgrüns und der Klimaschutz gefördert. Wir
145 wollen Konzepte miterarbeiten, um das große Potential der Stadtbäume und deren Baumscheiben
146 zusammen mit Baumpat*innen und Anwohnenden gemeinsam zu pflegen, zu schützen und das
147 öffentliche Lebensumfeld bürger*innennah zu gestalten. Das Grüne-Dächer-Programm wollen wir
148 ausweiten und mit der Förderung der biologischen Vielfalt sowie einer gleichzeitigen
149 Aufstellung von Solaranlagen verbinden. Mit der „Charta Stadtgrün“ haben wir einen Plan
150 vorgelegt, wie zukünftig die Grünflächenentwicklung in der Stadt aussehen soll.
151 Jahrzehntlang wurde die Grünpflege in Berlin finanziell und personell ausgeblutet. Damit
152 haben wir Schluss gemacht und die Mittel für die Baum- und Parkpflege massiv erhöht. Durch
153 die Stadtbaumkampagne konnten 10.000 zusätzliche Straßenbäume in Berlin gepflanzt werden.
154 Außerdem haben wir in die Strukturen investiert und die Bezirke mit mehr Geld für ihr
155 Grünflächenamt und für ihre Bäume ausgestattet. Diesen Weg werden wir weitergehen, um so die
156 Anzahl der Bäume zu steigern und insgesamt mehr grüne und blaue Infrastruktur aufzubauen.
157 Hierfür haben wir im Doppelhaushalt 2022/2023 einen Entsiegelungstopf für die Bezirke mit 30
158 Millionen Euro eingeführt. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 haben wir fast alle
159 Kleingärten für die kommenden Jahre geschützt und wir werden uns auch darüber hinaus für
160 ihren Erhalt einsetzen.

161 **1.1 Klimaneutrales Berlin: mit den Erneuerbaren in eine sichere Energieversorgung**

162
163 Wir meinen es schon immer ernst mit Klimaschutz. Bereits vor dem russischen Angriffskrieg
164 auf die Ukraine, haben wir den Weg frei gemacht für ein klimaneutrales Berlin. Wir haben die
165 Klimanotlage ausgerufen, die Hälfte der Berliner Kohlekraftwerke abgeschaltet und mit der
166 Solarwende die erneuerbaren Energien ausgebaut. Nun müssen wir diesen Weg der Energiewende
167 konsequent fortsetzen. Wir streiten weiterhin dafür, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen
168 und die Pariser Klimaziele zu erreichen. Klimaschutz muss deshalb Verfassungsrang in unserer
169 Stadt bekommen. In dieser Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür einsetzen, den
170 Gasausstieg einzuleiten und mindestens ein weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch
171 jährlich fast eine halbe Million Tonnen CO₂ einzusparen, bis 2029 sollen alle
172 Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die energetische Gebäudesanierung wollen wir deutlich
173 ausbauen sowie sozial gerecht gestalten. Gleichzeitig wollen wir die Anforderungen des
174 Artenschutzes beachten. Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung sollen Hand in Hand gehen.
175 Unsere Anstrengungen zum Energiesparen setzen wir fort und koppeln alle Förderprogramme und
176 Zuschüsse an konkrete Einsparziele. Die Berliner Stadtwerke werden weiterwachsen und der
177 zentrale Dienstleister für Energie- und Quartiersprojekte des Landes und der Bezirke werden.
178 Wir werden prüfen, inwieweit eine Energiewende-Agentur in öffentlicher Trägerschaft ein
179 Partner für die Verwaltung sowie für Unternehmen sein kann und bei der Umsetzung von
180 Aktivitäten zur Energiewende unterstützen kann. Dabei nutzen wir auch die große Klima- und
181 Energiewendekompetenz, die in Berlin vorhanden ist. Und wir setzen uns dafür ein, dass
182 Klimagerechtigkeit in ganz Berlin gilt und alle Bezirke sowie Menschen von den Maßnahmen
183 profitieren.

184 **Solar auf allen Dächern – die Energiewende in Berlin umsetzen**

185
186
187 Damit Berlin seine CO₂-Emissionen radikal reduzieren kann, brauchen wir die Energiewende hin
188 zu 100 Prozent erneuerbarer Energie. Das größte Potential liegt dabei im Ausbau der
189 Solarenergie auf Dächern und an Fassaden Berlins. Die Stadt kann dadurch ihren Anteil von
190 derzeit 1 Prozent Solarstrom auf mindestens 35 Prozent der gesamten hier verbrauchten
191 Strommenge bis 2035 erhöhen. Durch die Einführung der gesetzlichen Solarpflicht bei

192 Neubauten, öffentlichen Gebäuden und bei wesentlichen Dachumbauten im Bestand ab 2023 haben
193 wir einen ersten Meilenstein auf dem zu diesem Ziel erreicht. Die Stadtwerke Berlin werden
194 für alle geeigneten bezirklichen Bestandsgebäude Solarpakete sowie Photovoltaik-Lösungen für
195 neue Quartiere und Neubauprojekte anbieten und umsetzen. Wir werden die notwendigen
196 finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, um bis Ende 2024 alle
197 öffentlichen Gebäude, auf denen das nach aktuellem technischem Stand möglich und sinnvoll
198 ist, vollständig mit Solaranlagen auszustatten. Die für Photovoltaik geeigneten Dachflächen
199 werden dabei konsequent ausgenutzt. Bei der Beschaffung von Solartechnik und deren
200 Rohstoffen sind Produkte aus Zwangsarbeit, wie sie etwa für Produkte aus der chinesischen
201 Provinz Xinjiang festgestellt worden ist, auszuschließen, so wie es das Berliner
202 Vergaberecht vorschreibt. Wir setzen uns für eine Konkretisierung der Berliner
203 Beschaffungskriterien sowie für eine Offenlegung der Lieferketten ein. Die privaten
204 Immobilienbesitzer*innen und Wohnungsbaugenossenschaften werden wir motivieren, diesem
205 Beispiel zu folgen und keine Produkte aus Zwangsarbeit zu erwerben.

206
207 Mit der Gründung des „SolarZentrums Berlin“ haben wir bereits die Beratung und den Austausch
208 zur Solarwende massiv gefördert. Die digitale Plattform Solardachbörse wollen wir weiter
209 stärken, so dass nicht genutzte Dächer für den Aufbau von Solaranlagen zur Verfügung
210 gestellt werden können. Das erfolgreiche Energiespeicherprogramm haben wir fortgeführt und
211 ausgebaut. Darüber hinaus wollen wir die integrierte Planung von Strom- und Wärme-Netzen
212 weiter ausbauen und so mit den dazugehörigen geeigneten Speichern eine effiziente
213 Integration der lokal gewonnenen Energie vorantreiben.

214
215 Auch Privathaushalte und Unternehmen wollen wir motivieren, erneuerbare Energien selbst zu
216 produzieren und zu verbrauchen. Die Grundlage dafür ist der „Masterplan Solar City“, den wir
217 in den letzten Jahren erarbeitet haben. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit von
218 Berlin und Brandenburg intensivieren und gemeinsame Bürgerenergieprojekte zu Solar- und
219 Windkraftparks initiieren, um die gemeinsame 100%-Erneuerbare-Energie-Region zu
220 verwirklichen. Dabei sind solare Freilandanlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung oder einer
221 naturfreundlichen Wiesengestaltung auf der Fläche zu verbinden. Wir prüfen, ob wir auf den
222 Flächen der Stadtgüter verstärkt Solar- und Windparks einrichten können. Auch Kleinstanlagen
223 für den privaten Gebrauch wie z.B. Balkonmodule sollen stärker direkt oder indirekt
224 gefördert werden. Die Mieterstrom-Projekte sollen deutlich ausgebaut werden. Für die
225 Umsetzung müssen wir alle Akteur*innen einbeziehen und fördern, insbesondere die Berliner
226 Stadtwerke, aber auch Energiegenossenschaften und engagierte Bürger*innen. Dafür werden wir
227 auch die Speicherkapazitäten ausbauen.

228 229 **Wärmesektor umbauen – Gebäude modernisieren**

230
231 Die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen Berlins fallen im Gebäude- und Wärmesektor an.
232 Auch hier wollen wir den Treibhausgasausstoß der Hauptstadt massiv reduzieren. Zentral dafür
233 ist eine gesamtstädtische Wärmeplanung, basierend auf einem Wärmekataster, das die
234 Potentiale der Wärme aus erneuerbarer Energie ebenso erfasst wie die bestehenden
235 Wärmebedarfe. Hier sind wir bereits erste Schritte gegangen und werden diesen Weg
236 weitergehen, denn gerade durch eine Wärmeplanung können die verschiedenen Akteur*innen und
237 Aktivitäten der Wärmewende koordiniert werden. Häuser, die energetisch modernisiert werden,
238 sollen – wo möglich – auch bei der Wärmeversorgung klimaneutral werden. Dazu soll die
239 Wärmeplanung in der Bauleitplanung berücksichtigt werden. Unser Ziel ist eine integrierte,
240 sektorübergreifende Infrastrukturplanung, die aus Strom- und Wärmenetzen sowie den
241 dazugehörigen Speichern, um u.a. den Ausbau von Wärmepumpen voranzubringen.

242
243 Für die Wärmewende setzen wir auf einen Mix verschiedener erneuerbare Heizungsarten: z.B.

244 Wärmepumpen, Solarthermie, Nahwärmenetze, Abwärme und Fernwärme - jede Technik am richtigen
245 Ort. Dazu brauchen wir eine Offensive für Wärmepumpen, zusammen mit dem Stopp von
246 Neuanschaffungen fossiler Heizungen, sowie den möglichst schnellen Aufbau neuer
247 regenerativer Nahwärmenetze und einen wirksamen Anschub der Dekarbonisierung der Fernwärme.
248 Zudem wollen wir die Anstrengungen zur Energieeinsparung verstärken sowie die Fort- und
249 Ausbildung sowie Umschulung von Fach- und Arbeitskräften voranbringen und eine soziale
250 Abfederung der Transformation im Arbeitsmarkt. Gleichzeitig braucht die Energiewende
251 dringend Fachkräfte in den klimarelevanten Berufen. Um dieses Problem anzugehen, haben wir
252 Grüne einen Runden Tisch zwischen Senat, Sozialpartnern, Arbeitsagentur und Kammern
253 durchgesetzt. Wir wollen diese Berufe attraktiver machen. Dafür braucht es eine gute und
254 qualitativ hochwertige Ausbildung. Viele Betriebe haben sich bereits auf den Weg gemacht. Um
255 die Kosten für die Ausbildung zukünftig gemeinsam solidarisch zu finanzieren, wollen wir
256 eine Ausbildungsumlage einführen. Am besten sind von den Tarifparteien der jeweiligen
257 Branche selbstverwaltete Umlagemodelle, wie in der Bauwirtschaft. Dort, wo sich
258 Tarifparteien nicht einigen können, brauchen wir eine gesetzliche Umlage.

259
260 In der Fernwärmeerzeugung haben wir den Kohleausstieg bis 2030 erfolgreich vorangetrieben.
261 Ab 2030 muss Berlin kohlefrei sein. Wir halten zudem am Ziel fest, die Fernwärme bis 2035
262 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Auch im Bereich der Wärme muss der Einsatz
263 von Erdgas schnellstmöglich überwunden werden. Deshalb werden wir die Potentiale für die
264 Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes immer wieder auf den aktuellen und neuesten Stand
265 bringen, um so den 1,5-Grad-Pfad zu erreichen. Damit aus Potentialen auch konkrete CO₂-
266 Einsparungen werden, haben wir mit der Novelle des Berliner Energiewendegesetzes schon die
267 Einspeisung von erneuerbaren Energien durch Dritte ermöglicht und Vorgaben für den Anteil
268 Erneuerbarer in der Fernwärme festgeschrieben. Die Erneuerbare-Energien-Quote soll dazu
269 beitragen die erneuerbaren Wärme-Potentiale immer wieder neu zu prüfen und maximal zu
270 nutzen, um die fossile Wärme vollständig über Einsparungen und durch Wärme aus erneuerbarer
271 Energie zu ersetzen.

272
273
274
275 Unser Ziel ist die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Wärme. Wir werden nicht zulassen,
276 dass Vattenfall die Dekarbonisierung verzögert und mit fossilen Energien unnötig Geld
277 verdient. Wir kämpfen für den schnellstmöglichen Erdgasausstieg. Außerdem sollen die
278 Temperaturen im Netz schrittweise abgesenkt werden. So heben wir die in Berlin vorhandenen
279 Erneuerbaren Wärmepotentiale und machen einen Gaseinsatz schnellstmöglich überflüssig. In
280 der Bauleitplanung verankern wir Flächen für die saisonale Wärmespeicherung. Gemeinsam mit
281 Brandenburg gründen wir eine Taskforce Energiewende, um die gemeinsame Planung in der
282 Metropolregion voranzubringen. Dabei ist für uns auch die Müllverbrennung und die
283 Verbrennung von Holz nicht als klimaneutral anzusehen.

284
285 Neben der Fernwärme sollen auch alle anderen Formen der Wärmeerzeugung bis 2035 klimaneutral
286 werden. Dazu richten wir einen Wärmewendefonds mit 1 Mrd. Euro ein.

287
288 Erneuerbare Wärme wird vor Ort erzeugt. Das garantiert eine regionale Wertschöpfung, stabile
289 Preise sowie Versorgungssicherheit. Wir starten die Wärmepumpenoffensive: Mit einer
290 Informationsoffensive mit der Handwerkskammer und den Innungen, einem Landesförderprogramm
291 Heizkörperaustausch, einem Bonusprogramm für Handwerker*innen bei Wärmepumpeneinbau.

292
293 Die Nutzung von Geothermie wollen wir erleichtern sowie die Nahwärme etwa aus der
294 Abwasserkanalisation und dem Grundwasser besser nutzen, z.B. durch kalte Netze. Wir setzen
295 auf eine integrierte Infrastrukturplanung aus Strom- und Wärmenetzen. Den Einsatz von grünem

296 Wasserstoff sehen wir vorrangig in Bereichen, in denen es bisher keine anderen technischen
297 Lösungen gibt. In der Wärmeversorgung erachten wir Wasserstoff in der Grundlast für nicht
298 zielführend.

299
300 Außerdem setzen wir auf lokale Wärmeerzeugung in Berlins Kiezen: Jenseits der Fernwärme
301 sollen neue dezentrale Nahwärmenetze auf Quartiersebene gefördert, örtlich erzeugte Wärme
302 aus verschiedenen erneuerbaren Quellen in diese eingespeist und lokal verteilt werden. Mit
303 der Service- und Beratungsstelle für energetische Quartiersentwicklung haben wir hierfür
304 bereits eine wichtige Anlaufstelle geschaffen. Pilotprojekte mit kalter Nahwärme sollen an
305 geeigneten Standorten umgesetzt werden. Grüne Nahwärme muss als Konsequenz der Wärmeplanung
306 strategisch entwickelt werden. Für die Umsetzung sollen neue Akteure wie z.B. das Stadtwerk
307 oder Bürgerenergiegenossenschaften aufgebaut und finanziell gefördert werden. Wir wollen ein
308 Kompetenzzentrum Wärme in öffentlicher Hand schaffen. Um Nahwärmeprojekte wirtschaftlich zu
309 machen, müssen öffentliche Liegenschaften in der Nähe Ankerkunden werden. Außerdem werden
310 wir auch die Kühlung der Stadt und der Gebäude vorantreiben, sei es durch Techniken der
311 Verdunstungskühlung, Dach- und Fassadenbegrünung oder Techniken der natürlichen Lüftung.

312
313 Um die Klimaziele Berlins zu erreichen, müssen wir noch deutlich stärker die energetische
314 Modernisierung von Gebäuden voranbringen und die Sanierungsquote erheblich steigern, um so
315 auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Mit einem Gebäudesanierungsfonds von 1 Mrd. Euro machen wir
316 Berlins Gebäude fit für die Klimaneutralität. Darüber hinaus setzen wir auf weitere
317 Maßnahmen, um den Gebäudebestand klimaneutral zu machen. Kostenlose Initiativberatungen für
318 private Eigentümer*innen, sowie Energie-Einspar-Contracting für sozial sensible
319 Modernisierung können zur Energieeinsparung beitragen. Dafür ist auch eine Ausbildungs-
320 Fortbildungs- und Gründungsoffensive gegen Fachkräftemangel im Handwerk nötig. Die aktuelle
321 Energiekrise zeigt deutlich: die Wärmewende ist ein soziales Projekt. Nirgendwo zeigt sich
322 der Zusammenhang zwischen ökologischer Wende und sozialer Gerechtigkeit so eng wie hier.

323
324 Es ist nicht hinnehmbar, dass Modernisierungskosten, wie derzeit im Bundesmietrecht
325 vorgesehen, komplett auf Mieter*innen abgewälzt werden. Das schafft keine Akzeptanz für
326 Klimaschutzmaßnahmen und befördert soziale Verdrängung. Stattdessen setzen wir uns für eine
327 faire Kostenverteilung im Sinne eines Drittelmodells zwischen den Mieter*innen, den
328 Vermieter*innen und der öffentlichen Hand ein. Bis dies auf Bundesebene realisiert ist,
329 schöpfen wir die Möglichkeiten auf Landesebene aus. Dazu gehört neben der Deckelung der
330 Umlage für Mieter*innen und der Bereitstellung von Landesfördermitteln auch die Einführung
331 des Stufenmodells, das Immobilienbesitzende in die Pflicht nimmt, die energetische
332 Gebäudemodernisierung dort zu beginnen, wo der (schlechte) Gebäudezustand es am dringendsten
333 erfordert. Für Mieter*innen soll die Warmmiete durch sinkende Energiekosten neutral bleiben.
334 Die höhere Kaltmiete sollte sich durch niedrigere Energiekosten wieder ausgleichen. Dazu
335 bedarf es jedoch einer Änderung der energetischen Modernisierungsumlage auf Bundesebene und
336 einer stärkeren Förderung energetischer Modernisierungsmaßnahmen hier in Berlin. Wir setzen
337 uns auf Bundesebene dafür ein, zu prüfen, wie wir die Grunderwerbssteuer im Sinne eines
338 Anreizes zur energetischen Gebäudemodernisierung ausgestalten können. Neben der
339 energetischen Modernisierung werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um den Wärmeverbrauch
340 zu reduzieren. Mit dem Bauinformationszentrum wollen wir einen niedrigschwelligen
341 Anlaufpunkt für Mieter*innen und Immobilienbesitzende schaffen, die sich hier informieren
342 und vernetzen können. Die Beratung soll dabei alle gesellschaftlichen Gruppen ansprechen und
343 Angebote – beispielsweise auch für Frauen oder Menschen mit Sprachbarrieren – entwickeln.
344 Zusätzlich wollen wir Wohngemeinschaftsprojekte fördern, uns auf Bundesebene für ein Recht
345 auf Wohnungstausch einsetzen und Menschen unterstützen, die ihre Wohnung tauschen wollen.

346
347 **Energienetze transformieren - Versorgungssicherheit in öffentlicher Hand**

348
349 Weil Grundversorgung in öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen
350 wir kritische Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der
351 vollständige Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen
352 Rechtsstreit, sondern ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der
353 Energiewende der Stadt und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven
354 Mitgestaltung über die BürgerEnergie Berlin. Den Einfluss des Landes Berlin wollen wir auf
355 alle Energienetze ausweiten, um die Umsetzung der Wärmeplanung schnell zu ermöglichen. Wir
356 streben die Rekommunalisierung der Fernwärme an, um aktiv den Umbau des Netzes hin zu
357 erneuerbarer Wärme mit Temperaturabsenkung voranzutreiben. Dafür legen wir einen
358 Dekarbonisierungs-Plan vor, den wir entschlossen umsetzen werden. Darüber hinaus werden wir
359 prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG mit unseren energie- und
360 klimapolitischen Zielen vereinbar ist. Klar ist, dass eine rekommunalisierte GASAG zusammen
361 mit der Stromnetz Berlin zur Transformationstreiberin hin zu einer integrierten Strom- und
362 Wärmeinfrastruktur mit kaskadierenden Wärmenetzen werden muss. Dieser grundlegend neue
363 Auftrag sollte sich auch in einem neuen Namen widerspiegeln. Insbesondere die Bedeutung des
364 Gasnetzes und seine mittel- bis langfristige Nutzbarkeit für den Transformationsprozess hin
365 zur Klimaneutralität werden wir kritisch analysieren. Am Ende muss unser Ziel sein: eine
366 klimaneutrale Wärmeversorgung auch in Bürger*innen Hand. Dabei darf der Aufkauf den realen
367 Ertragswert unter Annahme der Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens nicht übersteigen.
368 Diese Analyse wird ein wichtiger Faktor unserer Entscheidung sein. Dabei werden wir neben
369 einer möglichen Rekommunalisierung auch alternative Handlungsoptionen zum Aufbau einer
370 regenerativen Wärmeinfrastruktur weiterverfolgen.

371
372 Große Energieunternehmen haben jahrelang von niedrigen Preisen profitiert, weil die Natur
373 als kostenlose Ressource angesehen wurde. Wir wollen, dass sie Verantwortung für ihr Handeln
374 übernehmen. Der Gesellschaft sollen nicht alleine die Klimafolgekosten aufgebürdet werden.

375

376 **Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget**

377

378 Mit dem Einsetzen des Senatsausschusses Klimaschutz haben wir bereits begonnen die
379 Senatsarbeit so umzugestalten, dass konkrete Ziele und Aufgaben handlungsleitend sind und
380 nicht der alleinige Ressortzuschnitt. Der Senatsausschuss überwacht die Einhaltung der
381 Berliner Klimaziele, Bei drohender Verfehlung der CO₂-Einsparungsvorgaben werden von ihm
382 zusätzliche Klimaschutz-Maßnahmen veranlasst sowie ressortübergreifend Zielkonflikte gelöst.
383 Es ist entscheidend, dass sich alle mit voller Kraft dem Ziel des Klimaschutzes verpflichtet
384 fühlen und ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen lassen. Dazu richten wir ein
385 transparentes Monitoring ein, das mittels weniger Schlüsselindikatoren für die besonders
386 CO₂- relevanten Sektoren den Fortschritt nachvollzieht und einen Überblick ermöglicht. Die
387 Indikatoren werden online veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert. Eine Überprüfung, ob
388 Fachverwaltungen und Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten, soll durch unabhängige
389 Gutachten oder den Berliner Klimaschutzrat erfolgen, den wir strukturell weiter stärken
390 wollen. Für die Berliner Verwaltungen muss Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Das
391 braucht es klare Strukturen, Verantwortlichkeiten und mehr zuständiges Personal auf Landes-
392 und Bezirksebene. Darüber hinaus brauchen wir eine integrierte Infrastrukturplanung, die
393 Strom, Wärme und Mobilität, aber auch Klimaanpassung und Wassermanagement gemeinsam denkt
394 und vorantreibt. Wir legen deshalb mit dem neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm
395 (BEK), für jeden Bereich (Energie, Verkehr, Wirtschaft und Gebäude) verbindliche Vorgaben
396 für die Treibhausgas-Einsparungen fest, die mit dem 1,5 Grad Pfad kohärent sind, und
397 unterlegen diese mit konkreten Maßnahmen und den notwendigen Budgets. Die Politikgestaltung
398 in diesen Sektoren wird konsequent an den CO₂-Reduktionszielen ausgerichtet. Hierfür sollen
399 Anreize und ordnungspolitische Maßnahmen genutzt sowie die Klimamaßnahmenpläne der

400 relevanten Bereiche mit der Haushaltsaufstellung eingefordert werden. Wir implentieren eine
401 jährliche Datenerfassung und Zielerreichungskontrolle und prüfen die Genauigkeit,
402 Vollständigkeit und Aktualität der Daten. Bei Zielverfehlungen sollen die jeweils
403 zuständigen Senatsverwaltungen nach dem Vorbild der Bundesebene die auf Landesebene
404 erforderlichen Sofortmaßnahmen auf den Weg bringen. Gleichzeitig wird offengelegt, welche
405 öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann
406 nach Möglichkeit umgewidmet werden.

407
408 Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt
409 stellen.

410 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Klimakrise auch als Notsituation im Sinne
411 der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft wird und somit Investitionen zur CO₂-
412 Vermeidung vorgenommen werden können. Der Klimabürger*innenrat hat uns verdeutlicht, wie
413 sehr die Klimapolitik von einer engen Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft
414 profitiert. Es ist entscheidend, dass alle erarbeiteten Forderungen des
415 Klimabürger*innenrates ernst genommen und möglichst umgesetzt werden. Wir schreiben
416 Bürger*innenbeteiligung auch in Zukunft groß und wollen mit ähnlichen Formaten die
417 Berliner*innen beim Klimaschutz mit einbeziehen. Wir wollen den Dialog mit der Wirtschaft
418 nutzen, um ambitioniertere Maßnahmen für das BEK für den Sektor Wirtschaft zu entwickeln und
419 deren Akzeptanz zu sichern. Das BEK werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf
420 verbindliche Maßnahmen. Wir sorgen dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch
421 besser genutzt werden können.

422 Wir begrüßen den Volksentscheid "Berlin 2030 klimaneutral" und wünschen ihm viel Erfolg,
423 denn auch wir sagen Ja zu mehr Klimaschutz. Wir nehmen das Votum der zahlreichen
424 Berliner*innen ernst, die für Bürger*innenbeteiligung und mehr Klimaschutz unterschrieben
425 haben. Als Grüne werden wir den Umbau Berlins zu einer klimaneutralen Stadt
426 sozialverträglich umsetzen und so auch die Abhängigkeit von den steigenden Preisen der
427 fossilen Energieträger beenden. Klar ist dabei auch: Wir müssen die Klimaneutralität Berlins
428 deutlich schneller erreichen als es die derzeitige gesetzliche Vorgabe von 2045 vorsieht.
429 Auch wenn es zum jetzigen Zeitpunkt jedoch praktisch nicht möglich scheint, Berlin
430 vollständig bis 2030 klimaneutral umzubauen, werden wir uns dafür einsetzen das
431 Energiewendegesetz durch Maßnahmen nachzuschärfen, um Berlin schnellstmöglich klimaneutral
432 zu machen.

433

434 **Klimaschutz in den Bezirken**

435

436 Der Klimaschutz in den Bezirken soll künftig gestärkt und konsequenter eingefordert werden.
437 Die bisherige Aufforderung der Bezirke am Klimaschutz mitzuwirken, wollen wir als
438 Verpflichtung ausgestalten, Emissions-Reduktions-Ziele, die mit den Zielen des Landes
439 vereinbar sind, sowie ausreichende Maßnahmen für deren Erreichung zu definieren.

440

441 Dazu wollen wir unter anderem die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke um
442 Klimaschutzkriterien erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes
443 Handeln nicht mehr finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen die
444 Klimaschutzmanager*innen künftig das Klimabudget verwalten, in allen Ämtern etablieren sowie
445 Hand in Hand mit den Beteiligungsreferaten arbeiten. Dabei muss sowohl technisches Know-how
446 wie auch Fähigkeit und Befugnis zur Klima-Governance vorhanden sein. Damit die Bezirke
447 stärker als bisher die Mittel aus den Förderungen im Rahmen des BEK in Anspruch nehmen,
448 müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für die Antragstellung verfügen. Die
449 Bezirksämter müssen als handlungsfähige Steuerungsebene für die Wärmeplanung und Umsetzung
450 von Quartierslösungen ausgebaut werden, sowohl was die Ausstattung mit Personal als auch mit

451 finanziellen Mitteln und Kompetenzen angeht. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen
452 Bildungs-, Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz und nachhaltige
453 Techniken des Wassermanagements, der Begrünung und der Grünpflege deutlich ausweiten. In
454 Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer sowie den betroffenen Innungen wollen wir
455 Vorgehensweisen entwickeln, um Möglichkeiten, Angebote und Förderprogramme zur Ausbildung in
456 allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei
457 auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden. Das Berliner Vergaberecht berücksichtigt
458 bereits ökologische und soziale Kriterien. Dies soll kurzfristig konsequent um
459 Klimaschutzkriterien ergänzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass mittelfristig
460 Dienstleistungen und Produkte nur von klimaneutralen Unternehmen beschafft werden.

461 **1.2 Berlin summt und brummt: Stadtgrün und Artenvielfalt schützen**

462 In keiner anderen Metropole leben so viele Nachtigallen wie in Berlin. Damit das so bleibt,
463 müssen wir Berlins Stadtnatur schützen. Die Klimakrise ist in vollem Gange und hat schon
464 sichtbare Spuren hinterlassen. Neun von zehn Bäumen in Berlin zeigen Schäden, die auf die
465 langen Dürreperioden der letzten Jahre zurückzuführen sind, und nur 7 Prozent der Waldbäume
466 waren nach dem letzten Zustandsbericht noch gesund. Gleichzeitig finden sich immer mehr
467 Tiere und selbst ehemalige „Allerweltsarten“ auf der Roten Liste. Berlins Stadtgrün ist
468 wertvoll, denn es ist nicht nur ein Ort der Erholung, sondern auch der Artenvielfalt,
469 Frischluftversorgung, Klimakühlung und CO₂-Speicher. Ohne das Grün werden Mensch und Natur
470 in der Stadt enorm unter der Verdichtung, dem Lärm, dem Stress und den Folgen der Klimakrise
471 leiden. Eine intakte Natur ist kein Luxus, sondern gehört für uns zur Grundversorgung und
472 ist essenzieller Teil der Daseinsvorsorge. Denn neben dem Erreichen der Pariser Klimaziele
473 wird die Klimaanpassung für unsere Stadt eine der größten Herausforderungen in den kommenden
474 Jahren sein.

475 **Stadtgrün erhalten und Bäume pflanzen**

476 Wir haben in den letzten Jahren massiv in die Pflege der Berliner Grünanlagen, der
477 Straßenbäume und Wälder investiert und viel für ihren Schutz getan. Durch uns wurde die
478 größte Grünbauoffensive seit langem angestoßen. In einem Dreiklang aus Flächensicherung,
479 Stärkung des Stadtgrüns und strategischem Ankauf wollen wir unsere Stadt ergrünen lassen. Um
480 dem Klimawandel die Stirn bieten zu können, müssen wir diesen Einsatz verstetigen und weiter
481 ausbauen. Wir wollen die Bewässerung und das Pflanzen von Straßenbäumen verbessern. Dazu
482 müssen Straßen und Grünflächenämter besser ausgestattet und die dafür notwendige
483 Infrastruktur ausgebaut werden. Und wir wollen das Engagement der Berliner*innen fördern,
484 auch selber vor der Haustür ihr Stadtgrün zu pflegen. Dazu wollen wir alle Schwengelpumpen
485 wieder in einen funktionsfähigen Zustand versetzen und den Menschen einen erleichterten
486 Zugang zu Informationen geben, die sie dafür brauchen. Unser Ziel ist es, die durch
487 Bauprojekte, Klimaschäden oder Alterung verloren gegangenen Bäume zeitnah durch neue Bäume
488 zu ersetzen und gleichzeitig durch Pflanzungen den Baumbestand in Berlin deutlich zu
489 erhöhen. Bäume, die gefällt werden mussten, werden durch vier junge Bäume ersetzt oder durch
490 vergleichbare Maßnahmen kompensiert. Die laufende Stadtbaumkampagne des Senats wollen wir
491 über das Jahr 2021 hinaus fortführen, um das Spenden für Straßenbaumpflanzungen zu
492 ermöglichen. Dabei wollen wir vermehrt Baumarten anpflanzen, die an die klimatischen
493 Veränderungen des 21. Jahrhunderts möglichst gut angepasst sind. Der Erhalt von
494 Bestandsbäumen hat für uns Vorrang. Deshalb wollen wir die Bedingungen für die bestehenden
495 Straßenbäume mit entsprechenden Maßnahmen verbessern. Zusätzlich wollen wir in den Bezirken
496 Obstbäume neu pflanzen, die Schatten spenden, und Berlin mehr und mehr in eine „essbare
497 Stadt“ verwandeln. Damit nicht nur Bäume auf öffentlichen Flächen besser geschützt werden,
498 wollen wir zudem die Baumschutzverordnung aktualisieren, die Liste der zu schützenden
499 Baumarten ausweiten und dafür sorgen, dass Verstößen nachgegangen wird. Damit das Grün in
500 Berlin weiterwächst und Berlin grün wird, müssen die Maßnahmen der Charta Stadtgrün in einem

501 Handlungsprogramm konkretisiert, finanziert und abgesichert werden. Dabei soll ein
502 besonderes Augenmerk auf die konkrete Grünversorgung in den Kiezen gelegt werden und dabei
503 auch auf Kennzahlen zurückgegriffen werden.

504 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar, sie kühlen die Stadt, erhalten
505 den Artenreichtum und sollten für viele Großstädter*innen auch Naherholungsgebiete sein. Wir
506 wollen sie daher erhalten und schützen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 als
507 behördenverbindlichem Planungsinstrument haben wir dafür eine wichtige Grundlage gelegt.
508 Aber wir wollen mehr und deshalb darüber hinaus eine langfristige Strategie zur Sicherung
509 der Kleingärten und eine bessere rechtliche Absicherung. Bebauungspläne und der
510 Flächennutzungsplan bieten schon heute die Möglichkeit, den betroffenen Anlagen Sicherheit
511 und Verlässlichkeit zu geben. Kleingärten sollen nur im Ausnahmefall, etwa für die soziale
512 Infrastruktur oder eine verkehrliche Erschließung, weichen müssen. Damit alle Berliner*innen
513 von ihnen profitieren können, sollen sich die Kleingartenanlagen noch mehr als bisher für
514 die Stadtgesellschaft öffnen und neue Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns aktiv
515 unterstützen. Durch eine Parzellenteilung von großen Gärten bei Pächterwechsel sollen noch
516 mehr Menschen in den Genuss von Kleingärten kommen. Programme für ökologische Gartenarbeit
517 oder zum Anbau von alten und seltenen Obst- und Gemüsesorten werden wir ausbauen und
518 intensivieren. Auch eine wildnisfreundliche und naturnahe Gartengestaltung unterstützen wir.

519 **Berlin: bestäuberfreundlich und artenreich**

520 Seltene Pflanzen- und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um ihren Genpool zu
521 stärken und die biologische Vielfalt in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich
522 genügend Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und
523 Flüsse, Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an
524 Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher
525 geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und
526 das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden. Ziel ist ein
527 qualitativ hochwertiger Biotopverbund. Auf Grünflächen und in begrünten Zwischenbereichen
528 des Straßenlands wollen wir insektenfreundliche Wildblumenwiesen einrichten, um Lebensräume
529 für Wildbienen zu schaffen.

530 Wir wollen das von uns zur Förderung der Imkerschaft Erreichte verstetigen und ausbauen. Die
531 schon geschaffene Bienenkoordinierungsstelle an der FU bildet Imker*innen weiter, die
532 Vernetzung der Imkerschaft in Berlin wollen wir unterstützen. Wissenschaftliche Studien zur
533 ökologischen Bienenhaltung werden besser finanziert. Die Kooperation zwischen den
534 Imker*innen und bezirklichen Veterinärämtern wollen wir verbessern.

535 **Weniger Beton, mehr Grün – denn Grünflächenschutz ist Gesundheits- und Klimaschutz**

536 Die letzten drei Sommer in Berlin waren überdurchschnittlich heiß. Vor dem Hintergrund der
537 fortschreitenden Klimakrise ist davon auszugehen, dass dieser Trend langfristig anhält.
538 Extreme Hitze ist gesundheitsschädigend, besonders kleine Kinder, alte Menschen und Menschen
539 mit Vorerkrankungen leiden unter der Hitze. Neben den Klimaschutzmaßnahmen müssen wir
540 deswegen auch Klimaanpassungen vornehmen. Dafür erarbeiten wir konkrete Ziele zur Anpassung
541 an die Folgen des Klimawandels mit klaren Zeitvorgaben. Berlin muss sich besser auf
542 Hitzewellen und Starkregenereignisse vorbereiten, das gelingt mit klugen Investitionen in
543 die Stadtinfrastruktur und einer grundsätzlichen Prüfung der Klimaresilienz aller
544 Infrastrukturmaßnahmen.

545 Wasser kühlt die Umgebungstemperatur ab und beugt Hitzeinseln vor. Deswegen wollen wir
546 Berlin zur Schwammstadt umbauen. Wir wollen das Regenwasser speichern und nutzen, statt es
547 zu sammeln und in Kanäle abzuleiten. Das kühlt die Stadt und hält die Gewässer sauber. Mit
548 der Gründung einer Regenwasseragentur und dem „1.000 Grüne Dächer“-Programm haben wir diesen

549 Weg bereits eingeschlagen. Dadurch können Starkregenereignisse abgepuffert und das Wasser
550 für Dürrezeiten kann effizienter gespeichert werden. Auch die Begrünung von Balkonen,
551 Hauswänden und Fassaden ist entscheidend, um so CO₂ zu binden, die Luft zu reinigen, die
552 Biodiversität zu vergrößern und die Stadt zu kühlen. Auch in diesem Bereich werden wir
553 Programme und Projekte unterstützen und die Förderung verbessern. Ein Hauptproblem bleibt
554 aber die Versiegelung von Flächen durch Beton und Asphalt. Dort kann kein Wasser versickern
555 und es entstehen im Sommer schnell Hitzeinseln, die die Stadt aufheizen. Wir werden gezielt
556 Flächen wie Straßen, Parkplätze oder Schulhöfe identifizieren, um sie von Beton und Asphalt
557 zu befreien und für einen besseren Regenrückhalt zu sorgen. Grundlage dafür sind offenere,
558 unversiegelte Böden. Dazu werden wir ein landesweites Entsiegelungsprogramm auflegen und
559 eine jährliche Zielmarke festlegen. Wir streben eine Nettonull für die Flächenversiegelung
560 im Jahr 2030 an. Dies kann auch dadurch erfolgen, dass der Berliner Leitfaden zur Bewertung
561 und Bilanzierung von Eingriffen die Ver- und Entsiegelungen so bewertet, dass sich ein
562 deutlich erhöhter Anreiz zur Vermeidung von Versiegelung und für Entsiegelungsmaßnahmen
563 ergibt. Außerdem soll die im Berliner Bodenschutzgesetz geforderte Bodenschutzkonzeption
564 weitere Maßnahmen zur Vermeidung von Bodenversiegelungen entwickeln. Wir wollen vor allem
565 dort entsiegeln, wo Grün- und Freiflächen fehlen, um die Umweltgerechtigkeit zu steigern.
566 Mit mehr und anspruchsvoll bepflanzten Versickerungsflächen wollen wir auch die
567 Lebensqualität durch Verdunstung und Kühlung der Stadt erreichen, auch neue Pocket-Parks
568 sollen dazu beitragen. Zudem wollen wir an geeigneten Stellen sogenannte Regengärten anlegen
569 und so auch zur Kühlung der Stadt beitragen. Um dem weiterhin rasant steigenden Flächenfraß
570 etwas entgegenzusetzen, wollen wir Dachaufbauten stärken. Nach dem Vorbild Wiens wollen wir
571 in Berlin mehrere „Kühle Meilen“ etablieren. Mit mehr Bäumen, Rank- und Kletterpflanzen,
572 Räumen für geschützte Wildtierarten, mit Trinkwasserbrunnen, Wasserspielen,
573 Erfrischungsmöglichkeiten und ausreichend Sitzgelegenheiten für Jung und Alt sowie
574 entsiegelten und wiederbepflanzten Bereichen, zum Beispiel Regenbeeten und
575 Versickerungstreifen, die Regenwasserrückhalt im Boden ermöglichen. Mit Anwohnerbeteiligung
576 schaffen wir in den Kiezen kühle, ruhige Oasen, die auch der Gesundheit und dem Hitzeschutz
577 dienen. Unser Ziel ist es, in der nächsten Wahlperiode in klimatisch belasteten Gebieten 20
578 Klimastraßen und „Kühle Meilen“ einzurichten.

579 Neue Stadtplätze, Parkplätze sowie neue Straßen sollen mit versickerungsfähigem Belag
580 versehen werden. Soweit möglich soll Beton als Baustoff und der Bau neuer Straßen vermieden
581 werden. Immer mehr Berliner*innen wollen aktiv das Grün in ihrem Wohnumfeld schützen und
582 weiterentwickeln. Diese Initiativen wollen wir unterstützen und für sie
583 Beratungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen wollen
584 wir zudem durch das Land Berlin Flächen zur Verfügung stellen, um den Stadtraum zu begrünen.
585 Damit sich flächendeckend in allen Stadtteilen Gemeinschaftsgärten etablieren und neue
586 Urban-Gardening-Initiativen entstehen können, wollen wir den Ankauf neuer Flächen finanziell
587 unterstützen. Außerdem wollen wir Hofbegrünungsinitiativen weiterhin durch ein eigenes
588 Programm finanziell unterstützen. Das Ökokonto soll weiter ausgebaut werden, so dass
589 Grünflächen und Biotope vom Land zusammenhängend entwickelt werden können und die Flächen
590 für Kompensationsmaßnahmen bei Bauprojekten zur Verfügung stehen. Dabei gilt immer, dass
591 jede versiegelte Fläche konsequent und ortsnah durch eine entsiegelte Fläche ausgeglichen
592 werden muss. Ausgleichszahlungen dürfen keine Regel, sondern Ausnahmen sein. Wir wollen
593 einen Berliner Naturcent einführen, der sich aus dem Grundsteueraufkommen speist und in die
594 Pflege von Parks und Naturschutzgebieten fließen soll.

595 Dank uns Grünen ist Berlin bereits Teil des Blue-Community-Netzwerkes geworden, wir haben
596 über 100 neue Trinkwasserbrunnen aufgestellt, und öffentliche Orte wie Schulen oder
597 Rathäuser bekommen Wasserspender. Das wollen wir weiter ausbauen, gerade für Hitze-
598 Risikogruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen, die auf der Straße leben, wollen wir
599 einfache und kostenlose Zugänge zu Trinkwasser schaffen. Langfristig wollen wir

600 Trinkwasserbrunnen auch an allen Spielplätzen, Bahnhöfen und Parks aufstellen und darüber
601 hinaus Restaurants ermutigen, zu Auffüll-Stationen zu werden. Der Klimawandel und eine
602 wachsende Bevölkerung werden gravierende Auswirkungen auf die Wasserversorgung Berlins
603 haben. Daher ist es wichtig, heute zu handeln. Mit dem „Masterplan Wasser“ haben wir eine
604 wichtige Grundlage gelegt. Der Masterplan muss immer wieder aktualisiert und fortgeschrieben
605 werden. Um die Wasserversorgung auch künftig sicherzustellen, sind wir auf eine enge und
606 kontinuierliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und insbesondere Brandenburg
607 angewiesen. Wir sprechen uns für die Wiedereröffnung der Wasserwerke Jungfernheide und
608 Johannisthal aus und dafür, dass die Wasserwerke in eine moderne Wasseraufbereitung
609 investieren und insbesondere eine umfassende Spurenstoffstrategie verfolgen. Die wachsende
610 Stadt muss auf einen umfassenden Schutz des Grundwassers für die Trinkwasserförderung und
611 den Schutz unserer Oberflächengewässer Rücksicht nehmen. Regenwasser soll, wo immer möglich,
612 zunehmend zur Bewässerung genutzt werden, gerade in heißen Sommern. Zunehmender
613 Wasserverbrauch gefährdet die verbliebenen artenreichen Feuchtgebiete und den Wald in
614 Berlin. Diesen Zielkonflikt wollen wir klug ausbalancieren und Möglichkeiten nutzen, die
615 Trinkwassergewinnung in sensiblen Naturräumen einzuschränken.

616 **20 Prozent Berlins werden zum Landschaftsschutzgebiet**

617 Doch nicht nur in den Kiezen soll es grüner werden. Wir brauchen auch große Freiflächen, in
618 denen sich Flora und Fauna ungestört entwickeln können und wir Menschen uns erholen.
619 Momentan sind fast alle größeren Erholungslandschaften als Landschaftsschutzgebiet
620 gesichert, das sind über 14 Prozent der Landesfläche. Wir wollen weitere Naturgebiete
621 schützen, indem wir sie zu Landschaftsschutzgebieten aufwerten und haben hierfür die
622 Personalmittel erheblich aufgestockt. Damit soll der Anteil auf 20 Prozent der Landesfläche
623 steigen. So sollen zum Beispiel Felder der Elisabeth-Aue als Teil einer übergeordneten
624 Natur-, Kultur- und Erholungslandschaft in das umgebende Landschaftsschutzgebiet integriert
625 werden. Zudem sollen mindestens 4 Prozent der Landesfläche zukünftig völlig unter
626 Naturschutz stehen. Gemeinsam mit Brandenburg und Berlins Nachbargemeinden werden wir die
627 acht Regionalparks und mit ihnen die Grünräume aus Wäldern, Feldern und Gewässern stärken
628 und entwickeln. Das existierende „Kommunale Nachbarschaftsforum“ aus den Berliner Bezirken
629 und 55 Nachbargemeinden wollen wir aufwerten. Den begonnenen Umbau bei den Berliner
630 Stadtgütern in Brandenburg hin zu mehr biologischer Landwirtschaft wollen wir beschleunigen.
631 Die dort betriebene Landwirtschaft soll mit der Regionalvermarktung in Berlin und mit
632 Aktivitäten einer stadtnahen Umweltbildung verbunden werden. Berlins Wälder innerhalb wie
633 außerhalb des Stadtgebiets haben große Bedeutung für unser Stadtklima, die
634 Trinkwasserversorgung, die Naherholung und als CO₂-Senke. Doch sie sind in der Klimakrise
635 hochgradig gefährdet. Wir wollen daher ihre Umgestaltung zu einem naturnahen und
636 klimaangepassten Mischwald beschleunigen. Für eine Naturverjüngung mit gemischten Baumarten
637 muss der Bestand an Schalenwild in Berlins Wäldern, soweit unvermeidbar, reguliert werden.
638 Gleichzeitig müssen die Berliner Moore, ein wichtiger CO₂-Speicher und Lebensraum für hoch
639 gefährdete Pflanzen- und Tierarten, dringend vor dem Austrocknen bewahrt und wo immer
640 möglich durch ein ambitioniertes Moorschutzprogramm wieder renaturiert werden. Auch unsere
641 Seen wollen wir schützen. Damit das Grün in unserer Stadt stetig weiterwächst, wollen wir
642 die bestehenden Aufkauffonds ausweiten und Flächen ankaufen, die ausschließlich für Flora
643 und Fauna reserviert bleiben. Das von uns in der aktuellen R2G-Koalition durchgesetzte
644 Projekt „Einstellung von Naturranger*innen und Parkmanager*innen“ wollen wir verstetigen.
645 Außerdem stehen wir weiter zum Erhalt des Tempelhofer Feldes in seiner jetzigen Form als
646 einer der größten und wichtigsten Grünflächen Berlins und lehnen eine Randbebauung ab. Die
647 Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist überfällig. Mit zusätzlichen finanziellen und
648 personellen Ressourcen wollen wir einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer unter
649 Beteiligung der Zivilgesellschaft wieder herstellen. Dazu prüfen wir die Einführung eines
650 Wasserentnahmeentgelts, das die Kraftwerke für die Nutzung des Flusswassers zu

651 Kühlungs Zwecken zahlen. Für alle Gewässer werden zügig Konzepte zu ihrer naturnäheren
652 Umgestaltung erstellt. Ein zentrales Vorhaben ist dabei der zweite Bauabschnitt der
653 Renaturierung der Wuhle, so dass diese weiterhin ganzjährig Wasser führt und der
654 Artenreichtum erhalten bleibt. Wir wollen auch den Nutzungsdruck auf Berliner Gewässer
655 reduzieren und besser regeln. Unser Ziel ist, möglichst viele Wasserflächen für die
656 Naherholung zugänglich zu machen.

657 Die Friedhofsflächen sind sowohl als Orte des Trauerns als auch des Gedenkens und für die
658 Stadtnatur wertvolle Räume, die wir weiterhin schützen werden. Wir wollen Baumbestattungen
659 erleichtern und Möglichkeiten zu Baumpflanzungen im Zusammenhang mit Beisetzungen schaffen.

660 **Eine Stadt ohne Müll**

661 Den Berliner Müllbergen sagen wir den Kampf an. Berlin hat sich politisch dazu verpflichtet,
662 zu einer Zero-Waste-Stadt zu werden. Mit dem Abfallwirtschaftskonzept, der Zero-Waste-
663 Strategie und dem Start der Zero-Waste-Agentur sind wir erste wichtige Schritte gegangen,
664 weitere müssen folgen. Den Bezirken wollen wir deshalb bei der Pflege und Reinigung von
665 Grünflächen und Spielplätzen noch stärker finanziell unter die Arme greifen. Wir wollen den
666 Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die
667 Anwohnenden zu erhöhen. Gerade Straßen mit hohem touristischen Aufkommen oder viel
668 Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es ist eine Frage der
669 Gerechtigkeit, die Anwohnenden nicht mit den Mehrkosten allein zu lassen.

670 Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und Abfall vermeiden. Daher wollen wir eine
671 Konferenz zum Thema zukunfts- und kreislaufwirtschaftsfähige Produktdesigns veranstalten und
672 mit einem Wettbewerb für innovative Produkte der Kreislaufwirtschaft dem Thema mehr
673 öffentliche Aufmerksamkeit zukommen lassen. Insbesondere wollen wir gegen den
674 Verpackungswahnsinn ankämpfen und den Verkauf von unverpackten Produkten unterstützen, auch
675 in herkömmlichen Supermärkten. Mit der Eröffnung der ersten Berliner
676 Gebrauchtwarenkaufhäuser haben wir wichtige Impulse gesetzt, die wir verstetigen wollen. Was
677 am Ende doch weggeschmissen wird, muss wesentlich besser recycelt werden. Besonders die
678 Rohstoffe aus Sperrmüll sollten besser wiederverwendet werden, anstatt sie mit dem Restmüll
679 zu verfeuern. Um dem illegalen Abstellen von Müll auf der Straße entgegenzuwirken, wollen
680 wir die Sperrmüllsammelung dezentraler und wohnortnäher gestalten. Kaputte Haushaltsgeräte
681 sollen nicht gleich auf dem Müll landen, sondern in Repair-Cafés oder von professionellen
682 Reparaturbetrieben günstig repariert werden können. Das ist nachhaltig und spart Geld. Das
683 fördert eine längere Nutzungsdauer und spart Abfall. Einen wichtigen Schritt dorthin haben
684 wir bereits unternommen: Wir haben mit der Handwerkskammer ein Netzwerk an zertifizierten
685 Reparaturbetrieben gegründet. Auch die Bioabfallsammlung wollen wir weiter ausbauen, um
686 organische Abfälle optimal, etwa für die Erzeugung von Biogas, verwerten zu können. Um Müll
687 einzusparen, wollen wir in Kantinen und im Gastronomiebereich noch stärker Pfandbehälter-
688 Systeme fördern, sowohl bei der Mitnahme von Speisen als auch bei der Anlieferung von
689 Zutaten. Die Eigenkompostierung in öffentlichen Kantinen, im Gastronomiebereich und in
690 privaten Haushalten möchten wir fördern. Einen weiteren Ausbau der Berliner
691 Müllverbrennungskapazitäten lehnen wir ab und setzen auf das Prinzip „Zero Waste“. Die
692 immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze von 580.000 Jahrestonnen Input zur
693 Verbrennung des Berliner Restmülls im MHKW Ruhleben darf nicht überschritten werden.

694 **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

695 Damit in der Bevölkerung das Verständnis für die Folgen des Klimawandels wächst und Menschen
696 erfahren können, wie sie zur Klimawende beitragen können, wollen wir die Bildungsarbeit im
697 Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken und ausbauen. In den vergangenen vier
698 Jahren haben wir die Umwelt- und Naturbildung auf eine neue Grundlage gestellt. Mit einer
699 Stelle für das Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei der Senatsverwaltung

700 für Bildung haben wir einen ersten Erfolg erzielt. Dies wollen wir ausweiten und eine
701 Koordinierungsstelle für das BNE in Berlin schaffen. Diese wird, wie in Hamburg, auf der
702 Ebene der Senatskanzlei angesiedelt. Wir haben es geschafft, in jedem Bezirk ein
703 Umweltbildungszentrum zu errichten und zu finanzieren, die Bezahlung von Pädagog*innen
704 verbessert und die Bildungsmaßnahmen ausgeweitet. Daran wollen wir anknüpfen und die
705 begonnenen Projekte weiter verstetigen sowie die Zusammenarbeit mit wichtigen Institutionen
706 wie dem Naturkundemuseum, Botanischen Garten oder auch dem Ökowerk fördern. Darüber hinaus
707 ist es entscheidend, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen auch vor Ort direkt in den
708 Bezirken Anlaufstellen, Räumlichkeiten und gebündelte Projektunterstützung erhalten, so dass
709 Aktive vor Ort mehr unterstützt werden. Dies könnte beispielsweise in einem Klimahaus
710 geschehen.

711 Die Hochschulen, Schulen und Kitas müssen dazu mehr Unterstützung erfahren. Die von uns
712 Grünen in der Koalition durchgesetzte deutliche Erhöhung der finanziellen Förderung der
713 zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Umwelt- und Naturbildung muss verstetigt und
714 ausgebaut werden.

715 **1.3 Kiez & Co. – lebenswerte und ökologische Stadtquartiere**

716 Damit das, was zusammengehört, gemeinsam wachsen kann, brauchen wir eine soziale und
717 ökologische Stadtentwicklung. Das funktioniert am besten, wenn Politik, Verwaltung und
718 Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Wir wollen die Stadt und ihre Kieze weiter
719 zusammen mit den Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine
720 gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch
721 integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige
722 Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die
723 partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte.
724 Beispiele sind der weitere Umbau des öffentlichen Raums, die Einrichtung von Begegnungszonen
725 oder der Aufbau von Quartiersmittelpunkten. Plätze und Grünanlagen müssen so gestaltet sein,
726 dass sie verschiedene Nutzungsgruppen ansprechen und das Miteinander fördern. Unser Ziel ist
727 es, entsiegelte Freiflächen zu erhalten. Dafür setzen wir auf integrierte Konzepte zur
728 Nachverdichtung der Gesamtstadt und ihrer Kieze und den Bau von flächensparenden
729 Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt wächst, muss auch
730 das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden begrünen, beim Bau neuer
731 Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und ausreichend Grünflächen ausweisen.

732 Unsere Wohnquartiere der Zukunft, neu geplante und schon bestehende, bieten Platz für
733 Wohnen, Pflege, Nachbarschaft, Arbeiten, Bildung, Gewerbe, Freizeit, Kultur und Naherholung.
734 Die Wege zu Bildungs- und Kultureinrichtungen, zur Naherholung und für die Versorgung sind
735 kurz und die Anbindung ist so gut, dass niemand ein Auto braucht. Das erhöht nicht nur die
736 Lebensqualität, sondern ist auch gut fürs Klima. Mit einer Internationalen Bauausstellung
737 (IBA) wollen wir dieser Vision Schwung verleihen und eine soziale und ökologische
738 Stadtentwicklung weiter voranbringen.

739 **Stadtquartiere der Zukunft**

740 Stadtentwicklung geht über die einzelnen Häuser, Grundstücke und fachlichen Belange hinaus:
741 Wir wollen die Stadtquartiere der Zukunft schaffen, aus denen Berlin und seine Bezirke
742 erwachsen. Wir werden die Bezirke personell und finanziell dabei unterstützen, integrierte
743 städtebauliche Entwicklungskonzepte für Stadtumbau, Sicherung und Erweiterung des
744 Baubestandes, Infrastrukturbedarfe und -standorte, Klimaschutzmaßnahmen, Grün- und
745 Straßenumbau zu entwickeln. Dies wird mit Bürger*innenbeteiligung, wirklicher Partizipation
746 bei Planung und Umsetzung und diversitätssensiblen Mitwirkungsstrategien verbunden. Neue
747 Quartiere müssen von Anfang an gemeinwohlorientiert, autofrei, klimaneutral und
748 ressourcenschonend geplant werden. Alle für den Alltag wichtigen Einrichtungen wie

749 Bäckereien und Arztpraxen sollen in höchstens 15 Minuten zu Fuß erreichbar sein. Grünflächen
750 wollen wir biodivers planen und wie auf dem ehemaligen Flughafenareal Tegel durch innovative
751 „Sport- und Bewegungsparks“ für eine bewegte Stadt von morgen nutzen.

752 Der Bau von sozial-ökologischen Modellquartieren darf nicht länger warten und muss Standard
753 werden. Mit dem Schumacher Quartier ist der Anfang gemacht – viele andere Quartiere müssen
754 entsprechend folgen. Vorhandene Quartiere entwickeln wir im Rahmen der regelmäßigen
755 Bezirksentwicklungsplanung weiter, in die auch die soziale Infrastrukturplanung einfließt.
756 Die notwendigen Abstimmungen zwischen Landes- und Bezirksebene und allen beteiligten
757 Fachplanungen organisieren wir in einem breiten Diskurs zwischen Bürger*innen, Verwaltung
758 und Politik.

759 **Eine Internationale Bauausstellung für Berlin-Brandenburg**

760 Gemeinsam mit Brandenburg planen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA), um die großen
761 Themen der Urbanisierung, der städtebaulichen Nachhaltigkeit, der Mobilitäts- und Bauwende,
762 des Zusammenspiels von Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen, Grün und Erholung beispielhaft und
763 praktisch umzusetzen. Ziel ist es, die nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung
764 im Land und in den Bezirken wirksam voranzubringen. Zusammen mit den betroffenen Gruppen
765 wollen wir Lösungen für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur erarbeiten – sozial, ökologisch
766 und bezahlbar. So bringen wir frischen Wind, Kreativität und Innovationsgeist in die
767 Planungs- und Bauämter und stärken die Zusammenarbeit – für eine zukunftsfähige
768 Stadtentwicklung in der ganzen Region!

769 **Mitbestimmung im Kiez**

770 Die Kieze und Quartiere sind der Puls der Stadt. Deshalb wollen wir dort die Mitbestimmung
771 stärken und den Austausch zwischen Nachbar*innen fördern. Hierfür haben wir im
772 Doppelhaushalt die Untetrstützung der Beteiligungsformen deutlich ausgebaut, nun gilt es
773 diese Strukturen mit Leben zu füllen. Die Umsetzung der Bürger*innenbeteiligungsleitlinien
774 in der räumlichen Stadtentwicklung soll vorangetrieben und durch beispielhafte und weithin
775 sichtbare Projekte verankert werden. Die Bezirke werden dabei unterstützt, eigene
776 Beteiligungsleitlinien aufzustellen, um die Beteiligung vor Ort auszubauen. Den öffentlichen
777 Raum wollen wir zu einem Ort der Begegnung umgestalten. Mit stadtteilnaher
778 Bürger*innenbeteiligung unterstützen wir die Vernetzung von Anwohner*innen und das
779 demokratische Gemeinwesen. Alle Berliner*innen sollen stärker ihr Lebensumfeld, sei es in
780 ihrem Wohnumfeld oder in der Stadt, aktiv mitgestalten können. Unzureichende Kenntnisse der
781 deutschen Sprache sollten dabei keine Hürde darstellen. Über die Bezirke sollen hierfür
782 ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Initiativen und
783 Bürger*innen, die ihren Kiez verändern wollen, wollen wir bei der Umsetzung von Spiel-,
784 Fahrrad- oder Klimastraßen sowie beim Ausprobieren und Lebendiggestalten von
785 verkehrsberuhigten Kiezblocks stärker unterstützen, beraten und vernetzen. Dafür brauchen
786 wir Anlaufstellen vor Ort in den Bezirksämtern. Ob wir diese mit Servicebüros für die
787 Mobilitätswende oder Einführung von Verkehrswenderäten abdecken können, bedarf genauerer
788 Überprüfung.

789 In den Bezirken wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen,
790 regelmäßig Bezirksentwicklungspläne und integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte
791 (ISEK) aufzustellen und zu aktualisieren. In den östlichen Bezirken ist auch nach 30 Jahren
792 ein Aufholprozess bei der Aufstellung von Bebauungsplänen notwendig, um beispielsweise
793 Kulturorte wie die Kulturbrauerei auch baurechtlich zu sichern. Gemeinsam mit
794 diversitätssensiblen Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen soll dadurch ein Raum für die
795 öffentliche Diskussion über Projekte der Stadtentwicklung geschaffen werden, um
796 beispielsweise Maßnahmen für soziale und grüne Infrastruktur, den Klimaschutz oder die
797 Verkehrswende erfolgreich begleiten zu können. Bei der Planung von neuen Quartieren soll dem

798 demografischen und kulturellen Wandel durch neue Wohnformen Rechnung getragen werden und der
799 Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie
800 Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen,
801 Studierenden, Geflüchteten, psychisch Kranken, Menschen ohne sichere Deutschkenntnisse,
802 Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere
803 Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das „geschützte Marktsegment“
804 vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für Bauvorhaben außerdem leichteren Zugang zu
805 Bürgschaften der Stadt erhalten.

806 **Klimaneutrales und nachhaltiges Planen und Bauen**

807 Der Klima- und Ressourcenschutz beginnt beim Planen von Häusern und Wohnquartieren. Wir
808 setzen uns für ein ökologisches, klimaneutrales und kreislauffähiges Bauen ein. Beim Bau
809 oder bei der Modernisierung von Häusern müssen deshalb zukünftig ökologische,
810 energieeffiziente und recyclingfähige Dämm- und Baustoffe wie Hanf, Stroh, Holz, Kalk, Lehm
811 und Ziegel sowie die Potentiale des Baustoffrecyclings genutzt werden. Mit der
812 Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen Beschaffung haben wir hier für öffentliche
813 Bauvorhaben wichtige Weichen gestellt und sorgen mit dem Bauinformationszentrum für
814 Information und Vernetzung. Was nun folgen muss, sind eine Digitalisierung der Bauämter,
815 eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung der Allgemeinen
816 Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (ABau). Wir wollen
817 alle Grundlagen schaffen, um auch das serielle Sanieren auf Basis digitaler Planungsprozesse
818 zu ermöglichen. In der Bauwirtschaft soll die Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden. Das
819 bedeutet, dass zukünftig nur noch Bauelemente und Baustoffe verbaut werden, die später
820 wiederverwendet oder recycelt werden können. Ebenso gilt es, erhaltenswerte Bausubstanz
821 wirksam zu schützen und Bauelemente bei Sanierungen aufzubereiten und wiederzuverwenden. Für
822 uns ist klar: Baukultur muss einen festen Ort in der Berliner Verwaltung finden. Damit dem
823 Holzbau, der eine schnelle und ökologische Alternative zum konventionellen Bauen ist, zum
824 Durchbruch verholfen werden kann, wollen wir ein Holzbau-Förderprogramm und eine Holzbau-
825 Quote von mindestens 30 Prozent bei Neubauten für landeseigene Betriebe und
826 Wohnungsunternehmen. Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden soll die Holzbau-Quote bei
827 mindestens 50 Prozent liegen. Das dafür eingesetzte Holz soll ausschließlich aus
828 zertifiziert nachhaltigem Anbau stammen.

829 Gemeinsam mit Brandenburg, als großem Forstland und Holzproduktionsstandort, wollen wir in
830 enger Abstimmung mit den Forstverwaltungen ein Holzbau-Cluster aufbauen. Den Einsatz von
831 Beton und Stahl im Hoch- und Tiefbau wollen wir aufgrund der damit verbundenen
832 Klimabelastungen auf das Nötigste reduzieren. Soweit auf Beton als Baustoff nicht verzichtet
833 werden kann, wollen wir eine Mindestquote für Recyclingbeton einführen, um zumindest den
834 Bedarf an Sand zu verringern.

835 Auch bei der Entsorgung von gesundheitsschädlichen Altlasten im Gebäudebereich wollen wir
836 weiter vorangehen. Am Ziel, dass Berlin bis 2030 asbestfrei wird, halten wir weiter fest.
837 Dazu wollen wir die Beratungsangebote für Mieter*innen und Eigentümer*innen weiterführen und
838 ein Register mit typischen Asbestbauteilen und betroffenen Gebäuden aufbauen.

839 **Grüner bauen – Tier- und Artenschutz im Städtebau verankern**

840 Damit der Berliner Bauboom nicht in Betonwüsten endet, sollen Neubauten zukünftig nur noch
841 mit Gründächern und Grünfassaden errichtet werden. Gebäude sind wichtige Lebensräume für
842 Tiere. Wir wollen, dass die Bauordnung dem Rechnung trägt und Gebäudebrüter von Spatz bis
843 Fledermaus nicht Opfer von Neubau und Sanierung werden. Die öffentlichen Betriebe und
844 Wohnungsbaugesellschaften sollen ein Vorbild sein und über die minimalen Anforderungen
845 hinaus für Artenschutz sorgen. Durch einen Katalog ökologischer Kriterien für alle
846 städtischen Grundstücke und Gebäude wollen wir einen Planungsansatz in die Stadt,

847 Landschafts- und Freiraumplanung integrieren, der die Bedürfnisse von stadtbewohnenden
848 Tieren berücksichtigt (Animal-Aided Design). Die Grünflächen sollen mit Blühwiesen und
849 strukturreichem Grün wie Hecken und Büschen insekten- und tierfreundlich gestaltet werden,
850 um Lebensräume und Biotopverbindungen für Tierarten auch in der Stadt zu erhalten. Die
851 Begutachtung auf Brutplätze bzw. Ruhestätten an Gebäuden müssen qualifiziert und rechtzeitig
852 stattfinden, wenn möglich bereits ein Jahr vor Baubeginn. Eine ökologische Baubegleitung
853 soll die Planung und Umsetzung von Maßnahmen unterstützen.

854 **Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes**

855 Der öffentliche Gebäudebestand soll durch energetische Modernisierung klimaneutral werden.
856 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass dies auch bei privaten Gebäuden der Fall ist.
857 Um dies umzusetzen, wollen wir, dass alle Berliner Institutionen des Landes Berlin, die
858 Bezirke und alle landeseigenen Unternehmen Kosten- und Maßnahmenpläne aufstellen, die
859 darlegen, wie ihr Gebäudebestand bis 2035 so umgebaut werden kann, dass er CO₂-neutral wird.
860 Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und die Bezirke wollen wir mit deutlich mehr
861 Finanzmitteln für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur energetischen Modernisierung
862 ausstatten. In die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und den landeseigenen
863 Wohnungsunternehmen sowie in das Wohnraumversorgungsgesetz wollen wir ebenfalls verbindliche
864 ökologische Kosten- und Maßnahmenpläne mit jährlichen Ziel- und Vergütungsvereinbarungen
865 aufnehmen. Im Rahmen der Umsetzung setzen wir auf das Konzept des Einspar-Contractings.

866 **Neue Konzepte für die Stadtteilzentren – die Zeit der Shopping-Malls ist vorbei!**

867 Berlin ist auch Hauptstadt der Shopping-Malls. In keiner anderen Stadt wurde in den
868 vergangenen Jahrzehnten derart rücksichtslos ein Einkaufstempel nach dem anderen in den
869 Stadtraum gesetzt. Mittlerweile ist das Geschäftsmodell überholt und steht einer
870 nachhaltigen Stadtplanung entgegen. Wir lehnen daher den Bau neuer Shopping-Malls ab und
871 setzen uns dafür ein, dass Einkaufszentren mit wirtschaftlichen Problemen umgenutzt werden.
872 Der Online-Handel und die Corona-Lockdowns haben den Berliner Stadtteilzentren und
873 Haupteinkaufsstraßen zusätzlich geschadet. Hier brauchen wir niedrigere Gewerbemieten und
874 neue Nutzungskonzepte, die mit den Menschen vor Ort erarbeitet und vom Land unterstützt
875 werden müssen. Dabei kann es um die Logistik der letzten Meile und Abholservice für den
876 Online-Handel, um Flächen für Gewerbe und Handwerk, Stadtteil- und Kiezzentren, Projekte für
877 junge Menschen und linke Freiräume, kommerzielle und nichtkommerzielle Angebote ebenso wie
878 um neues Wohnen oder um zivilgesellschaftliche und kulturwirtschaftliche Konzepte gehen. Die
879 Diskussion über die Zukunft der Bezirks-, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren ist ebenso
880 überfällig wie über die Einkaufsstraßen der City West und der Berliner Mitte.

881 **1.4 Bus, Bahn und Sharing-Modelle – bequem durch die Hauptstadt**

882 Wir Grüne haben die Verkehrswende in Berlin eingeleitet. Dabei steht für uns der Umbau
883 Berlins hin zu einer noch lebenswerteren Stadt im Mittelpunkt und gleichzeitig schützen wir
884 auch das Klima und die Gesundheit der Berliner*innen, denn Lärm und Emissionen machen krank.
885 Nach Jahrzehnten einer Politik, die das Auto ins Zentrum gerückt hat, haben wir die Weichen
886 für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik gestellt, die abgasfrei, sicher und leise ist und
887 allen Zugang zur Mobilität ermöglicht. Die Grundlage dafür bildet das erste Mobilitätsgesetz
888 Deutschlands, das in der letzten Wahlperiode für Berlin verabschiedet wurde. Außerdem haben
889 wir mit dem Nahverkehrsplan bis 2035 bis zu 28 Milliarden Euro für Betrieb und Ausbau des
890 öffentlichen Nahverkehrs zugesagt: ein historischer Aufbruch in eine neue Ära der
891 Verkehrspolitik in der Hauptstadt.

892 Wir wollen, dass mehr Menschen auf klimafreundliche Mobilität umsteigen. Damit entlasten wir
893 auch die Berliner*innen an großen, lauten Straßen, die besonders unter Lärm und Emissionen
894 leiden. Deshalb brauchen wir insgesamt deutlich weniger motorisierten Individualverkehr. Der

895 öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist – nach dem Fußverkehr – die am zweithäufigsten
896 genutzte Fortbewegungsoption der Berliner*innen. Der ÖPNV ist nicht nur klimafreundlich,
897 sondern auch eine günstige, schnelle und sichere Möglichkeit, in einer Großstadt wie Berlin
898 ans Ziel zu gelangen. Wir werden den ÖPNV als Rückgrat des Berliner Verkehrs deshalb weiter
899 stärken und ihn noch klimafreundlicher, leistungsfähiger und zuverlässiger machen. Bis 2030
900 soll der gesamte ÖPNV-Fuhrpark emissionsfrei betrieben werden. Mit dem Programm „i2030“
901 zeigen wir, dass wir über die Landesgrenzen hinausdenken. Erste Strecken werden noch in
902 dieser Wahlperiode eingeweiht, viele weitere werden folgen. So stärken wir den Pendelverkehr
903 nach Brandenburg. Ebenso setzen wir uns für den Ausbau der Bahnstrecken nach Dresden,
904 Stettin und an die Ostsee ein. Wir wollen die Potentiale der Bahnindustrie am Standort
905 Berlin mobilisieren, um die Mobilitätswende voranzutreiben und den Industriestandort Berlin
906 zu stärken.

907 **Dichte Taktfolge – Bus und Bahn kommen**

908 Um mehr Menschen zu motivieren, ihr Auto stehen zu lassen und auf den ÖPNV umzusteigen,
909 braucht es ein Angebot, das attraktive und verlässliche Mobilität bietet. Unser Ziel ist es,
910 in dicht besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-
911 Bahn-Ringes liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In
912 weniger dicht besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein
913 ÖPNV-Angebot zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss das ÖPNV-Streckennetz zügig weiter
914 ausgebaut werden. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Deshalb wollen wir neue
915 Umsteigepunkte zwischen der U-Bahn, S-Bahn, der Tram und vor allem den Regionalbahnen
916 schaffen. In weniger dicht besiedelten Gebieten setzen wir außerdem auf Rufbussysteme, die
917 flexibel, barrierefrei und unkompliziert eine schnelle und gute Anbindung garantieren.
918 Mit dem Muva sind wir hierfür in dieser Periode schon erste Schritte gegangen. Auch die
919 Reaktivierung von Infrastrukturen, wie zum Beispiel den zwei ehemaligen U-Bahn-Eingängen am
920 Hermannplatz, erhöht die Attraktivität von heutigen und zukünftigen Umsteigepunkten. Gerade
921 wenn wir mehr Pendler*innen aus dem Auto auf die Schiene bringen wollen, brauchen wir eine
922 Erweiterung und neue Verknüpfungen im Netz. Dabei setzen wir auch auf den Erhalt und den
923 weiteren Ausbau von (Schnell-)Bus-Linien. Um das gewährleisten zu können, braucht die BVG
924 neue und moderne Züge und Busse.

925 **Ein großes Tramnetz für Berlin**

926 Das Tramnetz der Zukunft soll in alle Stadtteile ausgespannt werden und wichtige
927 Stadtteilzentren miteinander verbinden. Wir wollen neue Tramstrecken nach Möglichkeit im
928 eigenen Gleisbett umsetzen. Die Straßenbahn wollen wir grundsätzlich gegenüber anderen
929 Verkehrsmitteln priorisieren, da sie im Betrieb und Bau preiswert ist und ein schneller
930 Ausbau in viele Stadtteile möglich ist. Darüber hinaus wollen wir auch den Güterverkehr mit
931 Straßenbahnen zukünftig berücksichtigen. Wir wollen daher den Bau weiterer Tramverbindungen
932 fortsetzen. In den kommenden Jahren wird das Straßenbahnnetz um ein Drittel verlängert –
933 zunächst nach Adlershof, zur Turmstraße und dann zum Ostkreuz. Schon bald sollen dann auch
934 vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz, nach Spandau, zum Hermannplatz und später auch durch
935 die Sonnenallee, zum Rathaus Steglitz, nach Tegel und zum Bahnhof Zoo Trams fahren. Ziel
936 soll es sein, dass die Straßenbahn schon bald mehr Stadtteile miteinander verbindet. Auch
937 die Außenbezirke werden perspektivisch besser an das Tram-Netz angebunden. Wir orientieren
938 uns dabei am „Zielnetz Berlin 2050“ des Bündnisses „Pro Straßenbahn Berlin“. Um den
939 Straßenbahnausbau zu beschleunigen, werden wir neue, attraktive Planerstellen in der
940 Verwaltung schaffen und streben die Gründung einer InfraTram-Gesellschaft an.

941 **Ausbau von U-, S- und Regionalbahn**

942 Damit Berliner*innen auch weite Strecken in der Stadt problemlos zurücklegen können und
943 Pendler*innen aus dem Umland zuverlässig und pünktlich in die Innenstadt kommen, haben wir

944 im Senat die Beschaffung neuer S-Bahn- und U-Bahn-Wagen durchgesetzt. Dabei wird Berlin
945 erstmals einen landeseigenen S-Bahn-Fuhrpark aufbauen. Wir werden 1.380 neue S-Bahn-Wagen,
946 im Wert von rund drei Milliarden Euro, ausschreiben, die in Zukunft durch die Stadt fahren
947 sollen, und eine Option auf über 850 weitere sichern. Dadurch kann nicht nur die Taktung des
948 S-Bahn-Angebots deutlich erhöht werden, sondern auch dessen Leistungsfähigkeit und
949 Zuverlässigkeit verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir mehr Orte an die S-Bahn
950 anbinden. Auch hier orientieren wir uns an unserer Vorgabe, dass in dicht besiedelten
951 Gebieten ein 5- und in weniger dicht besiedelten Gebieten ein 10-Minuten-Takt gewährleistet
952 werden soll.

953 Mit der Bestellung von bis zu 1.500 U-Bahn-Wagen können engere Takte und längere Züge
954 angeboten werden. Nach Jahren des Stillstandes haben wir endlich wieder Machbarkeitsstudien
955 und Kosten-Nutzen-Untersuchungen zum Ausbau bestehender U-Bahn-Strecken in Auftrag gegeben.
956 Der Bau von U-Bahnen ist allerdings deutlich langwieriger und kostenintensiver als der
957 Ausbau von Tramlinien. Darum gilt für uns: Bei der schnellen Umsetzung der Verkehrswende hat
958 für uns der Tram-Ausbau Vorrang. Gleichzeitig bauen wir gezielt dort das S- und U-Bahn-Netz
959 weiter aus, wo es verkehrlich sinnvoll ist und wir so eine bessere Mobilität und in der
960 Bilanz einen besseren Klimaschutz erreichen. Für neue U- oder auch S-Bahn-Strecken müssen
961 mindestens zwei von drei Kriterien erfüllt sein: die Erschließung neuer Wohngebiete, ein
962 überdurchschnittlicher Zuwachs an Fahrgästen oder neue Umstiegsmöglichkeiten für
963 Pendler*innen. Bei der Erschließung neuer Wohngebiete ist es wichtig, den Anschluss an den
964 öffentlichen Nahverkehr schon in der Planung mitzudenken. Mit der Nahverkehrstangente als
965 schienengebundener tangentialer Regionalverbindung werden wir die Vernetzung der östlichen
966 Bezirke untereinander bedeutend verbessern. Der weitere Ausbau der Verbindungen ins Umland
967 mit der S- und Regionalbahn findet in enger Abstimmung mit dem Land Brandenburg statt. Damit
968 wird der Umstieg vom Auto auf die Bahn für Pendler*innen noch attraktiver und die Umwelt
969 wird geschont.

970 **Die Hauptstadtregion im Blick – Ausbau der Verbindungen ins Umland**

971 Gemeinsam mit dem Land Brandenburg, der Deutschen Bahn und dem VBB planen wir ein
972 umfangreiches Ausbauprogramm für den ÖPNV in der Hauptstadtregion. Mit dem Programm „i2030“
973 wollen wir in der Metropolregion bis zu 180 Kilometer Bahnstrecke reaktivieren, neu oder
974 ausbauen. Rund 100 Stationen und Bahnhöfe in der Hauptstadtregion sollen neu, aus- oder
975 umgebaut werden. Langfristig wollen wir Pendelnden das Umsteigen auf die Bahn durch neue
976 Regionalverkehrsangebote mit dichten, einheitlichen Taktfolgen auch in den
977 Randverkehrszeiten erleichtern. Künftig werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass auf den
978 Strecken, die nicht elektrifiziert werden können, Alternativen zum Dieselantrieb zum Einsatz
979 kommen.

980 Damit der ÖPNV von Pendler*innen und Berliner*innen in der ganzen Stadt und im Brandenburger
981 Umland noch mehr als bisher genutzt wird, wollen wir deutlich mehr Fahrradparkplätze und
982 Fahrradparkhäuser an großen U- und S-Bahnhöfen besonders im äußeren Stadtgebiet schaffen und
983 wo möglich Park-and-Ride-Stationen einrichten oder erweitern. Die Fahrradmitnahme wollen wir
984 ebenfalls erleichtern, indem wir im Rahmen von Ausschreibungen entsprechende Anforderungen
985 an die zu beschaffenden Fahrzeuge formulieren. Für Nutzer*innen des Sozialtickets soll die
986 Fahrradmitnahme kostenlos werden. Die Verknüpfung der Verkehrsträger des Umweltverbundes ist
987 ein zentraler Baustein der Verkehrswende.

988 **Haltestellen sicher, bequem und grün gestalten**

989 Zu einem modernen ÖPNV gehören auch sichere, bequeme und nachhaltige Bahnhöfe und
990 Haltestellen. Bus und Bahn müssen bei jedem Wetter und zu jeder Uhrzeit gerne genutzt werden
991 können. Deshalb werden wir die Sicherheit und das Wohlbefinden an allen unseren Bahnhöfen
992 und Haltestellen weiter erhöhen. Alle Bus- und Tramhaltestellen wollen wir mit gut

993 ausgeleuchteten Wartehäuschen inklusive ausreichend Sitzgelegenheiten ausstatten und soweit
994 möglich begrünen und entsiegeln. Die Bahnsteige unserer U-Bahnhöfe sollen auf bauliche
995 Engstellen überprüft und wo nötig umgebaut werden, um die Sicherheit zu erhöhen.

996 **Barrierefreiheit – Bus und Bahn für alle**

997 Der öffentliche Personennahverkehr muss für alle zugänglich sein. Eine Stadt für alle
998 bedeutet Mobilität für alle. Dafür stehen wir. Deshalb muss der Umbau aller Bahnhöfe und
999 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang schnellstmöglich
1000 abgeschlossen werden. Hierfür haben wir der BVG und den Bezirken bereits viel Geld zur
1001 Verfügung gestellt. Menschen mit Behinderung, ältere Menschen oder Fahrgäste mit kleinen
1002 Kindern sollen problemlos alle Bahnsteige und Haltepunkte erreichen können, um das Angebot
1003 des ÖPNV nutzen zu können. Im Mobilitätsgesetz haben wir einen barrierefreien ÖPNV
1004 vorgeschrieben. Mit dem Start des Pilotprojekts „Alternative Barrierefreie Beförderung“ der
1005 BVG wurde dafür ein wichtiger Schritt getan. Dieses Angebot wollen wir sukzessive auf ganz
1006 Berlin ausweiten. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxis
1007 im öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen.

1008 **Mobilität muss auch queer und feministisch sein**

1009 Noch immer wird Verkehrspolitik vor allem von Männern für Männer gemacht. Doch die Realität
1010 der Mobilität sieht meist anders aus. Frauen nutzen seltener das Auto und sind mehr zu Fuß,
1011 mit dem Rad oder dem ÖPNV unterwegs. Durch nicht verantwortungsbewusst fahrende
1012 Autofahrer*innen oder durch Angsträume sind sie auch größeren Gefahren ausgesetzt. Wir
1013 wollen uns deshalb für eine queere und feministische Verkehrspolitik einsetzen: Soziale Wege
1014 sollen mehr ins Zentrum der Verkehrsplanung gestellt werden. Wir streben eine
1015 geschlechterparitätische Besetzung in den Gremien an und setzen uns dafür ein, dass mehr
1016 Frauen den Weg in technische Berufe im Verkehrsbereich gehen. Eine queer-feministische
1017 Verkehrspolitik bedeutet aber auch, Angsträume zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl zu
1018 stärken. Marginalisierte Gruppen sind auch häufiger Diskriminierung oder sexueller
1019 Belästigung im ÖPNV und im öffentlichen Raum ausgesetzt. Deshalb wollen wir die Sicherheit
1020 der Fahrgäste verbessern und so Barrieren zur Nutzung abbauen. Dazu bedarf es einer
1021 umfassenden Datenerhebung und einer Umsetzung von Maßnahmen wie besserer Beleuchtung von
1022 Wegen und Bahnhöfen, digitalen Meldemöglichkeiten, Awareness-Kampagnen und
1023 Gefahrenprävention durch bessere Gestaltung der Haltestellen sowie dem Einsatz von
1024 geschultem Personal.

1025 **Finanzierung – günstige Ticketpreise sichern und Mittel für Investitionen generieren**

1026 Wir haben unter anderem mit der Fahrzeugbeschaffung eine milliardenschwere ÖPNV-Offensive
1027 gestartet. Denn wir wissen, es steigen nur noch mehr Berliner*innen auf den ÖPNV um, wenn
1028 der Bus mindestens alle zehn Minuten kommt, die U-Bahn sauber und ein Platz frei ist und der
1029 Preis stimmt. Diese Offensive wollen wir weiter vorantreiben. Weil die massiven
1030 Investitionen dafür nicht allein über öffentliche Zuschüsse gestemmt werden können und eine
1031 Erhöhung der Ticketpreise für uns nicht infrage kommt, müssen weitere Einnahmen generiert
1032 werden. Gerade wer noch mehr Linien und mehr Bahnen als bisher schon ausfinanziert schaffen
1033 will, muss auch beantworten, wie diese zusätzlich finanziert werden sollen, ein Streichen
1034 bisheriger Planungen, wie sie im Nahverkehrsplan vorgenommen wurden, lehnen wir ab. Die
1035 Kosten, die durch den Autoverkehr entstehen, werden von der gesamten Gesellschaft getragen.
1036 Solch eine breite Finanzierung streben wir auch beim ÖPNV an. Wir wollen die
1037 Verkehrsfinanzierung revolutionieren, damit alle Berliner*innen eine schnell erreichbare
1038 Haltestelle vor ihrer Tür bekommen, die Tickets günstiger werden und die U-Bahn häufiger
1039 kommt. Schon in der vergangenen Wahlperiode wurden intensive Untersuchungen und Studien in
1040 Auftrag gegeben, um die verschiedenen Instrumente, wie eine City-Maut, die Ausweitung von
1041 Parkgebühren, eine Nahverkehrs- oder Tourismusabgabe zu untersuchen. Damit könnte das Klima

1042 geschützt, Lärm verringert und die Aufenthaltsqualität verbessert werden, damit Berlin eine
1043 noch lebenswertere Stadt wird. Im Dialog mit der Wissenschaft und der Stadtgesellschaft
1044 wollen wir weiter über Einführungs- und Ausgestaltungsmöglichkeiten debattieren und nächste
1045 Schritte erarbeiten. Denn die Kosten des Autoverkehrs müssen endlich inklusive der Umwelt-
1046 und Gesundheitskosten ehrlich bemessen und nach dem Verursacherprinzip getragen werden.
1047 Dabei gilt für uns der Grundsatz: Der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, wer guten
1048 Zugang zur Innenstadt hat. Deshalb muss jede Maßnahme so ausgestaltet sein, dass sie sowohl
1049 einen ökologisch nachhaltigen Effekt für Berlin hat als auch Mobilität für Menschen mit
1050 wenig Geld gewährleistet. Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, wie Pflegedienste oder
1051 Handwerker*innen, werden künftig sogar noch einfacher in die Stadt kommen, da weniger Autos
1052 auch weniger Stau bedeuten. So vereinen wir neue Freiräume und Mobilität für alle.

1053 Ein verbessertes Angebot und ein Ausbau des ÖPNV dürfen nicht automatisch zu hohen
1054 Ticketpreisen führen. Das würde den Anspruch einer sozial-ökologischen Verkehrswende
1055 konterkarieren. Deshalb haben wir in der letzten Wahlperiode das Sozial-, das Schüler*innen-
1056 , das Azubi- und das Firmenticket deutlich günstiger gemacht und das Semesterticket für
1057 Studierende stabilisiert. Schüler*innen fahren in Berlin sogar völlig kostenfrei. Klar ist:
1058 Damit sich mehr Menschen für den ÖPNV entscheiden, müssen die Tarife dauerhaft niedrig und
1059 solidarisch finanziert sein. Unser Ziel sind deutlich günstigere Tarife. Das bundesweite 49
1060 Euro Ticket stellt eine Revolution des ÖPNV Tarifsystems dar. Wir wollen auf diesem aufsetzen
1061 und für Studierende, Pflegebedürftige, Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II und
1062 Sozialhilfe sowie Personen, die heute bereits Anspruch auf kostenfreie oder ermässigte
1063 Beförderung haben, dieses weiter rabattieren. Mit dem 29 Euro Ticket und dem 9 Euro-Sozial-
1064 Ticket hat Berlin gezeigt, dass wir schnell und unbürokratisch entlasten und Mobilität für
1065 alle ermöglichen können. Damit kann der ÖPNV von allen erheblich günstiger genutzt werden.
1066 Nach dem Ausbau der Kapazität des ÖPNV, insbesondere in Zeiten starker Auslastung, wollen
1067 wir langfristig die Tarife fahrscheinlos gestalten.

1068 **Teilen statt besitzen – neue Mobilität für ganz Berlin**

1069 Seit einigen Jahren gibt es in Berlin zahlreiche neue Mobilitätsdienstleistungen, wie Car-,
1070 Scooter-, Ride- oder Bike-Sharing. Berlin ist von vielen Sharing-Anbietern als
1071 „Versuchslabor“ und Referenzgebiet ausgewählt worden. Berlin gehört damit zu den
1072 internationalen Vorreiterstädten bei der Sharing-Mobilität. Neue Mobilitätsformen müssen
1073 dazu beitragen, Emissionen einzusparen und Verkehr zu reduzieren. Unser Ziel ist, die
1074 Sharing-Mobilität als zusätzliches Angebot in den ÖPNV zu integrieren. Denn gerade in den
1075 mit dem ÖPNV unterversorgten Bereichen der Stadt können Sharing- und Poolingdienste die
1076 Lücke zwischen klassischem ÖPNV und dem motorisierten Individualverkehr schließen und damit
1077 zur Verkehrswende beitragen. Wir wollen dabei alle Möglichkeiten nutzen, um Car-, Bike-,
1078 Scooter- und Ride-Sharing in die ganze Stadt, also auch außerhalb des S-Bahn-Ringes, zu
1079 bringen, und gleichzeitig ökologische Standards hierfür vorgeben. Deshalb werden wir
1080 Parkplätze, die derzeit privaten Autos zur Verfügung stehen, im ausreichenden Maße in
1081 Abstellflächen für Sharing-Mobilität umwidmen. Wir wollen darauf hinwirken, dass alle
1082 Sharing- und Pooling anbietenden ihre Angebots- und Nachfragedaten dem Land zugänglich
1083 machen, damit verkehrliche Effekte untersucht und bestenfalls Open-Data- und Community-Open-
1084 Source-Tools ermöglicht werden. Digitale Mobilitätsassistenten wie die Jelbi-App sollen noch
1085 stärker dazu beitragen, unterschiedliche Mobilitätsangebote sinnvoll aufeinander
1086 abzustimmen, zu verzahnen, ihre Nutzung zu vereinfachen und so Verkehr zu reduzieren. Von
1087 zentraler Bedeutung ist für uns dabei die Weiterentwicklung des Leihfahrradsystems. Wir
1088 streben ein flächendeckendes Angebot über die ganze Stadt an, das mit dem ÖPNV gut verknüpft
1089 ist und so den Umstieg auf eine klimaschonende Mobilität befördert. Wir wollen auch das Taxi
1090 erhalten und ihm neue Geschäftsfelder eröffnen: ob beim Pooling oder durch barrierefreie
1091 Taxis. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Reform des Personenförderungsgesetzes

1092 ein, das die Rahmenbedingungen zwischen Taxis, Mietwagen und Ride-Sharing klar und fair
1093 regelt.

1094 **1.5 Mehr Platz für das Rad, zu Fuß und für das Leben in der Stadt**

1095 Über 70 Jahre lang stand vor allem das Auto im Mittelpunkt der Verkehrspolitik und der
1096 Stadtplanung. Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir das geändert und schon viele Fortschritte
1097 gemacht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Der öffentliche Raum ist zwischen den
1098 Verkehrsteilnehmer*innen noch nicht so verteilt, wie es dem Bedarf der Berliner*innen
1099 entspricht. Während der klimaschädliche Autoverkehr durch breite Straßen und großzügigen
1100 Parkraum viel zu viel Platz für sich in Anspruch nimmt, müssen sich Fußgänger*innen und
1101 Radfahrer*innen oftmals Autos, LKWs und Motorrädern unterordnen. Wir wollen dieses
1102 Verhältnis umkehren. Unser Ziel ist es, dass eine Kombination aus leistungsfähigem ÖPNV,
1103 sicherem Rad- und Fußverkehr und intelligenten Sharing-Systemen den motorisierten
1104 Individualverkehr in der Stadt in den kommenden Jahren weitgehend ablöst und auf das
1105 notwendige Minimum reduziert. Dies schafft nicht nur eine gerechtere Verteilung des Raums
1106 unter allen Verkehrsteilnehmer*innen, sondern ermöglicht auch, Berlin lebenswerter
1107 umzubauen. Denn Parkplätze können sich auch zu grünen Oasen verwandeln, autofreie Kieze
1108 bringen Platz zum Spielen und Tollen und wo wir Beton aufreißen und Grün wächst, entstehen
1109 Versickerungsflächen, die kühlen und das Regenwasser speichern. Unsere Mobilitätspolitik
1110 zieht auch Lehren aus der Corona-Krise. Der Einzelhandel und die Gastronomie haben in der
1111 Corona-Krise besonders gelitten. Wir wollen auch deshalb das Auto in unseren öffentlichen
1112 Räumen zurückdrängen und damit die Aufenthaltsqualität auf den Straßen und Plätzen unserer
1113 Stadt so verbessern, dass Einzelhandel und Gastronomie einen neuen Aufschwung erleben. Denn
1114 in öffentlichen Räumen mit hoher Aufenthaltsqualität kaufen Menschen gerne ein und verweilen
1115 gern.

1116 **Verkehrswende ist Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit**

1117 Die Verkehrswende ist notwendig, damit Berlin seine Klimaschutzziele erreicht und die
1118 Berliner*innen bequem und klimafreundlich unterwegs sein können. Doch sie schafft auch mehr
1119 Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit im öffentlichen Raum. Der Verkehr ist, neben
1120 seinen hohen CO₂-Emissionen, auch einer der größten Verursacher von Lärm und von
1121 Luftschadstoffen wie Feinstaub. Besonders ältere Menschen und Kinder sowie Menschen mit
1122 geringem Einkommen, die häufig an den großen Hauptstraßen und in dichten Wohnquartieren
1123 wohnen, leiden überproportional unter diesen Umweltbelastungen. Gerade in der Corona-
1124 Pandemie wurde deutlich, wie wichtig die Verkehrswende ist, denn auch schlechte Luftqualität
1125 hatte Auswirkungen auf den Krankheitsverlauf. Der psychologische Druck des Lockdowns trifft
1126 Menschen deutlich härter, die mit vielen anderen auf kleiner Fläche zusammenleben. Deshalb
1127 ist die Verkehrswende nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern ein Gewinn an
1128 Lebensqualität für alle Berliner*innen. Wer sich kein Eigenheim mit Garten leisten kann, wer
1129 den Wohnraum mit vielen anderen teilt, profitiert besonders von dieser Entwicklung.

1130 Den weiteren Ausbau der A 100 lehnen wir ab. Dafür vorgesehene Flächen sollen dem sozialen
1131 Mietwohnungsbau, Grün-, Bildungs- und Sportflächen sowie der kulturellen Nutzung dienen. Wo
1132 immer möglich, werden wir den Rückbau von Relikten der autogerechten Stadt, wie aktuell die
1133 Breitenbachplatzbrücke, weiter planen. Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen,
1134 dass die in Berlin liegenden Straßenprojekte des Bundesverkehrswegeplans gestrichen werden.

1135 **Weniger und kleinere Autos und keine klimaschädlichen Verbrenner mehr – in ganz Berlin**

1136 Die klima- und gesundheitsschädlichen Verbrenner sollen bis 2030 aus der Innenstadt und bis
1137 2035 aus ganz Berlin verschwinden. Die verbleibenden Fahrzeuge werden emissionsfrei
1138 angetrieben. Schon heute sind zweckmäßig und stadtverträglich dimensionierte Elektroautos
1139 vielfach eine sinnvolle Alternative für alltägliche Transportaufgaben. Deshalb unterstützen

1140 wir den Umstieg auf Elektrofahrzeuge und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Bis 2022 wurden
1141 in Berlin 2.000 öffentliche Ladepunkte errichtet. Wir machen weiter Tempo beim Ausbau und
1142 wollen die Anzahl der Ladepunkte und Ladeleistung in den kommenden Jahren nochmal deutlich
1143 erhöhen. Dennoch sollte das Auto in der Innenstadt nicht mehr die Norm, sondern nur noch die
1144 Ausnahme sein, denn auch Elektroautos brauchen Platz. Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur
1145 achten wir daher auch darauf, dass dieser nicht zulasten anderer Verkehrsarten geht. Klar
1146 ist: Manche Menschen werden immer individuelle Mobilität brauchen oder aufgrund ihrer
1147 Tätigkeit während ihrer Arbeit auf ein Fahrzeug angewiesen sein: Menschen mit Behinderung,
1148 Pflegedienste und Handwerker*innen, Polizei und Rettung, Bauunternehmen und Müllabfuhr.
1149 Weniger PKW-Verkehr als bisher nutzt gerade ihnen, denn so kommen sie besser voran.

1150 **Fuß- und Radverkehr ausbauen**

1151 Damit das möglich werden kann, haben wir in den vergangenen Jahren nicht nur in den Ausbau
1152 des ÖPNV, sondern auch in die Verbesserung der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur investiert.
1153 Besonders die deutlich höheren Finanzmittel und Personalressourcen für den Radverkehr haben
1154 sich ausgezahlt. Als Grüne die Verkehrsverwaltung übernommen haben, gab es dort nur 3,5
1155 Stellen für die Radverkehrsplanung, jetzt sind es über 70. Statt 5 Millionen Euro sind heute
1156 über 30 Millionen Euro im Landeshaushalt für den Radverkehr vorgesehen die durch zusätzliche
1157 Bundesmittel ergänzt werden.

1158 Allein im vergangenen Jahr wurden 100 Kilometer Radwege in Berlin geplant und ungefähr 30
1159 Kilometer gebaut oder modernisiert. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren knapp
1160 15.000 Abstellplätze geschaffen. Damit sich allerdings der Trend zum Rad fortsetzt, braucht
1161 es eine flächendeckende und sichere Radverkehrsinfrastruktur. Deshalb wollen wir mit mehr
1162 Tempo weiter neue Radwege bauen, Autostraßen zu Fahrradstraßen umwidmen, 100 Kilometer
1163 Radschnellwege schaffen und an allen Hauptstraßen sichere Radstreifen einrichten. Unser Ziel
1164 ist ein gut ausgebautes und miteinander verbundenes Radnetz. Wir streben eine Grüne Welle
1165 auf dem Rad-Vorrangnetz an. Die bestehende Radinfrastruktur wollen wir an das steigende
1166 Aufkommen anpassen. Dabei berücksichtigen wir auch die vermehrte Nutzung von Lastenrädern im
1167 privaten und gewerblichen Bereich. Wo nötig, schaffen wir spezielle Infrastruktur für
1168 Lastenräder, zum Beispiel indem wir geeignete und sichere Abstellplätze einrichten. Die
1169 Anschaffung von Lastenrädern wollen wir als Transportalternative zum Auto weiter fördern. In
1170 den Kiezen sollen die Wohnstraßen so hergerichtet werden, dass zum Beispiel durch
1171 abgeschliffene Oberflächen und unter Vermeidung unnötiger Versiegelung auch auf
1172 Kopfsteinpflaster sicheres und bequemes Radfahren möglich ist. Zur Erleichterung des Ausbaus
1173 der Rad- und Fußinfrastruktur sowie der ÖPNV-Beschleunigung soll die Zuständigkeit für die
1174 Planung und Umsetzung aller Maßnahmen an Hauptstraßen und zur Realisierung der
1175 Radschnellverbindungen sowie ergänzender Infrastruktur, wie zum Beispiel Fahrradbarometern
1176 und Fahrradparkhäusern, von den Bezirken gänzlich an den Senat übergehen. Im Gegenzug sollen
1177 die Bezirke von Anfang bis Ende für die Nebenstraßen zuständig sei. Dabei ist entscheidend,
1178 dass die Verfügung über die betreffenden Haushaltsmittel der Aufgabenzuständigkeit
1179 zugeordnet ist und zukünftig keine Doppelzuständigkeiten mehr bestehen. Auch für den Betrieb
1180 der Infrastruktur müssen zwischen Land und Bezirken klare Zuständigkeiten getroffen werden.
1181 Ebenso wollen wir die Anzahl der Fahrradstellplätze und Fahrradparkhäuser weiter deutlich
1182 erhöhen und gemeinsam mit der Polizei eine wirksame Strategie gegen Fahrraddiebstahl
1183 entwickeln. Um Konflikte mit dem Fußverkehr zu vermeiden, müssen Fahrradstellplätze
1184 bevorzugt und vor allem auf bisherigen Autoparkplätzen entstehen.

1185 Um mögliche Konflikte zwischen neuer Fahrradinfrastruktur und Naturschutz zu vermeiden,
1186 sollten die Interessen des Naturschutzes bereits bei der Planung berücksichtigt werden. Eine
1187 weitere Versiegelung durch den Bau neuer Wege soll vermieden werden. Der Ausbau des
1188 Radwegenetzes sollte wo immer möglich durch Umverteilung des bestehenden Straßenraums
1189 erfolgen. Wo Fahrradschnellwege durch Parks und Grünanlagen nicht vermieden werden können,

1190 muss wo immer möglich eine lokale Kompensationsmaßnahme für das Stadtgrün und die
1191 Anwohnerschaft erfolgen.

1192 Auch den Fußverkehr wollen wir weiter fördern und sicherer machen. Mit dem neuesten Teil des
1193 Mobilitätsgesetzes haben wir dieser enorm wichtigen Mobilitätsform eine zentrale Bedeutung
1194 eingeräumt und ihren Ausbau in Gesetzesform gegossen. Dazu braucht es mehr geschützte
1195 Fußgängerüberwege, vor allem an Hauptverkehrsstraßen. Wir wollen möglichst viele Tempo-30-
1196 Strecken in der Stadt einführen und streben auf Bundesebene an, auf Hauptverkehrsstraßen
1197 leichter Tempo 30 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit anordnen zu können. Ampelschaltungen
1198 werden zukünftig stärker auf die Bedürfnisse von Fußgänger*innen abgestimmt und alle mit
1199 Vibrationstastern und Blindenakustik ausgestattet. Wir werden Straßenquerungen barrierefrei
1200 gestalten und sowohl für Rollstuhlfahrer*innen als auch für Blinde und Sehbehinderte
1201 umbauen. Mit mehr Bänken auf Straßen und Plätzen werden wir für mehr Aufenthaltsqualität im
1202 öffentlichen Raum sorgen und längere Fußwege auch für ältere Menschen wieder möglich machen.

1203 **Autofreie Kieze für mehr Lebensqualität**

1204 Wir werden den Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten und immer mehr autofreie Inseln
1205 in ganz Berlin schaffen. Spielstraßen, Nachbarschaftsstraßen, autofreie Kieze, Kiezblocks
1206 und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wollen wir weiterhin fördern und ausweiten. Ihre
1207 Einrichtung wollen wir durch , klare Zuständigkeiten und ausreichende Ressourcen
1208 vereinfachen. Dazu wurde im vergangenen Jahr ein zentraler Leitfaden geschaffen und die
1209 Bezirke mit einem Programm zur Finanzierung von Planung und Umsetzung von Kiezblocks. Unser
1210 Ziel ist es, in allen Berliner Bezirken mehrere Kiezblocks einzurichten und diese begleitend
1211 zu evaluieren und auf ihre verkehrlichen, sozialen und Umwelt-Effekte und ihre Akzeptanz zu
1212 untersuchen. Darüber hinaus werden wir die dauerhafte Umgestaltung der autofreien
1213 Friedrichstraße voranbringen und in der nächsten Legislaturperiode viele weitere
1214 Einkaufsstraßen autofrei gestalten. Mit Kiezblocks, autofreien Einkaufsstraßen oder
1215 Spielstraßen schaffen wir in ganz Berlin Orte mit viel mehr Lebensqualität und mit Platz,
1216 der allen Menschen – vor allem auch alten Menschen und Kindern – zum Flanieren, Spielen und
1217 für Begegnungen zur Verfügung steht.

1218 **Verkehrssicherheit – Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte**

1219 Die Verkehrssicherheit besonders für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, ältere Menschen und
1220 Kinder muss weiter erhöht werden. Aktuell führen sie leider die traurige Statistik der
1221 Unfalldoten und Schwerverletzten im Straßenverkehr an. Falschparken,
1222 Geschwindigkeitsübertretungen, insbesondere an Unfallschwerpunkten und besonders gefährdeten
1223 Orten wie Grundschulen und Kitas, oder das Fahren über eine rote Ampel und regelwidriges
1224 Abbiegen wollen wir stärker verfolgen und konsequent ahnden. Zusätzlich haben wir das
1225 Förderprogramm „Abbiegeassistenz Berlin“ mit 2 Millionen Euro aufgelegt, um die Lücke bis
1226 zum verpflichtenden Bau von Fahrzeugen mit Abbiegeassistent im Jahr 2024 zu schließen. Dazu
1227 muss mehr Personal bei Polizei und Ordnungsämtern abgestellt werden. Wir haben die
1228 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
1229 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
1230 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit und Miteinander auf Berlins Straßen zu
1231 sorgen. Der Aufbau vieler neuer stationärer und halbstationärer Blitzer im Stadtgebiet soll
1232 Raser*innen erfassen, ahnden und abschrecken. Radfahrer*innen sollen an immer mehr
1233 Kreuzungen zukünftig eine vom Autoverkehr getrennte Ampelschaltung erhalten. Um dabei
1234 schneller zu werden, haben wir die Programmierung und Kontrolle der Ampeln in kommunale Hand
1235 gegeben . Mit diesen Maßnahmen wollen wir das Leitbild der Vision Zero, eines Verkehrs ohne
1236 Unfalldote und Schwerverletzte, in unserer Stadt verwirklichen.

1237 **Platz zum Leben statt Parkplatz**

1238 Der öffentliche Raum ist für alle da, wir kämpfen für mehr Aufenthalts- und Grünflächen,
1239 Gemeinschaftsgärten, Nachbarschafts-Begegnungsorte und Spielplätze. Wir wollen die Stadt in
1240 den nächsten Jahren vom Autoverkehr deutlich entlasten und dazu die Parkraumbewirtschaftung
1241 massiv, am besten flächendeckend ausweiten. Das Parken im öffentlichen Raum soll wie auch
1242 andernorts üblich angemessen bepreist und bestmöglich mit digitalen Kontrollmöglichkeiten
1243 durchgesetzt werden. Im partizipativen Austausch mit den Anwohner*innen wollen wir insgesamt
1244 mehr Lebensqualität für alle Berliner*innen schaffen, dafür brauchen wir mehr Platz für
1245 Spiel und Sport, Bewegung und Verweilen. Wir wollen Läden und Kleingewerbe, Cafés, Kitas und
1246 Kinderläden, Initiativen für temporäre und dauerhafte Spielstraßen dabei unterstützen und
1247 fördern, Parkplätze für ihre Zwecke umnutzen zu können. Die Anzahl der Stellplätze werden
1248 wir für diese Ziele in den nächsten zehn Jahren halbieren und ihre Flächen umwidmen. Um dies
1249 zu erreichen, müssen bereits in der nächsten Periode mindestens 20 Prozent entsiegelt
1250 werden. Dafür haben wir mit dem Mobilitätsgesetz die Grundlagen gelegt und werden die
1251 Bezirke von Seiten des Landes dabei unterstützen. So schaffen wir mehr Lebensqualität für
1252 alle Berliner*innen, die mehr Platz für Spiel, Sport und Bewegung bekommen.

1253 **Wirtschaftsverkehr emissionsfrei und sicher machen**

1254 Berlins Wirtschaft ist abhängig von zuverlässigen Transportketten. Wir wollen die
1255 Voraussetzungen schaffen, dass diese Transportketten zukünftig vor allem klimafreundlich auf
1256 die Schiene oder das Schiff verlagert werden können. Dazu wollen wir in Abstimmung mit dem
1257 Land Brandenburg ein Konzept entwickeln, um die Anbindung von Wirtschaftszentren an den
1258 Schienenverkehr und unsere Häfen zu verbessern. Außerdem wollen wir die Umrüstung auf
1259 elektrische oder emissionsarme Antriebe bei Schiffen fördern und den Ausbau von
1260 Elektroanlegern voranbringen. Den Lieferverkehr auf der letzten Meile wollen wir so weit wie
1261 möglich vom LKW auf stadtverträgliche Alternativen wie Lastenräder und
1262 Elektrolieferfahrzeuge verlagern sowie den verbleibenden Lieferverkehr so weit wie möglich
1263 auf den Hauptstraßen bündeln. Für das Liefern in den Kiez setzen wir auf MicroHubs, damit
1264 Güter von Logistikzentren mit CO₂-neutralen Kleinfahrzeugen klimafreundlich und
1265 kiezverträglich verteilt werden. Dort, wo zum Beispiel Handwerker*innen auf Fahrzeuge
1266 angewiesen sind, werden wir das sehr erfolgreiche Förderprogramm für Elektrokleintransporter
1267 fortsetzen und ausweiten, um einen emissionsfreien und sicheren Wirtschaftsverkehr auf den
1268 Weg zu bringen. Noch vorhandene städtische Umschlagflächen werden wir sichern und für
1269 zusätzliche Ladezonen bisherige PKW-Parkplätze nutzen. Das integrierte
1270 Wirtschaftsverkehrskonzept Berlin (IWK) wollen wir umsetzen.

1271 **Lärmschutz und Klimaschutz verbinden, Flugverkehr reduzieren**

1272 Flugzeuge sind mit Abstand die klimaschädlichsten Verkehrsmittel. Deshalb ist der
1273 Luftverkehr zu Recht in den Fokus der Klimadebatte gerückt. Wir werden infolge der Corona-
1274 Pandemie einen Strukturwandel hin zu einer deutlichen Reduzierung klimaschädlicher Flüge
1275 politisch befördern. Wir setzen uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen im
1276 Luftverkehr ein. Als Mitgesellschafter der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg (FBB)
1277 muss das Land Berlin für ein nachhaltiges Wirtschafts- und Klimaschutzkonzept des BER
1278 sorgen. Eine Erweiterung und weitere Start- und Landebahnen lehnen wir ab. Für die FBB muss
1279 ein Sanierungskonzept erarbeitet werden, mit dem es nach EU-wettbewerbskonformen Maßnahmen
1280 möglich ist, den Flughafen in öffentlicher Regie weiter zu betreiben und die Belastungen der
1281 Steuerzahler*innen dauerhaft zu beenden. Das Sanierungskonzept muss dabei umfassen, dass der
1282 Flughafenbetreiber anschließend sämtliche Betriebs- und Investitionskosten aus eigener Kraft
1283 stemmen kann. Besonders die Lärmbelastung ist für Anwohnende von Flughäfen enorm. Deshalb
1284 setzen wir uns weiterhin für ein Nachtflugverbot am neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER)
1285 zwischen 22 und 6 Uhr ein. Wir fordern Lärmobergrenzen nach dem Vorbild Frankfurts am Main
1286 und die Änderung der Betriebszeiten des Flughafens, um die oben genannte Nachtruhe zu
1287 gewährleisten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in die Start- und Landegebühren

1288 alle ökologischen, klima- und lärmbelastenden Faktoren eingerechnet werden. Anstelle des
1289 „Masterplans 2040“ wollen wir einen „Masterplan Klimaschutz“ für den BER mit den anderen
1290 Gesellschafter*innen beschließen, der eine stetige Reduktion der Flugbewegungen vorsieht.
1291 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass für Kurz- bzw. Inlandsflüge zukünftig
1292 deutlich höhere Gebühren erhoben werden dürfen und eine vollständige Internalisierung der
1293 ökologischen Kosten in den Flugpreis erfolgt. Dadurch soll eine Verlagerung von
1294 Kurzstrecken- und Inlandsflügen auf die Bahn erreicht werden. Außerdem wollen wir prüfen, ob
1295 und wie der Flughafen selbst eine klimagerechte Ausgleichszahlung erheben kann. Wir setzen
1296 uns zudem auf Bundesebene für einen Ausbau des Fernstreckennetzes der Bahn und der Nachtzug-
1297 Verbindungen ein und werden auch die Vergabe von Förderkrediten für neue
1298 eigenwirtschaftliche Nachtzugverbindungen ab Berlin durch die Investitionsbank Berlin und
1299 die KfW prüfen. Berlin soll Nachtzug-Drehkreuz werden. Zudem wollen wir, dass Dienstreisen
1300 der Berliner Verwaltung im Inland durch Bahnreisen erfolgen sollen bzw. dass digitale
1301 Konferenzen im In- und Ausland Flugreisen ersetzen und somit Energie und Emissionen sparen.
1302 Die Senatsschulverwaltung möge darauf hinwirken, dass Flug-Klassenreisen bei allen
1303 Beteiligten grundsätzlich bzgl. der CO₂-Bilanz des Fliegens hinterfragt und möglichst durch
1304 Alternativen ersetzt werden, auch wenn dies zeit- und kostenaufwendiger sein sollte.

1305 **1.6 Regional, saisonal, bio: gutes Essen für alle**

1306 Mit der Ernährungswende hat Berlin bundesweit einen neuen, mutigen Weg in der Agrar- und
1307 Ernährungspolitik eingeschlagen: Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft haben wir eine
1308 zukunftsfähige, nachhaltige und regional gedachte Ernährungsstrategie für die Stadt
1309 entwickelt und dabei Verbraucher*innen in das Zentrum gestellt. Gutes Essen muss allen
1310 Berliner*innen unabhängig von der finanziellen Situation erschwinglich sein. Ein besonderes
1311 Augenmerk haben wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung gelegt, denn die ist der Esstisch
1312 der Stadtgesellschaft, an dem wir alle zusammenkommen: Die Kantinen in öffentlichen
1313 Einrichtungen, Betrieben, Krankenhäusern, Kitas und Schulen Berlins versorgen täglich
1314 Tausende von Berliner*innen. Hier setzen wir an, um regionales und biologisches und vor
1315 allem köstliches Essen auf die Berliner Tische zu bringen. Gute Zutaten und gute Zubereitung
1316 sind zwei Seiten einer Medaille, deshalb setzen wir uns auch weiterhin für bessere
1317 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Cateringbetrieben ein.

1318 **Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus dem Umkreis**

1319 Bio- oder regionale Lebensmittel, vegane, vegetarische und saisonale Ernährung sind keine
1320 Nischenmärkte mehr: Sie sind längst Normalität für Berliner*innen. Wir wollen den von uns
1321 eingeschlagenen Weg weitergehen und den Bund und die EU dazu antreiben, die Agrar- und
1322 Ernährungswende zu vollziehen und die Tierzahlen zu reduzieren. So stärken wir Verbraucher-,
1323 Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig. Berlin zeichnet sich durch eine enorme Nachfrage an bio-
1324 regionalen Lebensmitteln aus. Dieser Markt bietet die Möglichkeit, die bio-regionale
1325 Landwirtschaft nachhaltig umzugestalten, die industrielle Tierhaltung zu beenden und mit dem
1326 Ausbau der pflanzlichen Ernährung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu
1327 ist es unerlässlich, eng mit Brandenburg und anderen benachbarten Bundesländern und unserem
1328 Nachbarland Polen zu kooperieren: Wir wollen, dass der Weg vom Acker auf den Teller kürzer
1329 wird und sich grundsätzlich ändert, hin zu einer ökologisch-regional orientierten
1330 Ernährungswirtschaft. Gleichzeitig kann dieser regionale Bezug den Verbraucherschutz
1331 stärken. Dafür wollen wir in Zusammenarbeit mit Brandenburg, aber auch anderen Bundesländern
1332 eine gemeinsame Strategie entwickeln, die unter anderem ein Qualitäts-Regio-Siegel für
1333 Produkte aus dem Umkreis beinhaltet. Alle Berliner Vergabestellen sollen dann künftig bei
1334 öffentlichen Ausschreibungen dieses Qualitäts-Regio-Siegel verwenden. Damit unterstützen wir
1335 nicht nur die Ernährungswende in Berlin, sondern fördern auch nachhaltiges Wirtschaften in
1336 der gesamten Region.

1337 **Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltung – Berlins Kantinen werden bio**

1338 Mit der Berliner Ernährungsstrategie möchten wir den Anteil von biologisch produzierten,
1339 saisonalen, regionalen und pflanzlichen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung stetig
1340 ausbauen und diese Lebensmittel ganz oben auf den Speiseplan setzen. Gerade in der
1341 öffentlichen Beschaffung sehen wir große Potentiale, die wir besser nutzen können. Ein gutes
1342 Beispiel sind die Schulen. Ab 2021 gibt es beim beitragsfreien Schulessen für die ersten bis
1343 sechsten Klassen Früchte, Gemüse, Milch und Milchprodukte sowie Pflanzendrinks
1344 ausschließlich in Bio-Qualität. Der Bio-Anteil steigt damit von unter 15 Prozent auf über 50
1345 Prozent. Wir wollen auch in Zukunft öffentliche Ausschreibungen nachhaltiger gestalten,
1346 Schulungen für Vergabestellen anbieten, eine Kantinenrichtlinie entwickeln und einführen und
1347 die Verwaltungsvorschrift „Umwelt und Beschaffung“ weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere
1348 alle Kitas und Schulen, aber auch die anderen Bereiche der Gemeinschaftsverpflegung, wie zum
1349 Beispiel Krankenhäuser, dabei unterstützen, bis 2026 weitestgehend auf biologisch
1350 produzierte, vor allem regional angebaute Lebensmittel und vollwertiges pflanzliches Essen
1351 umzusteigen. Außerdem wollen wir an möglichst allen Schulen Schulgärten etablieren. Um
1352 unsere Ziele zu erreichen, setzen wir bei der Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf
1353 die neu geschaffene Fortbildungseinrichtung „Kantine Zukunft“. Dieses Projekt wollen wir in
1354 eine langfristig bestehende Struktur überführen und regelmäßig neue Küchen in das
1355 Umstellungsprogramm aufnehmen. Darüber hinaus soll sich Berlin gemeinsam mit Brandenburg
1356 aktiver an EU-Förderprogrammen für gesunde Lebensmittel in den Schulen beteiligen und eine
1357 aktivere Rolle im Netzwerk der deutschen Bio-Städte spielen.

1358 **„LebensMittelPunkte“ in ganz Berlin**

1359 Für die Ernährungswende reicht aber die Umstellung von Küchen nicht aus. Wir wollen an
1360 verschiedenen Standorten in jedem Bezirk mindestens einen „LebensMittelPunkt“ (LMP)
1361 etablieren. Dabei wollen wir zivilgesellschaftliche Initiativen der LMP-Bewegung einbeziehen
1362 und aktiv unterstützen. Diese „LebensMittelPunkte“ wollen wir zu Orten des sozialen
1363 Zusammenlebens entwickeln, an denen Zugang zu gutem und gesundem Essen, unabhängig vom
1364 Geldbeutel, und damit Verbraucherschutz gewährleistet ist. Hier soll auch Platz für alle
1365 Akteur*innen der Ernährungsszene gegeben sein, wie Lebensmittelretter*innen, bienen- und
1366 bestäuberfreundliche Urban-Gardening-Projekte, Kleingärtner*innen, Imker*innen, wie auch für
1367 lokale Manufakturen und insbesondere inhabergeführte Lebensmittelhandwerksbetriebe. Sie alle
1368 wollen wir durch Bürokratieabbau bei den bislang schwer umsetzbaren Hygienevorschriften
1369 unterstützen. Auch die Berliner Wochenmärkte sowie den Großmarkt wollen wir zu Zentren für
1370 frische und regionale Lebensmittel ausbauen.

1371 **Ein „Food-Campus“ für die Ernährungswende**

1372 Ein weiterer Schwerpunkt der Ernährungsstrategie ist der Ausbau der Lebensmittelbildung: Mit
1373 einem zentral gelegenen „Food-Campus“ wollen wir einen Ort schaffen, wo Wissenschaft,
1374 Praxis, Bildung und politische Diskussionen von und mit der Zivilgesellschaft die
1375 Ernährungswende in Berlin vorantreiben. Wir wollen es ermöglichen, dass alle Berliner*innen
1376 Zugang zu niedrigschwelligen Bildungsangeboten rund um die Themen Ernährung und
1377 Landwirtschaft haben. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der pflanzlichen Ernährung liegen, denn
1378 der Konsum von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft soll aus Klima- und Artenschutzgründen
1379 deutlich sinken. Auch in den Schulen soll das Thema einen größeren Stellenwert einnehmen:
1380 Wir wollen jeder Schule Zugang zu einer Lehrküche geben und an jeder Schule einen
1381 Schulgarten etablieren, um allen Schüler*innen die Möglichkeit zu bieten, Basiswissen zu
1382 gesunder, pflanzlicher und nachhaltiger Ernährung zu erlangen und eine höhere Wertschätzung
1383 für Lebensmittel zu entwickeln. Nach dem Vorbild Kopenhagen wollen wir möglichst viele
1384 Schulen zu „Food-Schools“ machen, in denen das Essen frisch gekocht wird und Schüler*innen
1385 an der Zubereitung beteiligt werden können.

1386 **Lebensmittelverschwendung beenden und Lebensmittelbetrug bekämpfen**

1387 Berlin soll Zero-Waste-Stadt werden und auch dafür ist die Ernährungswende ein zentraler
1388 Hebel. Wir wollen Strukturen unterstützen, durch die gerettete Lebensmittel besser verteilt
1389 werden können. Supermärkte sollen abgelaufene Lebensmittel nicht mehr wegwerfen dürfen,
1390 sondern beispielsweise an die Tafel oder Foodsharing spenden. Auch streben wir es weiterhin
1391 auf der Bundesebene an, „Containern“ (entsorgte Lebensmittel aus den Mülltonnen der
1392 Supermärkte zu entwenden) zu legalisieren. Verbraucher*innen stehen für uns im Mittelpunkt –
1393 und nicht die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Wir wollen Lebensmittelbetrug einen Riegel
1394 vorschieben, dazu haben wir in der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz bereits
1395 einen Runden Tisch gegen Lebensmittelbetrug eingerichtet. Und wir werden noch mehr tun: Wir
1396 wollen Polizei, Staatsanwaltschaft, die Lebensmittelaufsicht in Land und Bezirken und das
1397 Landeslabor Berlin-Brandenburg noch besser vernetzen und fördern. Denn das Ausmaß des
1398 Problems ist gewaltig – und jeder Betrug und jede Fälschung sind eine ganz reale
1399 Gesundheitsgefahr.

1400 Auch in der Gastronomie wollen wir für mehr Transparenz und barrierefreien Zugang zu
1401 Informationen sorgen. Dazu wollen wir den Verbraucher*innen Zugang zu Erkenntnissen der
1402 bezirklichen Lebensmittelüberwachung ermöglichen und die Ergebnisse der
1403 Lebensmittelkontrollen wie in anderen Ländern, zum Beispiel Dänemark, auch an den Türen
1404 aller Lebensmittelbetriebe für alle klar erkennbar veröffentlichen.

1405 **1.7 Tierschutz stärken – lebenswerte Stadt für jedes Lebewesen**

1406 Tiere bewohnen mit uns gemeinsam diese Stadt. Sie sind keine Gegenstände, sondern Lebewesen,
1407 deren Rechte es zu schützen gilt. Wir wollen, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden
1408 Stadt gut zusammenleben, und haben deshalb die Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter
1409 gestärkt. Ein Verbandsklagerecht ermöglicht es nun Tierschutzorganisationen in Berlin, bei
1410 Verstößen gegen das Tierschutzgesetz stellvertretend für die Tiere zu klagen. Zudem haben
1411 wir das Amt der Landestierschutzbeauftragten erstmals hauptamtlich besetzt. Berlin hat damit
1412 endlich eine starke Stimme für Tierrechte erhalten. Wir streben an, dieses Amt mit
1413 zusätzlichen Kompetenzen auszustatten.

1414 **Tierschutz besser finanzieren, Heimtierhaltung besser regulieren**

1415 Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin wollen wir so ausstatten,
1416 dass sie ihrer Arbeit vollumfänglich nachkommen können. Zudem wollen wir Tierheime,
1417 Wildauffangstationen, Tierschutzorganisationen und -initiativen sowie Tiertafeln besser
1418 finanzieren und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung verbindlicher gestalten. Wir stärken
1419 Tierschutzpädagogik, ergreifen Bildungsinitiativen für die artgerechte Haltung von
1420 Heimtieren und werden Werbung, die Heimtiere bzw. deren Haltung unangemessen darstellt,
1421 problematisieren. Für die private Tierhaltung wollen wir verbindliche Standards im Hinblick
1422 auf das Tierwohl festlegen und auf Bundesebene darauf hinwirken, dass Haltung, Zucht und
1423 Handel von Heimtieren in einer Tierschutz-Heimtierverordnung geregelt wird. Unser Ziel ist
1424 es, zu regeln, welche Arten unter Berücksichtigung von Tier-, Arten- und Naturschutz sowie
1425 von Gesundheits- und Sicherheitsaspekten für den Handel und die Privathaltung akzeptabel
1426 sind. Wir lehnen Reptilien- und Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle
1427 ein. Den illegalen Handel mit Welpen und allen anderen Tieren wollen wir durch bessere
1428 Behördenzusammenarbeit unterbinden, auch deshalb müssen seit Beginn des Jahres 2022 alle
1429 Hunde in ein Hunderegister eingetragen werden.

1430 Um den Tierschutz in Privathaushalten besser durchsetzen zu können, wollen wir ein Haus- und
1431 Heimtierregister und eine Tier-Notruf-Nummer für alle Tierarten einführen. Ferner streben
1432 wir weitere Hundenausläuflächen an, um in möglichst allen Bezirken ausreichend Platz für
1433 Hunde zu schaffen. Wir werden prüfen, mit welchen wirkungsvolleren Mitteln der

1434 Gefahrenabwehr wir die Rasselisten ersetzen können. Pferdehaltung soll tiergerechter und mit
1435 mehr Offenstallhaltung erfolgen. Wir vertreten die Überzeugung, dass Pferdekutschen nicht
1436 nach Berlin gehören und lehnen den Einsatz von Pferdestaffeln der Bundespolizei in Berlin
1437 ab. Wir werden ein berlinweites Taubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen zur
1438 Populationskontrolle einrichten. Wir entwickeln effektive Strategien gegen Qualzuchten bei
1439 allen Tierarten.

1440 **Massentierhaltung beenden**

1441 Mit einem Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht geht Berlin bereits gegen
1442 tierschutzwidrige Bestimmungen in der Schweinehaltung vor. Auf Bundesebene setzen wir uns
1443 dafür ein, dass die Anzahl der gehaltenen Tiere deutlich reduziert und jede Haltung im
1444 Agrarbereich auf einen tiergerechten, ökologischen und nachhaltigen Standard gehoben wird
1445 und dass Lebensmittel, die aus Massentierhaltung stammen, klar gekennzeichnet werden müssen.
1446 Auch so wollen wir erreichen, dass Produkte in Supermärkten, die in Teilen oder ganz aus
1447 Massentierhaltung stammen, immer weniger werden.

1448 **Jagdgesetz überarbeiten**

1449 Das Berliner Jagdgesetz wollen wir modernisieren. Durch ein ökologisches und
1450 wissenschaftlich begründetes Wildtiermanagement wollen wir die Jagdzeiten und die Anzahl der
1451 beliebig jagdbaren Arten reduzieren. Der Abschuss von Haustieren soll untersagt werden.
1452 Jäger*innen sollen darüber hinaus regelmäßig Fortbildungen und Schießprüfungen absolvieren
1453 müssen.

1454 **Keine Wildtiere im Zirkus**

1455 Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Wir haben deshalb in den vergangenen Jahren die
1456 landesrechtlichen Kompetenzen voll ausgeschöpft, um keine öffentlichen Flächen mehr an
1457 Zirkusse mit Wildtieren zu vergeben. Auf Bundesebene streben wir nach wie vor ein völliges
1458 Verbot von Wildtieren in Zirkussen an. Wir sehen Tiere in Zirkussen kritisch und setzen uns
1459 für höhere Tierhaltungsstandards, mindestens wie in Zoos, ein. Auch im Zoo und Tierpark
1460 wollen wir eine konsequente Ausrichtung auf tiergerechte Haltung und
1461 Beschäftigungsmöglichkeiten.

1462 **Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzen**

1463 Die Zahl der wirtschaftlich und wissenschaftlich genutzten Tiere wollen wir stetig
1464 reduzieren und Tierversuche im Sinne der 3R (Reduce, Replace, Refine) so weit wie möglich
1465 durch alternative, tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Berlin soll Forschungshauptstadt für
1466 alternative, tierversuchsfreie Methoden werden. Dabei ist es für uns selbstverständlich,
1467 dass es in Berlin keine Tierversuche mit Schweregrad „schwerst“ nach der EU-
1468 Tierversuchsrichtlinie sowie Versuche an Primaten geben darf. Das Festhalten an gängiger
1469 Forschungspraxis oder wirtschaftlichen Interessen darf nicht länger über dem Tierschutz
1470 stehen. Dafür haben wir die Berliner Tierversuchskommission in einem ersten Schritt
1471 paritätisch mit Vertreter*innen aus der Wissenschaft und dem Tierschutz besetzt. In der
1472 Zukunft werden wir dabei die Rolle von unabhängigen Vertreter*innen des Tierschutzes
1473 stärken. Tierschützer*innen sollen die gleichen Rechte wie die Vertreter*innen der
1474 Wissenschaft haben. Wir fordern eine gesetzlich verankerte, verbindliche
1475 Dokumentationspflicht auf Bundesebene und werden den Aufbau von Datenbanken weiter fördern
1476 und auf die Vermeidung von Doppel- und Wiederholungsversuchen hinwirken. Verstärkte
1477 Kontrollen sollen Tiere in Versuchsvorhaben besser schützen. Gemeinsam mit der Forschung,
1478 der Landestierschutzbeauftragten, den Tierschutzorganisationen und forschenden
1479 Pharmaunternehmen werden wir konkrete Ausstiegsfahrpläne für Tierversuche entwickeln. Die
1480 Landesförderungen von Forschungsvorhaben knüpfen wir an die Bedingung, Alternativen zu
1481 nutzen, zu erarbeiten und weiterzuentwickeln. Dabei bevorzugen wir Projekte, die

1482 Tierversuche ersetzen helfen oder Alternativmethoden validieren. Wissen über alternative
1483 Methoden zu Tierversuchen soll bereits in grundständigen Studiengängen vermittelt werden und
1484 in der Lehre soll wo immer möglich auf Tierversuche verzichtet werden. Gegenüber dem Bund
1485 und der Europäischen Kommission setzen wir uns für ein Ausstiegsszenario aus der an
1486 Tierversuche gebundenen Forschung ein.

1487 **1.8 Berlins Tourismus ökologisch und nachhaltig weiterentwickeln**

1488 Berlin ist eine weltoffene, diverse und gastfreundliche Stadt. Viele von uns lieben und
1489 schätzen Berlin dafür. Die Clublandschaft, die Museen und Galerien, die Flaniermeilen und
1490 Flohmärkte sowie das reiche gastronomische und kulturelle Angebot – all dies macht Berlin
1491 auch für uns Berliner*innen so liebenswert und lebt auch in hohem Maße vom Tourismus. Die
1492 Corona-Krise, durch die Millionen von Tourist*innen nicht mehr nach Berlin kommen konnten,
1493 hat uns noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig der Tourismus als Wirtschaftsfaktor für
1494 Berlin ist, doch ein „Weiter so“ wie bisher kann es in Berlin nicht geben. Deshalb wollen
1495 wir den nachhaltigen Tourismussektor weiter ausbauen und ökologische Hotels stärker
1496 unterstützen. Die Zeit jetzt muss genutzt werden, um die bestehenden Probleme anzugehen,
1497 damit auch in den belasteten Kiezen die Akzeptanz wieder steigt. Eine erfolgreiche
1498 Tourismuspolitik bemessen wir nicht anhand von immer höheren Besucherrekorden, sondern sie
1499 bedeutet für uns auch eine aktive Stadtentwicklungspolitik, die lenkt und gestaltet.

1500 **Stadtverträglicher, ökologisch nachhaltiger Tourismus**

1501 Denn der Tourismus hat auch seine Schattenseiten. In vielen Kiezen der Innenstadt ist der
1502 Unmut über massiv steigende Touristenzahlen sehr groß. Ferienwohnungen, Lärm, Müll und
1503 steigende Preise schaffen in Teilen der Stadt Herausforderungen. Für uns ist klar: Tourismus
1504 wird auch nach der Pandemie ein wichtiges wirtschaftliches Standbein unserer Stadt sein,
1505 aber wir brauchen einen stadtverträglichen Tourismus, der die Anwohnenden möglichst nicht
1506 belastet und sie mit ihren Bedürfnissen einbezieht sowie ökologisch, sozial und nachhaltig
1507 ist. Mit dem Tourismuskonzept 2018+ für Berlin haben wir dafür konkrete Ziele festgelegt.
1508 Ströme von Tourist*innen sollen stärker entzerrt werden: von den Gärten der Welt in Marzahn-
1509 Hellersdorf oder dem Schloss Biesdorf bis zur Zitadelle Spandau – Berlin hat deutlich mehr
1510 zu bieten als „Kreuzberger Nächte“. Deswegen wollen wir die touristische Infrastruktur
1511 außerhalb des S-Bahn-Rings stärken und mehr Aufmerksamkeit für weniger beachtete
1512 Sehenswürdigkeiten schaffen. Berlin braucht für die Zeit nach der Corona-Pandemie einen
1513 neuen Aufschlag, um nachhaltig und zukunftsorientiert den Tourismus in Berlin zu gestalten.
1514 Wichtig dabei wird ein Hotelentwicklungsplan sein, mit dem wir die innerstädtischen Bezirke
1515 entlasten und eine stärkere Steuerung des Beherbergungswesens erreichen wollen. Dabei muss
1516 für neue Hotels auch die Umgebung mit betrachtet werden, um touristische und gastronomische
1517 Monostrukturen zu verhindern. Dies sollte auch für bereits geplante Hotels und Hostels
1518 gelten. Die illegale Umnutzung von Wohnraum als Ferienwohnung muss deutlich strenger
1519 kontrolliert werden. Die Attraktivität der Berufe soll durch bessere Arbeitsbedingungen, vor
1520 allem eine angemessene Bezahlung und effektivere Arbeitsschutzbestimmungen, gesteigert
1521 werden. Große Ziele verlangen ein beherztes Anpacken. Deswegen haben wir angefangen,
1522 VisitBerlin von einer Marketingagentur zu einer gestaltenden Akteur*in umzubauen, die
1523 Impulse für einen nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus setzt – und zwar in enger
1524 Zusammenarbeit mit den Bezirken. So haben wir einen Bürger*innenbeirat ins Leben gerufen, um
1525 die Berliner*innen aus den verschiedenen Bezirken besser bei der Umsetzung des neuen
1526 Tourismuskonzeptes einzubinden. Diese Beteiligung wollen wir weiter ausbauen. Außerdem
1527 wurden den Bezirken mehr finanzielle Mittel an die Hand gegeben, um vor Ort gezielt
1528 Maßnahmen umsetzen zu können – was wir nochmal deutlich verstärken wollen.

1529 **Stärkere Reinigung von Parks und Straßen**

1530 Beliebte Parks, Straßenzüge und Kieze leiden unter einem erhöhten Müllaufkommen. Deswegen
1531 haben wir die Parkpflege personell verstärkt und sichergestellt, dass die BSR viele Berliner
1532 Parks, wie zum Beispiel den Görlitzer Park, regelmäßig und stärker reinigt. Das kostet viel
1533 Geld, stößt aber auf sehr viel Zuspruch bei den Anwohnenden. Gerade Orte mit vielen
1534 Tourist*innen oder viel Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es
1535 ist nicht gerecht, die Anwohnenden mit den Mehrkosten dafür alleinzulassen, diese sollen
1536 stattdessen vom Land übernommen werden.

1537 **City-Tax und der Fonds „Ökologischer Tourismus“**

1538 Den Tourismus in Berlin wollen wir ökologischer und nachhaltiger gestalten. Dazu wollen wir
1539 den Fonds „Ökologischer Tourismus“ einrichten. Dieser soll Hotels, Restaurants und
1540 touristische Einrichtungen dabei unterstützen, ihren Ressourcenverbrauch zu verringern, ihre
1541 Energieeffizienz zu steigern und Barrierefreiheit zu ermöglichen. Mit der Förderung des
1542 ersten Solarschiffes – eines emissionsfreien Ausflugsdampfers auf der Spree – haben wir
1543 gezeigt, wie ökologischer Wassertourismus in Berlin aussehen kann. Wir wollen den Einsatz
1544 solcher Solarschiffe zukünftig noch stärker fördern. Auch die Hop-On-Hop-Off-Busse sollen
1545 emissionsfrei werden und ein Konzept zur Entzerrung des Reisebusverkehrs soll Berlin
1546 entlasten. Außerdem möchten wir die Einnahmen aus der Berliner City-Tax zu großen Teilen für
1547 die Gestaltung hin zu einem stadtverträglichen und ökologischen Tourismus nutzen.

1548 **Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1549 **1. Berlins Dächer werden Solarkraftwerke**

1550 Berlin kann 35 Prozent der hier verbrauchten Energie aus Solarenergie decken – wir wollen
1551 das bis 2035 schaffen. Auf Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten haben wir eine
1552 Solaranlage zur Pflicht gemacht. Bis 2024 sollen berlineigene Gebäude wie Schulen oder Ämter
1553 standardmäßig mit Solaranlagen ausgestattet und nachgerüstet werden. Mit der Solardachbörse
1554 wollen wir erreichen, dass Hauseigentümer*innen ihr Dach zur Verfügung stellen, um es in ein
1555 Solarkraftwerk umzuwandeln.

1556 **2. Eine Stadt ohne Müll**

1557 Ob Straßen, Parks oder Spielplätze – wir wollen eine saubere Stadt. Dazu wollen wir den
1558 Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die
1559 Anwohnenden zu erhöhen. Wir werden mehr Sperrmüll-Abgabe-Stellen einrichten, um die Wege zu
1560 verkürzen. Besonders viel besuchte Parks und Spielplätze sollen regelmäßig von der BSR
1561 gereinigt werden. Am besten ist es aber, wenn Müll erst gar nicht entsteht, und ein langes
1562 Leben für Geräte schützt das Klima. Deshalb werden wir Pfandsysteme, zum Beispiel beim Essen
1563 to go, stärker fördern. Wir werden weiterhin dafür streiten, dass die bundesrechtlichen
1564 Vorgaben endlich Schluss machen mit dem Verpackungswahnsinn und die Ressourcenverschwendung
1565 gestoppt wird.

1566 **3. Ökologische Stadtquartiere der Zukunft – Bauwende umsetzen**

1567 Aus anderen Städten kennen wir leuchtende Beispiele des ökologischen Bauens und der
1568 nachhaltigen Stadtentwicklung – seien es auf Balkonen wachsende Bäume, Ökobaustoffe wie
1569 Holz, Lehm und Stroh oder Sportflächen, die die Versickerung von Regenwasser zulassen. Wir
1570 wollen die Bauwende umsetzen, die Verkehrswende Realität werden lassen, Berlin zur
1571 „Schwammstadt“ umbauen und multifunktionale Orte schaffen. Um Impulse dafür zu setzen,
1572 wollen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA) mit und in allen Berliner Bezirken
1573 initiieren. Wir tun dies zusammen mit Brandenburg und setzen Impulse für eine ökologische
1574 und soziale Stadtplanung und schaffen klimaresilienten Wohn- und Gewerberaum mit der
1575 notwendigen sozialen, kulturellen und grünen Infrastruktur.

1576 **4. Autofreie Kieze in ganz Berlin**

1577 Wir wollen Autos aus Straßenzügen und Kiezen rausholen und Platz schaffen für das Leben –
1578 für Kinder, Kultur und Natur. Weniger Abgase und Lärm, mehr Platz zum Spielen und Flanieren.
1579 An der Friedrichstraße haben wir es vorgemacht und weitere Straßen werden folgen. Um Kieze
1580 vom Auto-Durchgangsverkehr zu befreien, wollen wir auch in der nächsten Legislatur viele
1581 neue Kiezblocks schaffen.

1582 **5. Die Taktzahl erhöhen –Bus und Bahn ausbauen**

1583 Alle Berliner*innen müssen die Gewissheit haben: Der Bus kommt sofort. Um das zu schaffen,
1584 wollen wir die Taktung von Bussen und Bahnen deutlich erhöhen. Unser Ziel ist es, in dicht
1585 besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-Bahn-Ringes
1586 liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In weniger dicht
1587 besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein ÖPNV-Angebot
1588 zur Verfügung stehen.

Beschluss

Kapitel 2: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Berlin funktioniert nur zusammen. In Zeiten von sich gegenseitig überlappenden Krisen und
 2 extremen Unsicherheiten dürfen wir Menschen nicht gegeneinander ausspielen und niemanden
 3 zurücklassen. Die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verdeutlichen unsere
 4 Abhängigkeit von fossiler Energie und sorgen für eine extreme Inflation mit massiven
 5 Preissteigerungen. In den letzten Jahren hat die Corona-Pandemie bereits viele Menschen an
 6 den Rand der wirtschaftlichen Existenz gebracht und Armut weit in die Gesellschaft getragen.
 7 Viele Berliner*innen müssen nun noch kürzertreten und zu viele wissen nicht, wie sie über
 8 den Monat kommen sollen. Armut war bereits vor der Inflation eine große Herausforderung in
 9 Berlin und hat sich in den letzten Monaten massiv verschärft. Kinderarmut, Altersarmut und
 10 Energiearmut sorgen für Schlangen bei den Tafeln. Auch die Situation obdachloser Menschen
 11 hat sich verschärft. Von Armut betroffen sein, macht krank und verhindert gleichberechtigte
 12 Teilhabe in der Gesellschaft. Gerade Alleinerziehende, Schwarze Menschen, People of Color,
 13 Kinder, ältere Menschen, prekär Beschäftigte, Soloselbstständige, Erwerbssuchende, Menschen
 14 mit Behinderung und geflüchtete Menschen sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung
 15 betroffen.

16
 17 Die Wohnungsnot in Berlin verschärft die Situation von Armut betroffener Menschen. Auch
 18 soziale Träger verlieren bezahlbare Räumlichkeiten. Wir kämpfen für ein Berlin, das
 19 niemanden zurücklässt, in dem von Armut Betroffene Hilfe bekommen, um diese zu überwinden,
 20 in dem alle sicher und bezahlbar wohnen, sich gesund ernähren, gleichberechtigt teilhaben
 21 und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Der Kampf gegen Armut hat für uns höchste
 22 Priorität.

23 24 **Wohnen ist keine Ware – Gemeinwohlverpflichtung für Wohnraum durchsetzen!**

25 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschnellt,
 26 auch weil in einer Situation der Wohnungsknappheit und fehlender alternativer
 27 Anlagemöglichkeiten hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist.
 28 Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt nach Wiener Vorbild, bei
 29 dem mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Dafür
 30 wollen wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsunternehmen über
 31 gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Stiftungen und Hausprojekte bis zu
 32 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
 33 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten.
 34 Geschäftsmodelle, die auf schnelle, überhöhte Renditen setzen oder mit Wohnraum spekulieren,
 35 lehnen wir ab. Die Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die
 36 Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
 37 Verantwortung tragen. Wir haben den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
 38 genutzt, eine Genossenschaftsförderung erkämpft und den Mietendeckel eingeführt. Jetzt
 39 nachdem klar ist, dass wir auf Landesebene nicht die Zuständigkeit für einen Mietendeckel
 40 haben, werden wir alles tun, um dennoch die Berliner Mieter*innen zu schützen: Wir bauen
 41 Berlin weiter gemeinwohlorientiert und nachhaltig um. Wir erwerben die Stadt Stück für Stück
 42 zurück, um die Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietenmarktes zu

43 machen. Wir bauen ein Miet- und Wohnungskataster auf, um mehr Transparenz auf den
44 Wohnungsmarkt zu erreichen. Doch jetzt ist auch klar: Die Bundesregierung und der Bundestag
45 stehen nun in der Pflicht, den Ländern und Kommunen Möglichkeiten an die Hand zu geben, die
46 Mieten selbst zu regulieren und auch zu deckeln und das Vorkaufsrecht wieder nutzen zu
47 können. Zudem wollen wir bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen den Mietendeckel
48 gesetzlich verankern.

49 **Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören**

50 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
51 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
52 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
53 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
54 den Landesmindestlohn auf 13 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
55 Freischaffende eingezogen. Auch auf Bundesebene konnten wir eine deutliche Anhebung des
56 Mindestlohnes erreichen. Wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
57 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.
58 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung.

59
60 In der Bundesregierung tragen wir Verantwortung, dass Deutschland gut durch diese Krise
61 kommt. Um die Energiepreise bezahlbar zu halten haben wir eine Gas- und Strompreisbremse
62 eingeführt - und wir adressieren Menschen in schwierigen Lagen ganz gezielt. Mit der
63 Wohngeldreform weiten wir den Kreis der Berechtigten massiv aus, die Kindergelderhöhung auf
64 250 Euro für jedes Kind hilft vor allem Familien mit weniger Geld. Mit dem Bürgergeld haben
65 wir große Verbesserungen für Menschen in der Grundsicherung erreicht und den Regelsatz um
66 gut 50 Euro pro Monat angehoben. Und für Haushalte, Unternehmen oder Einrichtungen, die
67 besonders hart von den hohen Energiepreisen betroffen sind, haben wir Härtefall-Regelungen
68 geschaffen. So helfen wir zum Beispiel gezielt Mieter*innen sowie sozialen oder kulturellen
69 Einrichtungen.

70
71 Um die Berliner*innen in dieser schweren Zeit nicht allein zu lassen, haben wir auf
72 Landesebene ein Entlastungspaket im Umfang von 3 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Damit
73 unterstützen wir den Ausbau erneuerbarer Energien, entlasten mit dem 9-Euro Sozialticket
74 sowie dem 29 Euro Ticket die Berliner*innen und leisten damit gleichzeitig einen Beitrag für
75 die Verkehrswende und für mehr Klimaschutz. Ebenso haben wir im Umfang von 30 Millionen Euro
76 einen Härtefallfonds gegen Energieschulden aufgelegt, um betroffene Berliner*innen bei ihren
77 Strom-, Gas- und Heizkosten zu unterstützen. Den Härtefallfond und günstige Mobilität wollen
78 wir dauerhaft zur Bekämpfung von Armut etablieren. Und wir unterstützen kleine und
79 mittelständische Unternehmen bei der Transformation. Das erhält Arbeitsplätze und sichert
80 das Einkommen vieler Berliner*innen.

81
82 Mit dem Kündigungsmoratorium für die 350.000 Wohnungen von landeseigenen
83 Wohnungsbaugesellschaften sowie den Wohnungen des Studierendenwerks Berlin bieten wir
84 Mieter*innen bis Ende 2023 einen zusätzlichen Schutz. Wir unterstützen die sozialen Träger
85 und Vereine unserer Stadt bei den steigenden Energiekosten mit 130 Millionen Euro und wir
86 haben ein Landesprogramm zur Energieberatung mit unserer Bürgermeisterin Bettina Jarasch
87 aufgelegt. Damit stärken wir die Energieberatungen sowie die Energieschuldnerberatungen in
88 Berlin.

89
90 Wir haben dafür gesorgt, dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der
91 Unterkunft verlässlich übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir
92 haben damit begonnen, das Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen,
93 die ihnen zustehen, auch tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser

94 Stelle Vorreiter. Der Weg zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit
95 angehören, ist aber noch weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und
96 Sozialleistungen auf Bundesebene endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu
97 beenden. Solange das nicht passiert ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für
98 Überblick sorgen. Dazu wollen wir mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege
99 der Umsetzung aus allen Bezirken in alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken
100 vor Ort im sozialen Umfeld Unterstützung leisten. Wir gehen den Kampf gegen Armut
101 ganzheitlich an. Denn gute frühkindliche Bildung, gute Kitas und Schulen, bezahlbarer
102 Wohnraum, gute Arbeit, ein durchlässiges Bildungssystem, der Kampf gegen Ausgrenzung und
103 Diskriminierung, all das ist entscheidend, um Armut wirklich zu bekämpfen. Initiativen in
104 all diesen Bereichen werden wir aktiv unterstützen.

105 **Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge**

106 Für Gesundheit ist nicht alleine die Gesundheitspolitik verantwortlich, sondern jeder
107 einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
108 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei Fragen der Mobilität bzw. der Verkehrswende,
109 bei der Ernährungswende, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, im Bildungsbereich, in der
110 Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik, beim Klimaschutz oder in der Stadtentwicklung.
111 Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit, unabhängig vom Geldbeutel, unser Ziel.
112 Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe
113 und Selbstbestimmung. Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems
114 aufgezeigt: Statt in gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst
115 (ÖGD) über Jahrzehnte kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns
116 gehören gute Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der
117 Profitmaximierung dienen. Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser
118 ausgestattet und wir wollen diesen Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den
119 ÖGD attraktiver machen und für mehr Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte,
120 im Kiez vernetzte Versorgungsangebote zu entwickeln. Wir haben die Investitionspauschale für
121 die Berliner Krankenhäuser erhöht, zusätzliches Geld für Digitalisierung zur Verfügung
122 gestellt und wollen bei der Krankenhausplanung einen besonderen Fokus auf hohe Qualität und
123 bedarfsgerechte Strukturen legen. Die Vielfalt der Krankenhausversorgung in Berlin ist und
124 bleibt ein bündnisgrünes Anliegen. Wir wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung
125 bieten und setzen uns nachhaltig auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den
126 Bezirken ein – insbesondere auch bei den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer
127 besseren Verteilung wollen wir eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte
128 Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V)
129 stärken und erweitern.

130 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
131 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
132 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Ernährungswende, der Verkehrswende, im
133 Bildungsbereich, in der Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik oder in der
134 Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel. Wir wollen
135 erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die gleichen
136 gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns körperliches,
137 psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

138 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
139 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte unter
140 schlechten Bedingungen für viel zu viele Patient*innen Verantwortung übernehmen müssen.
141 Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren
142 intensiv an Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids
143 „Gesunde Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen

144 Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Diese Personalschlüssel
145 sollen an dem ermittelten Behandlungsbedarf orientiert sein und in allen Settings und
146 Fachbereichen gelten. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern,
147 um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür möchten wir
148 parallel zu ambulanten Facharztpraxen auch ambulante pflegerische Angebote mehr
149 unterstützen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
150 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich dem Elterngeld, ein. Im Bund
151 unterstützen wir außerdem eine umfassende Reform der Pflegeversicherung. Wir halten an dem
152 Konzept der grünen Bürger*innenversicherung fest, um langfristig mehr Gerechtigkeit und
153 Solidarität in der Versorgung herzustellen.

154 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegelungen für Beamt*innen verändert, so
155 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
156 bundesweit umsetzen.

157 **Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen**

158 Berlin wird zur barrierefreien Stadt. Damit ermöglichen wir es behinderten und älteren
159 Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu nutzen
160 und mitzugestalten. Da ältere Menschen noch lange fit sind und aktiver Teil der Gesellschaft
161 bleiben wollen, wird die Zahl der Menschen, die auf eine Stadt ohne Hindernisse angewiesen
162 sind, immer größer. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden.
163 Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere
164 Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von
165 Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne
166 Behinderung, gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance
167 bekommen, Teil des ersten Arbeitsmarktes zu werden.

168 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
169 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
170 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben, und bauen Hürden im Alltag ab. Deshalb
171 wird die Politik für eine inklusive Stadtgesellschaft noch stärker als bisher unter
172 Beteiligung der Expert*innen in eigener Sache gestaltet. Dazu stärken wir die Rollen von
173 Landesbeirat und Landesbeauftragter für behinderte Menschen sowie der bei den
174 Senatsverwaltungen bestehenden Arbeitsgruppen. Darüber hinaus beziehen wir Organisationen
175 behinderter Menschen und Angehörigenvereine stärker in die Politik ein und unterstützen das
176 Berliner Behindertenparlament.

177 **2.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial**

178 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik eingeläutet,
179 um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
180 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert umzubauen, indem wir den
181 Anteil von Wohnungen in der Hand nicht renditeorientierter Akteur*innen weiterhin konsequent
182 erhöhen. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent
183 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte Hand bringen. Die Verpflichtung auf das
184 Gemeinwohl gilt für alle Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt. Fördern wollen wir aber
185 insbesondere diejenigen, die Wohnraum der Spekulation entziehen, bezahlbare Wohnungen für
186 alle gesellschaftlichen Schichten bereitstellen und bei Mietgestaltung und Belegung soziale
187 Kriterien anwenden. Dazu zählen die landeseigenen Wohnungsunternehmen, gemeinwohlorientierte
188 Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen, Stiftungen und Hausprojekte sowie
189 Privatvermietende, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
190 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten. Wir
191 schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr Wohnschicksal in die eigenen Hände
192 nehmen, wenn sie sich sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen. Dafür

193 brauchen wir auch weiterhin einen breiten Maßnahmenmix. Wir setzen uns auch auf Bundesebene
194 für die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) ein, um dauerhaft bezahlbaren
195 Wohnraum zu schaffen – und nicht nur für 20 oder 30 Jahre wie bisher. Dazu ist es auch
196 nötig, die Berliner Finanzierung von Sozialbindungen beim Wohnen deutlich aufzustocken. In
197 den vergangenen Jahren haben wir den Neubau bedarfsgerechter gefördert und stärker auf das
198 Gemeinwohl ausgerichtet. Es war richtig, gleichzeitig zu versuchen mit dem Mietendeckel Ruhe
199 in den überhitzten Markt des Mietwohnungsbestandes zu bringen und Mietpreise zu
200 stabilisieren. Damit haben wir versucht, politisch Einfluss auf die Entwicklung der Mieten
201 zu nehmen, dafür haben wir juristisches Neuland betreten. Nachdem dieser Versuch gescheitert
202 ist, werden wir nicht aufgeben, sondern weiter alles tun, um Wucher zu stoppen, trotz
203 teilweise heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten wir weiter für einen
204 gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu gehört für uns auch die
205 Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent des CO₂ in der Stadt aus,
206 also sind energetische Modernisierung und die Bauwende eine zentrale Zukunftsaufgabe, um
207 Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verbinden soziale Gerechtigkeit und
208 Klimaschutz.

209 **Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch**

210 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz haben.
211 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
212 landeseigene Wohnungsunternehmen bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
213 Eigentümer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr niedrigpreisige Wohnungen. Bei fortdauernd
214 hohem Bevölkerungszuwachs streben wir den Bau von jährlich 20.000 überwiegend
215 sozialverträglichen Wohnungen an. Wir wollen vielfältige und lebendige Quartiere, gut
216 erschlossen für nachhaltige Mobilität, mit guten Schulen und Kitas, Handel und Gewerbe,
217 Spiel, Erholung und viel Grün. Das Bauen muss endlich klimaneutral werden. Neubauten im
218 Hochpreissegment sollen vermieden werden, weil das weite Teile der Bevölkerung ausschließt.
219 Wir setzen dabei auf intelligente Nachverdichtung und Geschosswohnungen statt auf
220 Eigenheimsiedlungen. Zur Förderung des gemeinwohlorientierten Neubaus wollen wir einen
221 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
222 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Förderung des sozialen
223 Wohnungsbaus ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten,
224 dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft sozialgebundene und möglichst CO₂-neutral
225 errichtete Wohnungen fließt. Gemeinschaftliche und sozial integrative Wohnformen wollen wir
226 ebenso fördern.

227 Wir wollen den großen Mangel an Sozialwohnungen zügig abbauen und dafür alle notwendigen
228 Maßnahmen ergreifen. Ein wichtiger Schlüssel dafür sind die landeseigenen Flächen und
229 landeseigene Wohnungsunternehmen. Dazu wollen wir über die bisherigen Quoten für den Anteil
230 geförderter Wohnungen dort, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, deutlich hinausgehen.
231 Zusätzlich erhöhen wir das zweite Fördersegment – für eine soziale Mischung in den
232 Quartieren. Die Genossenschaftsförderung – für Neubauten wie Bestandsankauf – wollen wir
233 deutlich erhöhen. Wir sorgen für faire Förderkonditionen und öffnen die Förderung auch für
234 Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat. Linke Freiräume und queer-feministische Hausprojekte
235 sind wichtige Schutzräume und emanzipatorische Orte, die wir erhalten wollen. Doch immer
236 mehr sind sie von Verdrängung bedroht. Wir stellen uns diesem Trend entgegen und werden
237 Lösungen suchen, damit sie bleiben können. Ist eine Räumung nicht zu verhindern, ist es die
238 Aufgabe des Landes Berlin, geeignete alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.
239 Außerdem wollen wir die Förderung so ausbauen oder Bürgschaften anbieten, damit auch
240 Haushalte in Transferbezug Genossenschaftsanteile zeichnen können.

241 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Deshalb muss das,
242 was wir heute bauen, klimafreundlich sein. Wir setzen uns deshalb für KfW-40-Standard beim

243 Neubau und KfW-55-Standard im Bestand ein, damit Gebäude Energie möglichst effizient nutzen.
244 Wir wollen klimafreundliche Neubauten und Modernisierung mit ökologischen Dämm- und
245 Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Ziegel oder Baumaterial-Recycling. Schon heute
246 entsteht das größte Holzhochhaus Europas in Berlin. Diesen Weg müssen wir konsequent
247 weitergehen und wegkommen von Beton und Stahl. Denn diese Baustoffe sind klimaschädlich und
248 verbrauchen viel zu viele Ressourcen. Sie sollen nur noch dort zum Einsatz kommen, wo wir
249 wirklich darauf angewiesen sind. Die Forschung an Recyclingbeton wollen wir ausbauen. Bei
250 energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die
251 Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues, faires System
252 zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist,
253 muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir
254 zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen.
255 Dabei dürfen nur noch energetisch sinnvolle und der Barrierefreiheit dienende Maßnahmen
256 umgelegt werden, die insgesamt zu höchstmöglicher Effizienz führen müssen. Durch eine
257 energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und
258 profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch
259 Energiekosteneinsparung aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt.
260 Einkommensschwache Mieter*innen werden zudem besonders berücksichtigt. Die öffentliche Hand
261 leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den
262 1,5-Grad-Pfad zu bringen, und baut so die finanzielle Unterstützung zur energetischen
263 Sanierung erheblich aus. Gerade im Bausektor wollen wir die Kreislaufwirtschaft umsetzen und
264 modulares Bauen sowie flexible Grundrisse fördern.

265 Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine
266 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der
267 Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren
268 des Landes Berlin anbieten. Um die energetische Modernisierung auch unabhängig von
269 begrenzten Handlungs- und Finanzierungsspielräumen einzelner Eigentümer*innen
270 voranzubringen, setzen wir sowohl auf Einspar-Contracting als auch auf energetische Block-
271 und Quartierskonzepte. Klimaschutz gibt es nicht umsonst, daher wird der Staat – und damit
272 auch Berlin – hierfür, auch im Sinne des oben beschriebenen Drittelmodells und einer
273 sozialen Abfederung, deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. (Zu Fragen der
274 Stadtentwicklung und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

275 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
276 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
277 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
278 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass auf privaten Flächen
279 mindestens 50 Prozent der Wohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen
280 gebaut werden und dauerhaft sozialgebunden sind. Wir wollen auch alle weiteren Möglichkeiten
281 nutzen, um Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des
282 Neubaus zu knüpfen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung der Neuen
283 Wohngemeinnützigkeit (NWG) ein. So können wir auch in Berlin dauerhaft gebundene bezahlbare
284 Wohnungen schaffen.

285 **Den Wohnungsmarkt besser regulieren – bezahlbare Mieten sichern**

286 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot und
287 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
288 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
289 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Dafür wollen wir die Wohnungsaufsicht
290 schlagkräftig machen und endlich mit der Bauaufsicht verbinden. Abrisse von Wohnraum sollten
291 konsequent untersagt, spekulativer Leerstand soll durch das Instrument der Treuhänder*in und
292 durch Beschlagnahmung abgestellt und wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Darüber hinaus

293 prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, um die Verwaltung bei der
294 Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Um mehr Transparenz auf dem
295 Immobilienmarkt zu schaffen und um die Vollzugsdefizite beim Wohnraumschutz zu beseitigen,
296 bauen wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster auf. Damit werden alle Miethöhen, die
297 Ausstattung und energetische Qualität der Wohnungen sowie die Eigentumsverhältnisse digital
298 erfasst und transparent gemacht. Durch dieses Instrument können wir, auch nach dem Scheitern
299 des jetzigen Mietendeckels, Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt schneller feststellen
300 und den Schutz der Mieter*innen besser sichern. Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet,
301 dass Mieter*innen grundsätzlich nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre
302 Miete ausgeben sollten. Dafür bedarf es aber endlich mutiger Reformen auf Bundesebene.
303 Sollten diese nicht kommen, werden wir auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle
304 Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Wir
305 werden alle Möglichkeiten der Landeskompetenz für das Wohnungswesen nutzen, um eine soziale
306 Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu
307 sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbemieten und Immobilienkaufpreise nicht
308 durch die Decke gehen. Auf Landesebene werden wir in der nächsten Wahlperiode versuchen,
309 einen Gewerbemietendeckel zu entwickeln.

310 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind zentral für die soziale Wohnraumversorgung in
311 Berlin und stehen besonders in der Pflicht, ausreichend Sozialwohnungen und bezahlbaren
312 Wohnraum für breite Schichten zur Verfügung zu stellen. Darum entwickeln wir das
313 Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen
314 Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Die AöR „Wohnraumversorgung
315 Berlin“, die aus dem Berliner Mietenvolksentscheid hervorgegangen ist, wollen wir in die
316 Lage versetzen, die Vermietungspraxis stärker zu kontrollieren und eine Ombudsstelle als
317 unabhängige Mieter*innen-Beschwerdestelle einzurichten. Auch die Mieter*innenräte sowie
318 Mieterbeiräte und selbstverwalteten Hausprojekte sollen in ihren Rechten gestärkt werden.
319 Wir sind der Überzeugung, dass landeseigene Wohnungsunternehmen als Anstalt öffentlichen
320 Rechts organisiert sein sollen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern wir eine
321 tiefgreifende Strukturreform, damit dessen Wohnungen wie die der landeseigenen
322 Wohnungsunternehmen bewirtschaftet und vermietet werden. Um Diskriminierungen auf dem
323 Wohnungsmarkt zu verhindern, wollen wir die Landeseigenen Wohnungsunternehmen in die Pflicht
324 nehmen und Mitarbeiter*innen schulen. Um die Mieter*innen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu
325 unterstützen, haben wir in jedem Bezirk kostenfreie Mieter*innenberatungsstellen
326 eingerichtet bzw. ausgebaut. Das wollen wir fortsetzen. Um mieten- und stadtpolitische
327 Initiativen zu unterstützen und um der Mieter*innenbewegung größeres Gehör in der
328 Landespolitik zu verschaffen, haben wir die Gründung des „Initiativenforums Stadtpolitik“
329 mit vorangetrieben, das wir ausbauen wollen.

330 Bei den ca. 90.000 Wohnungen des „alten“ sozialen Wohnungsbaus senken wir die künstlich
331 überhöhten Kostenmieten, indem wir diese um fiktive Kosten „Entschuldungsgewinne“ sowie
332 sonstige dubiose Extra-Renditen bereinigen. Hierfür unverzichtbar ist auch eine wirksame
333 Kontrolle bei der Mietberechnung.

334 Eigentum verpflichtet. Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob neue finanzielle
335 Instrumente – wie beispielsweise die Weiterentwicklung der Grundsteuer in Richtung einer
336 Bodenwertsteuer mit Bezugnahme auf Bodennutzung und Flächenversiegelung – die Erreichung
337 unserer bodenpolitischen Ziele unterstützen können. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene
338 weiterhin für ein Verbot der Abwälzung von Grundsteuern auf Mieter*innen ein.

339 Die Grunderwerbsteuer wollen wir progressiv ausgestalten: Wenn Wohnungskonzerne große
340 Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn
341 Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben. Wir wollen das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit
342 dem die Grunderwerbsteuer umgangen wird, schließen.

343 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
344 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Hinzu kommen Eigenbedarfskündigungen, gegen
345 die sich betroffene Mieter*innen kaum wehren können. Wir wollen, dass der Bund den Ländern
346 durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miet- in
347 Eigentumswohnungen stadtweit und konsequent zu unterbinden und die Bildung von Wohneigentum
348 im Geschosswohnungsbau auf Neubauinvestitionen zu begrenzen. Zudem werden wir weitere
349 landespolitische Maßnahmen zum Schutz vor Eigenbedarfskündigungen prüfen.

350 **Die Stadt zurückerwerben**

351 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung wiederbelebt: Durch das
352 Vorkaufsrecht verpflichten wir in den Milieuschutzgebieten potentielle Käufer*innen mit
353 Abwendungsvereinbarungen dazu, soziale Bindungen für mindestens 20 Jahre einzugehen, oder
354 veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch landeseigene Wohnungsunternehmen
355 oder Genossenschaften. Seit 2016 haben wir die Zahl der Milieuschutzgebiete mehr als
356 verdoppelt. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Auch den gezielten Ankauf bzw. die
357 Rekommunalisierung von Sozialwohnungen treiben wir weiter voran. Mit Genossenschaften,
358 Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
359 Kooperationsvereinbarung schließen. Hierzu prüfen wir eine Ankaufagentur, die gezielte An-
360 und Vorkäufe strategisch koordiniert und alle relevanten Akteure vernetzt. Um die
361 Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu fördern,
362 eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
363 Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen wirksamen
364 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen
365 einführen, um lokales und kleinteiliges Gewerbe zu erhalten. Die landeseigenen
366 Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den
367 Gewerbetreibenden Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.

368
369 Wir nehmen das Votum bei der Abstimmung über den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co.
370 enteignen“ sehr ernst und arbeiten weiter an der Umsetzung. 59,1 Prozent der Berliner
371 Wähler*innen haben den Volksentscheid unterstützt. Dem im Grundgesetz festgeschriebenen
372 Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ muss auch im Bereich Wohnen und Boden Geltung verschafft
373 werden. Für uns bleibt zentral, dass die Mieter*innen geschützt, Spekulationen Einhalt
374 geboten und der gemeinwohlorientierte Wohnungsbestand erhöht wird.

375
376 Die rot-grün-rote Koalition hat im Frühjahr 2022 eine Expert*innenkommission eingesetzt, die
377 innerhalb eines Jahres das „Ob“, aber vor allem auch das „Wie“ eines Gesetzes prüfen und
378 Vorschläge erarbeiten soll. Wir erwarten von der Kommission, dass sie Eckpunkte eines
379 Gesetzes vorlegt, die einen verfassungsrechtlich sicheren Weg aufzeigen, aber auch, dass sie
380 finanzrechtliche und immobilienwirtschaftliche Fragen klärt. Wir wünschen uns zudem, dass
381 sie hinsichtlich der Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit neben quantitativen auch
382 qualitative Kriterien prüft. Da der Artikel 15 im Grundgesetz noch nie praktisch angewandt
383 wurde, ist es umso wichtiger, eine verfassungskonforme Ausgestaltung des Gesetzes zeitnah zu
384 erarbeiten.

385
386 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
387 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
388 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen
389 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern ihrer sozialen Verantwortung
390 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, durch den erfolgreichen Volksentscheid gestützt,
391 die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt durch die Vergesellschaftung entschärfen.
392 Das Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen hat bisher zu keiner nachhaltigen
393 Entlastung auf dem Wohnungsmarkt geführt.

394 **Aktive, transparente und faire Bodenpolitik**

395 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
396 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes
397 Flächenmanagement mithilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen Boden
398 soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine Erbbaurechtsstrategie
399 implementieren, die zügige Konzeptverfahren zu sozialverträglichen Konditionen ermöglicht.
400 Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen wir in einem
401 Bodensicherungsgesetz festschreiben. Wir wollen eine Koordinierungsstelle im Sinne einer
402 „Taskforce“ einrichten, die für bedrohte soziokulturelle Projekte und Nutzungen Lösungen
403 finden soll. Außerdem wollen wir den zivilgesellschaftlich organisierten Runden Tisch
404 Liegenschaftspolitik in seinen Kompetenzen weiter stärken.

405 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
406 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
407 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Zur Baulandmobilisierung in den im
408 Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) vorgesehenen Quartiersschwerpunkten soll Berlin
409 möglichst viele Grundstücke erwerben. Dafür sollen auch Vorkaufsrechte und das Instrument
410 der Entwicklungsmaßnahme aktiv eingesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung
411 einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und
412 gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken. Ein
413 zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts sind
414 die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie berechnet.
415 Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen. Wir
416 wollen, dass der nachhaltige Ertrag herangezogen wird, um den Wert einer Immobilie zu
417 bestimmen, und nicht die höchstmögliche Verwertung. Wir wollen alles tun, um Zwangsräumungen
418 zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu senken. Die landeseigenen
419 Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und sind verpflichtet,
420 adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für den freien
421 Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundesebene für eine entsprechende Regelung ein. Mit
422 dem Härtefallfond haben wir dafür gesorgt, dass niemand unverschuldet von Strom- und
423 Gassperren betroffen wird und es zu keinen kalten Zwangsräumungen in Berlin kommen wird.
424 Eventuelle Lücken des Bundes, die Gas- oder Strompreisdeckel lassen, werden wir in Berlin
425 schließen.

426 **2.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven schaffen**

427
428 Fast jede*r fünfte Berliner*in ist armutsgefährdet. Die aktuelle Inflation und die
429 Energiekrise verschärfen diese Situation. Besonders betroffen sind Frauen, ältere Menschen,
430 Alleinerziehende, Familien mit vielen Kindern, migrantisierte Menschen, Eingewanderte und
431 Geflüchtete, Kinder und Jugendliche, erwerbslose Menschen, oder Menschen mit geringen
432 Einkommen. Wir wollen allen von Armut bedrohten Menschen soziale Sicherheit garantieren und
433 ihnen eine Perspektive geben.

434
435 Vor allem braucht es weiterhin schnelle und möglichst unbürokratische Hilfen. Seit Beginn
436 des Krieges gegen die Ukraine setzen wir uns für zielgenaue und gerechte Entlastungen ein
437 und intensivieren sie in diesem Winter. Schon jetzt konnten Bündnisgrüne in Verantwortung
438 dafür sorgen, dass spezifische Hilfen für Familien, Studierende und Rentner*innen geleistet,
439 sowie Strom- und Gaspreise gedämpft werden, Heizkostenzuschüsse fließen, das Wohngeld steigt
440 und das neue Bürgergeld kommt. In Berlin verstärken wir durch den letzten Nachtragshaushalt
441 die Wirkung der Bundeshilfen für alle Berliner*innen, die Wirtschaft der Stadt und unsere
442 gemeinsame Infrastruktur mit dem 29 und 9 Euro Ticket, einem Mietenstopp bei den
443 landeseigenen Wohnungsunternehmen, sowie erweiterten Wirtschafts- und Energiehilfen.

444
445 Gemeinsam mit unserer Bundespartei werden wir darauf hinwirken, dass die Entlastungen noch
446 deutlich stärker als bisher vor allem bei denen ankommen, die sie am dringendsten benötigen.
447 Das heißt für uns: Garantiesicherungen in allen Lebenslagen, eine Kindergrundsicherung, eine
448 Garantierente und ein soziales Bürgergeld. Wir folgen auch den Empfehlungen des
449 Jahresberichts der Wirtschaftsweisen und setzen uns dafür ein, dass wirtschaftlich starke
450 Schultern mehr Verantwortung tragen müssen.

451
452 Bei der Umsetzung der bisherigen Vorgaben haben wir in Berlin bereits neue Weichen gestellt.
453 Die Übernahme von Kosten der Unterkunft für SGB II und XII Bezieher*innen haben wir an die
454 steigenden Mieten und Energiekosten angepasst. Zehntausende Mieter*innen können so wieder
455 ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben.

456
457 Und um Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 13 Euro
458 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende festgelegt. In all
459 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

460
461 Unsere Antwort auf Putins Angriff auf die Ukraine und die Demokratie lautet: Mehr
462 Solidarität. Unsere Solidarität ist dabei krisenfest und unverbrüchlich. Allen Versuchen,
463 unterschiedliche von Armut betroffene Gruppen gegeneinander auszuspielen, erteilen wir eine
464 klare Absage.

465 466 **Energiearmut nachhaltig bekämpfen**

467
468 Jährlich bekommen 191.000 Berliner*innen eine Sperrandrohung für nicht bezahlte Strom- oder
469 Gasrechnungen. 14.000 Berliner*innen wurde im letzten Jahr die Energiezufuhr für den
470 Haushalt unterbrochen. Durch die steigenden Energiepreise droht sich diese Zahl weiter zu
471 erhöhen. Gleichsam betroffen sind auch soziale Träger, die ebenfalls unter den hohen
472 Energiekosten leiden. Auf der Bundesebene sorgen wir mit der Strom- und Gaspreisbremse für
473 spürbare Entlastungen, in Berlin schaffen wir mit dem Härtefallfonds sowie den Ausbau
474 frühzeitiger präventiver Hilfen Instrumente, um Energiearmut zu verhindern. Wir wollen eine
475 behördliche Genehmigungspflicht für Energiesperren einführen und setzen uns hierzu auf
476 Bundesebene dafür ein. Außerdem sollen bei Personen, bei denen eine Energiesperre zu einem
477 erheblichen sozialen Härtefall führen würde, nicht mehr vollzogen werden dürfen. Ebenso
478 setzen wir uns auf der Bundesebene dafür ein, dass Energieversorger für soziale
479 Organisationen eigene Energietarife einrichten müssen. Schließlich wollen wir das
480 Landesprogramm „Stromsparmcheck“ mittelfristig in ein eigenes Landesprogramm überführen und
481 die Energiesparhelfer*innen fest anstellen und hierzu ein eigenes Berufsbild entwickeln.
482 Energieeinsparungen bleiben das beste Mittel gleichzeitig Geld zu sparen und die Umwelt zu
483 schützen. Die Berliner*innen wollen wir durch gute Beratungsangebote dabei bestmöglich
484 unterstützen.

485 486 **Familien- und Kinderarmut bekämpfen**

487
488 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur
489 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.
490 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, finanziell oder durch strukturelle
491 Diskriminierung benachteiligt sind.

492
493 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
494 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
495 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte

496 Familien. Um diesen Familien nachhaltig zu helfen, arbeitet unsere Bundesfamilienministerin
497 Lisa Paus an weiteren Entlastungen auf Bundesebene. Die ungerechte Dreiklassenförderung von
498 Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer Kindergrundsicherung
499 völlig neu und gerecht gestalten.

500
501 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
502 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
503 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
504 Familienbeirates oder dem Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
505 (LIGA) sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die Umsetzung. Wir wollen einen
506 zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen, von den Tafeln über die
507 Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk soll so leistungsstark
508 werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da ein abgestimmtes
509 Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches Ausbügeln ist das Ziel.
510 Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
511 begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die Stadtteilmütter sind
512 raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in den Bezirken
513 gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die Geburt eines
514 Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen in
515 Berlin auszuweiten und die psychosoziale Unterstützung zu verstärken. Diesen Weg wollen wir
516 fortsetzen.

517
518 Familien in schwierigen Situationen wie Alleinerziehende und einkommensschwächere Familien
519 brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen
520 Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir
521 nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die
522 Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu
523 finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
524 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
525 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
526 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
527 unbürokratisch beraten können.

528
529 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
530 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
531 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
532 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
533 wiederholen wollen.

534
535 Daneben wollen wir die soziale Teilhabe der von Armut betroffenen Berliner Familien
536 verbessern. Dazu werden wir den Kreis der Berlinpass-Berechtigten ausweiten. Den Familien
537 stehen mit dem Berlinpass zahlreiche Vergünstigungen bei über 360 Einrichtungen zur
538 Verfügung. Jedoch ist die Suche nach gewünschten Angeboten zu unübersichtlich, erfordert das
539 Recherchieren auf vielen Webseiten und kostet je nach Einrichtung unterschiedlich viel Geld.
540 Um hier einen besseren Überblick für Berlinpass-Inhaber*innen zu schaffen wollen wir eine
541 digitale Lösung einrichten, die aktuelle Angebote auflistet, sodass gezielt und
542 benutzerfreundlich nach Einrichtungen für unterschiedliche Bedarfe gesucht werden kann.
543 Außerdem wollen wir weitere Vergünstigungen für armutsbetroffene Familien und schlagen
544 analog zum kostenlosen Museumssonntag kostenfreie Tage für weitere Angebote vor.

545
546 Auch Altersarmut muss mit zielgenauen Angeboten verringert werden. Wir wollen
547 niedrigschwellige Beratungsangebote ausbauen, damit mehr Senior*innen die ihnen zustehenden

548 Sozialleistungen ohne Scham und Stigmatisierung in Anspruch nehmen. Dazu wollen wir die
549 Sozialberatung in den Stadtteilzentren und in den Senior*innenfreizeitstätten weiter
550 ausbauen sowie das Programm „Berliner Hausbesuche“ verstetigen und auf alle Berliner Bezirke
551 ausweiten.

552
553 Die steigenden Pflegekosten treiben zusätzlich viele Berliner*innen in Altersarmut. Seit
554 September 2022 müssen Menschen, die ambulant pflegebedürftig sind, einen höheren Eigenanteil
555 bezahlen. Der höhere Eigenanteil in der ambulanten Pflege ist von älteren Menschen mit
556 geringem Alterseinkommen kaum noch zu bezahlen, sodass diese bzw. ihre Angehörigen in die
557 Armut durch die Pflegekosten rutschen. Leistungen der Pflegeversicherung müssen dynamisiert
558 werden; abhängig von der Dauer der Pflege setzen wir uns auf Bundesebene für einen sinkenden
559 Eigenanteil sowie ein Pflegegeld für pflegende Angehörige ein.

560
561 Die Zahl überschuldeter Berliner*innen wird angesichts der Inflation wieder ansteigen. Wir
562 setzen uns für einen Ausbau der bezirklichen Schuldnerberatungen ein. Um Überschuldung
563 nachhaltig zu verringern, braucht es mehr Prävention. Hierzu wollen wir gemeinsam mit der
564 Landesarbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatungen geeignete Angebote etablieren.

565

566 **Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren**

567

568 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
569 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen. Es
570 liegt an der Politik, Sozialämtern, Jobcentern und Gesundheitsämtern und den dort
571 Beschäftigten die Werkzeuge und Arbeitsbedingungen an die Hand zu geben, Betroffenen
572 passgenau zu helfen. Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung,
573 Schuldner- und Suchtberatung oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand
574 gehen, innovative Ansätze aus einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen
575 werden. Auch Altersarmut braucht Beachtung und zielgenaue Angebote. Die Rädchen müssen vor
576 Ort ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.
577 Dafür müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die
578 ganze Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden
579 Einzelfall gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In
580 Mitte war ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In
581 Neukölln haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege
582 aus der Krise zu zeigen.

583

584 **Orientierung am Sozialraum der Menschen**

585

586 Die Arbeit der Ämter und der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen in
587 ihrem Lebensumfeld organisieren – nicht entlang bürokratischer und finanzieller Logiken.
588 Denn niedrigschwellige und umfassende Unterstützung und Mitbestimmung dort, wo man lebt,
589 baut Hürden für alle Berliner*innen ab. In diesem Sinne bedeutet Sozialraumorientierung das
590 konsequente Umsteuern auf Prävention. Jugendhilfe funktioniert dort besonders gut, wo
591 sozialraumorientiert und damit präventiv gearbeitet wird. Andernorts explodieren die
592 Fallkosten. Die Strukturen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete wollen wir weiter
593 ausbauen und auch bei geringeren Zugangszahlen halten. Diese jungen Menschen brauchen gute
594 stationäre Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, möglichst ehrenamtliche Vormünder,
595 schulische und berufliche Perspektiven von Anfang an und eine adäquate psychosoziale
596 Versorgung, damit sie hier ankommen können. Wir werden uns für eine Verbesserung der
597 Personalsituation in der stationären Kinder- und Jugendhilfe einsetzen, um den dort
598 betreuten Kindern und Jugendlichen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Über das
599 Familienfördergesetz wollen wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien,

600 Senior*innen und Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe
601 Hilfen“, die Stadtteilmütter, Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereine, die Jobcenter oder
602 die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Die sogenannten „67er-Hilfen“ in der
603 Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten, wollen wir in den
604 Bezirken einheitlich anwenden.

605
606 Wir wollen in den bestehenden lebensweltlich orientierten Räumen für alle Bereiche
607 datenbasiert genau die Angebote schaffen, die benötigt werden, um die Sozialeinrichtungen,
608 die Ämter und deren Angebote zu vernetzen und passgenau aufzustellen. Dazu wollen wir die
609 Fachstruktur der Sozialraumorientierung in den Bezirken vereinheitlichen und mit einer
610 Lenkung auf Senatsebene flankieren. Die Qualitätssicherung soll systematisiert und in ganz
611 Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

612

613 **Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen**

614

615 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und
616 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
617 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
618 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
619 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
620 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
621 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von
622 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
623 wichtiger Schritt. Wir setzen uns für ihre Fortsetzung ein, um Angebote noch gezielter
624 ausbauen zu können. Dafür wollen wir stark mit Betroffenen-Organisationen und Trägern
625 zusammenarbeiten.

626

627 **Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis zum Jahre 2030 überwinden**

628

629 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt und genauso
630 erfordert es ein Bündel an Maßnahmen, das aus der Obdachlosigkeit heraus führt. Um die
631 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschneiden und zu lösen, braucht es einen geschützten
632 Raum, ein Dach über dem Kopf. Wir machen uns das Ziel des Europäischen Parlaments zu eigen,
633 die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Ein zentraler Baustein auf diesem Weg ist für uns
634 der „Housing First“ Ansatz. Obdachlose Menschen werden direkt in Wohnungen mit dauerhaftem
635 Mietvertrag vermittelt und auf ihrem weiteren Weg begleitet. Dieser Ansatz stellt einen
636 Paradigmenwechsel zum bisherigen paternalistischen Betreuungsangebot dar. Das sehr
637 erfolgreiche Modellprojekt haben wir weiter ausgebaut und wollen es nun verstetigen.
638 Gleichzeitig wollen wir die wichtigen Unterstützungsangebote nach §67 SGB XII mit den
639 Erfahrungen des Housing First weiterentwickeln, in ihren Leistungstypen flexibilisieren und
640 in den Bezirken vereinheitlichen. Wir machen uns auch stark für die Sicherung und Schaffung
641 neuer Krisenhäuser. Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten, die für
642 die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften auch über
643 die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell der Degewo mit
644 sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen Wohnungsunternehmen
645 etablieren wollen. Wir setzen uns für ausreichend Wohnungen bei landeseigenen
646 Wohnungsunternehmen ein, werden sie deutlich ausbauen und wollen auch private
647 Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen, Housing-First-Plätze durch mehr Wohnungen im
648 geschützten Marktsegment zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzbare
649 Gruppen wie Frauen, LGBTIQ*, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu eigenem
650 Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt.

651

652 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von Menschen, wenn sie keine Ansprüche auf
653 Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse für
654 Unionsbürger*innen abzuschaffen. In Berlin werden wir auch Angebote für Menschen vorhalten,
655 die keinen oder einen ungeklärten Sozialleistungsanspruch haben.

656

657 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
658 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
659 ganzjährig zur Verfügung stehen. Daneben brauchen wir eine neue Unterkunft für wohnungslose
660 Familien, da die Zahl obdachloser Familien in Berlin zunimmt. In der kalten Jahreszeit
661 sollen im Rahmen der Kältehilfe deutlich über 1.000 ganztägige Plätze vorgehalten werden,
662 von denen ein Anteil für besonders schutzbedürftige Menschen reserviert wird. Die Sicherheit
663 in den Unterkünften muss gewährleistet sein. Mit der Schaffung barrierefreier Notunterkünfte
664 reagieren wir auf die große Zahl obdachloser Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und
665 haben hierzu ein neues Modellprojekt für rollstuhlfahrende Obdachlose im Haushalt verankert.
666 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Plätze stets Beratungsangeboten vorhalten: Jede
667 Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit
668 bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen. Außerdem sollen weitere Angebote geschaffen werden,
669 die es Sucht- als auch psychisch Erkrankten ermöglichen, diese Angebote auch anzunehmen. Wir
670 wollen keine gewaltsame Räumungen von Obdachlosencamps und ermöglichen mit dem Konzept „Safe
671 Places“ auch in Berlin Schutzräume. Wir setzen uns dafür ein, dass das Fahren ohne
672 Fahrschein keine Straftat mehr darstellt und Bußgelder somit nicht zu Ersatzstrafen führen
673 können. Obdachlose Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit im öffentlichen Raum.
674 Wir wollen, dass sie dort im Winter wie auch im Sommer Schutz finden und beispielsweise
675 durch Trinkwasserbrunnen mit kostenlosem Wasser versorgt werden. Dazu wollen wir das
676 Modellprojekt „Hitzeschutz für Obdachlose“ aus Tempelhof-Schöneberg auf die ganze Stadt
677 ausweiten im Rahmen der Weiterentwicklung der Kältehilfe.

678

679 **Ein neues Landesamt für Unterbringung**

680

681 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
682 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
683 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
684 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
685 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Die letzten
686 Monate haben wir uns erneut hart vor Augen geführt, wie wichtig eine gut organisierte
687 Unterbringung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ist. Unser Dank gilt daher auch allen
688 Mitarbeiter*innen des LAF. Diese Einsatzbereitschaft und Kompetenz wollen wir für alle
689 Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem neuen „Landesamt für
690 Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine schnelle, dezentrale
691 Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene darauf hin, dass
692 geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.
693 Zudem werden wir prüfen, wie geflüchteten Menschen unbürokratisch ein
694 Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden kann. Mit der geplanten Gesamtstädtischen
695 Steuerung der Unterbringung (GStU) schaffen wir auch für die Unterbringung nach dem
696 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) einheitliche Standards und stellen damit
697 die Qualität von Unterbringung und Beratung sicher.

698 **2.3 Gesundheit ganzheitlich denken**

699 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – hiervon sind wir seit jeher
700 überzeugt. Während der Corona-Pandemie ist die Bedeutung dieses Grundsatzes mit besonderer
701 Wucht zu Tage getreten. Dabei heißt Vorsorge zu treffen oftmals auch in gute Strukturen zu
702 investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf

703 dabei nicht der Profitmaximierung untergeordnet werden, sondern muss sich am Wohl der
704 Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder um
705 individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht auch um gesunde Lebensbedingungen, um
706 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

707 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
708 Pandemie war dies eine Herausforderung. Die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum
709 Infektionsschutz – wie das Gebot zum Maskentragen und die zeitweise Einschränkung des
710 öffentlichen Lebens – war für die akute Bekämpfung der Pandemie erforderlich und hat
711 wichtige Erkenntnisse für eine womöglich nächste epidemische Lage geliefert. Zugleich kommt
712 es gerade in einer solchen Ausnahmesituation auch auf die Bereitstellung einer ausreichend
713 verfügbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsinfrastruktur an. Wir haben daher
714 Kapazitäten aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und als Notfallreserve
715 ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben
716 wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die Krankenhäuser haben wir
717 auf den Bundesschnitt angehoben und werden unseren Beitrag sukzessive weiter erhöhen.
718 Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Babylots*innen auf allen Geburtsstationen der
719 Berliner Krankenhäuser Eltern beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen
720 im Krankenhaus besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf
721 regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine.
722 Die Qualität des Essens in den Krankenhäusern sollte mehr Beachtung finden und eine
723 individuelle Ernährungsberatung bei Bedarf als nachhaltiges Instrument ergänzend etabliert
724 werden. Hierfür werden wir gezielt mit der Kantine Zukunft zusammenarbeiten und als weiteres
725 Ziel wollen wir auch in der ambulanten und stationären Pflege die Essensversorgung
726 verbessern. Wir haben erreicht, dass alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen
727 Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu
728 versichern. Durch unseren Einsatz können sich endlich auch Menschen ohne gültigen
729 Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das
730 einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich
731 ist. Wir haben die Finanzierung der Clearing-Stelle durch das Land Berlin gesichert und den
732 Fonds, der die Behandlung von nicht versicherten Menschen ermöglicht, ausbauen. Der neue und
733 bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig
734 Beratung, Prävention (unter anderem HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle
735 Gesundheit, insbesondere zu HIV/Aids. Wir kämpfen für ein inklusives Gesundheitssystem, das
736 allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei zugänglich ist. Insbesondere vulnerable
737 Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung oder trans Menschen, müssen einen besseren Zugang
738 zur umfassenden und bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung bekommen.

739 **Den Öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen**

740 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
741 Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), in den über Jahrzehnte zu wenig investiert wurde. In
742 der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Den Pakt
743 zur Stärkung des ÖGD werden wir nutzen und die Mittel dafür einsetzen, Personal und
744 Ausstattung zu verbessern. So werden wir Schritte in Richtung Mustergesundheitsamt gehen.
745 Wir werden die Berufsgruppe der Pflege bei Entscheidungen mehr einbeziehen und auch in
746 Krisenstäben mit an den Tisch holen. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit
747 den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte
748 Vernetzung voranzutreiben. Wir wollen alle Berufsgruppen, die im ÖGD arbeiten, attraktiver
749 machen und setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium
750 sowie das Praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Der ÖGD
751 soll die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln und sich stärker
752 forschungsorientiert auszurichten. Dabei fördern wir systematisch eine interdisziplinäre

753 Herangehensweise, bei der auch Berufsgruppen wie Gesundheitswissenschaftler*innen/Public-
754 Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen oder Pflegewissenschaftler*innen in den ÖGD
755 einbezogen werden. Mit neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen
756 Aufgaben zu erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen,
757 dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und im Rahmen seiner
758 Aufgabenwahrnehmung verstärkt diversitätssensible Konzepte und professionelle Sprachmittlung
759 anwendet. Auch das Gesundheitssystem wird seine Verantwortung in der Klimakrise übernehmen.
760 Die landeseigenen Krankenhäuser haben bereits Schritte zur Verringerung des Verbrauchs an
761 Energie und anderen Ressourcen unternommen, brauchen aber unsere weitere Unterstützung, um
762 ihren ökologischen Fußabdruck rascher zu verkleinern. Neben baulichen Veränderungen geht es
763 hier unter anderem auch um fossilfreie Wärme- und Kältesysteme, Gebäude-Wärme-Sanierung,
764 aber auch klimaschädliche Verbrauchsmaterialien wie bestimmte Narkosegase oder
765 klimaschädliche Treibgase in Inhalationsaerosolen.

766 Die Corona-Pandemie hat uns die Gefahr von Infektionskrankheiten nochmal vor Augen geführt.
767 Wir wollen deshalb den Berliner Pandemieplan überarbeiten, mehr Vorsorge treffen und durch
768 verbesserte Erinnerungssysteme die Impfquoten bei bekannten Infektionskrankheiten erhöhen.

769 **Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren**

770 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen, die Mitarbeiter*innen im
771 Öffentlichen Gesundheitsdienst, Apotheker*innen, PTA oder PKA – es gibt viele Berufsgruppen,
772 die für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Viele davon sind Mangelberufe und ihre
773 Ausbildung muss unterstützt und gefördert werden. Wir wollen die noch nicht organisierten
774 Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen
775 unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend
776 Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir die Arbeitsbedingungen
777 verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden.
778 Auch hier stehen wir für eine 35-Stunden-Woche ein. Auch die Ausbildung muss attraktiver
779 werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in Teilzeit zu
780 absolvieren. Auch im Gesundheitswesen kommt es immer wieder zu diskriminierenden Vorfällen
781 und sexualisierten Übergriffen. Deswegen wollen wir Anlaufstellen für betroffene
782 Patient*innen und Personal ausbauen und medizinische Einrichtungen dabei unterstützen,
783 verbindliche Strategien gegen strukturelle Diskriminierungen, Sexismus und für eine
784 diversitätssensible Gesundheitsversorgung zu entwickeln.

785 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
786 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status
787 quo zu halten und eine Verlagerung auf die Betriebskosten zu vermeiden, sondern auch, um
788 Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen.
789 Finanziellen Druck zur Ausgründung von Tochterfirmen ohne Tarifbindung gilt es zu vermeiden.
790 Bei der Krankenhausplanung legen wir einen Fokus auf Versorgungsqualität und aufeinander
791 abgestimmte Strukturen, auch sektorenübergreifend. Nicht zuletzt in der Notfallversorgung
792 fördern wir eine enge Zusammenarbeit von Rettungsdienst, kassenärztlichem
793 Bereitschaftsdienst und Notaufnahmen der Krankenhäuser.

794 **Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen**

795 In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu
796 selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen
797 zusammengebracht und gleichzeitig die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen und ihre
798 spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez
799 macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit
800 den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein.
801 Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die

802 Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das
803 Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKo mehr integrierte,
804 lokale, interprofessionelle und mehrsprachige Gesundheitszentren schaffen.

805 **Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken – Prävention ein Leben lang**

806 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
807 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, die Bildungschancen und die soziale Lage eine
808 wesentliche Rolle. Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen
809 Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn
810 Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort,
811 wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und wo sie ihre Freizeit
812 verbringen. Daher ist Klimaschutz auch Gesundheitsschutz – denn Luftverschmutzung und Lärm
813 machen krank. Mit der Verkehrswende schützen wir die Gesundheit derer, die bisher an lauten
814 und stickigen Straßen leben müssen. Durch sichere Fuß- und Radwege lässt sich körperliche
815 Bewegung gut in den Alltag integrieren. Mehr Grünflächen im öffentlichen Raum erleichtern
816 sportliche Aktivitäten im Kiez. Der einfachere Zugang zu regionalen Bio-Lebensmitteln stellt
817 eine Grundlage für eine gesunde Ernährung und somit für den Klimaschutz dar. Wir wollen
818 daher künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf die
819 Gesundheit prüfen. Gesundheit ist eine wichtige Ressource, die gepflegt werden möchte. Aus
820 diesem Grund sehen wir die Förderung von Gesundheit und die Prävention von Erkrankungen in
821 Berlin als wichtige Bausteine einer nachhaltigen Gesundheitspolitik für alle Bürger*innen,
822 egal in welcher Lebensphase oder welchem Lebensalter. Die Möglichkeiten, die das
823 Präventionsgesetz bietet, sollen sich auch am Sozialraum unter Mitsprache der Expert*innen
824 vor Ort – im Kiez, in den Bezirken und dem Land – orientieren und dort wo notwendig durch
825 weitere Maßnahmen flankiert werden.

826 **HIV/Aids besiegen**

827 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-
828 Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der
829 Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel
830 für die kommenden Jahre lautet „95-95-95-0“:

831 Mindestens 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, mindestens 95
832 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und mindestens 95 Prozent der Behandelten „unter
833 der Nachweisgrenze“ sein und 0 Prozent sollen aufgrund ihrer Infektion Diskriminierung
834 erfahren. Um das zu erreichen, wollen wir die Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter
835 verstärken, die bestehenden Präventionsangebote und -kampagnen zielgruppenorientiert
836 ausbauen, allen Berliner*innen unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu Tests und Versorgung
837 ermöglichen und Aufklärungskampagnen durchführen.

838 **Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle**

839 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
840 Geburtshelfer*innen begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Menschen sowohl während
841 der Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
842 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
843 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen aber allen weiterhin eine selbstbestimmte und sichere
844 Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
845 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, es auch in ein Studium an der Charité und
846 der Evangelischen Hochschule zu überführen, Hebammen mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
847 unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Suche nach Hebammen zu erleichtern.
848 Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen
849 für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene

850 setzen wir uns dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge
851 übernommen werden und es dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern
852 gibt.

853 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
854 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie allen – egal, ob sie
855 alleinstehend oder verpartnert sind – von der Krankenkasse finanziert wird. Dies sollte um
856 entsprechende Beratungsangebote insbesondere für Regenbogenfamilien erweitert werden.

857 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Der
858 kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende,
859 soll daher durch das Land Berlin ausgebaut werden, beispielsweise in Form von freien
860 Ausgaben bei Beratungsstellen und Gesundheitsämtern. Beratung im Fall von
861 Schwangerschaftskonflikten muss niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich sein.
862 Informationen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, müssen vom Land Berlin auf
863 verschiedenen Plattformen leicht erreichbar und verständlich zur Verfügung gestellt werden.
864 Die medizinische Versorgung zum Abbruch von unerwünschten Schwangerschaften ist zukünftig
865 gefährdet. Sie muss zumindest von den landeseigenen Kliniken personell und strukturell
866 gewährleistet werden. Das sogenannte Werbeverbot im Paragraphen 219 a StGB haben wir auf
867 Bundesebene bereits abgeschafft. Nun kämpfen wir auf Bundesebene weiter für die
868 Legalisierung von und Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des
869 Paragraphen 218 StGB, damit Ärzt*innen ohne Restriktionen über die verschiedenen Methoden
870 des Abbruchs informieren können und diese Teil der medizinischen Ausbildung und
871 Kassenleistung werden. Wir wollen, dass in Berlin mehr Forschung zu
872 Schwangerschaftsabbrüchen stattfindet. Bereits in der Schule müssen Jugendliche über diese
873 Thematik aufgeklärt werden.

874 **Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss**

875 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
876 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
877 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
878 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem
879 Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und
880 Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen
881 von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage, entsprechend dem mutmaßlichen Willen der
882 Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und
883 Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am
884 Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit.
885 Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine
886 Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung
887 im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund
888 reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die
889 medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den
890 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus-
891 und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und
892 lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

893 Mit seinem Grundsatz-Urteil vom 26. Februar 2020 hat das Bundesverfassungsgericht
894 klargestellt, dass auch beim Suizid in jeder Lebenslage eines Menschen die Selbstbestimmung
895 umfassend gilt. Der damalige Paragraph 217 StGB, der die Beihilfe kriminalisierte, wurde
896 deshalb für nichtig erklärt. Nun gilt: Menschen, die eine Entscheidung über das eigene
897 Lebensende treffen möchten, haben also einen Anspruch auf qualifizierte Aufklärung und
898 Beratung, auch zu lebensorientierten Alternativen zum Suizid. Wir wollen in Berlin ein

899 entsprechendes Modellprojekt mit ergebnisoffenen und einfühlsamen Gesprächsangeboten auf den
900 Weg bringen.

901 **Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote**

902 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich auch das psychische Wohlbefinden. Durch
903 unsere Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen
904 positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber
905 hinaus wollen wir – unter anderem im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote
906 schaffen und ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen
907 besser zu bewältigen.

908 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
909 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte
910 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
911 Abbau von Zwang. Auch hochstrukturierte Bereiche der psychiatrischen Versorgung wie zum
912 Beispiel das Krankenhaus des Maßregelvollzugs wollen wir als integralen und wichtigen
913 Bestandteil des psychiatrischen Versorgungsnetzwerks weiterentwickeln. In der Versorgung
914 gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan ist,
915 innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen zu fördern. In den
916 Sozialpsychiatrischen und Kinder- und Jugendpsychiatrischen Diensten wollen wir mehr
917 aufsuchende Beratungs-, Begleitungs- und Vernetzungsangebote für schwer psychisch
918 beeinträchtigte Menschen mit und ohne Obdach anbieten. Dafür braucht es auch mehr personelle
919 Ressourcen. Wir haben darüber hinaus das Angebot an psychosozialer Unterstützung für
920 Geflüchtete bedarfsgerecht und mehrsprachig ausgebaut sowohl in den Geflüchteten-
921 Unterkünften als auch bei den aufsuchenden psychosozialen Fachkräften als Teil der Angebote
922 des Psychiatrieentwicklungsprogramms. Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich
923 weiterentwickeln und einen datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

924 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur
925 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
926 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen. Unter diesem
927 Dach werden Prävention, Intervention und Nachsorge bei sexualisierter Gewalt regelhafter
928 Bestandteil der psychosozialen Gesundheitsversorgung und eine konsequente Anschlussfähigkeit
929 an bereits bestehende Netzwerke in Berlin ist sichergestellt.

930 **3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege stark**

931 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
932 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
933 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen
934 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
935 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
936 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
937 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns
938 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,
939 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

940 **Im Kiez verortet**

941 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
942 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
943 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
944 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
945 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,

946 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
947 Community hinaus zusammenbringen.

948 **Einsamkeit vorbeugen**

949 Immer mehr ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Dies trifft sehr häufig Pflegebedürftige
950 und Kranke, aber auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben von Ausgrenzung und
951 Diskriminierung betroffen waren. Menschen mit mobilitätsbedingten Einschränkungen und
952 ausgeprägten Sinnesbehinderungen können oft ohne Unterstützung nicht mehr die eigene Wohnung
953 verlassen. Sehr oft fehlen ihnen anregende zwischenmenschliche Kontakte. Die
954 Kontaktlosigkeit geht mit dem Verlust mentaler Fähigkeiten, eingeschränkten
955 Sprachkompetenzen und schlechterer körperlicher Gesundheit einher. Präventiv können hier
956 Angebote sozialer Aktivitäten wirken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie
957 dem „Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter“ und freiwilligen Besuchsdiensten wollen wir der
958 Einsamkeit im Alter entgegenwirken. Hierfür haben wir auch präventive Hausbesuche
959 eingeführt. Auch die Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien trägt dazu bei, den Kontakt
960 zu anderen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen
961 Angebote kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen und es
962 muss die Zuversicht vermittelt werden, auftretende Probleme nach und nach eigenständig lösen
963 zu können. Wir brauchen eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch
964 Altersgruppen jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose
965 WLAN-Anschlüsse in Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und Freizeiteinrichtungen für
966 ältere Menschen. Dort sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung
967 stehen.

968 **Vielfalt der Pflege- und Wohnformen**

969 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter, diversitäts- und
970 diskriminierungssensibler Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und
971 Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir
972 fördern kleine, an Quartiere angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten
973 quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer
974 Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das
975 Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Wir streben weiter das Ziel an, dass die Heimaufsicht
976 personell angemessen und qualifiziert besetzt ist. Wir wollen die Bewohnerbeiräte von
977 Pflegeheimen und Pflege-Wohngemeinschaften stärken und ihnen kostenlose Fortbildungen
978 anbieten. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und
979 Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum. Wir werden die vorhandenen
980 Beschwerdestrukturen optimieren und die Einrichtung einer Beschwerdestelle im Bereich Pflege
981 prüfen.

982 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
983 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
984 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
985 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
986 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
987 Pflegeeinrichtungen.

988 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
989 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
990 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
991 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
992 Die Bezirke erhalten den Auftrag, gemeinsam mit den Netzwerken vor Ort regelmäßig eine
993 kontinuierliche Planung zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten und der lokalen
994 Pflegeinfrastruktur vorzulegen. Die abgestimmte Bedarfsplanung ist Grundlage für die

995 Landesförderung zur Weiterentwicklung der Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Altern. Für
996 uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Lebensentwürfe und -realitäten der Berliner*innen
997 abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade
998 in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es, Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei
999 Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in
1000 Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der
1001 interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen
1002 – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen
1003 in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische
1004 Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.

1005 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen**

1006 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. In der Haus- und Familienpflege sowie
1007 bei Berufen der Altenpflege sind das zu über 80 Prozent Frauen. Pflegekräfte sind
1008 systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in
1009 den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege
1010 wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der
1011 Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf
1012 gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die
1013 im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika,
1014 Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen
1015 muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege- und Therapieberufe voranbringen und
1016 mehr Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Eine Pflegekammer, wenn sie
1017 mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir.

1018 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
1019 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
1020 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte. Eine Pflegekammer kann dafür
1021 einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden unterstützt wird.
1022 Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Auch
1023 die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz
1024 wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin schon in Berlin besser, generalistisch und
1025 über einen längeren Zeitraum ausbilden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz ist bereits
1026 gestartet. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob
1027 innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der
1028 ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende
1029 Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte
1030 arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer
1031 besseren Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie
1032 zurückgewinnen. Die bereits erfolgte Umsetzung der Tarifbindung ist hierfür ein wichtiger
1033 Schritt.

1034 **Pflegende Angehörige besserstellen**

1035 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
1036 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
1037 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So haben wir ihr
1038 Recht auf Mitsprache ausgebaut. Diesen Weg werden wir weiter gehen und sie besser
1039 informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung zur Entlastung von
1040 pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen soll ausgebaut und verstetigt werden.
1041 Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige müssen dabei in Zukunft noch mehr
1042 bedacht werden. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung wird durch einen Beirat bestehend
1043 aus Selbstvertretungsgruppen Pflegenden Angehöriger und den Kontaktstellen

1044 „PflegeEngagement“ beraten. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine
1045 Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine
1046 Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

1047 **2.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

1048 Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigung werden von der Gesellschaft
1049 eingeschränkt, weil sie nicht als Norm gelten. Diesen Einschränkungen wollen wir
1050 entgegenwirken und die Berliner Stadtgesellschaft inklusiver gestalten. Wir wollen eine
1051 Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive
1052 Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen.
1053 In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50, das
1054 ist fast jede zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für
1055 noch viel mehr Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen,
1056 auf barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es
1057 zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

1058 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
1059 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
1060 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
1061 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
1062 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den
1063 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
1064 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
1065 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
1066 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
1067 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen. Die Einführung des
1068 barrierefreien Rufbusses Muva ist hier ein wichtiger Schritt.

1069 **„Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung**

1070 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
1071 vorantreiben. Wir wollen in den „Häusern der Teilhabe“ multiprofessionelle Teams
1072 zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für
1073 einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen
1074 Land und Bezirken entwickeln und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also
1075 ein neues Label und die Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht
1076 zulassen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch
1077 das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
1078 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
1079 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-
1080 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
1081 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

1082 **Für Inklusion in allen Lebensbereichen**

1083 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
1084 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die sogenannten Werkstätten so weiterentwickeln,
1085 dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten
1086 Arbeitsmarkt dienen. Perspektivisch sollen Werkstätten überflüssig werden. Unternehmen mit
1087 mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf 5 Prozent der
1088 Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen aber zu
1089 viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern, werden
1090 wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker fördern und

1091 Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an diese, mindestens aber an „Inklusionsbetriebe“
1092 vergeben.

1093 Wir streben eine Erhöhung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs für Menschen
1094 mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen an. Wir unterstützen und fördern solche
1095 Projekte, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine
1096 Zukunftsperspektive zu finden.

1097 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
1098 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
1099 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxis im
1100 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
1101 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen machen wir Inklusion
1102 immer mehr zu einer Bedingung.

1103 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
1104 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
1105 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
1106 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
1107 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
1108 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

1109 Unser Ziel ist inklusive Bildung in einer inklusiven Gesellschaft – in Schule, Berufsschule
1110 und Hochschule. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert
1111 dieses Ziel. Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder
1112 gemeinsam an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an
1113 den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin. Des
1114 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Konzept der Schulgesundheitspflege umgesetzt
1115 wird, um so die Gesundheit der Kinder zu verbessern.

1116 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
1117 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir
1118 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen. In der
1119 queeren Community sind wir mit einem Fördertopf für Barrierefreiheit vorangegangen. Diesen
1120 werden wir fortsetzen, um auch für LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen die Teilhabe an queerer
1121 Infrastruktur zu sichern. In Zusammenarbeit mit der Clubkommission wollen wir zudem gezielt
1122 eine barrierefreie Clubkultur in Berlin fördern.

1123 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
1124 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
1125 wichtigen Schritt getan. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und
1126 Bezirksämter. Bei der Neukonzeption von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit
1127 schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

1128 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
1129 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

1130 **2.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, Unterstützung und Selbstbestimmtheit**

1131 Drogen sind Teil der Gesellschaft und der Substanzgebrauch ist weit verbreitet. Die Debatte
1132 zum Umgang damit wird jedoch irrational geführt und ist von Verbotsdogmen und Tabus geprägt.
1133 Wir Bündnisgrüne stehen für eine Neuausrichtung: Wir wollen einen vernünftigen,
1134 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
1135 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz überhaupt erst möglich macht, Abhängigen
1136 unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

1137 **Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden**

1138 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. 127.000 Menschen sterben jährlich an den
1139 Folgen des Rauchens. Diesen Tatsachen müssen wir besonders Rechnung tragen, indem wir uns
1140 das Ziel setzen, den Konsum von Tabak und verwandten Produkten zu reduzieren, und wollen
1141 deshalb das Senatsprogramm „Berlin qualmfrei“ weiterentwickeln. Am gefährlichsten für
1142 Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig.
1143 Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen
1144 Drogen auf der anderen Seite nicht sinnvoll, wurde fachlich willkürlich getroffen und beruht
1145 bis heute auf zum Teil rassistischen Motiven. Wir Bündnisgrüne stehen für eine
1146 Drogenpolitik, die auf Fakten statt auf ideologischen Debatten basiert. Sie ist vom Leitbild
1147 geprägt, gesundheitliche Schäden zu mindern und die Konsument*innen zu befähigen, aufgeklärt
1148 und selbstbestimmt zu konsumieren, ohne dabei Dritte zu gefährden. Statt willkürlicher
1149 Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungs- und Suchtpotential ein
1150 wichtiger Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied
1151 macht, wie Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und
1152 in kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen
1153 orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

1154 **In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene**

1155 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
1156 Werbeverbot für Tabak und Alkohol immerhin auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem
1157 Pilotprojekt zum Drug-Checking in Clubs haben wir einen Weg eingeschlagen, der Menschen vor
1158 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume wurden in den Bezirken geplant
1159 und geschaffen. Dort sind neben risikoarmem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
1160 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
1161 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
1162 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind grundlegende Reformen auf Bundesebene.
1163 Gemeinsam mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem
1164 „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur regulierten Abgabe entwickelt, den wir
1165 auch weiter vorantreiben werden, sowie die Forschung auf dem Gebiet der psychoaktiven
1166 Substanzen.

1167 **Aufklärung und Prävention ausbauen**

1168 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten Drogenpolitik
1169 festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und
1170 Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der Verbraucherschutz
1171 haben dabei für uns höchste Priorität. Für Jugendliche und junge Erwachsene fördern wir
1172 präventive Angebote durch verbindliche Kooperationsstrukturen von Schule, Jugend- und
1173 Suchthilfe. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern
1174 werden auch Programme der Prävention vor nicht substanzgebundenen Süchten, beispielsweise
1175 von Glücksspiel- oder Computerspielen, weiter ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol
1176 wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten. Den
1177 Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
1178 schützen wir damit und halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
1179 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucher*innen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
1180 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1181 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
1182 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
1183 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
1184 Spritzenentsorgung, mit häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
1185 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf

1186 Spielplätzen nichts verloren. Bei der Lösung dieser Probleme beziehen wir die Betroffenen im
1187 Sinne partizipativer Handlungsansätze aktiv mit ein.

1188 **Beratung und Selbsthilfe stärken**

1189 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Neben
1190 dem Ausbau von Drogenhilfeprogrammen wollen wir auch die bestehenden Strukturen verstetigen
1191 und die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen und Ebenen vernetzen. So schützen wir
1192 Konsument*innen am besten. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzentauschprogramme in
1193 allen Bezirken Berlins. Die Öffnungszeiten von bestehenden Drogenkonsumräumen sollen
1194 ausgeweitet werden und Schutzräume für Frauen, inter, nichtbinäre und trans Personen
1195 geschaffen werden. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen
1196 erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die
1197 Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so
1198 dass es sich zur anerkannten Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert
1199 mit Angeboten zur Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem riskanten Drogenkonsum. Für eine
1200 bessere Erreichbarkeit wollen wir mehr mobile Drug-Checking-Teams auf den Weg bringen. Die
1201 Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei
1202 für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution
1203 und die Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und
1204 medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung sichergestellt sind.

1205 **Illegalen Markt austrocknen**

1206 Um den illegalen Markt auszutrocknen, arbeiten wir in einem nächsten Schritt weiter daran,
1207 Cannabis zu legalisieren. Bis auf der Bundesebene die Reformen zu einer progressiven
1208 Drogenpolitik umgesetzt sind, tun wir auf Landesebene alles, damit Konsumierende nicht
1209 kriminalisiert werden. Die nicht verfolgbare geringe Menge von Cannabis zum Eigenbedarf
1210 wollen wir anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen entsprechende
1211 geringe Mengen festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit entlasten wir Polizei und
1212 Justiz massiv. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir soweit möglich für die Bekämpfung der
1213 organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel
1214 begünstigt wird. Auch den Parks, die durch Dealertätigkeiten geprägt sind, wollen wir wieder
1215 zu mehr Ruhe und Sauberkeit verhelfen und auch die Lebensqualität der Anwohner*innen
1216 verbessern.

1217 **Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik**

1218 Weltweit sorgen der Anbau und Handel von Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Anhand
1219 kaum eines anderen Politikfelds sind die weltweiten Auswirkungen und Zusammenhänge mit
1220 unseren politischen Entscheidungen so sichtbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu
1221 beenden, arbeiten wir daran, dem internationalen Drogenhandel seine finanziellen Wurzeln zu
1222 entziehen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und
1223 Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen und diese Konflikte nicht auf
1224 dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1225 **2.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt des Sportes**

1226 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft, tragen maßgeblich zum
1227 körperlichen und psychischen Wohlbefinden bei. Sport ist integraler Bestandteil des sozialen
1228 und kulturellen Lebens und ebenso vielfältig. Wir wollen allen Berliner*innen ermöglichen
1229 sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder
1230 nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere
1231 Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in allen
1232 Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof,
1233 Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem Supermarkt-Dach. Dafür denken wir

1234 Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg.
1235 Berlin profitiert von Sportgroßveranstaltungen, wenn sie ökologisch, ökonomisch und sozial
1236 nachhaltig sind und Bürger*innenbeteiligung und Transparenz über Kosten von der Bewerbung
1237 bis zur Durchführung und Nachnutzung sichergestellt werden.

1238 **Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine**

1239 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen ehrenamtlich aktiv. Sie übernehmen vielfältige
1240 gesellschaftliche Aufgaben und sind unverzichtbar. Sie unterstützen das soziale und
1241 sportliche Miteinander im Breiten-, Freizeit- und Leistungssport als Trainer*innen,
1242 Schiedsrichter*innen oder im Vorstand. Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz,
1243 sondern auch bei der Bezahlung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir
1244 die Finanzierung der Trainer*innen und Übungsleiter*innen verbessert. Uns ist wichtig, ihre
1245 Leistung anzuerkennen und dafür Sorge zu tragen, dass kostenlose Fortbildungs- und
1246 Seminarangebote, auch im Bereich des Kinderschutzes, zur Verfügung stehen. Dies ist ein
1247 wichtiger Bestandteil, um zu gewährleisten, dass Sportvereine sichere Orte für Kinder und
1248 Jugendliche, frei von jeglichen Formen physischer, psychischer sowie sexualisierter Gewalt,
1249 sind. Deshalb halten wir den Erwerb des Kinderschutzsiegels für Vereine für notwendig.

1250 **Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen**

1251 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
1252 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1253 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
1254 wir das Sportfördergesetz und die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften so anpassen, dass die
1255 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Auch der
1256 neu gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-
1257 Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow sowie der Sport- und Bewegungspark Tegel sollen Vorzeige-
1258 Projekte für das Nebeneinander von institutionalisiertem und frei organisiertem Sport
1259 werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie
1260 an einem historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine
1261 inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

1262 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
1263 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
1264 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
1265 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
1266 kommenden Jahren weiterführen. Unabhängig davon, ob es als Medienphänomen oder als Sportart
1267 gesehen wird: E-Sport wird zum Bestandteil des Alltags vieler Berliner*innen. Wir wollen
1268 seine Entwicklung mit Gamer*innen, Eltern und Pädagog*innen gemeinsam gestalten und einen
1269 souveränen Umgang unterstützen. Dabei fördern wir insbesondere ehrenamtliches Engagement,
1270 Diversität und Geschlechtergerechtigkeit im E-Sport und setzen uns für einen nachhaltigen E-
1271 Sport-Standort ein.

1272 **Sportanlagen inklusiv und ökologisch**

1273 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
1274 schlechtem Zustand. Mit dem Sportstättenanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten
1275 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
1276 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen
1277 ökologischen Standards mit transparenter Bürger*innenbeteiligung erfolgen müssen. Die
1278 Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben
1279 wir in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1280 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
1281 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die

1282 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
1283 Vielen, die allen Menschen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft, ein selbstbestimmtes
1284 Leben ermöglicht. Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal
1285 welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht,
1286 welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle
1287 Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller
1288 Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände
1289 widerspiegeln.

1290 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
1291 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
1292 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
1293 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
1294 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1295 **Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die** 1296 **Gesundheit**

1297 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
1298 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Wir wollen deshalb den
1299 Schulschwimmunterricht qualifizieren, indem wir die erfolgreichen „Schulschwimmzentren“ auf
1300 ganz Berlin ausweiten. Zudem wollen wir die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe
1301 verlängern, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich
1302 die Nutzung der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob
1303 Kooperationsverträge mit anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios,
1304 abgeschlossen werden können, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1305 Wir bauen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen um, das
1306 sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur soll transparent
1307 sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir stellen viel
1308 Geld für die Sanierung der Bäder bereit, aber wie bei den Sportstätten ist auch bei den
1309 Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in Schuss sind. Bei Um- und Neubauten
1310 achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch sind.

1311 **Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1312 **1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware**

1313 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
1314 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent
1315 Gemeinwohl“ sollen mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte
1316 Hände kommen. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen wir die notwendige
1317 finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit gemeinwohlorientierten
1318 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
1319 Kooperationsvereinbarung abschließen. Dabei gilt es auch, nötige Flächen in Erdgeschoss
1320 und gewerblichen Gebäuden zu sichern für Gemeinbedarfsflächen, Nachbarschaftstreffe,
1321 Stadtteil- und Familienzentren, Kleingewerbe und Kultur.

1322 **2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden**

1323 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
1324 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
1325 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
1326 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
1327 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
1328 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e

1329 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
1330 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
1331 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

1332 **3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause**

1333 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
1334 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
1335 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
1336 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
1337 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
1338 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
1339 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
1340 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
1341 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden, in
1342 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.

1343 **4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern**

1344 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
1345 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
1346 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
1347 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
1348 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,
1349 dass auch eine Vollzeittätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
1350 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Auch
1351 in vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Auch hier wollen wir
1352 faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu zählt
1353 eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen bei den Ärzt*innen im
1354 Praktikum bis hin zu den Pflegekräften.

1355 **5. Bezirkliche Gesundheitsämter aufwerten – bessere Personalausstattung**

1356 Den Pakt zur Stärkung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) nutzen wir und setzen uns
1357 für mehr Personal und bessere Ausstattung ein. Dies flankieren wir mit einer
1358 Qualifizierungsoffensive und der Etablierung systematischer und berufsbegleitender
1359 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Mit bezahlter Freistellung und Kostenübernahmen
1360 wollen wir die Public-Health-Expertise im ÖGD weiter ausbauen. Dazu gehören die
1361 Weiterbildung zu Fachärzt*innen für den ÖGD genauso wie Abschlüsse in Public Health,
1362 Epidemiologie oder Health Professions Education. Dazu streben wir Kooperationen mit den
1363 Berliner Hochschulen an.

Beschluss

Kapitel 3: Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Wir stellen die Zukunft der Berliner*innen in den Mittelpunkt. Für uns beginnt das bei den
 2 Kleinsten in der Kita, gilt für Schulkinder und Jugendliche in Ausbildung bis hin zu
 3 Studierenden, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Wirtschaft. Wir sind der festen
 4 Überzeugung: Berlin muss Stadt des Wissens, der Innovation, der Nachhaltigkeit und der
 5 Zukunft werden. Deswegen haben wir uns 2016 mit großen Schritten in Richtung Zukunft
 6 aufgemacht und investiert: in Bildung und Wissenschaft, in Innovation, in Klimaschutz und in
 7 mehr Solidarität.

8 **Mit Innovation und Nachhaltigkeit aus der Krise**

9 Die Corona-Pandemie ist für viele ein herber Schlag, auch für die Berliner Wirtschaft. Von
 10 heute auf morgen brachen allen voran der Tourismuswirtschaft, den Restaurants, der Kultur-
 11 und Veranstaltungsbranche die Besucher*innen und Gäste und damit die Einnahmen weg. Uns war
 12 es wichtig, den Tausenden Menschen, Soloselbstständigen und kleinen und mittleren
 13 Unternehmen schnell und unbürokratisch Unterstützung zukommen zu lassen. Auf dem Weg aus der
 14 Krise zahlt sich nun aus, dass wir schon vor Corona in die Zukunftsbranchen
 15 Digitalwirtschaft, Gesundheit und neue Mobilität investiert haben – genau das werden wir
 16 fortsetzen. Berlin ist Start-up-Hauptstadt mit einer starken Digitalwirtschaft, wir machen
 17 Berlin zum Zentrum der Innovation und Nachhaltigkeit für ganz Deutschland. Unsere
 18 Landesunternehmen sollen Vorreiter und Leuchttürme des nachhaltigen Wirtschaftens werden –
 19 mit verbindlichen jährlichen Zielmarken.

20 **Neue Chancen und Perspektiven in guter Arbeit**

21 Eine gute Zukunft gibt es nur, wenn es für alle gut wird. Darum orientieren wir uns an
 22 Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Gut ist, was gute Arbeit schafft. Während der gesetzliche
 23 Mindestlohn unter 10 Euro liegt, haben wir den Berliner Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
 24 angehoben, bei Ausschreibungen gilt Tariftreue. Wir finden, von Arbeit muss man leben
 25 können. Outsourcing haben wir zurückgedrängt und auch für Kreative Honoraruntergrenzen
 26 eingezogen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen. Menschen, die lange arbeitslos waren, wollen
 27 wir eine neue Perspektive geben und dazu unser „Berliner Perspektiven Programm für
 28 Langzeitarbeitslose“ auf den Weg bringen: neue Möglichkeiten, öffentlich gefördert und
 29 verbunden mit Ausbildung und Qualifizierung.

30 **Zukunft schaffen beginnt bei den Kleinsten**

31 Die gute Entwicklung von Kindern hat bei uns höchste Priorität. Vor allem heißt das: mehr
 32 Kitaplätze, mehr gutes Personal und mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung. Fachkräfte
 33 sollen sich individueller um die Entwicklung jedes einzelnen Kindes kümmern können. Das ist
 34 unser Ziel und dazu werden wir den Beruf Erzieher*in attraktiver machen und Schule als Team
 35 aus Lehrkräften, Erzieher*innen, IT-Support, Management sowie Verwaltung und vielem mehr
 36 aufstellen. Den Schulalltag wollen wir stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren.
 37 Wir wollen eine Kultur des Lernens, die sich nicht an Defiziten orientiert, sondern
 38 Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt. Damit Schule funktionieren kann, muss das Umfeld
 39 stimmen – genug Platz in den Gebäuden und Räumen, ausreichend Personal, saubere Schulen und

40 gutes Bioessen aus der Kantine. Und wir wollen, dass Kinder mit ganz unterschiedlichen
41 Hintergründen so lange wie möglich zusammen in einer Schule lernen. Nur so schaffen wir ein
42 durchlässiges Schulsystem, das allen Kindern, unabhängig vom Elternhaus, immer wieder neue
43 Chancen bietet.

44 **Lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen**

45 Das Lernen hört nicht nach der Schule auf, sondern setzt sich lebenslang fort. Dafür leisten
46 unter anderem die Volkshochschulen in Berlin einen unverzichtbaren Beitrag. Sie stehen dabei
47 laufend vor der Herausforderung, die soziale Teilhabe zu gewährleisten, niedrigschwellige
48 Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen und dem Wandel durch die Digitalisierung gerecht
49 zu werden. Wir haben diesen Weg zuletzt auch finanziell gefördert und arbeiten weiter dafür,
50 die Volkshochschulen als zentralen Pfeiler in der Erwachsenenbildung weiter zu stärken.

51 **Wissen schafft Zukunft**

52 „Listen to the Science“ – hört auf die Wissenschaft – ist einer der wichtigsten Sätze der
53 Klimabewegung geworden. Für uns ist er ein Grundsatz unserer aufgeklärten Demokratie und
54 Gesellschaft und unserer Politik. Wir wollen in Zeiten von „Fake News“ den Dialog zwischen
55 Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ausbauen und stehen fest an der Seite unabhängiger
56 Wissenschaftler*innen. Dafür braucht es an Berlins Hochschulen eine gute Finanzierung und
57 gute Arbeitsbedingungen. Diesen Anspruch haben wir schon 2016 in die Arbeit der Koalition
58 aufgenommen und von 2018 bis 2022 die Landesmittel jährlich um 3,5 Prozent erhöht. Unser
59 Ziel ist, dass mit zusätzlichem Geld vordringlich befristete und prekäre Beschäftigungen in
60 gute Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Indem wir die demokratische Selbstverwaltung in
61 den Hochschulen stärken, den Zugang zu unseren Hochschulen weiter öffnen, flexibles
62 Studieren ermöglichen und Nachhaltigkeit noch stärker in unserer Wissenschaftslandschaft
63 verankern, schaffen wir Wissen für die Zukunft. Dass davon auch die Berliner Wirtschaft
64 profitiert, zeigen die elf Zukunftsorte Berlins – vom Wissenschafts- und Technologiepark
65 Adlershof über die geplante neue Urban Tech Republic am TXL bis zum CleanTech Business Park
66 in Marzahn – hier vereinen wir Wirtschaft und Wissenschaft bereits erfolgreich.

67 **Glasfaser und WLAN für die ganze Stadt**

68 Die Digitalwirtschaft ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin.
69 Gleichzeitig nutzen Schulen Internetanschlüsse, die wir von zuhause kennen. Wir wissen um
70 diese Lücke und erarbeiten eine Digitalisierungsstrategie. Dafür braucht es zentrale
71 Zuständigkeiten, Glasfaser für alle in Berlin.

72 Wir sehen diese Entwicklung als große Chance für mehr Klimaschutz und Teilhabe. Darum wollen
73 wir bis 2025 WLAN für alle in der ganzen Stadt ermöglichen – in Berlins Rathäusern und
74 Schulen, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen, in Bibliotheken und Museen, auf öffentlichen
75 Plätzen und in Parks. Bei der Umsetzung wollen wir noch stärker Initiativen wie Freifunk
76 einbinden. Ein Rechtsanspruch auf einen schnellen Internetanschluss bis 2025 soll zudem
77 gesellschaftliche Teilhabe sichern.

78 Wir haben ein Berlin vor Augen, das mutig den Weg in die Zukunft weitergeht – eine Zukunft,
79 in der die Welt auf die Hauptstadt der Innovationen schaut und in der Menschen in jeder
80 Phase ihres Lebens wissen: Die nächste Chance wartet bereits auf mich.

81 **3.1 Wirtschaften für die Zukunft**

82 Berlin steht wie keine zweite Stadt in Deutschland für Innovation und Freiheit. Die Berliner
83 Wirtschaft ist im Um- und Aufbruch und bereit für die Zukunft. Der Erfindergeist ist zurück
84 in der Stadt: Als unumstrittene Start-up-Hauptstadt erlebt Berlin eine neue Gründerzeit. An
85 der Spree werden die Trends der Digitalisierung ersonnen und von uns gefördert. Auf dieser

86 Grundlage ist eine starke Digitalwirtschaft in der Stadt gewachsen, nahezu alle DAX- und
87 zahlreiche internationale Konzerne haben ihre Digitaltöchter in Berlin angesiedelt.

88 Bis zum Frühjahr 2020 stand Berlin an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in
89 Deutschland. Nirgends stiegen Löhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen so
90 stark wie hier in Berlin. In den letzten Jahren sind rund 150.000 neue
91 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Gute Arbeit mit guten Löhnen – und
92 besonders erfreulich: all dies mit sinkenden CO₂-Emissionen.

93 Die Corona-Pandemie ist ein Einschnitt für die Berliner Wirtschaft. Selbstständige,
94 Gastronomie, Tourismuswirtschaft, Veranstaltungsbranche und viele Künstler*innen haben
95 erlebt, wie Einnahmen von einem auf den anderen Tag wegbrachen. Es war richtig und uns sehr
96 wichtig, in dieser Situation für Tausende Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu
97 leisten. Nach dieser ersten Hilfe arbeiten wir nun daran, neue Impulse für die Konjunktur zu
98 setzen und Unternehmen krisenfest zu machen.

99 Und es gibt allen Grund anzunehmen, dass die Stadt nach der Pandemie an die Erfolge der
100 letzten fünf Jahr anknüpfen kann, wenn wir die richtigen Schlüsse ziehen: Krisenresilienz
101 stärken, Digitalisierung voranbringen und die Dekarbonisierung der Industrie zur Bekämpfung
102 der Klimakrise vorantreiben. Die Berliner Wirtschaft wird für den Rest des Landes und der
103 Welt Lösungen genau dafür anbieten können. Denn wir haben mit unserer Clusterstrategie und
104 dem Fokus auf Mobilität, Energietechnik, Gesundheits- und Digitalwirtschaft in den letzten
105 Jahren die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der Digitalagentur haben wir eine Akteurin
106 geschaffen, die nun tatkräftig die Unternehmen beim digitalisierten Neustart unterstützt.
107 Die bundesweit einmalige Berliner Mischung aus engagierter Zivilgesellschaft, Wissenschaft,
108 Forschung und Wirtschaft – nicht nur in den elf Zukunftsorten, sondern an vielen Stellen in
109 der Stadt – macht Berlin innovationsstark. Nirgends in Deutschland ist die Dichte von
110 Forschungs- und Entwicklungshubs höher als hier. All dies ist essentiell, um die Krise zu
111 überwinden und Lösungen für eine Zeit nach Corona zu bieten. Den Neustart nach der Pandemie
112 wollen wir dafür nutzen, bei Messen und Großveranstaltungen ebenfalls auf Nachhaltigkeit und
113 Innovation zu setzen. Das Land Berlin muss seinen Einfluss bei der Messe Berlin nutzen, um
114 deren Kongresse und Veranstaltungen, wie beispielsweise die ILA oder die ITB, anhand klarer
115 Kriterien auf Nachhaltigkeit und die Achtung der Menschenrechte auszurichten. Hier darf der
116 Profit nicht an erster Stelle stehen.

117 Wir bringen neue Industrie, Digitalisierung, Dekarbonisierung und emissionsfreie Produktion
118 zusammen. Lärm und Gestank sind längst nicht mehr notwendig für die Industrie von heute.
119 Wohnen, forschen, arbeiten und leben an einem Ort: Das ist für uns die Berliner Mischung.
120 Wir vernetzen Industrie, Forschung und Digitalwirtschaft in konkreten Verbundprojekten. Wir
121 verbinden Stadtentwicklung und industrielle Leuchtturmprojekte, um Berlin zur
122 Referenzplattform für Zukunftstechnologien auszubauen. Die Entscheidung von Siemens, hohe
123 dreistellige Millionenbeträge in die Siemensstadt zu investieren, ist Ausweis dafür. Die
124 Siemensstadt 2.0. zeigt, wie das Schlagwort der „urbanen Industrie“ mit Leben gefüllt werden
125 kann. Und mit der Urban Tech Republic und dem Schumacher Quartier am ehemaligen Flughafen
126 Tegel entsteht in den nächsten Jahren ein weiterer Zukunftsort im Norden unserer Stadt, der
127 Technologie, Forschung, Gewerbe, Industrie, Wohnen und Naherholung verbindet.

128 **Berlin für Fachkräfte attraktiv halten**

129 Standortentscheidungen werden längst auch nach der Verfügbarkeit von Fachkräften getroffen.
130 Und Fachkräfte kommen in Regionen und Städte, die aus beruflicher wie privater Perspektive
131 gleichermaßen attraktiv sind. Bezahlbare Mieten, eine hohe Lebensqualität, gute Bildung und
132 erleichterter Familiennachzug sind dafür die Voraussetzungen. Diese vermeintlichen
133 Wohlfühlthemen sind mittlerweile harte Standortfaktoren für unsere Stadt zur Bindung von
134 Fachkräften.

135 Berlin ist und bleibt eine internationale Stadt. Erst der internationale Zuzug von Talenten
136 macht Berlin wirtschaftlich erfolgreich. Mit dem Business Immigration Center unterstützen
137 wir Unternehmen aktiv, Arbeitskräfte zu gewinnen. Aber auch Nichtfachkräfte bereichern
138 unsere Stadt – Menschen bringen mehr mit als ihre reine Arbeitskraft. Deshalb setzen wir
139 uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein, das neue Zugangswege für Bildungs- und
140 Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich schafft. Zugleich gilt es die
141 Anstrengungen zur Aus- und Weiterbildung zu verstärken und die Durchlässigkeit zwischen
142 akademischer und beruflicher Bildung sowie die Gleichwertigkeit der Bildungswege zu fördern.
143 Wir wollen in den Ausbau der Verbundausbildung investieren und die Kooperation zwischen
144 Hochschulen und Weiterbildungszentren intensivieren.

145 Zentrale Voraussetzung für einen international attraktiven Standort für Studierende und
146 Akademiker*innen sind diskriminierungssensible Hochschulen. Deswegen setzen wir uns dafür
147 ein, dass im Hochschulgesetz unabhängige Beauftragte für Diversität verankert werden. Die
148 Hochschulen Berlins sollen sich dabei in der Besetzung der Stellen abstimmen, um in den
149 Beauftragten möglichst vielfältige Diskriminierungsmerkmale persönlich vertreten und so
150 Betroffene besser ansprechen zu können.

151 **Verfügbare Gewerbeflächen und bezahlbare Gewerbemieten**

152 Eine der größten Hürden für Berlins kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sind die
153 rasant steigenden Gewerbemieten und die zunehmende Flächenkonkurrenz. Um dieser Entwicklung
154 Einhalt zu gebieten, haben wir den Ausverkauf von Berliner Flächen grundsätzlich beendet und
155 Gewerbeimmobilien sukzessive angekauft und weiterentwickelt. Diesen Weg des Flächenankaufs
156 wollen wir ausbauen und dafür eintreten, dass Gewerbeflächen nicht in Wohnflächen
157 umgewandelt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine Gewerbemietpreisbremse ein und
158 werden prüfen, inwieweit auch bei Gewerbemieten von Landesebene aus diese Mieten gedeckelt
159 werden können. Um die lokale Tischlerin oder den lokalen Schuster zu unterstützen, werden
160 landeseigene Gewerbehöfe entwickelt. Der neue Weg ist eingeschlagen, wir werden ihn
161 weitergehen und Druck machen.

162 **Die Berliner Wirtschaft wird zum Leuchtturm der Nachhaltigkeit**

163 Für uns Grüne sind gute Arbeit, gesellschaftlicher Mehrwert, Innovation und der Schutz der
164 natürlichen Lebensgrundlagen zentrale Leitplanken unserer Wirtschaftspolitik. Wir haben die
165 Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahren auch sozialer und ökologischer gemacht und die
166 Förderinstrumente der Wirtschaftspolitik auf Klimaschutz ausgerichtet. Gleichzeitig ist der
167 Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren stetig gesunken.
168 Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele Start-ups, die für Klimaschutz und die
169 Energiewende Lösungen entwickeln. Auch Berlins Industrie ist im Umbruch, auf dem Weg hin in
170 ein kohle- und ölfreies Zeitalter. Das unterstützen wir: Eine grüne Industrie ist in Berlin
171 herzlich willkommen. Die Perspektive von Beschäftigten, Betriebsrät*innen und Gewerkschaften
172 einzubeziehen und ihre Rolle zu stärken, ist für uns ein zentrales Element beim Aufbau einer
173 gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung.

174 Mit dem Ziel „Berlin als Leuchtturm der Nachhaltigkeit“ wollen wir noch mehr Anreize setzen.
175 Mit einem umfassenden Beratungsangebot für Investor*innen wollen wir sicherstellen, dass
176 mehr Geld in Nachhaltigkeit angelegt und investiert wird. Gemeinsam mit Expert*innen aus
177 öko-sozialen Unternehmen, Fachexpertise und privaten Investor*innen wollen wir Kriterien
178 entwickeln, die sozial nachhaltige Investments erleichtern.

179 Wachstum ist für uns kein Selbstzweck. Weil wir der Überzeugung sind, dass es sich innerhalb
180 der planetaren Grenzen bewegen muss, setzen wir auf alternative Wirtschaftsmodelle, die
181 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen. Dabei orientieren wir uns wie

182 beispielsweise Amsterdam an der Idee einer Donut-Ökonomie, die Ökologie und Soziales
183 vereint.

184 Wir haben zudem sichergestellt, dass soziale und gemeinwohlorientierte Unternehmen sowie die
185 solidarische Ökonomie Zugang zu den Förderprogrammen des Landes haben. Demokratisierte
186 Betriebe, in denen gleichberechtigt Arbeit und Lohn verteilt werden, wollen wir zukünftig
187 stärken und Fördermaßnahmen prüfen. Wir unterstützen sie mit festen Partner*innen in der
188 Wirtschaftsverwaltung und erarbeiten aktuell in Zusammenarbeit Strategien für ihre optimale
189 Förderung – von einem sozialen Innovationszentrum über Beratung bis hin zum Austausch. Damit
190 haben wir begonnen, diesen Wirtschaftszweig endlich aus der Nische zu holen! Diese Arbeit
191 wollen wir fortsetzen. Wir verstetigen die neu eingerichtete Informations-, Beratungs- und
192 Vernetzungsstelle, einschließlich einer speziellen Gründungsberatung, und verbessern den
193 Zugang zu öffentlichen Aufträgen (Vergabe). Damit setzen wir ein Zeichen für nachhaltiges
194 und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften.

195 **Klimaneutrale Landesunternehmen im Dienst der Berliner*innen**

196 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
197 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder beim öffentlichen Nahverkehr. Wir
198 wollen bezahlbare, stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die
199 Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für
200 gute Arbeit und Equal Pay in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des
201 ressourcenschonenden und klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Dabei ist für uns
202 auch die Investitionsbank Berlin (IBB) eine wichtige Akteurin. Um das 1,5-Grad-Limit
203 einzuhalten, müssen unsere landeseigenen Unternehmen so schnell wie möglich klimaneutral
204 werden und einen Fahrplan dafür bis 2022 vorlegen. Wichtig sind uns verbindliche Ziele zu
205 Kreislaufwirtschaft und ökologischen Baustoffen, zur nachhaltigen IT und zur Umsetzung von
206 Klimaneutralität.

207 Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der landeseigenen Unternehmen wollen wir
208 weiterentwickeln und lassen uns dabei vom UN Global Compact und von der Gemeinwohl-Bilanz
209 inspirieren. Auch die Finanzanlagen des Landes und der landeseigenen Unternehmen sollen noch
210 stärker an Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

211 **Chancen stärken – Vielfalt als Kompetenz und Standortvorteil**

212 Nicht alle Berliner*innen haben die gleichen Chancen – das gilt leider auch in der
213 Wirtschaft. Weil Berlin nur dann wirtschaftlich stark ist, wenn alle hier ihre Ideen, ihren
214 unternehmerischen Mut und ihre Fähigkeiten einbringen können, haben wir Austausch und
215 Seminare für Gründer*innen of Color an der IBB eingeführt und verleihen seit 2019 den Preis
216 „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen“. Diese Unterstützung und
217 Sichtbarmachung wollen wir fortsetzen und mit anonymisierten Bewerbungen auf Förderprogramme
218 verstärken sowie Netzwerke zur Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte verstetigen
219 und weiterhin unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Ausschreibungspraxis sowohl im
220 öffentlichen Dienst als auch in der privaten Wirtschaft dahingehend verändern, dass sie den
221 Erfahrungen, die Menschen in einer Migrationsgesellschaft machen, entsprechen und zum
222 Beispiel Qualifikationen wie Mehrsprachigkeit die Vielfalt der Berliner Stadtgesellschaft
223 widerspiegeln.

224 Mit der Gründung der Unternehmerinnen-Akademie fördern wir Weiterbildung und Vernetzung von
225 Frauen. Gremien und Auswahlkommissionen für Gründungsförderungen wollen wir divers besetzen.
226 Stolz sind wir auf den bundesweit höchsten Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und
227 Vorständen in landeseigenen Unternehmen: satte 51,5 Prozent. Damit dies so bleibt, wollen
228 wir die Weiterbildung von Frauen mit dem konkreten Ziel, eine Aufsichtsratsposition
229 einzunehmen, zur Hälfte bezuschussen. Landeseigene Betriebe sollen künftig eine noch größere

230 Vorbildfunktion für eine Unternehmenskultur einnehmen, die unserer diversen
231 Stadtgesellschaft entspricht. Gemeinsam mit ihnen werden wir daher verbindliche Standards
232 bezüglich einer diversitätsorientierten Organisations- und Personalentwicklung und eines
233 diskriminierungskritischen Beschwerdemanagements für Mitarbeiter*innen und Kund*innen
234 festlegen. In der Privatwirtschaft sowie im öffentlichen Dienst sind Frauen in
235 Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert. Dabei ist längst nachgewiesen, dass
236 Betriebe, in denen Frauen an der Unternehmensführung beteiligt sind, nachhaltiger und
237 innovativer sind. Wir stehen weiterhin zur Frauenquote und setzen uns auf Bundesebene dafür
238 ein, dass der Anteil von Frauen in Führungsfunktionen und Aufsichtsräten auf mindestens 50
239 Prozent gesteigert wird. Außerdem wollen wir Frauen die Gründung von Unternehmen erleichtern
240 und Gründerinneninitiativen stärken. Deshalb setzen wir uns für Stipendien und Fonds für
241 weibliche Gründerinnen ein. An Hochschulen und Forschungseinrichtungen wollen wir
242 Mentorinnen-Programme fördern und in den Gründungszentren die Gender- und Diversitykompetenz
243 ausbauen.

244 **3.2 Gute Arbeit für ein gutes Leben – wir ebnen neue Wege**

245 Arbeit ist mehr als Broterwerb. Tätig zu sein bedeutet Sinn im Leben, Menschen wollen sich
246 einbringen. Das gilt im Job, für zivilgesellschaftliche Arbeit, für Erziehungs- und
247 Familienarbeit oder Arbeit in der Nachbarschaft, um den Kiez zu verschönern. Wir wollen all
248 das gleichermaßen ermöglichen. Voraussetzung ist, dass Jobs Zukunftsperspektiven bieten und
249 gute Arbeitsbedingungen Sicherheit geben und Freiräume schaffen. Wenn Menschen unter
250 prekären Verhältnissen arbeiten, wenn das Einkommen nicht für die Miete reicht, ist
251 gesellschaftliche Teilhabe in weiter Ferne. Berlin war in den letzten Jahrzehnten immer auch
252 Hauptstadt der prekären Beschäftigung. In den vergangenen Jahren sind wir die Missstände
253 angegangen. Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ist zentrales Anliegen unserer Politik. Wir
254 kämpfen für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und unterstützen tarifliche
255 Verbesserungen bei sogenannten typischen Frauenberufen. Es braucht mehr Anstrengungen, um
256 die strukturelle Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Wir wollen
257 die Frauenerwerbsquote erhöhen, indem wir unter anderem die Kinderbetreuung ausbauen und
258 Arbeitgeber*innen anhalten, Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern.
259 Wir werden eine frauenpolitische Strategie für den Berliner Arbeitsmarkt erarbeiten, die
260 insbesondere die Situation von Alleinerziehenden berücksichtigt.

261 **Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag**

262 Gute Bezahlung ist die Basis. Mit dem Landesmindestlohn und dem Vergabemindestlohn haben wir
263 große Schritte nach vorne gemacht. In Berlin sind 13,00 Euro in Landesunternehmen und bei
264 öffentlichen Ausschreibungen die verlässliche Untergrenze – und mehr noch, Voraussetzung für
265 einen Auftrag ist nun Tariftreue. Wir arbeiten konsequent gegen Outsourcing und werden die
266 Landesmittel für die Hochschulen mit dem Thema „gute Arbeit in der Wissenschaft“ verknüpfen
267 und die Mittel dafür weiter anheben. In Musik- und Volkshochschulen haben wir die Honorare
268 spürbar erhöht. Zudem haben wir in Musikschulen einen Teil der Honorarlehrkräfte fest
269 angestellt. An den Volkshochschulen haben wir uns für eine bessere soziale Absicherung der
270 freiberuflichen Dozent*innen eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun.
271 Tarifsteigerungen in Kultureinrichtungen haben wir als strukturellen Mehrbedarf anerkannt
272 und finanziell ausgeglichen. Bei Mindesthonoraren im Kulturbereich ist Berlin bundesweit
273 Vorreiterin. Bei der Polizei und der Feuerwehr haben wir neue Stellen geschaffen und viele
274 Kolleg*innen in der Besoldung hochgestuft. Und mit dem Ende der Legislaturperiode werden
275 Beamt*innen endlich den Durchschnitt der Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Als es
276 darum ging, die Erzieher*innen besser zu bezahlen, haben wir Bündnisgrüne dafür gesorgt,
277 dass die Erhöhung über den gemeinsamen Tarifvertrag der Bundesländer erfolgte statt über
278 eine monatliche Zulage. Die Erhöhung der Stufen im Tarifvertrag ist doppelt sozial, denn
279 anders als die Zulage sind sie auch rentenwirksam und beugen somit Altersarmut vor.

280 Dabei nutzen wir alle Einflussmöglichkeiten und prüfen jeweils das beste Mittel – wir wollen
281 weitere Festanstellungen, höhere Mindesthonorare in der Kultur, eine strenge Durchsetzung
282 von Landesmindestlohn und Tariftreue in der Vergabe. Darüber hinaus wollen wir Tarifbindung
283 und Tariftreue auch bei Zuwendungs- und entgeltfinanzierten Leistungen, beispielsweise in
284 der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe, befördern.

285 **Neue Wege in Arbeit ebnen**

286 Menschen neue Wege in die Arbeit und die Zukunft ebnen ist zentraler Anspruch grüner
287 Arbeitsmarktpolitik. Besonders schwierig ist die Lage für Menschen, die nicht jeden Job
288 bedingungslos annehmen können, wie Alleinerziehende, strukturell durch Alter oder Rassismus
289 Benachteiligte oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Auf diese wollen wir uns
290 besonders fokussieren.

291 Das Teilhabechancengesetz der Bundesregierung bietet Menschen, die lange keiner
292 Erwerbsarbeit nachgegangen sind, die Möglichkeit zum Wiedereinstieg – im öffentlich
293 geförderten Arbeitsmarkt, aber auch in Unternehmen, die zu ihrer sozialen Verantwortung
294 stehen. Wir wollen die neuen Bundesmittel nutzen und sie mit einem „Berliner Chancen-
295 Programm“ ergänzen. Derzeit werden 1.000 Stellen über ein Landesförderprogramm unterstützt,
296 leider nur im Rahmen zusätzlicher Tätigkeiten und ohne sinnvolle Verknüpfung zum
297 Teilhabechancengesetz und zu EU-Mitteln. Wir wollen das Engagement auf Landesebene
298 ausweiten, dabei aber die Mittel aus Europa, Bund und Land sinnvoll verschränken, statt
299 Doppelstrukturen aufzubauen. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
300 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
301 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

302 **Blick in die Zukunft: ein Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen**

303 Langfristig müssen wir der gerade in Berlin gut spürbaren Diversifikation der Arbeitswelt
304 Rechnung tragen und nach neuen Wegen suchen, die Menschen in den unterschiedlichsten
305 Lebenssituation bei Bedarf sicheren Halt und Unterstützung geben können. Aus den Erfahrungen
306 mit den Corona-Soforthilfen, dem Teilhabechancengesetz sowie dem Modellversuch eines
307 „solidarischen“ Grundeinkommens wollen wir deswegen in Zusammenarbeit mit Berliner
308 Forschungseinrichtungen ein Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Berlin
309 entwickeln. Die derzeitige Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen ist häufig geprägt
310 von persönlichen Meinungen oder Vermutungen und beruht selten auf fundiertem Wissen, da es
311 bisher keine verallgemeinerbaren wissenschaftlichen Untersuchungen in Deutschland dazu
312 gegeben hat. Studien in anderen Ländern wie Finnland liefern zwar erste Erkenntnisse, sind
313 allerdings häufig veraltet oder nur auf bestimmte Zielgruppen fokussiert. Das Pilotprojekt
314 soll das ändern, indem die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens unter anderem auf
315 Chancen bei der Arbeitssuche, auf unternehmerische Aktivitäten, auf zivilgesellschaftliches
316 Engagement, auf körperliche und seelische Gesundheit, auf Integration sowie auf
317 gesellschaftliche Teilhabe erforscht werden.

318 **Alleinerziehende in der Arbeitswelt stärken**

319 Alleinerziehend zu sein, birgt noch immer ein Armutsrisiko. Darum wollen wir in allen
320 Jobcentern ein spezifisches Angebot machen, das individuelle Beratung, Ausbildung in
321 Teilzeit und ein Gutscheinsystem zur selbstbestimmten Vermittlung und eigenständigen
322 Weiterbildung umfasst. Ziel ist, daraus ein berlinweites Programm zu entwickeln,
323 vergleichbar mit dem Projekt „VIA – Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden in
324 Arbeit“, das in Bremen erfolgreich ist. Die Einzelheiten des Programms wollen wir gemeinsam
325 entwickeln – mit Interessensvertretungen der Alleinerziehenden, Arbeitgeber*innen und
326 Gewerkschaften, den Jobcentern und Jobpoints sowie den Qualifizierungs- und

327 Beschäftigungsträgern unserer Stadt. Bei Erfolg könnten künftig weitere spezifische Angebote
328 für andere strukturell benachteiligte Gruppen folgen.

329 **Ausbeutung bekämpfen**

330 Ausbeutung ist Teil der Berliner Arbeitswelt – ein Zustand, den wir nicht akzeptieren.
331 Häufig sind Migrant*innen, aus Osteuropa oder auch von außerhalb der EU, Opfer dieser
332 Machenschaften. Sie schufteten auf Baustellen, in Hotels oder werden sexuell ausgebeutet,
333 häufig ohne Mindestlohn, ohne Urlaub, ohne Krankenversicherung oder Anspruch auf
334 Krankengeld. Diesem Treiben wollen wir Einhalt gebieten. Dazu wollen wir bestehende Angebote
335 zur Vermittlung sozialversicherungspflichtiger Arbeit in den Jobcentern und den Jobpoints
336 auch für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit öffnen, um so zu vermeiden, dass sie in
337 ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen landen. Denn entscheidend ist, ihnen frühzeitig ein
338 sozialversicherungspflichtiges Jobangebot zu machen und sie über ihre Rechte als
339 Arbeitnehmer*innen aufzuklären, um Ausbeutung einzudämmen. Viele zivilgesellschaftliche
340 Organisationen leisten hier wertvolle Arbeit. Häufig sind es migrantische und
341 gewerkschaftliche Selbst-Organisationen, die Unterstützung geben und Missstände aufdecken.
342 Wir wollen diese Arbeit verstärken, indem wir Beratungsstellen dauerhaft sicher finanzieren
343 und vernetzen, auch mit der Berliner Justiz. Es geht um Perspektiven für die Ausgebeuteten
344 und Sanktionen gegen die, die von Ausbeutung profitieren.

345 **3.3 Kinder, Jugend und Familie: Verantwortung und Mitsprache von klein auf**

346 Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Da sind allein- oder getrennt
347 Erziehende, Großfamilien, Ehepaare mit ihren Kindern, Patchwork-Familien in all ihrer
348 Vielfalt, Großeltern, die Verantwortung für Enkelkinder übernehmen oder selbst von ihren
349 Kindern gepflegt werden, Regenbogenfamilien, Verantwortungsgemeinschaften oder geflüchtete
350 Familien, die sich ein neues Leben aufbauen. Wer Gemeinschaft sichern und Kinder für die
351 Zukunft stark machen möchte, muss all diese Familien stark machen.

352 **Kinderrechte stärken: Wahlalter senken**

353 Kinder, ihre Entwicklung und Zukunft stehen für uns im Mittelpunkt. Kinder haben eigene,
354 gesetzlich verbriefte Rechte – doch viel zu häufig werden sie noch nicht ernst genommen.
355 Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Bezirken Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung
356 erproben – zum Beispiel um bei größeren Bauprojekten oder Klimaschutz- und
357 Anpassungsmaßnahmen Kinder- und Jugendbeteiligung gezielt einzubeziehen. Bei Projekten für
358 Kinder und Jugendliche, wie beispielsweise Projekten der kulturellen oder politischen
359 Bildung, müssen sie auch in Jurys und anderen altersgerechten Auswahl-Formaten
360 mitentscheiden können, was gefördert wird. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin dafür
361 ein, dass Kinderrechte im Grundgesetz festgeschrieben werden.

362 Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen
363 nicht ausgeschlossen werden. Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, dass in einer
364 Demokratie alle das Recht auf Mitbestimmung haben. Deshalb muss in einem ersten Schritt das
365 Wahlrecht berlinweit auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 14 Jahre abgesenkt werden.
366 Darüber hinaus wollen wir mit der Berliner Stadtgesellschaft diskutieren und prüfen, in
367 welcher Form das Recht auf Mitbestimmung auch für Menschen unter 14 Jahren im Rahmen des
368 Wahlrechts und durch ergänzende Maßnahmen gewährleistet werden kann. Genauso wichtig ist,
369 dass junge Menschen von klein auf lernen, dass ihre Stimme zählt. Im ganzen Bildungszyklus
370 vom Kindergarten bis zur Ausbildung und zum Studium muss dafür politische Bildung
371 altersgerecht Bestandteil sein. Dazu müssen auch Parlament, Verwaltung und Medien mehr
372 Inhalte kinder- und jugendgerecht darstellen.

373 **Jugend in Berlin – starke Perspektiven und Selbstverwaltung**

374 Jugendliche und junge Erwachsene sollen sich frei und selbstbestimmt entwickeln können. Wir
375 verbessern die Voraussetzungen dafür. Verantwortungsvolle, selbstbewusste und mündige
376 Jugendliche sollen über alle Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden und sichere
377 Räume haben, die sie selbst gestalten. Wir wollen in der Stadtentwicklung, mit
378 Streetworker*innen in der offenen Jugendarbeit und mit selbstverwalteten
379 Jugendfreizeiteinrichtungen und -clubs die Möglichkeiten für Jugendliche dauerhaft
380 verbessern, sich selbst zu verwirklichen. Mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz haben
381 wir in dieser Legislatur eine hervorragende Grundlage dafür gelegt, insbesondere für eine
382 Finanzierung, die sich an der Zahl der Jugendlichen in unserer Stadt orientiert und zugleich
383 Qualität verbindlich ausbaut und sichert. Wir wollen die Angebote in den Sozialräumen
384 ausweiten und unterstützen die Arbeit der Jugendbildungsstätten, Jugendverbände und der
385 Jugendkulturzentren. Und wir sichern die Vielfalt des internationalen Jugendaustauschs.
386 Außerdem wollen wir die Jugendstädtepartnerschaften über Paris und Moskau hinaus ausweiten
387 und uns zudem stärker mit Ländern vernetzen, zu denen viele junge Berliner*innen eine
388 familiäre Beziehung haben. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige
389 Ökologische Jahr (FÖJ) bieten jungen Menschen nach ihrer Schulzeit eine gute Gelegenheit,
390 eigenständig ins Leben zu starten und dabei Erfahrungen im Austausch mit anderen
391 Jugendlichen, auch aus aller Welt, zu sammeln. Die Möglichkeit, ein FSJ oder FÖJ zu machen,
392 hängt jedoch noch viel zu sehr davon ab, ob junge Menschen sich dies leisten können. Wir
393 wollen Angebote dieser Art für alle jungen Berliner*innen so gestalten, dass sich jede*r
394 unabhängig vom Einkommen oder Elternhaus zu einem freiwilligen Dienst entscheiden kann. Auch
395 deshalb haben wir das Taschengeld für FSJler*innen von 300 auf 420 Euro erhöht.

396 **Jugendarbeit ist mehr als Prävention**

397 Sie eröffnet allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Raum zur Erfahrung von
398 Selbstwirksamkeit. Wir setzen auf die unmittelbare Ansprache von Jugendlichen.
399 Streetworker*innen leisten herausragende Arbeit, die wir auch in der aufsuchenden Arbeit
400 unterstützen. Jugendsozialarbeit trägt dazu bei, bestehende Benachteiligungen
401 diversitätssensibel auszugleichen. Jugendmigrationsarbeit sowie geschlechterspezifische und
402 diskriminierungskritische Angebote fördern wir als wichtigen und notwendigen Teil in allen
403 Bereichen, insbesondere in der Schulsozialarbeit und im Jugendwohnen. Der
404 Abenteuerspielplatz, der Bauwagen, der Stadtteilbauernhof, der Jugendclub – die
405 Jugendfreizeiteinrichtungen in Berlin sind viele Jahre lang weggespart worden oder
406 verschwinden nach Auslaufen von Projektfinanzierungen wieder. Steigende Mieten und
407 Verdrängung setzen insbesondere den freien Jugendclubs weiter zu. Wir steuern hier um und
408 stärken den Anspruch Jugendlicher auf sichere kulturelle Orte der Begegnung und auch der
409 politischen Bildung und Demokratieerfahrung. Wir wollen Jugendclubs sichern und neu bauen.
410 Neben einem Sanierungsprogramm für Jugendfreizeiteinrichtungen, auch um diese barrierearm zu
411 gestalten, wollen wir daher die Flächensicherung im Zusammenspiel mit den Bildungs- und
412 Sozialeinrichtungen vorantreiben.

413 **Gleichberechtigung heißt neue Chancen für alle Geschlechter und Familienformen**

414 In vielen Familien übernehmen Frauen nach wie vor den größeren Anteil an Sorgearbeit,
415 stecken dafür bei der Karriere zurück, geraten in Abhängigkeit und Altersarmut. Für mehr
416 Gleichberechtigung und neue Freiräume für alle müssen auf Bundesebene strukturelle
417 Änderungen angestoßen werden: Das Ehegattensplitting muss abgeschafft, ein
418 Entgeltgleichheitsgesetz eingeführt und „typisch weibliche“ Berufe müssen finanziell
419 aufgewertet werden.

420 Gleichberechtigung ist auch bei Regenbogenfamilien noch lange nicht erreicht. Als Hauptstadt
421 der Regenbogenfamilien werden wir die Bundesregierung hier treiben und in die Pflicht
422 nehmen, die Vielfalt der Familien rechtlich gleichzustellen und zu unterstützen. Die

423 diskriminierende Stiefkindadoption für lesbische Paare muss endlich abgeschafft werden sowie
424 ein rechtliches Institut der elterlichen Mitverantwortung für bis zu zwei weitere Personen
425 neben den leiblichen Eltern geschaffen werden. In Berlin werden wir Beratungsangebote weiter
426 stärken und das Personal in Gerichten und Jugendämtern schulen, um Diskriminierung
427 abzubauen. Dies gilt insbesondere für Regenbogen-Pflegefamilien, die einen wichtigen Beitrag
428 zur Unterstützung von Kindern in Notlagen leisten.

429 Wenn man junge Eltern fragt, was sie am meisten brauchen, ist die Antwort häufig: Zeit.
430 Bereits mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 haben wir einen Schwerpunkt mit dem Ausbau der
431 Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto gesetzt. Das spart gerade Familien Zeit und
432 Nerven. Mit unserem Familienförderungsgesetz werden wir in jedem Bezirk ein Familienservicebüro
433 einrichten. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht geordnet ist,
434 sollen hier alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können. Nicht
435 Eltern sollen für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder
436 Unterlagen einreichen müssen. Ein*e Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen
437 Unterlagen bereitstellen und verarbeiten können. Auch unterschiedliche Leistungen aus
438 Jugendamt und Sozialamt sollen in den Familienbüros zusammenfließen.

439 **Die Berliner Verwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin**

440 Damit Beruf und Familie vereinbar sind, muss sich auch unsere Arbeitswelt ändern. Nicht
441 zuletzt die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt: Kinder zu erziehen geht nicht
442 nebenbei im Homeoffice. Flexibilität ist hilfreich, wir wollen Arbeitgeber*innen ermutigen,
443 flexible Modelle auch nach der Pandemie fortzusetzen, aber gleichzeitig Tariftreue stärken
444 und Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen ermutigen, gemeinsam Wege auszuhandeln, die
445 Flexibilität und Arbeitsschutz zusammen denken. Um zu zeigen, wie familienfreundliche
446 Arbeitgeber*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren landeseigenen
447 Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, begrenzte
448 Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit. Homeoffice-
449 Möglichkeiten für die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung wollen wir ausbauen und auch
450 in Führungspositionen Jobsharing ermöglichen.

451 **Zukunft entsteht in Musikschulen, Nachbarschaftsheimen oder Familienzentren**

452 Um alle Eltern von Anfang an gut zu unterstützen, müssen Beratungs- und Hilfsangebote
453 bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. Schon mit dem letzten
454 Doppelhaushalt haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen auf den
455 Weg gebracht. Aber auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-,
456 Jugend- und Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen. Es
457 gibt in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen und
458 Familien arbeiten: Gartenarbeits-, Musik- und Jugendkunstschulen, genau wie Familienzentren
459 oder Nachbarschaftsheime. Viele der Familienzentren in Berlin beraten bereits jetzt über die
460 „typischen“ Themen rund um Familie und Erziehung hinaus, da der Bedarf an Schuldnerberatung
461 oder Mietrechtsberatung stetig wächst. Wir wollen die Familienzentren finanziell in die Lage
462 versetzen, diese Beratungen weiter anzubieten und sich – ähnlich wie die Early Excellence
463 Centres in England – zu Orten zu entwickeln, an denen Familien eine ganzheitliche Beratung
464 erfahren. Die aufsuchende Familienarbeit wollen wir wieder ausbauen und mit ihr einen großen
465 Schritt in Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und
466 Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

467 **Gesundheit aller Kinder und Jugendlichen fördern**

468 Die körperliche, psychische und soziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen liegt uns
469 besonders am Herzen. Kinder mit Behinderung oder mit unheilbaren Krankheiten und ihre
470 Familien stehen vor mehr und größeren Herausforderungen als andere Familien ohnehin schon.

471 Pflegende Kinder und Jugendliche, die sich neben ihrer schulischen Ausbildung um Angehörige
472 kümmern und dabei sehr viel mehr Verantwortung als Gleichaltrige übernehmen, benötigen in
473 ihrer persönlichen Entwicklung Unterstützung durch die Gesellschaft. Wir werden sie daher in
474 ihrer Teilhabe am außerfamiliären Leben unterstützen, ihren Alltag entlasten und sie in
475 ihrer persönlichen Entwicklung stärken. Wir wollen deshalb den Öffentlichen
476 Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine stärkere Vernetzung der Hilfe für Menschen
477 mit besonderen Einschränkungen und des Gesundheitswesens für von Behinderung betroffene und
478 bedrohte Kinder, Jugendliche und pflegende Angehörige erreichen. Wir setzen uns für eine
479 altersgerechte Gesundheitsförderung, die Schaffung von Gesundheitskompetenzen und eine
480 sozialraumorientierte Gesundheitsversorgung für alle Kinder und Jugendlichen ein.

481 **Bessere Perspektiven und neue Chancen für Sozialarbeiter*innen**

482 Wer Familien gut unterstützen will, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Es ist
483 dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige
484 Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit besser zu entlohnen. Dass Sozialarbeiter*innen
485 wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen, ist
486 richtig. Die Tatsache, dass viele Einrichtungen nur projektfinanziert sind, stellt viele der
487 hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer im Dezember oder gar im Januar
488 noch nicht weiß, ob er weiterhin eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die Probleme der Kinder
489 konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und Familien langfristige Beziehungsarbeit ist, wollen
490 wir mehr Einrichtungen dauerhaft finanzieren. Das Beispiel der Finanzierung der
491 Stadtteilmütter ist dabei für uns Vorbild. Sämtliche Angebote der Familienarbeit und
492 Familienförderung, die nach § 16 des Achten Sozialgesetzbuches vorgesehen sind, müssen
493 rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert werden.
494 Das Angebot werden wir weiterentwickeln und mit qualitativen sowie quantitativen
495 Fachstandards verbindlich absichern. Das von uns eingebrachte Familienförderungsgesetz werden
496 wir dazu umsetzen.

497 **Schutz vor häuslicher Gewalt, Unterstützung von Kindern vor Gericht**

498 Frauen und Kinder müssen in ihrem Zuhause sicher sein. Prävention und Opferschutz stehen
499 dabei im Zentrum. Deshalb bauen wir die Versorgung mit Frauenhäusern immer weiter aus.
500 Krisendienste, Beratungsstellen, Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen werden wir durch Ausbau
501 von Online-Angeboten weiter stärken, die digitale Erreichbarkeit verbessern und mehr Plätze
502 in Frauenhäusern schaffen. Präventionsangebote für potentielle Täter*innen werden wir
503 ausbauen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die spezifischen Bedarfe von LSBTIQ*
504 legen, die Maßnahmen an ihren Bedarfen ausrichten und eigene Zufluchtsplätze insbesondere
505 für queere Jugendliche und für Lesben aufbauen.

506 Die Rechte von Kindern bei strafrechtlichen Vernehmungen und familiengerichtlichen
507 Anhörungen müssen besser geschützt werden. Hierfür werden wir die beteiligten Fachkräfte
508 weiterbilden und Jugendämter personell so gut ausstatten, dass sie sich an den Verfahren
509 beteiligen können. Die Kinderschutzambulanz und die Gewaltschutzambulanz wollen wir
510 ausbauen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit haben wir durch einen Ausbau des Childhood-
511 Hauses an der Charité institutionalisieren und im Doppelhaushalt fest verankert.

512 **3.4 Beste frühkindliche Bildung – beste Startchancen für alle Kinder**

513 Kinder sind unsere Zukunft und die Entwicklung unserer Kinder hat für uns höchste Priorität.
514 Wir wollen Kindern alles dafür mitgeben, ihren Weg zu gehen, sich individuell und
515 spielerisch zu entwickeln. Die frühen Jahre sind eine entscheidende Phase für die
516 Entwicklung, und gute frühkindliche Bildung ist Voraussetzung für Chancengerechtigkeit.

517 **Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen bedeuten gute Kitas für unsere Kinder**

518 Das multiprofessionelle Personal in den Kitas leistet Großartiges, und das unter häufig
519 schwierigen Rahmenbedingungen. Wir wissen: Qualität beginnt mit Menschen, die für Kinder da
520 sind. Dabei kommt es in den Kitas immer wieder zu personellen Engpässen, auch durch
521 Krankheit, Urlaub und Fort- und Weiterbildung. Denn in die gesetzliche Personalausstattung
522 werden die Urlaubs- oder durchschnittlichen Krankheitstage nicht ausreichend eingerechnet.
523 Wir fordern deshalb eine größere Personalausstattung, damit sich die differenziertere Kind-
524 Fachkraft-Relation verbessert und sich die Zeit der pädagogischen Fachkräfte mit den Kindern
525 erhöht. Bei der Berechnung soll sich die Fachkraft-Kind-Relation an wissenschaftlichen
526 Erkenntnissen orientieren. Die strukturellen Hilfen, zum Beispiel durch einen verbesserten
527 Leitungsschlüssel, mehr Fachberatung sowie Verwaltungskräfte, wollen wir stützen und nach
528 Möglichkeit verbessern. Auch um alle offenen Stellen tatsächlich besetzen zu können,
529 brauchen wir mehr gut qualifiziertes Personal und um das zu gewinnen, muss der Beruf
530 attraktiver werden.

531 Deshalb ist gut, dass es in Tarifverhandlungen gelungen ist, die Bezahlung von
532 Erzieher*innen anzuheben. Wir werden uns darüber hinaus aber weiter für gute
533 Arbeitsbedingungen in den Kitas einsetzen, zum Beispiel indem wir auch die mittelbare
534 pädagogische Arbeit, wie etwa Dokumentation oder Elterngespräche, in der Berechnung des
535 Personalbedarfs erhöhen. Denn nur wenn Erzieher*innen und Kindheitspädagog*innen ausreichend
536 Zeit für ihre Arbeit haben, können sie diese wirklich gut und für Kinder und Eltern und
537 nicht zuletzt auch für sich selbst zufriedenstellend ausführen. Darüber hinaus wollen wir
538 den Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in weiter fördern – Quereinsteiger*innen leisten
539 schon jetzt in Kitas einen essentiellen Beitrag und bereichern mit ihren vielfältigen
540 Perspektiven den Kitaalltag. Doch wer als Quereinsteiger*in in die Kita kommt, braucht
541 selbst noch Anleitung und Unterstützung. Deshalb muss dem übrigen pädagogischen Personal in
542 den Kitas hierfür Zeit zur Verfügung gestellt werden: Die Ausbildung von
543 Quereinsteiger*innen muss sich in der Berechnung der Personalstunden entsprechend
544 niederschlagen. Auch wollen wir qualifizierte ausländische Abschlüsse leichter und schneller
545 anerkennen.

546 **Ausbildung und Fortbildung ein Leben lang**

547 Eine gute Ausbildung und die Möglichkeit, sich immer weiter fortzubilden, sind
548 Voraussetzungen für eine hohe Qualität in den Kitas. Wir haben in den vergangenen Jahren die
549 Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen für Sozialpädagogik mehr als verdoppelt und das
550 Schulgeld abgeschafft. Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen und die
551 vollschulische Ausbildung endlich so verbessern, dass die Studierenden an den Fachschulen
552 eine nicht rückzahlbare Ausbildungsförderung erhalten können. Um die Fachschulen weiter zu
553 verbessern, wollen wir mit ihnen Qualitätsstandards vereinbaren und dabei die Vernetzung von
554 Praxis und Theorie stärken. Um Perspektiven für ein ganzes Berufsleben zu schaffen, wollen
555 wir die Ausbildung als Einstieg in einen Prozess des lebenslangen Lernens gestalten: Wir
556 wollen Erzieher*innen deshalb dabei unterstützen, sowohl pädagogische Zusatzqualifikationen
557 zu erlangen als auch Weiterbildungen zu betriebswirtschaftlichen Themen oder zur
558 Mitarbeiterführung zu belegen, denn nur mit diesen Qualifikationen können wir auch den
559 steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Kitaleitungen decken.

560 **Mehr Qualität in Berlins Kitas**

561 Die Weiterentwicklung von Qualität in der frühkindlichen Bildung ist eine Daueraufgabe – es
562 geht um Vernetzung, darum, voneinander im Alltag zu lernen, um neue Konzepte, Monitoring und
563 mehr Elternzusammenarbeit sowie deren Empowerment. Dafür wollen wir zusätzliche Mittel für
564 das Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi) zur Verfügung stellen. Auch das
565 Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) wollen wir besser
566 ausstatten. Ziel ist dabei auch, pädagogische Konzepte weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim

567 Spracherwerb, bei der ökologischen Ausrichtung oder dem Einsatz von digitalen Medien in der
568 frühkindlichen Bildung.

569 **Mehr Räume, mehr Kitas und bessere Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten**

570 Das zweite Nadelöhr sind der Ausbau der Kindertagesbetreuung und dabei mangelnde
571 Räumlichkeiten. Die hohen Mieten und die stetige Verdrängung von Kitas und
572 Tagespflegeeinrichtungen sind ein zentrales Problem. Darum haben wir Grüne eine
573 Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg gebracht. Außerdem
574 wollen wir in Zukunft alle Träger vorrangig bei der Suche nach Flächen und Räumen
575 unterstützen, unter anderem mit der Ausweitung von Erbbaupachtverträgen und einem
576 Neubauinvestitionsprogramm. Beim Flächenmanagement in der Stadt werden wir auf
577 Multifunktionalität, Mischnutzungen und die Erschließung von Flächen setzen, die Bildung,
578 Jugend, Soziales und Kultur möglichst an einem Standort vereinen. In Zusammenarbeit mit IHK,
579 HWK und den landeseigenen Betrieben wollen wir auch die Einrichtung von Betriebs-Kitas
580 gezielt angehen.

581 Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, nutzt eine Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig.
582 Berlin hat mit dem MoKiS („Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen
583 Arbeitszeiten“) ein Angebot für genau diese Eltern – leider kennen es wenige und die Hürden
584 sind hoch. Wir wollen den MoKiS bekannter und leichter zugänglich machen und werden eine
585 Verzahnung dieses Angebots mit den Kitas und der Kindertagespflege entwickeln.

586 **Kindertagespflege – flexibel und gut bezahlt**

587 Der hohe Anteil von Kindertagespflege in Berlin zeigt, wie gut insbesondere für jüngste
588 Kinder die Betreuung und Bildung in kleinen Gruppen mit festen Bezugspersonen ist. Wir haben
589 eine bessere Bezahlung für die Kindertagespflege erreicht und werden weiter an der
590 Verbesserung der Rahmenbedingungen arbeiten.

591 Um für alle Kinder die Umsetzung ihres Rechts auf beste frühkindliche Bildung
592 sicherzustellen, wollen wir in der kommenden Legislatur allen Kindern über einem Jahr einen
593 Ganztagsplatz in der Kita ohne Bedarfsprüfung anbieten.

594 **Sprachförderung und Vielfalt in der Kita**

595 Kinder für die Gesellschaft stark machen beginnt mit Sprachförderung – sowohl in Deutsch als
596 auch in den jeweiligen Muttersprachen. Bewährte Modelle wie die „Sprachkitas“ und die vielen
597 bilingualen Kitas in Berlin wollen wir ausbauen und mit dem „Zentrum für Sprachbildung“
598 sowie Expert*innen für die Förderung der verschiedenen Herkunftssprachen systematisch die
599 Ausweitung der Sprachförderung und Mehrsprachigkeit in allen Kitas angehen. Stark in die
600 Gesellschaft starten heißt auch, dass Kinder ihre Rechte kennen. Die Verankerung der
601 Kinderrechte sowohl in der Verfassung Berlins als auch in der frühkindlichen Bildung ist uns
602 darum ein zentrales Anliegen. Das umfasst auch, auf den Abbau von Vorurteilen hinzuarbeiten
603 – denn auch Kinder haben Vorurteile; Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch bereits
604 Kinder im Kitaalter bringen gewisse eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein,
605 dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung verstärkt ihren Platz in den pädagogischen
606 Einrichtungen findet, Erzieher*innen entsprechend aus- und fortgebildet werden und sich die
607 Vielfalt der Gesellschaft auch im pädagogischen Personal der Kita widerspiegelt.

608 **Gutes Essen und Ernährungsbildung von Kindesbeinen an**

609 Viele Ernährungsgewohnheiten werden bereits im Kleinkindalter geprägt, umso wichtiger sind
610 gutes und nachhaltiges Essen in der Kita und eine Kleinkind-gerechte Ernährungsbildung, auf
611 die später in den Schulen aufgebaut werden kann.

612 **Schutz von Kindern vor Gewalt**

613 Der Schutz von Kindern hat für uns einen besonderen Stellenwert – die vielen Fälle von
614 psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt gegen Kinder zeigen den Handlungsbedarf.
615 Wir werden dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche
616 Kinderschutzkonzepte erstellen und umsetzen. Auch Vereine und freie Träger, die für ihre
617 Arbeit mit Kindern sowohl projektbezogen als auch institutionell Geld vom Land Berlin
618 bekommen, müssen Kinderschutzkonzepte vorlegen. Wichtig ist dabei, dass Akteur*innen eng
619 zusammenarbeiten, egal auf welcher gesetzlichen Grundlage ihre Finanzierung beruht. Um das
620 zu verbessern, wollen wir eine*n Landesbeauftragte*n für Fälle von psychischer, körperlicher
621 und sexualisierter Gewalt gegen Kinder einsetzen. Hier sollen die Fäden in den Bereichen
622 Prävention, Intervention und Aufarbeitung zusammenlaufen. Die Wahrung der Kinderrechte muss
623 bei dieser Arbeit selbstverständlich im Mittelpunkt stehen.

624 **Eine zentrale Plattform für die Kitaplatzsuche**

625 Wir wissen, wie schwierig es derzeit ist, einen Kitaplatz zu finden. Darum brauchen wir
626 erheblich mehr und ausreichend Plätze in Kitas und Tagespflegeeinrichtungen mit hoher
627 Betreuungsqualität. Ausreichend Kitaplätze zu schaffen und das Personal dafür auszubilden
628 muss deshalb eine hohe Priorität haben. Wir wollen darüber hinaus den Zugang zu einem
629 Kitaplatz erleichtern, indem wir den Kita-Navigator, der eine Übersicht über freie
630 Kitaplätze liefern soll, weiterentwickeln. Damit schaffen wir eine zentrale Plattform, auf
631 der das Angebot an und die Nachfrage nach Kitaplätzen übersichtlich, einfach und transparent
632 dargestellt werden. Wir wollen, dass alle Eltern hier – ähnlich wie bei der Vergabe von
633 Plätzen für Oberschulen – zentral ihre Wunschkita sowie weitere Wunschkitas eintragen können
634 und auch über dieses Portal mitgeteilt bekommen, in welcher Kita sie einen Platz bekommen.
635 Die Kitas haben weiterhin die Möglichkeit, Eltern und deren Kinder kennen zu lernen und
636 aufgrund ihrer eigenen Kriterien zu entscheiden, welche Kinder sie aufnehmen – sie würden
637 lediglich nicht mehr selbst die Eltern informieren. Damit würden auch Kitas viel Zeit
638 sparen, da im jetzigen System viele Eltern noch auf ihren Listen stehen, obwohl sie woanders
639 schon einen Platz haben, und auch für die Eltern würde das Eintragen auf unzähligen Listen
640 damit endlich der Vergangenheit angehören.

641 Wir machen uns stark für Kitas, in denen Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien
642 zusammenkommen und in denen eine lebendige, demokratische Kultur gelebt wird. All das
643 erreichen wir nur mit ausreichend und gut ausgebildetem und diversitätsgeschultem
644 pädagogischen Personal und guten Räumen. Es war ein richtiger Schritt, Kitas und
645 Kindertagespflege gebührenfrei zu machen. Bildung ist ein Grundrecht, hier darf es keine
646 Hürden geben. Wir haben gleichzeitig immer darauf gedrungen, mehr in Qualität zu investieren
647 – hier bleibt leider noch viel zu tun. Ausreichend Plätze und gute Qualität sind die
648 zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

649 Zur Unterstützung der Familien und der Träger werden wir eine Ombudsstelle einrichten, damit
650 Beschwerden und Störungen gut und sachgerecht bearbeitet werden können. Dort, wo es Verstöße
651 gegen die vertraglichen Verpflichtungen der Kitaträger gibt, werden wir die Kontrolle
652 deutlich verstärken.

653 **3.5 Schule fürs Leben – mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen**

654 Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Und für beste
655 Bildung braucht es ein Umdenken: Schule muss sich konsequent an den Bedürfnissen von Kindern
656 orientieren. Nicht erst seit Corona wissen wir, dass Kinder mehr benötigen als das
657 Vermitteln von Wissen. Sich selber und die eigenen Fähigkeiten gut zu entwickeln, soziales
658 Miteinander und Mitbestimmung zu erproben – all das soll Schule stärken. Wir wollen eine
659 neue Kultur des Lernens, in der nicht Defizite, sondern stärkenorientiertes Lernen und
660 kognitive sowie soziale Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Körperliche und psychische
661 Gesundheit sind zentrale Ressourcen für Leistungsfähigkeit, Lebensqualität und soziale

662 Teilhabe, die wir stärken wollen. Und wir wollen Klassen, die die Vielfalt unserer
663 Gesellschaft abbilden.

664 Dafür brauchen alle Berliner Schulen ausreichend und gut ausgebildetes Personal, eine
665 stärkende und Spaß machende Lernkultur und natürlich gute Bedingungen – das gilt für Gebäude
666 ebenso wie für gutes Essen am Mittag, eine Vernetzung in den Kiez und digitales Lernen.
667 Unsere Vorstellung von Schule lässt sich am besten umsetzen, wenn Kinder so lange wie
668 möglich zusammen lernen. Darum ist unser Ziel die „eine Schule für alle“ – langes
669 gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen, in denen schnell lernende,
670 leistungsstarke Schüler*innen genauso gefördert werden wie Schüler*innen mit besonderen
671 Förderbedarfen. Dazu brauchen vor allem Schulen mit großen Herausforderungen die Einbindung
672 in ein gut funktionierendes Netz der Jugend- und Familienhilfe.

673 **Für eine inklusive Gesellschaft braucht es eine inklusive und barrierefreie Schule**

674 Unser Ziel ist, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule zur
675 Selbstverständlichkeit werden. Um das Recht auf Teilhabe und diskriminierungsfreies Lernen
676 für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten und gleichzeitig den individuellen
677 Förderbedarfen einzelner Kinder, die intensivere Betreuung bis hin zu einer 1:1-Betreuung
678 notwendig machen, gerecht zu werden, wollen wir bei der Weiterentwicklung der Berliner
679 Schulen zu inklusiven Schulen an die Entwicklung der letzten Legislaturperiode anknüpfen.
680 Die Einrichtung weiterer Schwerpunktschulen soll in Abstimmung mit den Bezirken zügig
681 vorgenommen werden, damit ein möglichst wohnortnahes Angebot für alle Kinder geschaffen
682 wird. Die Schwerpunktschulen sollen eine attraktive Alternative zu den sonderpädagogischen
683 Förderzentren sein und keinesfalls die inklusive Arbeit der übrigen Regelschulen
684 beeinträchtigen. Unser Ziel ist, langfristig alle Regelschulen so aufzustellen, dass sie
685 alle Kinder inklusiv beschulen – sowohl durch bauliche Anpassung als auch durch personelle
686 Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir Schulbegleiter*innen finanziell weiter stärken, ihre
687 Ausbildung verbessern und sie in unbefristete Arbeitsverhältnisse an den Schulen bringen.
688 Ebenso sollen die Schulhelfer*innen zur Schulassistenten weiterqualifiziert werden. Außerdem
689 setzen wir uns für die verpflichtende Einrichtung eines Ruheraums ein.

690 **Mitsprache, Mitbestimmung und Mitverantwortung**

691 Kinderaugen leuchten, wenn sie voneinander, draußen im Kiez oder auch beim Experimentieren
692 lernen. Deshalb wollen wir spielerisches und selbstbestimmtes Lernen zum Regelfall in allen
693 Schulen machen. Nur so können wir der Vielfalt der Schüler*innen gerecht werden und sie auf
694 die Anforderungen der Zukunft vorbereiten. Kooperation, kritisches Denken, Kommunikation und
695 Kreativität müssen dabei die lange Tradition aus Leistungsdruck und starren Lehrinhalten
696 ablösen. Ziffernoten suggerieren eine Vergleichbarkeit der Kinder und sind häufig weder
697 motivierend, noch geben sie Auskunft über Lernerfolg oder Verbesserungsansätze.
698 Perspektivisch streben wir an, von Noten zu einem kompetenzbasierten Lernfeedback
699 überzugehen. Kinder und Jugendliche sollen beispielsweise durch eine stärkere Beteiligung in
700 der Schulkonferenz, Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeit in der Schülervertretung
701 (SV), einen flächendeckenden Klassenrat und Schülerparlamente mehr Raum für Mitbestimmung
702 erhalten. Wir wollen Formate entwickeln, damit dies bereits ab der ersten Klasse gelingen
703 kann. Projekte wie Schülerhaushalte und Lernen durch Engagement tragen ebenso zur
704 Demokratieförderung bei und sollen daher gefördert werden. Auch deshalb haben wir den
705 Schülerhaushalt enorm aufgestockt. Die Schulen sollen bei all diesen Maßnahmen angemessen
706 unterstützt und begleitet werden.

707 **Mehr Personal, mehr Professionen – das Team Schule neu und breiter aufstellen**

708 Berlins Schulen brauchen mehr gut ausgebildetes Personal: von Lehrkräften über
709 Erzieher*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung, Sekretariate,

710 Reinigungskräfte und Hausmeisterei bis zu Quereinsteiger*innen aus verschiedensten
711 Fachrichtungen. Schule als Team vielfältiger Professionen auf Augenhöhe aufzustellen,
712 entlastet Lehrkräfte und stärkt die Qualität des Lernens. Sonderpädagog*innen,
713 sozialpädagogische Fachkräfte, Schulbegleiter*innen und zukünftig auch Krankenpfleger*innen
714 leisten einen unerlässlichen Beitrag zum inklusiven Lernen. Diversität im Team Schule ist
715 für uns ein wichtiges Ziel. Die breite Lebenserfahrung und diverse kulturelle Hintergründe
716 von Quereinsteiger*innen sind hierbei ein Gewinn. Ihrer pädagogischen Qualifizierung und
717 Ausbildung für die Arbeit mit Schüler*innen muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
718 Sie unterscheidet sich von der Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen mit einem 1.
719 Staatsexamen oder vergleichbaren Abschlüssen. Um sie für unsere Schüler*innen nutzbar zu
720 machen, verbessern wir den Zugang von Menschen aus anderen Fachrichtungen oder mit
721 ausländischen Abschlüssen zum Schuldienst. Wir wollen die professionelle Vielfalt und das
722 Spektrum der Perspektiven aber nicht nur in die Schulen holen, sondern sie für die
723 Schüler*innen auch an außerschulischen Lernorten erlebbar machen. Daher sollen zum Beispiel
724 kulturelle Bildung, die Zusammenarbeit mit Künstler*innen und Besuche in Kulturorten fest im
725 Rahmenlehrplan verankert werden. Die Kernaufgabe von Lehrkräften ist guter Unterricht. Die
726 Arbeitszeiten von Lehrkräften sollten Platz für Elterngespräche, Teamsitzungen,
727 Fortbildungen und Supervision lassen. Bei steigendem Personal und ausreichend Schulplätzen
728 wollen wir zudem die Stundendeputate verringern und die Größe von Klassen verkleinern. Wir
729 wollen Schulleitungen besser für ihre vielfältigen Aufgaben qualifizieren und sie entlasten,
730 indem wir sie und ihre Kollegien bei Verwaltungs-, Vernetzungs- und Entwicklungsaufgaben
731 durch zusätzliche Verwaltungsstellen an allen Schulen unterstützen. Die Schulen sollen ein
732 attraktiver Arbeitsplatz sein. Dazu zählen eine gute Ausstattung und moderne Technik, die
733 funktioniert, wenn es darauf ankommt. Viele Verwaltungsaufgaben können durch neue Programme
734 vereinfacht werden, so dass Lehrer*innen schneller sagen können: „Jetzt habe ich wieder Zeit
735 für meine Schüler*innen.“

736 Die Zahl der Lehramtsstudienplätze, vor allem im Grundschulbereich, wollen wir unter Wahrung
737 der Studienqualität ausbauen, genau wie die berufsbegleitende Ausbildung von
738 Quereinsteiger*innen, die genug Zeit für das Ankommen und Lernen in der Schule lässt und die
739 mit einer 6-wöchigen Hospitation beginnt. Auch Absolvent*innen pädagogischer Studiengänge
740 wollen wir den Quereinstieg ins Lehramt ermöglichen. Die Wissensgesellschaft von morgen
741 braucht Lehrkräfte, die auf die vielfältigen Anforderungen dieser Zeit vorbereitet sind.
742 Daher müssen im Lehramtsstudium pädagogische Fragestellungen stärker in den Fokus gerückt
743 werden. Themen wie Inklusion, Vielfalt, Digitalisierung, Demokratiebildung und Bildung für
744 nachhaltige Entwicklung sollen wesentliche Bestandteile sein. Außerdem soll den Studierenden
745 genug Zeit eingeräumt werden, auch frühzeitig praktische Lehrerfahrung zu sammeln. Wir
746 brauchen darüber hinaus Lehrkräfte für Arabisch, Türkisch, Polnisch und weitere Sprachen,
747 damit Schüler*innen auch ihre Herkunftssprachen als zweite und dritte Fremdsprache wählen
748 können. Wir werden den Einstieg von Quereinsteiger*innen und geflüchteten Lehrkräften
749 erleichtern, indem wir den Schuldienst auch für Lehrkräfte mit nur einem Unterrichtsfach
750 öffnen. Wir unterstützen den Vorschlag zur Einrichtung eines Berliner Landesinstitutes, in
751 dem die zweite Phase der Lehrerbildung sowie die Fort- und Weiterbildung zusammengefasst
752 werden. Bestehende Einrichtungen, wie das Zentrum für Sprachbildung und die iMint-Akademie,
753 sollen in das zukünftige Landesinstitut integriert werden. Durch diese Bündelung können eine
754 bedarfsgerechte Steuerung und eine bessere Abstimmung unter Nutzung von Synergien erfolgen.
755 Nur durch kontinuierliche Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals kann eine hohe
756 Unterrichtsqualität gesichert werden. Dazu müssen einerseits die Voraussetzungen geschaffen
757 werden, dass alle Lehrkräfte sich kontinuierlich fort- und weiterbilden können, zum anderen
758 muss diese Möglichkeit aber auch regelmäßig und nachvollziehbar wahrgenommen werden. Wir
759 wollen Pädagog*innen ermutigen, praktische Ideen zur Verbesserung des Schulsystems und der
760 Schulorganisation, Konzepte zur Unterrichtsentwicklung oder neue Unterrichtsmaterialien zu

761 entwickeln und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Dafür wollen wir die nötigen
762 Voraussetzungen und Freiheiten schaffen. Um im Wettbewerb um die Absolvent*innen von
763 Lehramtsstudiengängen besser bestehen zu können, wollen wir die Bezüge im
764 Vorbereitungsdienst deutlich erhöhen. Damit gutes Personal auch langfristig in Berlin
765 bleibt, wollen wir für Absolvent*innen, die sich verpflichten, nach dem Referendariat in
766 Berlin zu bleiben, eine attraktive Zulage während des Referendariats zahlen. Wir brauchen
767 mehr junge Menschen, die Lehrer*innen im MINT-Bereich werden wollen (Mathematik, Informatik,
768 Naturwissenschaften und Technik). Das neue Stipendienprogramm wollen wir weiter ausbauen und
769 durch Programme zur direkten Ansprache ergänzen.

770 **Schulen bauen – am besten aus Holz**

771 Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, gleichzeitig müssen ungefähr 60
772 neue Schulen gebaut werden. Um aufs Tempo zu drücken, haben wir die HOWOGE als effiziente
773 Partnerin für die Umsetzung an Bord geholt und deren finanzielles Volumen für den
774 Schulneubau deutlich aufgestockt. Mit über einer Milliarden Euro gibt Berlin so viel für
775 Schulneubau aus wie noch nie. Holzbau steht schneller, ist umweltfreundlicher und flexibler.
776 Darauf setzen wir. Und für die innerstädtischen, oft schwierigen Grundstücke, auf die die
777 Prototypenentwürfe nicht passen, loben wir frühzeitig Wettbewerbe aus und suchen mit
778 Beteiligung der Betroffenen den besten Entwurf aus. Dabei setzen wir auf den
779 Einfallsreichtum der Architekt*innen, lassen auch einmal Schulen mit mehr als drei
780 Stockwerken oder kreativen Anordnungen zu. Wir wollen nach Hamburger Vorbild Schulen bauen,
781 die dem gesamten Kiez offenstehen: Nachmittags könnte die Mensa zum Kiez-Café werden, der
782 Schulgarten zum gemeinschaftlichen Urban Gardening einladen und die Lernräume könnten
783 Weiterbildung für alle im Kiez ermöglichen. Damit die Schulen wirklich allen offenstehen,
784 müssen sie inklusiv gebaut werden: Barrierefreiheit und Unisex-Toiletten werden zum
785 Standard. Das beinhaltet auch, dass Unisex-Toiletten als zusätzliche Option an allen Schulen
786 Standard werden. Während der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wenig Platz im öffentlichen
787 Raum für Kinder zur Verfügung steht. Um das zu ändern, sollen Schulhöfe oder Turnhallen auch
788 am Wochenende geöffnet sein und einen Ort der Begegnung und Bewegung im Kiez bieten. Dafür
789 soll mit Einrichtungen der Jugendhilfe sowie mit lokalen Nachbarschaftsakteuren kooperiert
790 werden. Es braucht großzügige und multifunktionale Schulen, mehr rechtliche Freiheit zur
791 Nutzung der Räume und finanzielle Mittel zur Anstellung von Hausmeister*innen und
792 organisatorischer Unterstützung. Es ist gut, dass wir durch die Einführung des kostenlosen
793 Mittagessens an Grundschulen viele Familien entlasten konnten. Doch nun stehen viele Schulen
794 vor dem Problem, dass die Räume dafür fehlen. Um den Anspruch auf ein Mittagessen an allen
795 Schulen gut umsetzen zu können, wollen wir das Mensabauprogramm finanziell deutlich
796 aufstocken und den Schnellbau von Holzmodulmensen vereinfachen. Wir wollen Neubauten ganz
797 den Bedürfnissen der Schüler*innen anpassen. Anstatt Flurschulen große und helle Lernräume,
798 bequeme Aufenthaltsorte, große Mensen und eigene Schulküchen. Neue Schulen müssen inklusiv
799 gebaut werden und bestehende Gebäude barrierefrei umgerüstet werden.

800 Gebäude müssen nicht nur in gutem Zustand, sondern auch sauber sein. Darum setzen wir uns
801 schon lange dafür ein, dass sich die Situation der Schulreinigung verbessert, und freuen
802 uns, dass dieses Thema in vielen Bezirken durch eine aktive Zivilgesellschaft und durch BVV-
803 Beschlüsse Rückenwind bekommen hat. Gemeinsam mit vielen Eltern, Lehrkräften und
804 Schüler*innen kämpfen wir für eine saubere, angenehme und anregende Lernumgebung und gegen
805 prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir haben die Schulreinigung grundlegend neu aufgestellt, in
806 einem ersten Schritt durch höhere Qualitäts- und Sozialstandards bei der Ausschreibung. In
807 einem zweiten Schritt sind wir nun dabei in einem Modellbezirk die Rekommunalisierung der
808 Schulreinigung zu erproben und anschließend in allen Bezirken bis 2026 umzusetzen.

809 **Schule for future!**

810 Mit dem 1,5-Grad-Limit vor Augen und der berechtigten Forderung nach Klimagerechtigkeit
811 müssen auch Schulen ökologisch und perspektivisch klimaneutral werden. Deswegen haben wir
812 damit begonnen, Schuldächer mit Solarpaneelen auszustatten, Fassaden zu begrünen und
813 Regenwasser aufzufangen. Wir haben es auch geschafft, dass der Bioanteil beim nun
814 kostenlosen Mittagessen in der Grundschule von unter 15 auf 50 Prozent gestiegen ist. Wir
815 wollen ein echtes 100-prozentiges regionales Bio-Essen und Gebäude mit hohen Öko-Standards.
816 Die Querschnittsthemen Nachhaltigkeit, globale Gerechtigkeit, fairer Handel und Fragen der
817 Umwelt-, Ernährungs- und Naturbildung sind zwar bereits in den Lehrplänen verankert, werden
818 aber dennoch häufig im Unterricht nicht ausreichend thematisiert. Das wollen wir ändern.
819 Kinder und Jugendliche werden von der Klimakrise am längsten betroffen sein und verdienen,
820 umfangreich darüber informiert zu werden. Wir wollen mehr Kooperationen zwischen Schulen und
821 Botanischem Garten und Naturkundemuseum fördern, um Natur- und Nachhaltigkeitsbildung an den
822 Schulen anschaulich zu verankern. Außerdem wollen wir an möglichst allen Schulen Schulgärten
823 etablieren.

824 **Vielfalt als Reichtum, Mehrsprachigkeit als Kompetenz**

825 Viele Kinder in Berlin wachsen bereits mehrsprachig auf und verfügen damit über eine
826 wichtige Ressource, die es zu fördern gilt. Mehrsprachigkeit ist eine Qualifikation – das
827 wollen wir deutlicher anerkennen und Unterricht unter staatlicher Aufsicht in möglichst
828 vielen Familiensprachen bedarfsgerecht und ergänzt durch ein digitales Angebot ausbauen.
829 Hierzu ist es nötig, dass die Schulen und die Bildungsverwaltung die konkreten
830 Familiensprachen und den jeweiligen Sprachstand der Schüler*innen erfassen und als
831 notenrelevante Fremdsprachen etablieren. Das diskriminierende Merkmal „nichtdeutsche
832 Herkunftssprache“ wird nicht mehr für Einzelschulen veröffentlicht. Damit Schüler*innen
833 Vielfalt und Unterschiedlichkeit positiv erleben, braucht es Vorbilder. Deshalb wollen wir
834 den Lehrkörper diverser aufstellen und deutlich mehr Schwarze Lehrkräfte, Lehrkräfte of
835 Color (BPoC), Lehrkräfte mit Behinderung sowie Lehrkräfte, deren Familiensprache eine andere
836 als Deutsch ist, gewinnen und fördern. In der Lehrerbildung müssen Deutsch als Zweitsprache
837 sowie weitere Sprachen, zum Beispiel Türkisch, als Studienfächer etabliert werden. Wir
838 setzen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts um und sind von der Prämisse der
839 Antidiskriminierung geleitet. Daher kann das Neutralitätsgesetz so keinen Bestand haben. Den
840 Diskriminierungsschutz von Berliner Schüler*innen werden wir systematisch ausbauen und die
841 Institution „Schule“ diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Hierfür werden wir
842 verbindliche und niedrigschwellige Beschwerde- und Interventionsstrukturen etablieren, die
843 Schüler*innen und Eltern auch über ihre Rechte nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz
844 aufklären und Sanktionen einleiten können. Wir wollen eine unabhängige Beschwerdestelle für
845 den Bildungsbereich einrichten, jeder Berliner Schule eine diskriminierungskritische
846 Organisationsentwicklung ermöglichen, verbindliche Fort- und Weiterbildungen für
847 pädagogisches Schulpersonal und Sozialarbeiter*innen anbieten. Wegen der besonderen
848 Verantwortung wollen wir Leitungspersonal mit besonderer Priorität schulen.

849 Außerdem müssen diese Inhalte im Studium und in der Lehramtsausbildung stärker verankert
850 werden. Wir wollen Unterricht etablieren und Lehrmaterialien zur Verfügung stellen, in denen
851 unterschiedliche Familienformen und Lebenskonzepte gleichermaßen abgebildet und gewürdigt
852 werden und in denen über alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus,
853 Ableismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus und die Stigmatisierung psychischer Krankheiten
854 aufgeklärt wird. Im Lehrplan soll eine verbindliche, kritische Auseinandersetzung mit
855 Kolonialismus und rassistischen und anderen diskriminierenden Stereotypen verpflichtend
856 verankert werden. Sexuelle Bildung muss über biologische Aufklärung hinausgehen und gezielt
857 auch weibliche Sexualität behandeln. Queere Sexualität und die Aufklärung aller Geschlechter
858 zu Themen der Einvernehmlichkeit und Emanzipation müssen enttabuisiert und umfassend in den
859 Unterricht integriert werden. Dafür werden wir die Fachstellen für queere Bildung und für

860 intersektionale Bildung weiter stärken. Wir wollen geschlechtersensible Pädagogik und
861 Didaktik fördern, damit Kinder sich frei von Rollenstereotypen entfalten können. Historische
862 Leistungen von Frauen in Naturwissenschaften und Technik, Politik und Gesellschaft finden im
863 Unterricht bisher zu wenig Beachtung. Das hat Auswirkungen auf die Berufswahl und das
864 spätere Einkommen: Zu wenig Mädchen entscheiden sich für MINT-Berufe und zu wenig Jungen für
865 soziale Berufe. Deshalb wollen wir bei der Jugendberufsagentur Berlin geschlechtersensible
866 Berufsberatungsangebote fördern.

867 **Willkommensklassen**

868 Auch geflüchteten Kindern wollen wir die besten Chancen bieten und setzen uns dafür ein,
869 Willkommensklassen gut auszustatten und hier eine sozial- und traumapädagogische Begleitung
870 zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, geflüchtete Kinder und Jugendliche so schnell wie möglich
871 gemeinsam mit allen anderen Kindern in Berlins Regelklassen zu unterrichten. Dafür ist es
872 wichtig, den Sprachstand von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu erfassen und ihnen
873 passgenaue sprachliche Förderung zukommen zu lassen. Wir sind überzeugt davon, dass es ein
874 ordentliches Schulfach Deutsch als Zweitsprache braucht – für Geflüchtete, Zugezogene und
875 alle mit Bedarf. Gleichzeitig brauchen wir deutlich mehr Sprachmittler*innen, die auch bei
876 Elternabenden, Post aus der Schule oder Elterngesprächen unterstützen können.

877 **Für längeres gemeinsames Lernen, für gleiche Chancen**

878 Die ersten Lernetappen sind oft riesige Schritte für die neuen Schüler*innen: das Abc,
879 Addieren, Dividieren, Schreibschrift und vieles mehr in einer komplett neuen Umgebung. Damit
880 das Ankommen spielerisch, individuell und gut gelingt, wollen wir an allen Berliner
881 Grundschulen für bessere Lernbedingungen und höhere Lernerfolge sorgen und insbesondere
882 dort, wo die Lage schwierig ist, zusätzliche Mittel, zum Beispiel für Funktionsstellen zur
883 Weiterentwicklung der Schule und zusätzliche Verwaltungsstellen, in die Hand nehmen und
884 Bewerbungen von Lehrkräfteteams ermöglichen.

885 Wichtig ist uns, dass kurze Beine kurze Wege haben. Damit kommen in vielfältigen Kiezen
886 Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in einer Grundschule zusammen, beeinflussen und
887 bereichern einander. Sechs Jahre gemeinsame Grundschulzeit wollen wir verbindlich für alle
888 Kinder gleichermaßen verankern. Unser Ziel ist, mit einer Qualitätsoffensive unsere
889 Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft
890 oder die Gymnasien, die heute in der fünften Klasse beginnen. Grundschulen wollen wir so
891 unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder bestmöglich fördern können.
892 Wer sich in Berlin bei einer weiterführenden Schule bewirbt, weiß, dass es eine große
893 Konkurrenz um begehrte Schulplätze gibt. Beherrzter Schulneubau und eine Personalplanung mit
894 Reserven sollen dies in Zukunft abmildern. Rankings rücken manche Schulen zu Unrecht in ein
895 schlechtes Licht. Deshalb wollen wir so wenige Daten – insbesondere leistungsbezogene – wie
896 möglich veröffentlichen und veröffentlichte Daten so aufbereiten, dass Rankings vermieden
897 werden. Außerdem bleiben die freiwerdenden Kapazitäten an den bislang grundständigen
898 Gymnasien erhalten und dienen dem Aufbau weiterer Züge ab der siebten Klasse. Um den Prozess
899 der Schulwahl fairer zu gestalten und die soziale Mischung zu stärken, wollen wir mindestens
900 50 Prozent der Plätze an Schulen mit Übernachfrage im Losverfahren vergeben und prüfen, wie
901 durch die Bildung von Notenkohorten beim Losverfahren die Heterogenität an weiterführenden
902 Schulen verbessert und die Chancengerechtigkeit erhöht werden kann. Damit stärken wir die
903 freie Schulwahl gerade derer mit schlechterem Notenschnitt.

904 Gerade Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, brauchen die
905 besten Angebote und eine hohe Qualität des Unterrichts. Mit Schultypisierung haben wir uns
906 auf den Weg gemacht, Schulen durch eine soziale Zuweisung von Ressourcen an Schulen
907 zielgenauer zu unterstützen. Wir werden die Schultypisierung weiterentwickeln und künftig
908 von einer Veröffentlichung für Einzelschulen absehen. Den Anteil der Schüler*innen, die

909 Mindestkompetenzen in deutscher Sprache und in Mathematik nicht erreichen, wollen wir
910 deutlich reduzieren. Deshalb werden wir eine zielgenaue Unterstützung für Schulen in
911 schwieriger Lage entwickeln. Gute Bildung geht über Wissensvermittlung hinaus, unser
912 Verständnis von Schulqualität ist viel breiter: Schule soll nicht nur Wissen vermitteln,
913 sondern soziale Kompetenzen und das Miteinander fördern sowie eine stärkere Verknüpfung
914 zwischen Lernen, Erfahren, Erforschen und Erproben gewährleisten. Um die Leistungsfähigkeit
915 der Berliner Schulen zu stärken, die Qualität der Abschlüsse zu steigern und die Zahl der
916 Schulabgänger*innen deutlich zu senken, soll eine abgestimmte Gesamtstrategie zur
917 Qualitätssicherung entwickelt werden. In deren Mittelpunkt muss die Unterrichtsqualität in
918 allen Schulen aller Schulformen stehen. Die Schulform selbst sichert sie nicht, die zentrale
919 Rolle dafür kommt vielmehr den Pädagog*innen und Schulleitungen zu. Diese Förderung soll
920 Schulen eine nachhaltige Schulentwicklung ermöglichen, um ihr Profil und ihre Angebote an
921 den Bedarfen der Schüler*innen auszurichten. Erfolgreiche Schulkonzepte, die dies geschafft
922 haben, müssen in eine langfristige Finanzierung überführt und abgesichert werden. Wir wollen
923 prüfen, inwiefern – ähnlich wie im Hamburger Modell – eine Zuweisung von Ressourcen an
924 Schulen auf Basis mehrerer Indikatoren eine zielgenauere Unterstützung sicherstellt. Dazu
925 gehört auch guter Ganzttag, der mehr ist als Betreuung. Qualitätsentwicklung im Ganzttag und
926 die Entwicklung von Schulqualität gehören zusammen, deshalb müssen verbindliche
927 Qualitätsstandards für den Ganzttag an allen Berliner Schulen entwickelt werden. So können
928 gezielt soziale und kulturelle Benachteiligungen überwunden werden. Dafür wollen wir den
929 Ganzttag sozialräumlich im Kiez verankern und Kooperationen fördern, die Segregation zwischen
930 Schulen verringern sowie den Personalschlüssel im Ganzttag erhöhen, um ihn zu einer echten
931 Förderung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus
932 verstärken Hausaufgaben Chancenungleichheiten in besonderem Maße. Wir wollen deshalb darauf
933 hinwirken, dass Lehrpläne und Unterricht so aufgebaut sind, dass Hausaufgaben wirklich nur
934 noch zur Festigung erworbenen Wissens und zum Einüben gewisser Kompetenzen genutzt werden
935 und von Schüler*innen sicher ohne elterliche oder andere Hilfe erledigt werden können. Es
936 soll in allen Schulen die Möglichkeit geben, diese Hausaufgaben im Rahmen von
937 Ganztagsangeboten zu erledigen.

938 Für viele Kinder aus finanziell schwachen Familien sind gute Ganztagsangebote auch deshalb
939 wichtig, weil sie hier die einzige warme Mahlzeit des Tages bekommen. Es ist deshalb gut,
940 dass wir in der letzten Wahlperiode das kostenlose Schulesse an Grundschulen eingeführt
941 haben. Damit das Schulesse für alle Kinder und Jugendlichen bezahlbar ist, wollen wir es
942 auch in den oberen Klassen stärker subventionieren und für ausreichend Angebote sorgen.

943 Der hohen Fluktuation von Schulsozialarbeiter*innen und der Häufung von Quereinsteiger*innen
944 an bestimmten Schulen wollen wir entgegenwirken und mit besseren Rahmenbedingungen die
945 (Weiter-)Arbeit an diesen Schulen attraktiver gestalten.

946 Durch Kooperationen mit Kultur, Handwerk, Sportvereinen und anderen Initiativen sowie die
947 Öffnung ihrer Räume für andere Nutzungen sollen Schulen sich in den Kiez öffnen. So werden
948 sie zum Ankerpunkt vor Ort – auch für Eltern, damit Lehrer*innen und anderes pädagogisches
949 Personal in engem Austausch mit ihnen stehen und ihre Perspektive einbinden sowie ihnen auf
950 der anderen Seite beratend zur Seite stehen. Mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens
951 vor Augen haben wir hart dafür gearbeitet, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die
952 Gemeinschaftsschule als eine der vier Regelschulen definiert wurde. Gemeinschaftsschulen
953 sind Schulen oder Schulverbünde, an denen alle aufgenommenen Kinder von der ersten bis
954 mindestens zur zehnten Klasse gemeinsam lernen und individuell gefördert werden.
955 Gemeinschaftsschulen bieten entweder eine eigene Oberstufe oder eine Oberstufe im Verbund
956 an. Die Umwandlungen und Neugründungen von qualitativ hochwertigen Gemeinschaftsschulen
957 wollen wir gezielt unterstützen, zum Beispiel mit Koordinations- und Unterstützungsstellen
958 in der Senatsverwaltung, Qualifizierungsmaßnahmen, Beratungsangeboten, verbesserter

959 Ausstattung und finanziellen Mitteln für den Fusionsprozess oder beim Aufbau einer
960 Oberstufe. Es ist unser erklärtes Ziel, dass in der kommenden Legislaturperiode in allen
961 Berliner Bezirken weitere Gemeinschaftsschulen mit klaren Qualitätskriterien entstehen. Dies
962 können entweder neu gegründete Schulen sein oder fusionierte Grund- und Oberschulen. Dafür
963 wollen wir mit allen Bezirken Wege finden, wie dies umgesetzt werden kann.

964 Auch an Gymnasien sind viele Lehrkräfte hoch motiviert und übernehmen Verantwortung für alle
965 Kinder. Es liegt in der Logik eines Gymnasiums, sich exklusiv an bestimmte Schüler*innen zu
966 richten und andere auszuschließen. Dieser Tatsache wollen wir begegnen und Gymnasien
967 inklusiver machen, um auch dort alle Kinder und Jugendlichen gut zu fördern. Wir wissen um
968 die Belastung für Kinder durch das Probejahr und das Abschulen. Deshalb werden wir beides
969 durch andere Maßnahmen ersetzen, die die Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben, so
970 dass alle auf dem Gymnasium bleiben können. Unser Ziel ist, dass alle Kinder, die einmal auf
971 einem Gymnasium sind, auch dort ihren Abschluss machen. Darum sollen Gymnasien künftig nicht
972 nur alle Schulabschlüsse anbieten, sondern alle Schüler*innen an ihrer Schule so
973 unterstützen und fördern, dass diese ihren Abschluss machen werden. Alle Gymnasien sollen
974 nach denselben Regeln, die auch die Integrierte Sekundarschule oder die Gemeinschaftsschulen
975 anwenden, Kinder mit Förderbedarfen aufnehmen. Da wir damit neue Anforderungen an Gymnasien
976 stellen, wollen wir sie auch entsprechend besser ausstatten und befähigen. Alle Berliner
977 Gymnasien ermöglichen verpflichtend den Jugendlichen ab Klasse 9 einen betriebspraktischen
978 Einblick in mögliche Berufs- und Bildungswege; zudem werden die Schulen für vertiefte
979 berufsorientierende Angebote entsprechend finanziell ausreichend ausgestattet.

980 Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches
981 Bildungsangebot einzusetzen. Gleichzeitig leisten auch Schulen in nichtöffentlicher
982 Trägerschaft in Berlin einen wichtigen Beitrag. Häufig probieren diese Schulen alternative
983 und innovative Lernformen aus. Wir wollen erfolgreiche Konzepte von nichtöffentlichen und
984 öffentlichen Schulen sammeln und stärker verbreiten. Um den Zugang für Kinder aus Familien
985 mit Transferleistungen zu erleichtern, werden wir diese Familien von finanziellen Beiträgen
986 befreien. Die Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft soll künftig
987 stärker die Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln. Die Genehmigung
988 nichtöffentlicher Schulen ist durch das Grundgesetz klar geregelt. Wir werden darauf achten,
989 dass die grundgesetzlichen Regelungen zum Sonderungsverbot stärker befolgt werden, damit die
990 Heterogenität unter den Schüler*innen künftig verbessert wird. Dazu wollen wir mit Schulen
991 in nichtöffentlicher Trägerschaft zusammenarbeiten und sie auffordern, ein Konzept für mehr
992 soziale Diversität zu erarbeiten.

993 **Gute berufliche Bildung braucht neue Rahmenbedingungen**

994 Wir wollen berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung positionieren und so
995 durchlässige, individuelle Bildungswege eröffnen. Als Meilenstein dafür wollen wir die
996 Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung in allen Klassenstufen auflösen, so
997 dass in allen Klassenstufen theoretisches und praktisches Lernen eng verzahnt werden sollen.
998 In der nächsten Wahlperiode wollen wir in diesem Sinne einen Schulversuch starten. Der
999 Kernbereich der beruflichen Bildung ist die duale Ausbildung. Ihre Bedeutung soll auch an
1000 den Oberstufenzentren wieder gestärkt werden.

1001 Einem Mangel an dualen Ausbildungsplätzen wirken wir entgegen. Berlin profitiert weiterhin
1002 von der geförderten Verbundausbildung, bei der mehrere Betriebe die Ausbildung gemeinsam
1003 durchführen. Für Betriebe, die einen angemessenen Ausbildungsrahmen nicht finanzieren
1004 können, sind Verbundausbildungen gute Angebote. Hierdurch werden weitere Ausbildungsplätze
1005 geschaffen. Der Fokus liegt auf kleinen und mittleren Unternehmen.

1006 Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eine gut funktionierende Lernortkooperation
1007 zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieben. Angesichts der besonderen Chance, die das

1008 netzgestützte Lernen für die berufliche Bildung bietet, sollen die Möglichkeiten eines
1009 virtuellen Lernortverbundes erprobt werden. Ausbildungen sollen auch für Menschen mit Abitur
1010 attraktiver werden. Wir streben eine engere Verzahnung hochwertiger dualer Berufe mit der
1011 Hochschulbildung an. Dazu sollen mehr Leistungen aus der dualen Ausbildung für ein Studium
1012 anerkannt werden. Die Digitalisierung in der Berufsausbildung bietet eine große Chance, die
1013 Kooperation zwischen den Lernorten neu zu denken, Durchlässigkeit zu schaffen und die
1014 berufliche Bildung gegenüber der akademischen Bildung aufzuwerten. Dabei geht es auch –
1015 sowohl in der Allgemeinbildung als auch in der Berufsbildung – um ein neues Lernmanagement,
1016 eine neue Didaktik, wenn Digitales greifen soll. Digitale berufsbezogene Kompetenzen müssen
1017 an allen Lernorten übergreifend gefördert werden.

1018 Um den zahlreichen Erfordernissen an Modernisierung und Ökologisierung der Ausbildungsberufe
1019 gerecht werden zu können, werden branchenspezifische Runde Tische eingerichtet, an denen
1020 mindestens die beruflichen Schulen, Innungen und Kammern sowie die Verwaltung sowie ggf.
1021 Politik und Wissenschaft vertreten sind. Sie sollen zu krisenvorbeugenden Qualitätszyklen
1022 gerade auch im Kontext der zahlreichen Neuordnungsverfahren beitragen.

1023 Um Hürden für Menschen mit wenigen Deutschkenntnissen abzubauen, sollen Lehrkräfte
1024 ausgebildet werden, die in den Willkommensklassen der Oberstufenzentren den Unterricht in
1025 verschiedenen Sprachen anbieten. Wir fordern ein Angebot für Auszubildende, bei Bedarf
1026 während ihrer Arbeitszeit Sprachunterricht zu nehmen.

1027 Berlin muss sich wieder aktiv an Bundesinitiativen, den KMK-Gremien und an den Ländertreffen
1028 der Landesinstitute der beruflichen Bildung beteiligen. Für die vorhandenen Gelder der EU-
1029 Programme in Sachen beruflicher Bildung wollen wir eigene Berliner Programme aufstellen und
1030 in einem Programm für die Berliner Oberstufenzentren (OSZ) bündeln.

1031 Wir werden in die Qualität des berufskundlichen Unterrichts investieren. Dazu soll im Rahmen
1032 der gebotenen grundlegenden Neuaufstellung des Fortbildungssystems in Berlin für den Bereich
1033 der Berufsbildung eine eigene Serviceeinheit aufgebaut werden. Die Rechtsform soll so
1034 gewählt sein, dass Projektmittel der EU oder sonstige Fördermittel eingeworben und verwendet
1035 werden können. Eine Verzahnung mit der Wissenschaft ist sicherzustellen.

1036 Wir wollen die Kooperation mit der Arbeits- und mit der Wirtschaftsverwaltung stärken und
1037 deren Förderinstrumente für duale Berufe nutzen. Darüber hinaus wollen wir die vorhandene
1038 Förderung neu justieren, Schattenhaushalte analysieren und Programme modern ausrichten und
1039 aufstellen, Warteschleifen abbauen und gezielt in Berufsausbildung überführen. Wir streben
1040 einen neuen Ausbildungspakt für Berlin und die Region an.

1041 Um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung noch stärker zu
1042 verwirklichen und durchlässige, individuelle Bildungswege zu eröffnen, wollen wir die
1043 Gleichwertigkeit dieser beiden Bildungswege auch in behördlichen Ausschreibungen stärker
1044 berücksichtigen.

1045 Kein*e Jugendliche*r soll mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen
1046 uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ein, die noch keine
1047 Anschlussperspektive haben. Dieses Schuljahr wird in den Oberstufenzentren mit dem
1048 ausdrücklichen Ziel angeboten, dort einen qualifizierenden Abschluss zu erreichen, der in
1049 vorhandene Bildungsgänge überführt. Wer eine Ausbildung abbricht, soll einen Anspruch auf
1050 die Begleitung und Unterstützung des Weges durch die Jugendberufsagentur haben, bis eine
1051 neue Perspektive gefunden wurde, die den Wünschen und Fähigkeiten von Jugendlichen
1052 entspricht. Vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Oberstufenzentren mit ihrem
1053 sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen
1054 eine Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht
1055 eigenständig erschlossen haben. Die Arbeit von Auszubildenden in den Betrieben und

1056 Organisationen ist ein unabdingbarer Garant für die Qualität der dualen Berufsbildung. Ihr
 1057 oft ehrenamtliches Engagement in der Arbeit mit den Jugendlichen muss mehr gewürdigt und
 1058 wertgeschätzt werden. Es wird zu oft als selbstverständlich hingenommen. Auszubildende sind
 1059 Mentor*innen der Jugendlichen und oft Helfer*innen in schwierigen Lebensphasen der
 1060 Auszubildenden. Auszubildende in der Berufsbildung müssen faire und gute
 1061 Ausbildungsbedingungen in den Unternehmen vorfinden. Sie dürfen nicht als billige
 1062 Arbeitskräfte ausgebeutet werden; sondern sie sollen als künftige Fachkräfte einen adäquaten
 1063 Platz in der Gesellschaft finden. Sie brauchen also die Ermutigung, dass ihr Beruf, den sie
 1064 gewählt haben, auf eine gesellschaftliche Anerkennung trifft.

1065 **Den Kulturwandel zu nachhaltiger digitaler Bildung fördern!**

1066 Wir erleben, wie Corona den Schulalltag auf den Kopf stellt. Dabei wurde vor allem deutlich,
 1067 wie überfällig die Digitalwende in Berlins Schulen ist: Digitales Lernen – von zuhause aus
 1068 wie im Präsenzunterricht – müsste längst Alltag sein! Deshalb wollen wir nach der Pandemie
 1069 kein „back to normal“, sondern wollen die Krise als Anlass nutzen, den digitalen
 1070 Kulturwandel auch an Berliner Schulen so umzusetzen, dass er auch einen pädagogischen Nutzen
 1071 bringt. Wir wollen, dass unsere Kinder gesund in der digitalen Welt aufwachsen und diese
 1072 aktiv mitgestalten können. Deshalb werden wir Schulen dabei unterstützen, einfach zu
 1073 nutzende, datenschutzfreundliche und pädagogisch sinnvolle Programme, Apps und Lernsoftware
 1074 mit dem Unterricht zu verzahnen. Digitale Medien sind nie Selbstzweck, sondern müssen immer
 1075 auf ihre pädagogische Sinnhaftigkeit hin überprüft werden. Gleichzeitig ist klar: Digitale
 1076 Herausforderungen werden sich für Schüler*innen durch ihr ganzes Leben ziehen. Daher ist
 1077 wichtig, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig verstehen, wie Rechner, Netze, Speicher,
 1078 Algorithmen und Künstliche Intelligenz funktionieren, wie programmieren funktioniert, welche
 1079 Chancen, aber auch Gefahren sowie Möglichkeiten zur Manipulation und Verfolgung durch das
 1080 Internet entstehen und welche Rechte und Pflichten sie als Internetnutzer*innen haben. Es
 1081 ist zentral, in der Schule neben konkret anwendungsbezogenen Fähigkeiten (wie nutze ich
 1082 das?), auch technologische Kenntnisse (wie funktioniert das?) sowie die gesellschaftlichen
 1083 Auswirkungen von Technik (wie wirkt das?) zu vermitteln. Auch die Fähigkeit, zwischen
 1084 geprüften Informationen und Fake News im Netz zu unterscheiden, ist ein essentieller
 1085 Bestandteil von Digital Literacy und Medienkompetenz. Auch soziale Regeln sind Teil des
 1086 digitalen Raumes, deshalb wollen wir unsere Kinder dabei unterstützen, die sozialen
 1087 Kompetenzen im Netz umzusetzen. Die Themen Cyber-Mobbing und digitaler Hass sowie digitale
 1088 Gewalt müssen in diesem Kontext thematisiert werden. Wichtig ist, Kinder und Jugendliche
 1089 brauchen ein solides Fundament an Medienkompetenz und sozialer Einbettung, um sicher, gesund
 1090 und selbstständig digital zu lernen. Dafür wollen wir den Informatikunterricht stärken,
 1091 gleichzeitig diese Fragen aber in allen Fächern mitdenken. Außerdem wollen wir ein
 1092 umfassendes und gezieltes Programm zur technischen, rechtlichen, methodischen und (fach-
 1093)didaktischen Fortbildung der Lehrkräfte entwickeln, das sie jeweils auf den neuesten Stand
 1094 einer sich rasch verändernden digitalen Welt bringt. Für alle OSZen haben wir im Haushalt
 1095 eine*n IT-Administrator*in verankert, dies wollen wir zukünftig für alle Schulen. Jede
 1096 Schule soll schnellstmöglich einen leistungsfähigen Glasfaser-Netzanschluss, WLAN und ein
 1097 leistungsstarkes, benutzerfreundliches und pädagogisch sinnvolles Open-Source-
 1098 Lernmanagementsystem erhalten, das sowohl von Pädagog*innen als auch von Schüler*innen
 1099 kritisch begleitet wird. Jedoch soll die Vielfalt der in Berlin genutzten Lernplattformen
 1100 durchaus bestehen bleiben. Die Ausstattung aller Lehrer*innen mit Laptops oder anderen
 1101 Endgeräten führen wir fort. Wir wollen auch weiterhin Schüler*innen den pädagogischen
 1102 Ansprüchen entsprechend Endgeräte zur Verfügung stellen, damit ein gerechter Zugang für alle
 1103 ermöglicht wird. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die Gelder aus dem
 1104 Digitalpakt effektiv und schnell in die digitale Ausstattung der Berliner Schulen fließen.
 1105 Ein Medienportal, das wir am besten gemeinsam mit anderen Bundesländern betreiben, soll den
 1106 kostenlosen und rechtlich einwandfreien Zugang zu qualitätsgeprüften, kommentierten und

1107 curricular eingeordneten elektronischen Bildungsmedien eröffnen und den Austausch der
1108 Lehrkräfte darüber ermöglichen. Häufig scheitert die Digitalisierung der Schule nicht an
1109 Geld, sondern am Personal. Die IT-Expert*innen, die sich um die digitale Ausstattung der
1110 Schulen kümmern, wollen wir darum stärken, ihren Stundenumfang ausweiten und Schulen ein
1111 festes Schulentwicklungsbudget einräumen. Damit haben sie die Möglichkeit, sich gemeinsam
1112 mit allen Beteiligten mit digitalen Technologien auseinanderzusetzen und einen sinnvollen
1113 pädagogischen Umgang damit zu finden. Die Senatsbildungsverwaltung muss die Digitalwende
1114 strategisch steuern, aber dabei auf die Bedarfe der Schulen eingehen, den Best-Practice-
1115 Austausch stärken sowie besser mit der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte verzahnen.
1116 Datenschutz, digitale Teilhabe und Inklusion sowie Open-Source-Anwendungen und Offene
1117 Bildungsmaterialien (OER) sind uns dabei sehr wichtig. Und es braucht mehr kritische
1118 Forschung: Wie verändert sich Bildung und Schule durch digitale Medien? Was ist gutes,
1119 gemeinsames digitales Lernen und Unterrichten? Was funktioniert in welcher Altersgruppe? Wie
1120 können pädagogischen Konzepte gelingen – analog und digital? Nur mit dieser Grundlage kann
1121 digitale Bildung der Zukunft gelingen.

1122 **3.6 Forschen und Studieren für die Zukunft – beste Bedingungen für unabhängige Wissenschaft** 1123 **in Berlin**

1124 Unabhängige Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Sie geben Antworten auf zentrale
1125 Herausforderungen unserer Stadt und helfen unsere Gesellschaft besser zu verstehen. Dafür
1126 stärken wir unsere vielfältige Berliner Wissenschaftslandschaft aus Universitäten mit
1127 Charité, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunsthochschulen, außeruniversitären und
1128 freien Forschungseinrichtungen sowie Forschungseinrichtungen der Wirtschaft und fördern den
1129 Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Öffnung zur Stadtgesellschaft
1130 wollen wir im Hochschulgesetz verankern und wissenschaftliche Bildung für alle als Teil des
1131 lebenslangen Lernens ermöglichen. Wir werden Mittel für neue Formate bereitstellen, die die
1132 Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Stadtgesellschaft fördern, und Projekte wie ein
1133 zivilgesellschaftliches Forum aufbauen.

1134 **Wissenschaft unabhängig und solide finanzieren**

1135 Die Hochschulverträge als Finanzierungsgrundlage wollen wir fortführen, aber transparent und
1136 bedarfsgerecht unter Beteiligung der Hochschulgremien umgestalten. Der Sockelbetrag soll
1137 deutlich steigen, um Lehre und Forschung in hoher Qualität sicherzustellen. Mit einer
1138 berlinweiten Strukturplanung, welche die Diversität der Berliner Hochschullandschaft
1139 widerspiegelt, über alle Hochschultypen hinweg wollen wir Kooperationen stärken. Besonders
1140 werden wir darauf achten, den Weg zu besseren Arbeitsbedingungen fortzusetzen. Die
1141 Abhängigkeit vieler Wissenschaftler*innen, insbesondere der Promovierenden, von den
1142 Professuren wollen wir aufbrechen, indem wir unter anderem Begutachtung und
1143 arbeitsrechtliche Weisungsbefugnis während der Qualifizierungsphase entkoppeln. Anstelle der
1144 massiven Befristungspraxis wollen wir deutlich mehr Dauerstellen neben der Professur
1145 schaffen und den Teamcharakter moderner Wissenschaft stärken. Dabei wollen wir auch
1146 Tarifflicht verhindern und gute Bezahlung von freien Lehrbeauftragten sicherstellen.
1147 Entsprechende Ziele vereinbaren wir mit den Hochschulen und schreiben sie über die
1148 Hochschulverträge verbindlich fest. Für gute Leistungen in der Lehre entwickeln wir im
1149 Dialog mit den Hochschulen ein finanzielles Anreizsystem, um der Lehre und der Forschung
1150 gleichermaßen Rechnung zu tragen. Ergänzen wollen wir dies mit einem Transparenzregister für
1151 drittmittelfinanzierte Forschung, um Unabhängigkeit zu garantieren und ethische Ansprüche
1152 wie die Zivilklausel tatsächlich umsetzbar zu machen. Zu diesem Anspruch zählt auch,
1153 Tierversuche (im Sinne von 3R) durch Alternativmethoden weiter zu ersetzen.

1154 **Selbstverwaltung als Grundprinzip**

1155 Eine unabhängige und freie Hochschullandschaft erwächst aus der gleichberechtigten
1156 Selbstverwaltung von Professor*innen, wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Studierenden und
1157 Mitarbeitenden in Technik, Verwaltung und Medizin. Wir wollen die
1158 Partizipationsmöglichkeiten aller Statusgruppen innerhalb der Hochschulen stärken und in
1159 einem modernen Hochschulgesetz festschreiben. Dabei soll auch die Erprobungsklausel
1160 wegfallen. Dafür verankern wir ein viertelparitätisches Grundordnungsgremium, das über die
1161 Zusammensetzungen und Aufgaben aller Gremien der Hochschule beschließt. Neu zu schaffende
1162 Gremienreferate unterstützen die qualifizierte Arbeit aller Gremienmitglieder. Fachbereiche
1163 und Fakultäten sollen die Möglichkeit bekommen, neue Modelle und Strukturen der
1164 fachbereichs- oder hochschulübergreifenden Zusammenarbeit zu entwickeln, für die wir
1165 demokratische Qualitätsstandards aufstellen werden.

1166 **Zugang zu Hochschulen öffnen**

1167 Wir finden: Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben – Bildung an Berlins
1168 Hochschulen ist für alle da. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden Beratungen
1169 für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen und den Service rund ums
1170 Studium, wie studentisches Wohnen und die Mensaversorgung, verbessern. Wir werden das Beste
1171 aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen im Studium einführen sowie
1172 ein flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich umsetzen. Wir kämpfen für
1173 eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit für
1174 den eigenen Bildungsweg eröffnet. Deswegen muss das Bafög im Sinne des grünen Zwei-Säulen-
1175 Modells elternunabhängig, schuldenfrei und losgelöst von der Regelstudienzeit
1176 weiterentwickelt werden. Studiengebühren und Studienkonten lehnen wir in jeder Form ab.
1177 Erfolgreiche Programme zur Gleichstellung der Geschlechter bauen wir weiter aus. Diese
1178 Strukturen müssen auf andere Diskriminierungsformen erweitert werden. Wir wollen mehrere
1179 Stellen schaffen, um verschiedene Diskriminierungsformen abzubauen. Mit neu zu schaffenden
1180 unabhängigen Antidiskriminierungsbeauftragten und Diversity-Beauftragten und der stärkeren
1181 Verankerung dieser Aufgabe in der akademischen Selbstverwaltung mit entsprechenden
1182 personellen und materiellen Ressourcen machen wir unsere Hochschulen noch vielfältiger und
1183 fit für die diverse Gesellschaft.

1184 **Berliner Wissenschaftslandschaft vernetzen**

1185 Die starke und vielfältige Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft bietet
1186 Wissenschaftler*innen und Studierenden einzigartige Möglichkeiten. Neue Kooperationsformen
1187 wollen wir mit Leben füllen und weiterentwickeln. Die Hauptstadt der Gesundheitsforschung
1188 als zentrale Säule wollen wir weiter fördern und hierbei ein besonderes Augenmerk auf die
1189 Gendermedizin legen. Doch richtig zum Tragen kommt Berlins Potential erst, wenn wir die
1190 Hochschulen auch in der Lehre vermehrt zusammendenken und so Studierenden neue Möglichkeiten
1191 eröffnen, selbstbestimmt zu lernen. Wir setzen auf ein berlinweites Angebot von frei
1192 wählbaren und als Leistung anzurechnenden Lehrveranstaltungen. Das Promotionsrecht für
1193 Hochschulen für angewandte Wissenschaften soll verliehen werden, wenn diese ein
1194 entsprechendes Forschungsumfeld aufweisen, insbesondere durch vereinfachte Anrechnung von
1195 fachlichen und überfachlichen Leistungen aus anderen Studiengängen oder Hochschulen. Die
1196 Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen für angewandte Wissenschaften und Universitäten
1197 wollen wir ausbauen, egal ob in öffentlicher, kirchlicher oder privater Trägerschaft. Die
1198 damit einhergehende Flexibilität wollen wir nutzen, um ein für alle Biografien offenes,
1199 transparentes und durchlässiges Studium zu gestalten.

1200 **Nachhaltigkeit und Digitalisierung als Zukunftsthemen**

1201 Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind zwei zentrale Zukunftsthemen. Wir denken sie
1202 zusammen – sowohl bei den Investitionen in die Gebäude als auch bei Forschung und Lehre. Wir
1203 wollen den Investitionsstau bei den Berliner Hochschulen auflösen und stellen dabei

1204 energetische Sanierung, Klimaneutralität und Digitalisierung ins Zentrum. Darüber hinaus
1205 werden wir in allen Hochschulen die Schaffung verbindlicher Nachhaltigkeitsstrategien durch
1206 die akademischen Gremien verankern. Die Innovationen der Berliner Nachhaltigkeitsforschung
1207 wollen wir mit den kreativen Potentialen der Stadtgesellschaft zusammenbringen. Dafür
1208 stärken wir den Forschungsverbund „Wissen.Wandel.Berlin“, initiieren ein
1209 zivilgesellschaftliches Forum und entwickeln ein Berliner Förderprogramm für sozial-
1210 ökologische Forschung. Forschungsprojekte, die ihre Ansätze und Daten transparent anderen
1211 Wissenschaftler*innen und der Gesellschaft zur Verfügung stellen, sollen sich daher im
1212 Rahmen unserer „Open-Science-Strategie“ ebenso wie digitale Lehr- und Lernformate positiv
1213 auf die Finanzierung der Hochschulen auswirken und landesseitig durch die erforderliche
1214 Infrastruktur sowie beratendes und technisches Fachpersonal abgesichert werden. Mit einem
1215 eigenen Programm wollen wir die Digitalisierung der wissenschaftlichen Bibliotheken
1216 beschleunigen. Durch neue Kooperationen und Forschungskapazitäten an der Schnittstelle von
1217 Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Digitalwirtschaft werden wir die
1218 Digitalisierungsforschung mit sozial-ökologischen Themen wie Klima-, Daten- und
1219 Verbraucherschutz, Gesundheit, Selbstbestimmung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und
1220 Ressourcenverbrauch verbinden. Wo beispielsweise gegen Gender-, Queer- oder
1221 Diversityforschung gehetzt wird, treten wir für den Schutz der freien Wissenschaft ein.
1222 Zudem wollen wir Wissenschaftsbereiche wie die Plurale Ökonomik stärken, um Forschung und
1223 Lehre auf der Basis von vielfältigen Theorien zu ermöglichen. Wir wollen Hochschulen oder
1224 Forschungseinrichtungen unterstützen, die Initiativen für eine pluralere Ökonomik in Berlin
1225 ergreifen.

1226 **Der Campus als Vorreiter für den Klimaschutz**

1227 Die Wissenschaft spielt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Klimakrise. Wir sind auf ihre
1228 Erkenntnisse angewiesen, um die globale Erderhitzung noch zu bremsen. Und vielerorts machen
1229 Hochschulen – oft angetrieben von Graswurzelbewegungen – ganz konkret vor, wie Klimaschutz
1230 und Nachhaltigkeit praktisch umgesetzt werden können: von grüner Stromerzeugung auf dem Dach
1231 über nachhaltiges Bauen bis zur Versorgung mit regionalem Bioessen in den Mensen. Auf dem
1232 Campus wird gelehrt und gelernt, geforscht und entwickelt, gelebt und gearbeitet. Damit ist
1233 er das ideale Reallabor für praktischen Klimaschutz. Wir wollen Initiativen für den
1234 klimaneutralen Campus stärken und Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf dem Weg zur
1235 Klimaneutralität stärker als bisher unterstützen.

1236 **3.7 Digitale Transformation aktiv gestalten**

1237 Berlin ist Hotspot der Digitalwirtschaft und Ort digitalpolitischer Debatten. Die
1238 Digitalwirtschaft mit ihren vielen Start-ups ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen
1239 Entwicklung und sichert Berlin als Standort mit Zukunft. Auch viele größere Unternehmen
1240 schätzen Berlin für die Forschungslandschaft und reiche Start-up-Szene, die ihnen Impulse
1241 zur Digitalisierung der eigenen Geschäftsmodelle geben. Wir wollen die digitale
1242 Transformation klimafreundlich nach Maßgaben von Nachhaltigkeit, Teilhabe und
1243 wirtschaftlicher Entwicklung mitgestalten. Unser Ziel ist ein lebenswertes Berlin, das auch
1244 im digitalen Zeitalter Zugänge und Chancen für alle Berlinerinnen und Berliner sicherstellt.

1245 Spätestens seit Corona ist allen klar: Digitalisierung macht uns nicht nur innovationsstark,
1246 sie kann uns auch pandemiesicherer, krisenfester und ökologischer machen. Nirgends sonst in
1247 Deutschland gibt es so viele Start-ups, die Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen
1248 wie Klimaschutz und Energiewende entwickeln.

1249 Deswegen fördern wir seit 2016 die Digitalwirtschaft in Berlin. Wir haben zudem eine
1250 Digitalagentur gegründet, um Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen und die
1251 digitale Kluft zwischen den Hochdigitalisierten und dem Mittelfeld zu schließen. Wir
1252 erarbeiten aktuell eine neue Digitalisierungsstrategie, um die Chancen der Digitalisierung

1253 in und für die Stadt zu nutzen – für eine nachhaltige Entwicklung, mehr Teilhabe und
1254 wirtschaftliche Dynamik. Daten und KI-Anwendungen werden häufig von Männern erhoben und
1255 entwickelt, was Diskriminierungseffekte zur Folge haben kann. Wir wollen, dass
1256 Geschlechtergerechtigkeit bei der digitalen Transformation berücksichtigt wird. Dazu gehört,
1257 Aus- und Weiterbildungsangebote für digitale Kompetenzen für Frauen zu fördern und Frauen in
1258 der Digitalbranche sichtbarer machen.

1259 **Die Digitalwende der Berliner Verwaltung zentral steuern**

1260 Zentraler Baustein für eine erfolgreiche und effektive Digitalisierung der Verwaltung und
1261 der politischen Prozesse ist die Frage der Organisationsstruktur: Anstatt Verantwortung über
1262 mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen, braucht Berlin – wie viele europäische Städte –
1263 eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets. Sicherheit und
1264 Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der öffentlichen
1265 Dienstleistungen. Ohne Daten- und Verbraucherschutz sowie IT-Sicherheit haben Bürger*innen
1266 und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „Privacy
1267 by Design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete*r IT-
1268 Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt
1269 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und
1270 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir
1271 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem
1272 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

1273 Als europäische Start-up-Metropole wollen wir die vorhandene digitale Kompetenz und
1274 Innovationskraft nutzen und den Wissenstransfer zwischen Stadt und Start-ups fördern. Um
1275 Berührungspunkte abzubauen sowie kulturelle und organisatorische Hindernisse zu überwinden,
1276 wollen wir den Einsatz von Technologie-Scouts als Schnittstelle zwischen Start-ups und
1277 Verwaltung prüfen. Sie sollen zielgerichtet bei der Entwicklung von Pilotprojekten und
1278 Vergabeprozessen unterstützen. Mit CityLAB und InfraLab haben wir zudem Räume geschaffen, in
1279 denen Verwaltung und Berlins landeseigene Unternehmen Innovationen entwickeln. Im InfraLab
1280 bringen Landesunternehmen Nachhaltigkeit und digitale Vernetzung zusammen und setzen erste
1281 Smart-City-Projekte um. Essentiell ist es auch, im Bereich Open-Source-Coding und IT-
1282 Beratung eigene zentrale Kompetenzen des Landes Berlin aufzubauen, um passgenaue Lösungen zu
1283 bekommen, und nicht von teuren Berater*innen abhängig zu sein.

1284 **Leistungsstarkes Breitband und freies WLAN jetzt**

1285 Mit Corona, Homeoffice und Homeschooling wurde einmal mehr deutlich, wie dringend Berlin
1286 flächendeckend ein schnelles Glasfasernetz braucht – und zwar noch bevor 2025 der Breitband-
1287 Rechtsanspruch greift. Der heutige Standard mag für private Nutzer*innen meistens reichen,
1288 für Schulen und die Digitalwirtschaft allerdings nicht. Wir wollen nicht auf den lahmenden
1289 Ausbau durch den Bund warten und haben im Breitband-Kompetenz-Team alle Akteur*innen
1290 vernetzt. Wir treiben den Ausbau durch Telekommunikationsanbieter*innen voran. Wenn in
1291 Sachen Wasser, Gas, Strom, Wärme, Telekommunikation oder Schienenausbau in die Tiefe gebaut
1292 wird, dann wird auch Glasfaser verlegt – das haben wir verabredet, um dem Ziel „Glasfaser-
1293 Hauptstadt“ näher zu kommen. Wir werden prüfen, ob mit einem landeseigenen Unternehmen der
1294 Ausbau des Glasfasernetzes schneller vorankommen kann.

1295 Wir wollen ein kostenloses, frei zugängliches WLAN für ganz Berlin – in Rathäusern, auf
1296 Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Museen.

1297 **Open Data**

1298 Daten sind Grundlage und Gestaltungsmittel der digitalen Transformation. Voraussetzungen für
1299 eine effektive Nutzung von Daten sind gemeinsame Strukturen und Plattformen, Standards und

1300 gut definierte Schnittstellen (Datenplattformen) sowie Richtlinien für den
1301 verantwortungsvollen Umgang mit Daten (Daten-Governance).

1302 Berlin hat eine verbindliche Open-Data-Strategie, die von den Verwaltungen allerdings noch
1303 mit mehr Leben gefüllt werden muss. Daten sind wichtig als Forschungsgrundlage und als
1304 Antrieb der Wirtschaft und Wissenschaft im digitalen Zeitalter. Open Data ist aber nicht nur
1305 wirtschaftlicher Standortfaktor, sondern ein wichtiger Teil der Informationsfreiheit. In
1306 einer Gesellschaft, deren Zusammenleben von digitalen Infrastrukturen geprägt ist, stellen
1307 Daten eine zentrale Komponente dar. Wir wollen offene Daten als Prinzip verankern, um die
1308 Gesellschaft auch auf diesem Weg einer demokratischen und zivilgesellschaftlichen Gestaltung
1309 zugänglich zu machen. Sie können dabei helfen, die Stadt besser zu verstehen, neue Dienste
1310 für Bürger*innen zu entwickeln und Geschäftsideen zu initiieren. Wir wollen dazu in allen
1311 Verwaltungen Datenlots*innen etablieren, die im Bereich Datenmanagement, Datennutzung und
1312 Open Data fortgebildet werden, und so das Wissen über zeitgemäßes Datenmanagement in allen
1313 Teilen der Verwaltung ausbauen. Wir sind überzeugt: Offene Daten und mehr einheitliche
1314 Transparenz auf einer Plattform führen zu mehr wirtschaftlichem Nutzen und kreativen
1315 Lösungen für Alltagsprobleme der Stadt. Wir unterstützen ein Berliner Transparenzgesetz.
1316 Dort, wo es sich nicht um personenbezogene Daten handelt bzw. wo diese entsprechend
1317 anonymisiert und aggregiert werden können, fordern wir Daten „Open by Default“. Außerdem
1318 müssen wirtschaftliche Anreizmechanismen zur Datenteilung geschaffen werden. Ziel ist, alle
1319 nicht-personenbezogenen bzw. anonymisierbaren Daten, die in der Berliner Verwaltung
1320 vorhanden sind oder von der Zivilgesellschaft freiwillig geteilt werden, im Berliner Open-
1321 Data-Portal maschinenlesbar zur Verfügung zu stellen.

1322 **Public Money, Public Code: Zugang und Transparenz stärken**

1323 Alle Ergebnisse aus öffentlich geförderten Forschungsprojekten an Berliner
1324 Forschungseinrichtungen sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Getreu dem
1325 Motto „Public Money for Public Code“ arbeiten wir darauf hin, dass alle vom Land Berlin in
1326 Auftrag gegebenen Softwareprojekte als Open Source für andere Organisationen und alle
1327 Bürger*innen einsehbar sind. Das langfristige Ziel ist, dass alle öffentlichen Einrichtungen
1328 in Berlin Open-Source-Software nutzen.

1329 **Datenschutzberatung, Datenschutzfolgenabschätzung und IT-Sicherheit als Chance**

1330 Datenschutz bedingt Datensicherheit, die wiederum hohe IT-Sicherheits-Standards voraussetzt.
1331 Deshalb wollen wir diese Themen ganzheitlich und konzeptionell angehen und setzen konsequent
1332 auf die Kombination aus Untersuchungen, Sensibilisierung, Wissensvermittlung, aktiver
1333 Beratung und rechtlichen Rahmenbedingungen. Dies richtet sich gleichermaßen an die Berliner
1334 Verwaltung, Wirtschaft und Bürger*innen. Konkret heißt das unter anderem:

1335 Wir wollen bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine
1336 Servicestelle „Datenschutzberatung“ schaffen, die einerseits die Verwaltung, aber auch
1337 Selbstständige, Kleinunternehmer*innen und Einzelpersonen als Ansprechpartner*in beim Thema
1338 Rechte und Pflichten der Datenschutzbestimmungen beratend zur Seite steht. Für uns ist beim
1339 Datenschutz der Grundsatz der Datenminimierung essentiell. Zudem wollen wir in der Berliner
1340 Verwaltung die Grundsätze „Privacy by Design and Default“ stärker umsetzen, damit schon
1341 durch die Datenverarbeitungstechnologie ein effektiver Datenschutz sichergestellt wird.

1342 Wir wollen die Erkenntnisse aus 100 Datenschutzfolgenabschätzungen (DSFA) aus allen
1343 Senatsverwaltungen im Rahmen eines Pilotprojekts öffentlich zugänglich machen. Dadurch
1344 schaffen wir Transparenz und sorgen für Vertrauen, auch darin, dass die Sicherheit der
1345 Systeme dadurch nicht beeinträchtigt wird. Damit legen wir den Grundstein, um später alle
1346 DSFA öffentlich zugänglich zu machen und mit Expert*innen und (potentiell) Betroffenen aus

1347 der gesamten Gesellschaft den Datenschutz in der Verwaltung zu optimieren und neue Ideen für
1348 einen besseren Datenschutz zu entwickeln.

1349 Wir wollen eine zentrale IT-Sicherheitsstrategie für das Land Berlin erarbeiten, welche die
1350 Gefahren für Bürger*innen, Verwaltung, Wirtschaft und Infrastruktur durch steigende
1351 Cyberkriminalität gleichermaßen berücksichtigt. Dazu gehören auch der Aufbau eines neuen IT-
1352 Kompetenzzentrums als Informations-, Kooperations- und Koordinationsplattform und die
1353 Weiterentwicklung des/der Landesbeauftragten für Informationssicherheit bei der IKT-
1354 Steuerung und des Computer Emergency Response Teams (CERT) beim ITDZ Berlin zu einer
1355 unabhängigen Stelle für IT-Sicherheit. Wir wollen die Förderung diskriminierungsfreier
1356 algorithmischer Entscheidungssysteme (ADM) und KI-Technologien in der Berliner
1357 Digitalstrategie verankern. Ein Gremium aus Expert*innen soll Qualitätsstandards definieren,
1358 die ADM und KI auf ihre Diskriminierungsfreiheit hin bewertbar machen, Forschungsvorhaben
1359 und Start-ups, die entsprechende Schwerpunkte haben, sollen besonders gefördert werden
1360 können. So machen wir Berlin zum Hotspot für demokratisch vorbildliche KI.

1361 **Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1362 **1. Berlin wird Zentrum der Elektromobilität**

1363 Wir wollen Berlin zum Vorreiter der Elektromobilität machen – sowohl privat als auch im
1364 Wirtschaftsverkehr. Damit Menschen klimafreundliche Elektromobilität auch nutzen, braucht es
1365 eine flächendeckende Infrastruktur. Wir wollen deshalb bis 2022 über 2.000 zusätzliche
1366 Ladepunkte in der Stadt aufstellen. Wir fördern die Elektrifizierung der sogenannten letzten
1367 Meile im Wirtschaftsverkehr über lokale Hubs bis zur Haus- oder Ladentür und wollen den
1368 Ausbau von Elektroanlegern für Binnen- und Fahrgastschiffe voranbringen.

1369 **2. Klimafreundliche Landesunternehmen**

1370 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
1371 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder dem öffentlichen Nahverkehr. Wir
1372 wollen stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die Investitionsfähigkeit der
1373 Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für gute Arbeit und Equal Pay
1374 in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des ressourcenschonenden und
1375 klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Um dies sicherzustellen, wollen wir
1376 Klimafreundlichkeit und Kreislaufwirtschaft in jährlichen Zielvereinbarungen mit konkreten
1377 Zielmarken verbindlich festhalten. Bis 2022 brauchen alle Berliner Landesunternehmen einen
1378 Fahrplan für die Klimaneutralität. Zudem wollen wir verbindliche Quoten für
1379 Kreislaufwirtschaft, den Ausbau der Solarenergie und Holzbau beim Neubau unserer
1380 landeseigenen Wohnungsunternehmen vereinbaren.

1381 **3. „Berliner Perspektivenprogramm für Langzeitarbeitslose“**

1382 Langzeitarbeitslose brauchen eine Perspektive, wir geben sie ihnen mit dem „Berliner
1383 Perspektiven Programm“. Wir werden die bestehenden Angebote zusammenfassen – die
1384 Möglichkeiten aus dem Teilhabechancengesetz des Bundes, die Mittel aus dem Europäischen
1385 Sozialfonds und die Mittel aus dem derzeitigen Landesförderprogramm, über das ca. 1.000
1386 Stellen gefördert werden. Wir machen Schluss mit dem komplizierten Nebeneinander und stocken
1387 das Landesprogramm auf. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
1388 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
1389 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

1390 **4. Digitalisierung in Schulen vorantreiben**

1391 Schon vor Corona war klar: Digitales Lernen an Berlins Schulen zu integrieren, ist
1392 überfällig. Dafür brauchen sie nicht nur die nötige technische Ausstattung, zu der
1393 Glasfaseranschluss, funktionierendes WLAN, Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte sowie

1394 eine funktionierende Lernplattform gehören, sondern auch nachhaltige und pädagogisch
1395 sinnvolle Konzepte für die Digitalisierung, abgestimmt auf die Bedarfe vor Ort. Damit es
1396 schnell geht, soll das Land Berlin mithilfe eines landeseigenen Unternehmens den Netzausbau
1397 selbst vorantreiben. Die Stabsstelle in der Bildungsverwaltung muss die organisatorische und
1398 strategische Steuerung der Digitalwende in Berlins Schulen übernehmen. Digitales Lernen und
1399 Lehren soll in den Unterricht systematisch integriert werden, damit Schüler*innen nicht nur
1400 den selbstständigen Umgang mit digitalen Tools und eigenständiges und zeitgemäßes Lernen
1401 einüben, sondern insgesamt fit gemacht werden für ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten in
1402 der digitalisierten Welt. Hierbei ist wichtig, dass alle Kinder ein kritisches Verständnis
1403 für die digitale (Daten-)Welt entwickeln, in der sie sich bewegen. Dafür brauchen wir
1404 pädagogische Konzepte, die Chancen und Risiken der Digitalisierung thematisieren und
1405 Schüler*innen zu digitaler Mündigkeit führen. Dafür bilden wir mehr Informatik-Lehrer*innen
1406 aus und fördern Data Literacy und die kritische Auseinandersetzung aller Lehrer*innen mit
1407 den Mechanismen und Logiken digitaler Bildungsmedien. Der digitale Kulturwandel in den
1408 Schulen, der „analoges“ Lernen nicht überflüssig machen, aber zu veränderten Inhalten und
1409 Arbeitsformen führen wird, trägt damit einen entscheidenden Teil dazu bei, den Auftrag des
1410 Schulgesetzes, Kinder zu mündigen Bürger*innen zu erziehen, zu erfüllen.

1411 **5. Wissenschaft für alle – Hochschulen und Studium sozial öffnen!**

1412 Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben, wissenschaftliche Bildung muss
1413 in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Startchancen unabhängig vom Elternhaus und vom
1414 sozialen Hintergrund allen offenstehen. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden
1415 Beratungen für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen und den
1416 Service rund ums Studium, wie studentisches Wohnen und Mensaversorgung, verbessern. Wir
1417 werden das Beste aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen einführen
1418 sowie flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich umsetzen. Wir kämpfen
1419 für eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit
1420 für den eigenen Bildungsweg eröffnet.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den
 2 unterschiedlichsten Biografien, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine Stadt, die der
 3 Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das Zusammenleben von
 4 Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des
 5 Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und
 6 Diskriminierungsschutz für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass
 7 diskriminierende und rassistische Strukturen sowie jedwede Formen der Diskriminierung und
 8 Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung keine Chance haben, dass niemand
 9 Angst haben muss, das eigene Leben frei zu gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung
 10 die Leitprinzipien einer offenen Gesellschaft. Wo verschiedene Formen der Diskriminierung
 11 und Ausgrenzung zusammenfallen, betrachten wir diese stets in ihrem Zusammenhang:
 12 Beispielsweise müssen Frauen-, Queer- oder Inklusionspolitik immer auch antirassistisch
 13 sein, so wie auch Antirassismus feministisch, queer und inklusiv sein soll. Unsere Politik
 14 ist intersektional. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb
 15 haben wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und
 16 Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Unser
 17 Frauenstatut dient seit über 30 Jahren erfolgreich als Grundlage dafür, Macht und Teilhabe
 18 in unserer Partei geschlechtergerecht zu verteilen. Darauf wollen wir aufbauen. Uns ist
 19 bewusst: Menschen, die der *weißen* Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen
 20 Privilegien kritisch reflektieren und aktiv Rassismus und Diskriminierung verlernen.
 21 Menschen, die in unserer Gesellschaft von Rassismus betroffen sind, müssen sichtbar werden,
 22 nicht nur zu Wort kommen und mitbestimmen können, sondern auch in die Entscheidungsprozesse
 23 einbezogen werden – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das ist ein
 24 erster wichtiger und notwendiger Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

25 Um dies zu erreichen, braucht es auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit
 26 unterschiedlichen Formen von Rassismus, etwa Rassismus gegen Schwarze Menschen,
 27 antimuslimischem Rassismus oder antiasiatischem Rassismus. So hat Berlin als erstes
 28 Bundesland eine Expertenkommission zu antimuslimischem Rassismus einberufen, deren
 29 Handlungsempfehlungen liegen seit September 2022 vor und müssen nun umgesetzt werden.

30 **Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft**

31 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen
 32 Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-
 33 Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
 34 voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt, Respekt.“ unterstützen wir
 35 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
 36 Antiziganismus und Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter
 37 ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine
 38 stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker
 39 an politischen Entscheidungen beteiligen. Wir wollen neue niedrigschwellige und inklusive
 40 Beteiligungsformate erproben und etablieren, die die Teilnahme von Menschen ermöglichen,
 41 deren Stimmen aufgrund von Zugangsbarrieren oder weil sie sich nicht angesprochen gefühlt

42 haben, bisher unsichtbar und unhörbar geblieben sind. Dazu wollen wir in allen Bezirken und
43 auf Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die temporär zu bestimmten Themen gebildet
44 werden und die gewählten Repräsentant*innen beraten.

45 **Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen**

46 Unsere Partei wurde durch die Frauenbewegung maßgeblich geprägt und ist mit aus ihr heraus
47 entstanden. Feministische Politik gehört zu unserer DNA – und wir sind erfolgreich. In der
48 grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich.
49 Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Mit der
50 intersektionalen Brille betrachtet ist das Defizit der Unterrepräsentation noch eklatanter:
51 Lesbische Frauen und Women of Color sind im Abgeordnetenhaus so gut wie kaum repräsentiert.
52 Das nehmen wir nicht hin! Wir prüfen, wie wir einen verfassungskonformen Weg für ein
53 Paritätsgesetz entwickeln können, damit alle Parteien verpflichtet sind, deutlich mehr
54 Frauen in die Parlamente zu schicken.

55 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in
56 den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das achte Berliner
57 Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein neuntes Frauenhaus, denn die
58 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen
59 und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den
60 Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
61 verabschiedet.

62 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele
63 Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes
64 Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

65 **Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

66 Unsere Stadt ist so bunt wie der Regenbogen und eine vielfältige queere Community gehört zum
67 Herzen der Regenbogen-Hauptstadt Berlin. Hier sollen sich alle queeren Menschen willkommen,
68 sicher und zuhause fühlen – egal ob hier geboren, zugezogen oder zu Besuch. Wir unterstützen
69 queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Dafür braucht es
70 Freiräume, die wir schützen wollen. Den bestehenden Maßnahmenplan, die „Initiative
71 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV), werden wir gemeinsam mit den lesbischen,
72 schwulen, bi-, trans- und inter-Communitys weiter ausbauen und neue Handlungsfelder
73 erschließen, um quer durch alle Ressorts die vielfältige Beratungs-, Empowerment- und
74 Antidiskriminierungsarbeit für LSBTIQ* im Bildungs- und Gesundheitsbereich über den
75 Gewaltschutz bis hin zur Kultur- und Erinnerungspolitik zu stärken. Durch einen
76 ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen,
77 bi-, trans- und inter-Communitys erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für
78 Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine
79 und Aktivist*innen zu Wort kommen und ihre vielfältigen, intersektionalen Perspektiven
80 einfließen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln.

81 **Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat**

82 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können,
83 Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir das größte
84 innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des
85 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir der Berliner Polizei bei konkretem
86 Verdacht auf terroristische Straftaten oder ähnlich schwere Verbrechen zusätzliche
87 Kompetenzen wie die Telekommunikationsüberwachung unter Richtervorbehalt eingeräumt und
88 gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei
89 gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines

90 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind
91 der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen
92 Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den
93 Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen
94 Reihen schonungslos aufdeckt, sich die dafür notwendigen diskriminierungskritischen
95 Kompetenzen und das erforderliche Wissen systematisch und kontinuierlich aneignet und so
96 vielfältig und offen ist wie unsere Stadt. Genau so entsteht Vertrauen. Gewalt und
97 Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Dagegen
98 braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln. Gewalt kann niemals ein legitimes Mittel
99 in der politischen Debatte sein. Sie disqualifiziert für jeglichen politischen Diskurs.
100 Rechtsextremismus ist dabei die größte Gefahr für die liberale Demokratie und die Sicherheit
101 in Deutschland und Berlin. Als Folge des Anschlags auf dem Breitscheidplatz haben wir die
102 Strukturen zur Bekämpfung von islamistischem Terror gestärkt. Wir errichteten ein neues Anti-
103 Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen. Die
104 Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss
105 Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Linksradikaler Gewalt treten wir wie jeder Form
106 von politisch motivierter Gewalt konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegen.

107 Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir erkrankte Polizist*innen entschädigt
108 und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet
109 werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr und Polizei wurden deutlich
110 angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr ist in der Planung, um
111 Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und Arbeitsbedingungen für
112 unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen. Die Ausweitung der
113 Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie Gesichtserkennung zur Gefahrenabwehr lehnen wir
114 ab.

115 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
116 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in
117 riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke
118 im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen Justizvollzugsanstalten wieder erreicht,
119 Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der
120 Justiz zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn
121 abzudrehen und Vermögen einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner
122 Staatsanwaltschaft gegründet. Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass
123 Lebensmittel nicht verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes
124 erfüllen. Um die Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir
125 Verbandsklagerechte ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der
126 Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

127 **Freiräume erhalten und fördern**

128 Berlin lebt von Kreativität, Freiräumen und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem. Gerade
129 in einer wachsenden Stadt und zu Zeiten steigender Preise geraten Freiräume unter Druck,
130 deshalb darf das Bekenntnis zu Freiräumen für Kunst, Kultur und alternativen Lebensmodellen
131 nicht nur ein Werbespruch bleiben. Wir brauchen deshalb auf Bundesebene eine Reform des
132 Gewerbemietrechts, die es den Kommunen ermöglicht, Räume zur Produktion von Kunst und
133 Kultur, für Bildungseinrichtungen und Kulturorte zu schützen, etwa durch die Ausweitung des
134 Milieuschutzes auf gewerbliche Räume. Auch setzen wir uns für den Schutz von Freiräumen ein,
135 die als Schutzräume für alternative Lebensentwürfe und marginalisierte beziehungsweise von
136 Diskriminierung betroffene Gruppen dienen. Wir wollen, dass alternative Freiräume
137 langfristig Bestand haben, in ihren Räumen bleiben können oder – falls nötig – neue Orte
138 erhalten, wenn ihre Existenz bedroht ist. Solange Land und Kommunen durch den Bund jegliche
139 Kompetenz für den Erhalt von diesen Freiräumen verwehrt bleibt, wollen wir im Fall von

140 Besetzungen dem Berner Vorbild folgen, damit nur und erst dann geräumt wird, wenn der
141 Besitzer eine geplante Nutzung der Räumlichkeit nachweisen kann. Generell haben bei
142 Besetzungen für uns politische Lösungen immer Vorrang.

143 **Kulturmetropole Berlin**

144 Berlin hat eine einzigartige Kunst- und Kulturszene. Wir wollen, dass alle Menschen in
145 dieser Stadt ungehindert und barrierefrei teilhaben können an Kultur und Künsten. Infolge
146 der Corona-Krise, durch Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler
147 Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute prekärer denn je. Der Wert von
148 Kunst und Kultur steht für sich und bleibt unabhängig von seiner kommerziellen
149 Verwertbarkeit. Deshalb kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von
150 Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso wie für
151 eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen. Wir werden dafür die
152 bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie
153 Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und der
154 kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt
155 – gerade auch in Jurys, Intendanten und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien
156 Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

157 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir
158 halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe
159 und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbar werden. Für die
160 überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
161 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und der
162 Kulturförderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Zur
163 kollektiven Erinnerungskultur gehört es auch, die Sichtbarkeit der ersten und zweiten
164 Generationen der Arbeitsmigrant*innen (Westberlin) sowie Vertragsarbeiter*innen (Ostberlin)
165 und ihrer Errungenschaften im Straßenbild zu erhöhen. Erinnerungsstrategien sowie die
166 Geschichten der Aufbaugeneration wollen wir gemeinsam mit Menschen, die über das
167 Anwerbeabkommen nach Deutschland migriert sind, und ihren (Enkel-)Kindern entwickeln und
168 umsetzen. Antirassistische, feministische und queere Perspektiven in den Museen wollen wir
169 weiter stärken und die Geschichte(n) dieser emanzipatorischen Bewegungen in den
170 Kultureinrichtungen und im Stadtbild Berlins sichtbar machen. Sammlungen, Archive und
171 Museen, die von sozialen Bewegungen selbst aufgebaut wurden, werden wir weiter unterstützen
172 und ihren Bestand auch in Zukunft gewährleisten.

173 **Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen**

174 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung. Wir
175 stehen solidarisch an der Seite der Ukraine und verurteilen den russischen Angriffskrieg
176 aufs schärfste. Auch viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit mit großer Sorge.
177 Das Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Italien, Polen, Ungarn,
178 Schweden und anderen Ländern droht die Europäische Union insgesamt zu zerstören. Die
179 sogenannten "LSBT*-freien Zonen" in Polen, die Anti-LSBTIQ*-Angriffe im russischen
180 Tschetschenien sowie die Rücknahme von queeren Rechten in Ungarn sind besorgniserregende
181 Menschenrechtsverletzungen, denen sichtbar entgegengetreten werden muss. Wir arbeiten über
182 unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und setzen uns im
183 „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der
184 Belange von LSBTIQ* ein. Der völkerechtswidrige und menschenverachtende russische
185 Angriffskrieg auf die Ukraine zwingt Millionen Menschen in die Flucht. Hier sagen wir einmal
186 mehr: Berlin soll ein sicherer Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend,
187 Armut oder der Klimakrise fliehen mussten. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen
188 eine Chance erhalten, sich hier ein Leben aufzubauen. Wir machen Berlin zu einer guten

189 Heimat für all diejenigen, die in Berlin Schutz suchen und hier leben wollen. Wir setzen uns
190 für die gerechte Öffnung der Strukturen für Geflüchtete ein – vom gerechten Zugang zu
191 (Aus)Bildung, Wohnung, Arbeit, ärztlicher Versorgung und sozialer Absicherung über Kunst und
192 Kultur und bis hin zur politischen Teilhabe, nicht zuletzt in unserer eigenen Partei. Wir
193 setzen uns dafür ein, dass Berlin zu einer starken Solidarity City wird.

194 **4.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen Diskriminierung**

195 Berlin ist offen. Offen für Neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen.
196 Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen.
197 Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige
198 Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes
199 Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der
200 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft
201 und gegen Stigmatisierung. Wir werden das LADG konsequent weiterentwickeln. Wir setzen uns
202 dafür ein, Diskriminierung aufgrund des Gewichts in den Merkmalskatalog aufzunehmen.
203 Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten „Diversity-Landesprogramm“ wird die
204 Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
205 vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das erste Bundesland, das eine
206 eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die Weichen in Richtung
207 Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

208 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins
209 arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann.
210 Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle
211 Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten
212 bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere
213 Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter,
214 Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige,
215 Betroffene von Antisemitismus, LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sinti*ze und
216 Rom*nja ebenso wie Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein
217 umfassender Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe,
218 gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und
219 staatlichen Institutionen. Das Beratungs- und Empowerment-Angebot werden wir im engen
220 Austausch mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den
221 Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Klassizismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa
222 im Zuge des Einsatzes von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen
223 auch den (psycho-)sozialen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch. Hinzu kommen
224 Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der Aktionsplan zur
225 Einbeziehung ausländischer Rom*nja, deren Landesgeschäftsstelle wir im Doppelhaushalt stark
226 verankert haben. Das Islamforum soll durch eine Geschäftsstelle gestärkt werden, um das
227 Potential der muslimischen Gemeinden für Teilhabe und Partizipation zu nutzen.

228 **Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen**

229 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft
230 öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln.
231 Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen
232 identifiziert und abgebaut werden. Dazu gehört auch, die Verwaltung mehrsprachig
233 auszurichten. Deshalb wollen wir für Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Kundenkontakt
234 verstärkt Sprachkurse anbieten. Damit das Landesantidiskriminierungsgesetz seine Wirkung
235 zeigen kann, werden wir die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf dieses
236 Gesetz schulen und zu rassismus- und diskriminierungskritischen Kompetenzen fortbilden.
237 Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen wir Aktivitäten für

238 Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner
239 Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity-Landesprogramm stetig fortentwickeln und auf
240 eine gesetzliche Grundlage stellen. Wir wollen eine strukturelle und einheitliche
241 Verankerung von Antidiskriminierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Landes und der
242 Bezirke. Dazu gehören unabhängige diskriminierungskritische Untersuchungen der internen
243 Organisationsstrukturen und -abläufe, die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren
244 und -stellen bei Rassismus und Diskriminierung sowie die Implementierung von
245 Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Wir wollen in den
246 Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.
247 Angelehnt an den sogenannten „Gender-Check“ wollen wir zukünftig einen „Diversitäts-Check“
248 einführen. Im Sinne eines modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats
249 vorab auch auf potentiell diskriminierende bzw. diversitätstfördernde Wirkungen hin
250 untersucht werden.

251 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist
252 die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von
253 strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen
254 Zuschreibungen betroffenen Gruppen entsprechend der UN-Antirassismuskonvention (ICERD), in
255 der Verwaltung erreichen und konsequent die Repräsentation von Schwarzen Menschen und People
256 of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung durch positive Maßnahmen und durch
257 verbindliche Zielvorgaben wie zum Beispiel eine Zielquote im öffentlichen Dienst fördern.
258 Wir begrüßen die in der Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der
259 Migrationsgesellschaft (PartMigG) festgeschriebenen Berichtspflichten und regelmäßigen
260 Mitarbeiterbefragungen zu Migrationshintergrund und Diskriminierungserfahrung, die die
261 Personalentwicklungen in den Berliner Verwaltungen nachvollziehbar machen und die Grundlage
262 für die regelmäßigen Zielvereinbarungen auf allen Hierarchieebenen bilden. Wir stehen zwar
263 der Kategorie „Migrationshintergrund“ (rassismus-)kritisch gegenüber, aber sind auf deren
264 Verwendung derzeit leider wegen der Vergleichbarkeit mit der aktuellen statistischen
265 Bezugsgröße angewiesen; dieser Begriff ist derzeit die einzige vom Mikrozensus statistisch
266 erhobene Größe. Perspektivisch wollen wir, dass Gleichstellungsdaten von Menschen mit
267 Rassismuserfahrung erfasst werden. Wir setzen uns dafür ein, das Personalvertretungsgesetz
268 dahingehend zu novellieren, dass es analog zur Frauenvertretung ebenso eine Vertretung von
269 und für BPoC bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst gibt, um die
270 Fördermaßnahmen und die Durchsetzung der verbindlichen Zielvereinbarungen zu überwachen. Wir
271 fordern die ersatzlose Streichung des Begriffs „Integration“ aus dem neuen Gesetz zur
272 Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft, der Menschen mit
273 Rassismuserfahrung demütigt und nichts als eine leere Worthülse ist. Dabei machen wir uns
274 eine intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung von
275 Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden – beispielsweise durch
276 Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-
277 Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen
278 dies absolut notwendig ist. Wir stärken die Rechte von trans, inter und nichtbinären
279 Menschen, indem wir in allen Behörden, Einrichtungen und Beteiligungen des Landes Berlin
280 dafür sorgen, dass Geschlechts- und/oder Namenseintrag sowie Anrede selbstbestimmt und
281 unbürokratisch wählbar sind und entsprechend in internen wie externen Dokumenten angepasst
282 werden. Die Beratung hierzu wollen wir ausweiten.

283 **Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen**

284 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
285 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie.
286 Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen
287 stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen. Berlin

288 wird sich weiterhin an der Umsetzung der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“
289 beteiligen. In enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft sollen Maßnahmen gegen anti-
290 Schwarzen Rassismus umgesetzt werden, die im Kontext des Konsultationsprozesses erarbeitet
291 worden sind. Wir haben die Finanzierung eines Schwarzen Community-Zentrums erreicht.

292 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber,
293 dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen
294 wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode
295 einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um
296 systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte
297 politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die
298 von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen,
299 Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im „Diversity-
300 Landesprogramm“ zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in
301 Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden und anderen Bereichen der Gesellschaft wie den
302 Bildungseinrichtungen des Landes identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus,
303 Antisemitismus, Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und andere Formen der
304 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht
305 bleiben: Die Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche
306 Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung,
307 interne und externe Regeln und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den
308 Sicherheitsbehörden und in der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse
309 weiterentwickeln, das gilt besonders für die Ausbildung angehender Polizist*innen und
310 Jurist*innen. Es ist elementar für Prävention von und Schutz vor Diskriminierungen,
311 diskriminierungskritische Diversity-Seminare in diesen Ausbildungen fest zu verankern. Uns
312 ist es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial
313 Profiling betroffen sind – unter anderem Schwarzen Menschen, als türkei- und arabischstämmig
314 wahrgenommenen Menschen, Sinti*ze und Rom*nja –, bei der Entwicklung und Umsetzung von
315 Maßnahmen einzubeziehen und die Expertise aus den Communitys angemessen zu vergüten. Wir
316 begrüßen die Einrichtung eines Beirats für Rom*nja und Sinti*ze im Rahmen der Novelle des
317 Partizipations- und Integrationsgesetzes und wollen dessen Arbeit konstruktiv begleiten.

318 **Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen**

319 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe
320 und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen
321 und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken und die Einbürgerungsquote erhöhen.
322 Einbürgerungen wollen wir in allen Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung
323 gestalten. Die Möglichkeiten der Einbürgerung wollen wir aktiv und zielgruppengerecht
324 bewerben, etwa durch eine Neuauflage der Berliner Einbürgerungskampagne. Für Menschen, die
325 seit Jahren hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein
326 Ausschlusskriterium sein. Wir werden uns dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden bei der
327 Antragstellung abzubauen. Mit einer besseren technischen und bei Bedarf auch personellen
328 Ausstattung der Standesämter wollen wir darauf hinwirken, dass die derzeit teils langen
329 Bearbeitungszeiten signifikant verkürzt werden. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch
330 wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das
331 kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet werden, die ihren
332 Lebensmittelpunkt in Berlin haben, und dass Einbürgerungen erleichtert werden: Wer in
333 Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten, deutsche*r Staatsbürger*in zu
334 werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.
335 Damit schaffen wir eine weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

336 **Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken**

337 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
338 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für
339 Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte,
340 Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade
341 viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer
342 profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass
343 dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung
344 von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen
345 genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken
346 und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche
347 Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben.
348 Beispielsweise können Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Gemeinderäumen von Kirchen, Moscheen,
349 alevitischen Cem-Häusern, Synagogen und anderer Religionsgemeinschaften, die ihre
350 Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez öffnen, gefördert werden.

351 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte
352 für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf
353 sehen. So wollen wir die rechtlichen und tatsächlichen historischen Vermögensverschiebungen
354 untersuchen, auf deren Grundlage heute Staatsleistungen im Land Berlin gewährt werden.
355 Darauf aufbauend wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der
356 bundespolitischen Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die
357 Ablösung der historischen Staatsleistungen treten. Für uns ist klar: Religion und
358 Religionsgemeinschaften sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne
359 Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen Regimen stehen und unsere Verfassung nicht
360 vollumfänglich anerkennen. Damit ein bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte
361 – beispielsweise in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder der Akzeptanz verschiedener
362 sexueller Orientierungen – nicht relativiert werden. Dies ist Voraussetzung für eine
363 Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und
364 für deren öffentliche Unterstützung. Wir wollen in Kooperation mit den Berliner karitativen
365 und sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft sowie den Gewerkschaften und
366 Arbeitnehmervertretungen zu Vereinbarungen gelangen, in denen diese Betriebe auf die
367 Anwendung des kirchlichen Arbeitsrechts verzichten. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen
368 der Erinnerungskultur sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere
369 den beiden großen christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten
370 zivilgesellschaftlichen Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der
371 kulturellen Vielfalt unserer Stadt besser gerecht werden. Wir wollen das
372 Kirchenaustrittsgesetz Berlin dahingehend ändern, dass für die austretenden
373 Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an, dass künftig Kirchenaustritte auch
374 im Online-Verfahren möglich sind. Wir wollen erreichen, dass ab der kommenden
375 Legislaturperiode die Zusammensetzung der Mitglieder im ZDF-Fernsehrat und im RBB-
376 Rundfunkrat die Vielfalt in der Gesellschaft besser abbildet und für die konfessions- bzw.
377 religionsfreien Menschen jeweils ein Sitz eingerichtet wird.

378 **4.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die Hälfte der Macht den Frauen**

379 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement
380 trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats-
381 und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten
382 Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160
383 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
384 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen
385 verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz. Hierbei setzen wir uns für eine queer-
386 feministische Auslegung der Quote ein. Nur so erreichen wir langfristig gerechte Politik für

387 alle Geschlechter. Doch Parität im Abgeordnetenhaus ist nicht genug! Wir setzten uns auch
388 dafür ein, dass Parität in allen Bereichen Berlins – von Kultur über Wissenschaft, Medien,
389 Verwaltung, Start-up-Szene und landeseigene Unternehmen – dort verbindlich festgeschrieben
390 und umgesetzt wird, wo es uns mit rechtlichen und politischen Mitteln möglich ist. Dafür
391 wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz mit verbindlichen Zielgrößen und
392 Sanktionsmöglichkeiten weiterentwickeln.

393 **Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen**

394 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine
395 Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den
396 Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während
397 Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten
398 Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten.
399 Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
400 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

401 **Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin**

402 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und
403 Bezirksverwaltungen begonnen hat. Nach vielen Jahren des Stillstands im Bereich Gender-
404 Budgeting, also der geschlechtergerechten Haushaltsführung, ist es durch eine grüne
405 Initiative im Abgeordnetenhaus gelungen, die Grundlagen des Gender-Budgetings in Berlin zu
406 novellieren und neu auszurichten. Eine deutliche Ausweitung der qualitativen und
407 quantitativen Gender-Budgeting-Daten ermöglicht nun wirkungsvolle Zielvorgaben und
408 Steuerungsmaßnahmen. Wir wollen mit dem nächsten Haushaltsplan ein Gender-Budgeting-
409 Controlling einziehen, das für alle Geschlechter gilt! Um die Umsetzung weiter
410 voranzutreiben, werden wir uns zudem für ein Gender-Budgeting-Referat in der
411 Finanzverwaltung einsetzen und einen Beirat einrichten, der externe Expertise aus
412 Zivilgesellschaft und Wissenschaft bündelt. Außerdem wollen wir flächendeckende Schulungen
413 zur Anwendung und Implementierung der neuen Gender-Budgeting-Ziele innerhalb der Verwaltung
414 einführen. Wir werden zudem prüfen, wie auch weitere Diversitätskriterien in Gender-
415 Budgeting integriert werden können. Auch mit der Gründung der Unternehmerinnenakademie und
416 dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu
417 stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun
418 mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
419 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken,
420 das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder
421 Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung
422 einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser Ziel ist eine
423 emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen
424 entsprechend schulen.

425 **Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben**

426 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische
427 Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, trans, inter, Schwarze Frauen
428 und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige
429 Folgen für deren Gesundheit hat.

430 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz,
431 dass wir das achte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine
432 Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein neuntes Frauenhaus. Das Personal in
433 Frauenhäusern soll diskriminierungssensibel geschult sein, um so mehr Schutzräume für
434 besonders von Diskriminierung betroffene Gruppen zu schaffen. Auch die Beratung von

435 Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-
436 Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders
437 vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere
438 (mehrfach) marginalisierte Frauen sowie nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
439 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

440 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien
441 gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür
442 gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen
443 ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein
444 Expertengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für das
445 Thema sensibilisiert.

446 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht
447 sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot durch den Einbezug der relevanten
448 Communitys weiter ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention
449 stärken. Hilfestrukturen für Frauen müssen dort gefestigt werden, wo der Bedarf besteht.
450 Soziale Träger dürfen nicht zu Opfern der Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt werden.
451 Deshalb werden wir die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten für
452 diese Träger als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern.

453 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans, inter und nichtbinäre Personen nicht
454 mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Dabei sind die
455 Vorgaben der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich. Der erste Schritt ist, Gewalt gegen
456 Frauen als solche zu benennen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die
457 Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer
458 regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle, wie auch in der Istanbul-Konvention festgelegt,
459 wollen wir Gewalt gegen Frauen, insbesondere Femizide, in Berlin erfassen, untersuchen und
460 mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige
461 Maßnahmen gegen misogynen Gewalt entwickeln. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite
462 von niedrigschwelligen mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten,
463 Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen stetig auszuweiten. Die vertrauliche Spurensicherung
464 und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken
465 etablieren. In den letzten Jahren haben wir die Bekämpfung organisierter Kriminalität im
466 Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies
467 fortsetzen. Schutzprogramme für Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir
468 weiter ausbauen. Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von
469 Menschenhandel zwingend nötig. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen
470 wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

471 **Selbstbestimmte Sexarbeit stärken**

472 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher
473 und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und
474 Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung
475 und -versorgung nachbessern, dabei müssen auch die Rechte und Bedürfnisse von trans, inter
476 und nichtbinären Sexarbeiter*innen berücksichtigt werden. Wir setzen uns für einen
477 erleichterten Leistungsbezug bei den Jobcentern und Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie
478 für die Abschaffung des stigmatisierenden „Prostituiertenschutzgesetzes“ ein. Essentiell
479 ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von Sexarbeiter*innen einbezogen werden.
480 Wohnungslose Sexarbeiter*innen benötigen zudem Zugang zu sicheren Unterkünften. Mit Blick
481 auf Straßenstriche ist es unerlässlich, den Dialog zwischen Sexarbeiter*innen,
482 Beratungsstellen und Anwohnenden zu stärken, um Stigmatisierung und Diskriminierung von
483 Sexarbeiter*innen entgegenzuwirken. Der von uns unter Rot-Rot-Grün einberufene Runde Tisch

484 Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben,
485 evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen, um die Rechte und Arbeitsbedingungen von
486 Sexarbeiter*innen zu verbessern. Wir wollen der Stigmatisierung von Sexarbeit entgegenwirken
487 und gesellschaftliche Vorurteile abbauen. Einsatzkräfte und Beamt*innen im Kontakt mit
488 Sexarbeiter*innen müssen Weiterbildungen zu diskriminierungssensiblen Umgang absolvieren.

489 **Gesundheit – endlich geschlechtergerecht**

490 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und inter, nichtbinären sowie trans Personen werden wir
491 verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Gynäkolog*innen in allen Bezirken zu sichern und den
492 Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten.
493 Gleichzeitig haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir
494 in Kreißsäle investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht
495 haben und mit einer digitalen Plattform die Suche nach Hebammen erleichtern.

496 Wir wollen gendersensible Sexuaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den
497 Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche
498 Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und
499 gezielt sowohl Frauen, trans Männer, inter und nichtbinäre Personen und queere Personen in
500 der medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe
501 wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von Frauen,
502 trans Männern, inter und nichtbinären Menschen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen
503 Gesundheit zu sensibilisieren.

504 **Auftrag an die Bundesregierung**

505 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter
506 bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten
507 Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den
508 Gender-Care-Gap und den Gender-Pay-Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende
509 des Ehegattensplittings sowie die (steuer-)rechtliche Gleichstellung von heterosexuellen,
510 gleichgeschlechtlichen und Ein-Eltern-Familien kämpfen wir auf Bundesebene.

511 **4.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

512 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
513 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der
514 sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger
515 Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso
516 wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der
517 Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden. Darum
518 unterstützen wir die vielfältigen queeren Communitys unserer Stadt dabei, sichere und
519 barrierefreie Räume in der ganzen Stadt zu finden, Teilhabehürden und Ausgrenzungen
520 abzubauen und gemeinsam mit anderen Gruppen für eine inklusivere und solidarische
521 Stadtgesellschaft zu streiten.

522 **Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern**

523 Wir haben die ganze Stadt im Blick. Der Zugang zu queerer Infrastruktur und insbesondere
524 Beratungs- und Empowerment-Angeboten darf nicht davon abhängen, wo LSBTIQ* in Berlin wohnen.
525 Gleiche Chancen, gleicher Zugang zu Unterstützungsangeboten, flächendeckende und
526 barrierefreie queere Infrastruktur muss es für alle überall geben. Wir haben in den letzten
527 Jahren dafür gesorgt, dass Angebote dazugekommen sind, seien es das erste queere
528 Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle
529 queere Bildung oder seit 2018 der „Berliner Preis für Lesbische* Sichtbarkeit“ zur Würdigung
530 des Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir

531 brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere Menschen,
532 insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Dazu
533 gehören auch spezifische Betreuungsangebote und Safe Spaces für besonders marginalisierte
534 Gruppen wie trans, inter und nichtbinäre Personen. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von
535 LSBTIQ* in allen bestehenden und neuen Einrichtungen berücksichtigt und ernst genommen
536 werden. Egal ob Familienzentrum, Seniorenheim oder Jugendclub – in all diesen Einrichtungen
537 muss es Angebote für LSBTIQ* geben. Queere Infrastruktur, darunter auch Safe Spaces wie Bars
538 und Clubs, vor Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe. Die großen queeren
539 Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum, die jedes Jahr viele Gäste aus der ganzen Welt
540 nach Berlin locken, wollen wir nach den harten Einschnitten der Pandemie gezielt und
541 dauerhaft unterstützen.

542 **Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt**

543 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
544 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
545 diskriminiert und tötlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an.
546 Wir werden die Präventions- und Antigewaltarbeit für LSBTIQ* weiter ausbauen und eigenes
547 Beratungsangebot für trans, inter und nichtbinäre Betroffene von Queerfeindlichkeit
548 einrichten. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in
549 akuten Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der
550 bisherigen Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur
551 „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

552 Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Stärkung dieses ressortübergreifenden
553 Maßnahmenplans, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans- und inter-
554 Communitys erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für
555 LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu
556 Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine
557 wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn Zugang zu
558 Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom Wohnort abhängen. Wir haben
559 verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-Angelegenheiten benennt, die
560 als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas
561 und Schulen müssen Geschlechterstereotype hinterfragt und geschlechtliche und sexuelle
562 Vielfalt stärker anerkannt werden. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die
563 die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung, die Ansprechpersonen für LSBTIQ* an
564 allen Berliner Schulen und die Vielfaltsbroschüre für Kita-Fachkräfte.

565 **Lesbische Sichtbarkeit stärken**

566 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben,
567 lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Das gilt auch für die Zukunft.
568 Die neu gestarteten Projekte wollen wir fortsetzen, den Preis für Lesbische Sichtbarkeit
569 auch in den kommenden Jahren verleihen, die Antigewaltarbeit ausbauen und neue
570 Handlungsfelder erschließen, bei denen die besonderen Bedarfe von Lesben bislang zu wenig
571 Berücksichtigung finden, etwa bei der gesundheitlichen Versorgung. Die Verwirklichung des
572 ersten inklusiven Frauen-/Lesbenwohnprojekts ist uns ein besonderes Anliegen. Zudem werden
573 wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben.
574 Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn
575 sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen
576 dieses dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

577 **Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin**

578 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir
579 eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der
580 sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans, inter und nichtbinäre Menschen ihren
581 Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können. Momentan
582 gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen. Solange
583 sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in denen
584 das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir die
585 selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen. Wir
586 setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in
587 allen öffentlichen Einrichtungen und in der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird,
588 inklusive der Anpassung aller Formulare. Bestehende Hürden bei einer Änderung des
589 Geschlechtseintrags wollen wir weiter abbauen.

590 **Queere Rechte in Europa und weltweit**

591 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit
592 verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites
593 Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch
594 gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die
595 sogenannten „LSBT*-freien Zonen“ in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen
596 und müssen aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in
597 über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

598 **4.4 Freiheit schützen und bewahren**

599 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten
600 Biografien, Identitäten, Zielen und Träumen. Alle Berliner*innen haben gemeinsam, dass sie
601 selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein
602 können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von
603 staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
604 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu
605 beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen
606 erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und
607 des Rechtsstaates aufgegeben.

608 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform
609 in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und
610 Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran
611 andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den
612 Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der
613 Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
614 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen.
615 Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert
616 werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von
617 Beamt*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz
618 von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein
619 Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem
620 Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
621 weiter.

622 **Prävention ist der beste Weg**

623 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir
624 wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Dauerhaft abgesicherte und
625 aufsuchende Aufklärungs- und Beratungsangebote sind dabei genauso wichtig wie die enge und

626 klar strukturierte Zusammenarbeit von Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder
627 Sozialämtern. Ordnungs-, Jugend- und Sozialämter müssen angemessen ausgestattet werden,
628 damit sie ihre Aufgaben zuverlässig und flächendeckend wahrnehmen können. Prävention
629 bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen
630 werden. Uns geht es darum, sichere öffentliche Räume zu schaffen, gesellschaftliche
631 Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen und möglichen Täter*innen Alternativen zu
632 bieten, um so Kriminalität vorzubeugen.

633 **Polizei vor Ort stärken**

634 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe
635 schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter
636 ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger
637 Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert
638 werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die
639 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
640 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
641 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

642 **Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt**

643 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin
644 zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden
645 wir die Polizei jünger, weiblicher, diverser sowie diskriminierungskritischer machen. Wir
646 werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für
647 sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der
648 Aus- und Fortbildung ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung,
649 rassistische Tendenzen oder Rechtsextremismus in der Polizei werden wir untersuchen und mit
650 allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin keinen Platz.

651 **Handeln zählt**

652 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn
653 Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an
654 sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet
655 und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat
656 etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der
657 Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir Kontrollen, bei denen nicht im Einzelfall eine
658 konkrete Gefahr vorliegt, ebenso ab wie Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder
659 persönlicher Eigenschaften. Wir werden daher solche verdachtslosen Kontrollen abschaffen und
660 kritisch prüfen, ob diskriminierende Fahndungsmethoden in der Berliner Polizei vorhanden
661 sind. Auch ohne verdachtslose Kontrollen verfügt die Polizei über genügend Maßnahmen, um den
662 Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

663 Polizeiliches Handeln muss weiterhin transparenter werden. Dazu werden wir weitere
664 Mechanismen in der Berliner Polizei etablieren. Wer beispielsweise Ziel einer polizeilichen
665 Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft bedrängt und unter
666 unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweis- und Aufklärungspflichten
667 einführen, so dass jede*r weiß, warum er kontrolliert wurde und welche
668 Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Dies betrifft auch die polizeiliche Datenverarbeitung.
669 Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner Polizist*innen schafft Vertrauen und
670 stärkt die Arbeit der gesamten Polizei. Auch können so Abläufe in der Polizei optimiert
671 werden. Um strukturellen Problemen begegnen und Veränderung gezielt ermöglichen zu können,
672 wollen wir eine unabhängig konzipierte und durchgeführte Studie zu strukturellem Rassismus,
673 rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellung und Racial Profiling in

674 den Berliner Sicherheitsbehörden, angelehnt an den Berlin Monitor. Überdies möchten wir,
675 dass als vertrauensbildende und präventive Maßnahme „Community Policing“-Konzepte entwickelt
676 und umgesetzt werden, die einen diskriminierungskritischen Austausch zwischen der Polizei
677 und potentiell von Racial Profiling betroffenen Communitys fördern.

678 Zu den Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln haben wir einen
679 parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt und werden die Vorkommnisse dort auf
680 Genaueste untersuchen.

681 **Sicherheitsbehörden stärken**

682 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch
683 die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch
684 Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten
685 werden wir familienfreundlicher machen, zum Beispiel durch die Ermöglichung von Homeoffice,
686 die Gesundheit der Beamt*innen besser und nachhaltiger schützen, Millionen von Überstunden
687 abbauen und die Ausstattung verbessern. Polizist*innen und Feuerwehrleute, die im Dienst
688 angegriffen werden, werden wir unsere Unterstützung geben. Nach solchen Übergriffen braucht
689 es verbindliche, destigmatisierende Hilfsangebote, die bei Bedarf in Anspruch genommen
690 werden können. Dazu gehört auch, dass wir unkontrolliertes und rücksichtsloses Böllern an
691 Silvester aufgrund der Auswirkungen auf Mensch und Tier verbieten. Wir wollen daher die
692 Einrichtung von mehr öffentlichen professionellen Feuerwerken in der Silvesternacht sowie
693 die Ausweitung böllerfreier Zonen.

694 **Flexible Hilfsangebote für komplexe Lagen**

695 Wir brauchen multiprofessionelle Kriseninterventionsteams, die nach einem Notruf statt oder
696 ergänzend zur Polizei losgeschickt werden können. Die Polizei ist oft nicht die richtige
697 Antwort auf soziale Probleme in unserer Stadt. Wer sich in einer akuten psychischen Krise
698 befindet, marginalisiert ist, durch Obdachlosigkeit in eine Notlage gerät oder Opfer
699 häuslicher Gewalt wurde, sollte keine Angst haben müssen, den Notruf zu wählen. Komplexe
700 Lagen erfordern flexible Antwortmöglichkeiten, die zur tatsächlichen Hilfe bei Betroffenen
701 beitragen können. Angebote wie Storchenmobile wollen wir stärken, auch um den Rettungsdienst
702 zu entlasten.

703 **Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat**

704 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer
705 weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer schwammigerer rechtlicher Grundlage zu
706 schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Auch Geflüchtete und Migrant*innen besitzen ein
707 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Gesetzesinitiativen zur polizeilichen und
708 sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der EU wollen wir als Land Berlin kritisch und
709 unter Ausnutzung der uns zur Verfügung stehenden Mitwirkungsrechte begleiten. Sicherheit
710 entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und
711 Privatsphäre aller. Wir wollen die Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen auf
712 das unbedingt erforderliche Maß begrenzen, einen Missbrauch durch technische und
713 organisatorische Vorkehrungen verhindern und bestehende Befugnisse in diesem Sinne
714 überprüfen. Den Einsatz biometrischer Überwachungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen
715 und in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs lehnen wir ab. Wir lehnen Eingriffe in die
716 intimste Privatsphäre ab und sprechen uns daher gegen den Einsatz von Staatstrojanern und
717 Online-Durchsuchungen zur Gefahrenabwehr aus. Die Sicherheitsbehörden brauchen effektive und
718 wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus, aber diese müssen klar definiert,
719 rechtsstaatlich eingehegt und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden sein. Weitreichende
720 Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit, sondern zerstören das
721 essentielle Vertrauen in staatliche Institutionen. Zu viele, unsystematisch erhobene Daten

722 können dazu führen, dass aufgrund der schieren Menge wichtige Anhaltspunkte übersehen
723 werden, wodurch die Strafverfolgung oder die Gefahrenabwehr erschwert werden kann.

724 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
725 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen, Strukturen und
726 Bestrebungen. Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und eine umfangreiche
727 parlamentarische Kontrolle, die wir auch zukünftig weiter stärken wollen. Der Berliner
728 Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren wichtigen Herausforderungen stellen, hat
729 aber dabei bewiesen, dass er in seiner jetzigen Systematik nicht dafür aufgestellt ist, den
730 Herausforderungen einer wachsenden abstrakten und konkreten Bedrohung durch diverse
731 demokratiegefährdende Bestrebungen zu begegnen. Durch den islamistischen Terroranschlag auf
732 dem Breitscheidplatz, im Kontext der rechtsextremen Anschlagsserie in Neukölln oder durch
733 die illegale Datenweitergabe aus dem Verfassungsschutz hat der Berliner Verfassungsschutz
734 weiter an Vertrauen verloren und ist seiner Aufgabenerfüllung nicht gerecht geworden. Er hat
735 sich in Bund und Ländern nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems erwiesen.
736 Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu schaffen, wollen wir den
737 Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form mittelfristig abschaffen. Hierfür erstellen wir in
738 der kommenden Legislaturperiode im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation einen
739 konkreten Fahrplan zur Erneuerung der Berliner und der bundesweiten Sicherheitsarchitektur.
740 Zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form lehnen
741 wir ab. Das System der V-Leute muss abgeschafft werden.

742 **4.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat**

743 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle
744 Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung
745 behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den
746 vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt.
747 Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen
748 Justizvollzugsanstalten die Soll-Personalstärke wieder erreicht. Nach jahrzehntelangem
749 Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit dessen Umsetzung begonnen: Mit dem
750 Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein
751 zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit
752 einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir insbesondere begonnen die
753 Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundzusanieren. Wir sind dabei, Richter*innen
754 mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine gesetzliche
755 Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel geschafft, um die
756 Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

757 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

758 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet
759 der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner
760 Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem
761 die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden.
762 Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit
763 anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen
764 organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
765 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Ein Immobilienregister,
766 das die wirtschaftlich Berechtigten offenlegt und die Verschleierung von Besitzverhältnissen
767 über Briefkastenfirmen beendet, kann das hohe Risiko der Geldwäsche in diesem Bereich
768 absenken. Generell sollen Immobilienkäufe nur noch unbar abgewickelt werden dürfen. Auch die
769 Bauaufsichten sollen bei unklaren Eigentumsverhältnissen berechtigt werden, vor Erteilung
770 einer Baugenehmigung Auskunft über die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer zu verlangen.

771 Den eingeschlagenen Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen
772 wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit
773 wollen wir weiter stärken.

774 **Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen**

775 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung
776 wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht
777 als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum
778 immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die
779 Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können.
780 Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen
781 Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
782 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich
783 hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der
784 Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
785 eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter
786 vorantreiben.

787 **Opfer stärken**

788 Opfer von Straftaten stärker in den Blick nehmen ist uns in der Rechts- und
789 Sicherheitspolitik ein großes Anliegen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem
790 Breitscheidplatz haben wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen
791 und deren Angehörige eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen
792 und aktiv auf die Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die
793 psychosoziale Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit
794 traumatische Folgen möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft
795 eine wichtigere Rolle spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet
796 entgegenzutreten, haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität
797 gegründet und wollen in einem Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten.
798 Sie soll psychologische Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer
799 Anzeige bieten.

800 **Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen**

801 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und
802 bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am
803 Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen,
804 Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit
805 spezifischer Fachfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie
806 eingesetzt werden können. Vorerfahrenszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im
807 Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen
808 Folgen der Schichtarbeit abzumildern. In der Justiz und auch in anderen Bereichen brauchen
809 wir Jurist*innen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse und ihre Rolle darin bewusst
810 wahrnehmen, Empathie gegenüber Rechtssuchenden aufbringen und die Vielfalt der Gesellschaft
811 widerspiegeln. Deshalb wollen wir in der juristischen Ausbildung die Grundlagenfächer
812 stärken, kritische Rechtswissenschaft fördern und Diversity-Kompetenz als juristische
813 Kernkompetenz anerkennen. Wir wollen die Prüfungsbedingungen der Staatsexamina verbessern
814 und lehnen eine Schwächung des universitären Schwerpunkts ab. Das elektronische Examen
815 werden wir einführen und haben dazu mit einer Testphase begonnen, die Möglichkeit eines
816 Teilzeit-Referendariats wollen wir einführen. Auch die Förderung von Frauen werden wir
817 weiter stärken: mit einem transparenten Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch
818 besetzten Gremien und Vorschlagslisten für den Richterwahlausschuss.

819 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen
820 und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so
821 divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und
822 Beförderungen ändern. Insbesondere sind BPoC unterrepräsentiert. Es ist daher notwendig,
823 diese Gruppen vermehrt für das Jura-Studium zu gewinnen und auf ihrer weiteren Laufbahn zu
824 fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsbildung sowie Fortbildungen zu
825 Rassismus, Sexismus und Trans- und Homosexuellenfeindlichkeit fester Bestandteil des Jura-
826 Studiums, des Referendariats und der verbindlichen Qualifizierungsmaßnahmen für
827 Rechtsanwält*innen, Staatsanwaltschaft und Richter*innen werden, mit dem Ziel, Jurist*innen
828 dazu zu befähigen, rassistische, trans-/homosexuellenfeindliche und sexistische Straftaten
829 als solche zu erkennen, diese effektiv zu verfolgen und mit den Opfern solcher Taten
830 angemessen umzugehen.

831 **Rechtsstaat braucht Infrastruktur**

832 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit
833 wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit
834 die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden
835 wir energetisch sanieren und den bereits begonnenen Bau von Solaranlagen und
836 Blockheizkraftwerk forcieren.

837 **Digitalisierung voranbringen**

838 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
839 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner
840 Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das
841 künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und
842 Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung
843 der Prozessgrundsätze.

844 **Rechtsstaat für alle**

845 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein,
846 dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem
847 Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu
848 Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist!
849 Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir
850 ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete,
851 werden wir weiterführen.

852 **Gefangene werden Nachbar*innen**

853 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht.
854 „Wegsperrten!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu
855 dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten
856 können und nicht rückfällig werden. Denn die Resozialisierung der Gefangenen ist ein guter
857 und nachhaltiger Schutz der Gesellschaft vor Straftaten. Der Strafvollzug ist außerdem der
858 eingriffsintensivste Bereich des Staates, weshalb wir den Grundrechtsschutz für Gefangene
859 und ihre Familien weiter verbessern werden.

860 Der offene Vollzug ist am besten geeignet, um die Gefangenen zu resozialisieren und die
861 schädlichen Folgen der Haft zu minimieren. Gerade im Jugendstrafvollzug wollen wir den
862 offenen Vollzug daher weiter stärken und daneben weitere freie Formen des Vollzugs erproben.
863 Den Anteil der vorzeitigen Entlassungen in Berlin wollen wir mindestens auf den
864 Bundesdurchschnitt erhöhen. Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen
865 gemeinnützige Arbeit verrichten, statt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir

866 finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu verantworten ist, setzen wir auf offenen
867 Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern. Die besondere Situation von
868 LSBTIQ* und für Menschen mit HIV im Strafvollzug werden wir weiterhin besonders
869 berücksichtigen und treten für einen diskriminierungsfreien Umgang ein.

870 Strafgefangene brauchen mehr und zeitgemäße Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere
871 Betreuung vor und nach der Entlassung, besonders substituierte Gefangene. Wir haben daher
872 das bundesweit einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In
873 den kommenden Jahren werden alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu
874 Internet und E-Mail erhalten – um den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale
875 Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so
876 funktioniert Resozialisierung und wird die „zweite Chance“ auch eine echte Chance.
877 Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten Bediensteten. Wir werden
878 daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter steigern und ihn flexibler
879 gestalten, vor allem durch eine neue Laufbahn im gehobenen Dienst.

880 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke
881 und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe
882 arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft
883 zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden
884 wir fortsetzen.

885 **Strafrecht als „Ultima Ratio“**

886 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
887 Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über
888 Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den
889 Besitz von Drogen wollen wir entkriminalisieren. Elemente aus der NS-Zeit wollen wir endlich
890 aus dem Strafgesetzbuch verbannen. Entkriminalisierung muss überwiegend auf Bundesebene
891 geregelt und umgesetzt werden. Unseren Handlungsspielraum auf Landesebene werden wir unter
892 anderem nutzen, um die geringe, nicht verfolgbare Menge von Drogen heraufzusetzen.

893 **4.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation, Vielfalt und Transparenz stärken**

894 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere
895 Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen
896 für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz
897 gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

898 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder
899 Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und
900 Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem
901 Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens.
902 Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben
903 in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem
904 wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,
905 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für
906 die Berliner*innen möglich.

907 **Demokratie heißt Vielfalt**

908 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer
909 vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit
910 Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine
911 Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten

912 genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen
913 infrage stellen.

914 **Friedliches und freiheitliches Demonstrationsrecht**

915 Berlin ist mit über 5.000 politischen Versammlungen jährlich die Hauptstadt der
916 Demonstrationen. Wir haben das Versammlungsgesetz an die Realität der Tausenden
917 weitestgehend friedlichen Demonstrationen angepasst und damit Versammlungsfreiheit und
918 Deeskalation gestärkt. Die Bewertung der Gefahrenprognose unterschiedlicher Demonstrationen
919 ist in der Vergangenheit jedoch nicht immer gelungen. Hier wollen wir in Zukunft anhand
920 objektiv nachvollziehbarer Kriterien eine bessere Abwägung gewährleisten. Um Spannungen und
921 damit Konfliktpotential zu minimieren, setzen wir uns für eine einheitliche, deeskalative
922 Berliner Strategie für die Versammlungsfreiheit ein. Unser Anspruch bleibt es, das
923 progressivste Versammlungsrecht der Bundesrepublik zu verwirklichen.

924 **Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen**

925 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für
926 das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das
927 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die
928 Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese
929 Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen
930 Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz,
931 Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung
932 eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

933 **Bürger*innenräte in Berlin einführen**

934 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir mit einem Gesetz
935 zur Durchführung von Bürger*innenräten diese auf Bezirks- und Landesebene etablieren. Diese
936 sollen zu bestimmten Themen mit einem spezifischen Auftrag und den notwendigen Ressourcen
937 temporär gebildet werden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ebenso wie die
938 Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch
939 das Zufallsprinzip gelost – aus allen betroffenen Einwohner*innen ungeachtet ihrer
940 Staatsangehörigkeit –, um die gesamte Breite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu
941 können. Die Losverfahren sind so aufzusetzen, dass immer benachteiligte und/oder sogenannte
942 „stille“ gesellschaftliche Gruppen in den Bürger*innenräten vertreten sind und mitarbeiten
943 können. Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können damit Lösungen für konkrete
944 Probleme für Berlin oder ganz konkret im Kiez erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die
945 demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer
946 Entscheidungen erhöhen. Dies digital wie analog zu fördern, darf weder nur privilegierten
947 sozialen Schichten zugutekommen noch nur für sie attraktiv zu nutzen sein.

948 **Stadtvertrag für Beteiligung**

949 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
950 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
951 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie
952 machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden
953 Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte
954 Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag Beteiligung“ erarbeiten: weitere
955 Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen,
956 Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte,
957 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen,
958 um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben. Wir wollen die Infrastruktur digitaler
959 Beteiligung, wie sie derzeit etwa mit „meinBerlin“ besteht, ausweiten und damit das Prinzip

960 offener Daten flankieren. Sie soll die Möglichkeiten voranbringen, unter
961 datenschutzfreundlichen Bedingungen eine Informations-, Diskussions- und
962 Beteiligungsgrundlage für Bürger*innen zu schaffen.

963 **Demokratische Initiativen stärken**

964 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir
965 haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus,
966 Rassismus und Antisemitismus“, der „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV)
967 und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen das
968 Engagement von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen – gerade im Bereich der
969 Antidiskriminierungsarbeit, Demokratieförderung und des Empowerments – absichern und stärken
970 – und zwar verlässlich, langfristig und mit weniger bürokratischem Aufwand. Deshalb wollen
971 wir ein Demokratiefördergesetz für Berlin und eine Overhead- bzw. Gemeinkostenpauschale für
972 alle Zuwendungsprojekte einführen. Die Tarifangleichungen für das Personal von NGOs und
973 freien Trägern werden wir fortsetzen und die Eingruppierung von Projektstellen
974 systematisieren und erhöhen. Auf Bundesebene werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass das
975 politische Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt wird. Zivilgesellschaftliches
976 Engagement braucht Räume, um sich entfalten zu können und für alle leicht erreichbar zu
977 sein. Angesichts weiterhin steigender Konkurrenz um bezahlbaren Raum in der Stadt wollen wir
978 zivilgesellschaftliche Räume vor Verdrängung schützen. Auch gewerbliche Räume wie Bars oder
979 Clubs können wichtige Freiräume für demokratisches Engagement darstellen. Um sie zu
980 schützen, wollen wir die Einführung eines Gewerbemietendeckels prüfen.

981 **Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten**

982 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im
983 Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt
984 Probleme anzugehen. Er legt rechtsextremistische, antisemitische, rassistische oder andere
985 menschenverachtende Haltungen offen und erfasst die Erfahrungen von diskriminierten
986 Berliner*innen. Damit ist er eine wichtige Grundlage für ganz gezielte Maßnahmen. Um das
987 demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und politische Bildung unerlässlich.
988 Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken, sie insbesondere für junge
989 Menschen zugänglicher machen und ihre Arbeit an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen
990 ausweiten. Denn hier wird die Grundlage für die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Das
991 ehemalige Stasigelände in Lichtenberg soll zu einem „Campus der Demokratie“ und das
992 ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße zu einer Gedenkstätte entwickelt werden. Die
993 Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener
994 Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

995 **Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken**

996 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres
997 Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Die Betroffenen fühlen sich
998 oft isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen
999 können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso
1000 werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen
1001 einführen, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken.

1002 **Hass und politische Gewalt bekämpfen – gegen jeden Antisemitismus**

1003 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen
1004 politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir
1005 wollen damit insbesondere Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten und der Bedrohung
1006 jüdischen Lebens durch den wachsenden Antisemitismus entgegentreten. Daher haben wir auch
1007 eine Antisemitismusbeauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft berufen, einen

1008 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus benannt und eine senatsübergreifende
1009 Landeskonzeption zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention vorgelegt. Diesen
1010 klaren Kurs werden wir auch künftig fortsetzen und entschieden gegen jeden Antisemitismus
1011 vorgehen!

1012 **4.7 Berlin – Stadt der Kultur und der Künste**

1013 Die Kunst- und Kulturmetropole Berlin ist auch wegen der Inflation und den explodierenden
1014 Energiepreisen unter Druck. Kaum eine andere Stadt hat ein so reichhaltiges Angebot an
1015 Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-, Literatur-, Musik- und
1016 Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und lebenswert machen. Doch
1017 der übergroße Teil von ihnen gehört immer noch zu den Geringverdienenden in unserer
1018 Gesellschaft. Bodenspekulation, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten haben soziale
1019 Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit sich gebracht. Darüber hinaus haben
1020 durch den Lockdown in der Corona-Pandemie zahllose freischaffende Künstler*innen und private
1021 Kulturorte von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren.

1022 Wir geben Berlins einmaliger Kulturlandschaft Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und
1023 Ausbau: Wir haben mit Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung
1024 von Künstler*innen gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte
1025 Immobilienankäufe neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den
1026 Bezirken ausgebaut. Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-
1027 Frage ins Zentrum der Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von
1028 mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins
1029 weiter vorantreiben.

1030 **Kultur und die Künste brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend**

1031 Berlins vielfältiges Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und
1032 internationalen Ausstrahlung der Stadt. Deshalb wollen wir zur Sicherung der kulturellen
1033 Infrastruktur bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner
1034 Stadtentwicklungspolitik kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund
1035 stellen. So wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem Schwerpunkt
1036 Musik gesichert haben und unter Beteiligung der Akteur*innen und mit hoher Transparenz
1037 weiterentwickeln, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als künstlerische
1038 Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Der Verdrängung und Mietenexplosion wollen
1039 wir Schutzmaßnahmen entgegenstellen. Wir werden weiterhin private Immobilien für diesen
1040 Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm im Dialog mit der Freien Szene
1041 und den Spartenverbänden kontinuierlich weiterentwickeln. Bei Planung und Bau neuer
1042 Stadtquartiere müssen künstlerische Nutzungen und die Schaffung kultureller Orte von
1043 vornherein mit einem möglichst hohen Raumanteil berücksichtigt werden. Und statt Leerstand
1044 sollen Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle Nutzungen zur Verfügung stehen.
1045 Außerdem wollen wir sonstige öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer
1046 Kulturnutzung öffnen: Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner
1047 Verwaltung können geeignet sein, außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und
1048 Aufführungsorte zu fungieren – und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich
1049 neue Räume für die bezirkliche Musikschule, Ateliers, Proberäume, Orte der Erinnerungskultur
1050 oder die Jugendkunstschule entstehen.

1051 **Förderung der Freien Szene neu justieren**

1052 Berlins Freie Szene war schon immer ein Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks- und
1053 Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen
1054 Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den
1055 neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und

1056 Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalität dieser Szene allerdings
1057 schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen
1058 zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbände und Kulturorte einer vorbehaltlosen und
1059 kritischen Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Zudem wollen wir gegen die
1060 bisherige Unwucht in der Kulturförderung zu Lasten der Freien Szene angehen und deren
1061 Finanzierung verbessern. Dabei wollen wir das fortsetzen, was wir in dieser Legislatur mit
1062 dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung eines Festivalfonds, der
1063 Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung der Ankerinstitutionen
1064 der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und die Strukturen der freien
1065 Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen. Ein Berliner
1066 Kulturfördergesetz kann die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzlich verankern, den
1067 gesellschaftlichen Stellenwert von Kultur und den Künsten in unserer Stadt stärken und die
1068 bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln. Wesentliche Kriterien hierbei sind
1069 ökologische sowie soziale Nachhaltigkeit und Diversität.

1070 **Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik**

1071 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte.
1072 Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen
1073 Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der
1074 gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen,
1075 die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt
1076 muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren
1077 Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der
1078 Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds
1079 und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir
1080 einen Anfang gemacht. Wir wollen Diversität in der institutionellen und Projektförderung zu
1081 einem wesentlichen Kriterium machen, und das sowohl mit Blick auf die öffentlichen
1082 Kultureinrichtungen und sonstige Geförderte als auch auf die kulturellen Angebote selbst.
1083 Auch die Repräsentation queerer Menschen und Perspektiven in der Berliner Kunst- und
1084 Kulturszene muss verbessert werden. Queere künstlerische Positionen sind besonders zu
1085 fördern, bestehende Hürden für queere Künstler*innen abzubauen und queere Sichtweisen auch
1086 in Jurys und Auswahlgremien zu stärken. Weil diskriminierungssensible
1087 Personalverantwortliche und Einstellungspraktiken Grundlage für einen vielfältigen
1088 Kulturbetrieb sind, wollen wir, dass Personalverantwortliche in Kultureinrichtungen
1089 entsprechend geschult werden.

1090 Bei der Besetzung von Intendanten und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch
1091 endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendanten-Kollektive
1092 sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen
1093 sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in
1094 Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen
1095 realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Insbesondere Frauen mit Kindern
1096 sind in leitenden Funktionen unterrepräsentiert, weil sie den familienunfreundlichen
1097 Erwartungen an Führungskräfte häufig nicht gerecht werden können. Deshalb setzen wir uns
1098 weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kulturbereich ein.

1099 **Kulturelle Bildung und Bibliotheken**

1100 Damit möglichst viele Berliner*innen einen Zugang zu Kulturangeboten finden, wollen wir die
1101 kulturelle Bildung und Kunstvermittlung stärken. Wir streben eine niedrigschwellige,
1102 inklusive und aufsuchende kulturelle Bildung an, die Kindern und Jugendlichen auch
1103 selbstorganisierte Projekte ermöglicht. Schule und außerschulische Lernorte sollen mehr
1104 zusammenwachsen. Auch Bibliotheken müssen als Dritte Orte offen und barrierearm zugänglich

1105 sein, denn sie sind nicht nur Bücherverleihstellen, sondern wichtige Kiezorte der sozialen
1106 Begegnung, des kulturellen Austauschs und des interaktiven Lernens. Wir brauchen eine
1107 Bibliotheksentwicklungsplanung, die dafür die nötigen finanziellen Mittel einplant.

1108 Die Kreativwirtschaft ist schon vor Langem zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren
1109 dieser Stadt geworden. Wir werden kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen,
1110 Soloselbstständigen und freien Gruppen, gezielt und unmittelbar fördern. Prekäre Arbeits-
1111 und Abhängigkeitsverhältnisse werden wir nicht dulden und ein entsprechendes Paket von
1112 Maßnahmen auf den Weg bringen. Als digitale Ergänzung werden wir eine landeseigene,
1113 virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen, in der sich alle Branchen der Berliner
1114 Kreativwirtschaft unter dem Signum „made in berlin“ sammeln.

1115 **Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft – auch im Flughafen Tempelhof**

1116 Das Gebäude des Flughafens Tempelhof wird zu einem Zentrum für Kultur und Kreativwirtschaft,
1117 in dem Ateliers, Studios, Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Ausbildungs-,
1118 Produktions- und Präsentationsräume für Film, Design, Mode, Architektur und Games Platz
1119 finden. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel werden wir Raum für Kultur und Kreativwirtschaft
1120 schaffen.

1121 **Mit dem Campus für Demokratie Zivilgesellschaft und (Erinnerungs-)Kultur stärken**

1122 Erinnerungskultur und Stadtentwicklung gehören zusammen. Deshalb setzen wir uns in
1123 Zusammenarbeit mit Bund und Bezirk für die Entwicklung des „Campus für Demokratie“ auf dem
1124 Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ein. Das entwickeln wir zu einem
1125 lebendigen Erinnerungsort, der das Stasi-Unterlagen-Archiv mit Räumen für Kunst und
1126 kulturelle Bildung und Projekten der demokratischen Stadtgesellschaft verbindet. So stärken
1127 wir auch nachhaltigen Tourismus im Außenbezirk Lichtenberg und das umliegende Stadtquartier.
1128 Wir wollen, dass das Land Berlin diesen Prozess durch weiteres Engagement und eine aktive
1129 Grundstückspolitik vor Ort in der nächsten Legislatur weiter vorantreibt.

1130 **Freiheit der Medien garantieren**

1131 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche
1132 Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die
1133 Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit
1134 und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der
1135 öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und
1136 Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die
1137 jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
1138 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen
1139 im RBB zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg
1140 weiterentwickeln. Hier wollen wir einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
1141 anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Bevölkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe
1142 weiter hoch halten könnte. Die Krise des rbb muss lückenlos aufgearbeitet und Missstände
1143 beseitigt werden. Wir haben uns für eine Stärkung der Aufsichtsgremien und unabhängige
1144 Kontrollmechanismen eingesetzt.

1145 Hatespeech, Sexismus und Rassismus, ebenso wie die Verbreitung von illegalen und
1146 demokratiefeindlichen Inhalten, dürfen nicht außerhalb der Verantwortung der Plattformen
1147 durch dies begünstigende Algorithmen automatisiert vorangetrieben werden. Wir werden die
1148 Möglichkeiten und Spielräume des Medienrechts nutzen, um die Plattformregulierung durch die
1149 Landesmedienanstalten weiterzuentwickeln.

1150 **Die Filmmetropole Berlin sichern**

1151 Die Produktion von Filmen für Kinos, Plattformen und Sender stellt einen wichtigen Teil der
1152 Berliner Wertschöpfung dar und zählt mit knapp 200.000 direkt oder indirekt Beschäftigten zu
1153 den größten Branchen Berlins. Um die durch Corona unter Druck geratene Branche zu sichern
1154 und Berlin zu einem noch stärkeren, kreativen, internationalen Spitzenplatz des Films zu
1155 entwickeln, werden wir das Filmfördersystem des Medienboards Berlin Brandenburg (MBB)
1156 optimieren. Wir werden den Zugang zu Filmfördermitteln transparenter und unabhängiger von
1157 eingefahrenen Strukturen und gewachsenen Abhängigkeiten ermöglichen. Dazu werden wir neue
1158 Förderinstrumente umsetzen und Vergaben in qualifizierten Losverfahren, im Patenverfahren
1159 und mit automatischer Referenzförderung einführen. Für Erstlings- und Folgewerke werden wir
1160 einen neuen Fördertopf schaffen, der einen breiteren Zugang und nachhaltigeren Berufsstart
1161 ermöglicht. Das MBB wird zu einer Überprüfung der Einhaltung von Sozial- und
1162 Nachhaltigkeitsstandards geförderter Produktionen verpflichtet, um den untragbaren Zustand
1163 des Unterlaufens von sozialen und tariflichen Mindeststandards zu beenden.

1164 **Green Culture – Kultur und Nachhaltigkeit**

1165 Wir denken Kultur und Klimaschutz zusammen: Auch der Kulturbereich kann durch die Einsparung
1166 von CO₂-Emissionen einen Beitrag zur klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere
1167 für die Museen sowie den Gastspiel- und Festivalbetrieb, da hier am meisten Treibhausgas-
1168 Emissionen im Kulturbereich anfallen. Wir unterstützen die bereits vorhandenen Bestrebungen
1169 und Umsetzungen bei vielen kulturellen Akteur*innen und Einrichtungen. Gleiches gilt für
1170 Konzepte wie die Einrichtung eines „Green Culture Desk“ und Fonds auf Bundesebene. In der
1171 Kulturförderung müssen die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit und
1172 die Transformation zu einem nachhaltigeren Kulturbetrieb eine stärkere Rolle spielen.

1173 **Clubkultur erhalten**

1174 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
1175 Nutzungskonflikte mit Anwohnenden zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Schallschutzfonds
1176 für Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg
1177 wollen wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren.
1178 Um Clubs bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu
1179 Fördermitteln zu verschaffen, haben wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten
1180 anerkannt. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Änderung des Baugesetzbuchs auf
1181 Bundesebene ein, damit die Kommunen Kulturerhaltungsgebiete einführen können, und wollen
1182 Clubs auch durch Änderungen im Gewerbemietrecht besser schützen. Clubs sind auch
1183 Kreativlabore der Subkultur. Gerade die kleinen Clubs dürfen nicht durchs Raster fallen, wir
1184 wollen sie retten und mit gezielten Programmen unterstützen. Uns ist wichtig, Clubs in ihrer
1185 Funktion als Orte der gesellschaftlichen Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für
1186 queere Menschen, zu stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber*innen und der
1187 Clubkommission gegen Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen. In den letzten
1188 Jahren sind auch Open-Air-Tanz- und Liveveranstaltungen immer stärker besucht worden.
1189 Momentan stehen die Veranstalter*innen aber oft vor rechtlichen Risiken und Unsicherheiten.
1190 Darum wollen wir die Einführung eines Open-Air-Gesetzes wie in Bremen prüfen. Das
1191 gesellschaftliche Engagement der Clubs und Kollektive tut Berlin gut, weshalb wir sie, zum
1192 Beispiel bei ökologischen Maßnahmen, weiterhin finanziell unterstützen wollen.

1193 **Decolonize!**

1194 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung
1195 der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der
1196 Dekolonisierung geworden. Doch diese ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den
1197 postmigrantisch-diasporischen Communitys und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen
1198 Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und
1199 deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir

1200 die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit
1201 Initiativen wie „Decolonize Berlin e. V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und
1202 Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute
1203 den Kolonialismus und Kolonialverbrechen ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir auf
1204 Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie und für
1205 die Errichtung von dezentralen Lernorten zur Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen
1206 sollen endlich Postcolonial und Black Studies angeboten werden, wie es im angelsächsischen
1207 Raum längst der Fall ist. Und wir fordern weiterhin die Errichtung eines Lern- und
1208 Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des
1209 deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und Ort
1210 zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen steht Berlin ganz besonders in der
1211 Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns für eine systematische und
1212 transparente Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der Berliner Museen
1213 und Sammlungsbestände ein. Provenienzforschung ist ein langer und aufwändiger Prozess. Die
1214 bislang zur Verfügung stehenden Personalmittel reichen nicht aus. Deshalb wollen wir in der
1215 kommenden Legislaturperiode die wissenschaftliche Erforschung ausbauen. Koloniale Raubkunst
1216 und menschliche Überreste müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das
1217 proaktiv. Wir wollen außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür
1218 nutzen, eine Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und
1219 die Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

1220 **4.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im Blick**

1221 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer
1222 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
1223 mussten, und soll eine gute Heimat für all diejenigen bieten, die in einer weltoffenen,
1224 demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen,
1225 müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.

1226 **Berlin ist sicherer Hafen**

1227 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Wir stehen solidarisch an
1228 der Seite aller Geflüchteten. Diese Entwicklung und die anhaltend hohe Zahl an
1229 Schutzsuchenden auch aus anderen Konfliktgebieten bedeuten einen organisatorischen,
1230 logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte Stadtgesellschaft.
1231 Wir senden das klare Signal: Wir lassen euch nicht allein! Das schließt explizit auch alle
1232 Drittstaatler*innen und Staatenlose aus der Ukraine und aus anderen Regionen ein, die sich
1233 auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung befinden. Wir unterstützen Hilfsangebote für BIPOC
1234 und Angebote für die Minderheit der Roma*nja, die bereits vor dem Krieg stark diskriminiert
1235 und sozial-benachteiligt waren. 40 Prozent der in der Ukraine lebenden Rom*nja sind
1236 staatenlos. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg um kulturelle
1237 Hegemonie. Wir setzen uns dafür ein, ukrainische Kulturangebote zu fördern sowie der
1238 kulturellen und politischen Eigenständigkeit der Ukraine in Berlin einen Ort zu geben.

1239
1240 Um auf steigende Zugangszahlen zügig und flexibel reagieren zu können, muss Berlin
1241 resilientere Strukturen für Ankunft und Unterbringung aufbauen. Auch in der gegenwärtigen
1242 Situation wollen wir weitestgehend Großstrukturen für die Unterbringung von Geflüchteten
1243 vermeiden und plädieren stattdessen für ein dezentrales Konzept von über die Stadt
1244 verteilten kleineren Standorten. So werden wir den Bedarfen der Menschen besser gerecht.

1245
1246 Um dauerhaft resiliente Strukturen zu schaffen, setzen wir uns für die Weiterentwicklung des
1247 Ankunftsentrums „Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik“ zu einem Campus ein, der in
1248 Ausnahmesituationen temporär Kapazitäten für bis zu 2.500 Menschen bereitstellen kann und in
1249 Zeiten geringerer Ankünfte als Ort der Begegnung dient. Bereits jetzt sind viele Initiativen

1250 und Beratungsangebote vor Ort versammelt. Ergänzend fordern wir ein Reaktionskonzept, um in
1251 Notsituationen kurzfristig zusätzliche qualitätsgesicherte Unterbringung verteilt auf die
1252 ganze Stadt gewährleisten zu können. Um die Unterbringungskapazitäten des LAF zu erhöhen,
1253 muss das MUF-2.0-Bauprogramm zügig umgesetzt werden, damit in jedem Bezirk mind. 1.000
1254 zusätzliche Plätze mit Wohnungsstruktur und sozialen Angeboten dauerhaft zur Verfügung
1255 stehen. Für spezifische Zielgruppen und besonders vulnerable Gruppen wie unbegleitete
1256 Minderjährige, BIPOC oder LSBTIQ* richten wir inklusive Wohngruppen bzw. eigene Unterkünfte
1257 ein. Zudem müssen in allen Einrichtungen Schutzkonzepte für vulnerable Gruppen zur
1258 Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder
1259 Queerfeindlichkeit implementiert werden.

1260
1261 Der Zugang zu Alphabetisierungs- und Sprachkursen, Sprachmittlung und Beratungsangeboten
1262 u.a. für Ausbildung sowie psychosozialer und medizinischer Versorgung muss für alle
1263 Ankommenden ermöglicht werden. Ob die Versorgung mit Schulplätzen oder Deutschkursen, gerade
1264 beim Ankommen sind die Bezirke entscheidend. Daher sichern wir den Bezirken mehr
1265 Planungssicherheit sowie mehr finanzielle und personelle Unterstützung zu. Wir erhöhen den
1266 Integrationsfonds und werden die Mittel für VHS-Deutschkurse mindestens verdoppeln.

1267
1268 Unser Ziel ist das Leben in Wohnungen. Derzeit leben über 55.000 Menschen in
1269 Gemeinschaftsunterkünften, viele davon bereits seit Jahren. Unterkünfte sollen lediglich dem
1270 Ankommensprozess in den ersten Monaten dienen, bis eine passende Wohnung gefunden ist. Um
1271 der anspruchsvollen Herausforderung gerecht zu werden, muss der Senat das Programm Wohnen
1272 für Geflüchtete deutlich aufstocken und ergänzen, mit landeseigenen
1273 Wohnungsbaugesellschaften und Privaten Kooperationen schließen und den Anteil an WBS-
1274 Wohnungen erhöhen. Angesichts der positiven Erfahrungen mit der Unterbringung durch Private
1275 wollen wir ein Modellprojekt entwickeln, um dieses Potential auch zukünftig ergänzend zu
1276 nutzen und dabei Mindeststandards wie Kinderschutz zu etablieren.

1277
1278 Auch weitere positive Erfahrungen bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine möchten
1279 wir auf alle Geflüchteten ausweiten. So braucht es neben ausreichend Schulplätzen einen
1280 zügigen Übergang geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Regelklassen, Beschäftigungs- und
1281 Qualifizierungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte und Deutsch als Zweitsprache als
1282 ordentliches Unterrichtsfach. Für den schnellen Übergang in die Regelklassen muss Berlin ein
1283 verbindliches alters- und kompetenzabhängiges mehrstufiges Übergangskonzept entwickeln.

1284
1285 Wir fordern die Aufstockung der Zuwendungen für die Träger, die psychosoziale Beratung,
1286 Versorgung und Vermittlung der Geflüchteten anbieten, sowie die qualifizierte Sprachmittlung
1287 im gesundheitlichen Bereich damit der Zugang zur medizinischen Versorgung gewährleistet
1288 wird. Zudem streben wir in Berlin die Aufhebung der Wohnsitzauflage für anerkannte
1289 Geflüchtete an, um ihre Teilhabemöglichkeiten zu erweitern.

1290 Wir bekennen uns zu den Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und Solidarität, auf
1291 die sich die EU verpflichtet hat. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen
1292 steht diesen Werten entgegen und ist eine Schande für Europa. Mit dem Ziel der Abschreckung
1293 wird Seenotrettung auf dem Mittelmeer systematisch kriminalisiert und verhindert, wodurch
1294 die Flucht aus Bürgerkriegsländern wie Libyen immer schwieriger und gefährlicher wird. Wir
1295 stehen an der Seite der zivilen Seenotrettung und begrüßen die Entscheidung der
1296 Bundesregierung sie zukünftig finanziell zu unterstützen. Die Unterbringung von Geflüchteten
1297 in menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos oder in Lipa an der kroatischen
1298 Grenze, zeigt das Scheitern der bisherigen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir
1299 fordern stattdessen eine solidarische und menschenrechtsbasierte europäische
1300 Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires und individuelles Asylverfahren

1301 zusichert. Hierzu gehört auch, dass wir den gesetzlichen Spielraum ausschöpfen, damit sich
1302 Landesbeam*innen nicht länger an menschenrechtswidrigen Frontex-Einsätzen beteiligen.

1303 Als Land Berlin nehmen wir frühzeitig und wirksam Einfluss auf die entsprechenden
1304 Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist,
1305 Solidarität zu zeigen und Menschen aufzunehmen. Zusammen mit anderen aufnahmebereiten
1306 Ländern und Kommunen in Deutschland und Europa setzen wir uns dafür ein, dass solidarische
1307 Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik wieder gestärkt werden. Gemeinsam
1308 fördern wir die Willkommenskultur und beteiligen uns aktiv in Netzwerken wie Solidarity
1309 Cities und dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“. Bislang sind wir mit unserem
1310 Landesaufnahmeprogramm immer wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese
1311 Ablehnung ist für uns Ansporn. Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für
1312 Geflüchtete aus den griechischen Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür
1313 sogar gegen das Bundesinnenministerium klagt. Wir werden die Klage weiterverfolgen. Auch bei
1314 der künftigen Bundesregierung werden wir uns für die Zustimmung zur Aufnahme einsetzen.
1315 Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige Geflüchtete.

1316 Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern, die Aufnahmekapazitäten deutlich
1317 ausbauen und neue Aufnahmeprogramme starten. Wir sorgen dafür, dass unbegleitete
1318 Minderjährige, alleinfliehende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen,
1319 Ältere, LSBTIQ*, Familien, Personen mit psychischen Erkrankungen und besonders
1320 schutzbedürftige geflüchtete Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung, Betreuung
1321 und Unterbringung bekommen, die sie benötigen. Dabei schützen wir sie in allen
1322 Verfahrensschritten vor Diskriminierung und bieten entsprechende Unterstützungs-, Beratungs-
1323 und Empowerment-Angebote an.

1324 Bei der Aufnahme Schutzsuchender werden wir alle landesrechtlichen Spielräume ausnutzen und
1325 uns dabei auch für die Erteilung humanitärer Aufenthaltstitel durch die zuständigen Behörden
1326 einsetzen. Auch Menschen ohne Papiere oder mit prekärem Aufenthaltsstatus haben ein Recht
1327 auf ein Leben in Würde. Das bestehende Aufenthalts- und Asylrecht verweigert ihnen vielfach
1328 einen langfristig gesicherten Status und damit die soziale, wirtschaftliche und kulturelle
1329 Teilhabe an der Stadtgesellschaft. Zur Wahrnehmung ihrer Rechte in asyl- und
1330 ausländerrechtlichen Verfahren, beim Zugang zu Wohnen, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheits-
1331 und sozialen Leistungen sind diese Menschen abhängig von einer niedrigschwelligen Rechts-
1332 und Sozialberatung. Diese wollen wir stärken und langfristig sichern. Ebenso stärken wir den
1333 anonymen Krankenschein, denn Gesundheit ist ein Menschenrecht.

1334 **Eine echte Willkommensbehörde für Berlin**

1335 Berlin profitiert seit Jahrhunderten davon, dass Menschen aus anderen Ländern hier ein neues
1336 Zuhause finden – egal ob freiwillig in der Hoffnung auf ein besseres Leben, auf der Suche
1337 nach neuen Herausforderungen oder unfreiwillig die alte Heimat aufgebend. Sie bringen neue
1338 Ideen mit, bereichern die Stadt mit ihren einzigartigen Erfahrungen und sorgen für soziale
1339 wie technologische Innovationen. Hier ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft
1340 schon lange Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es
1341 jetzt schon ist: Etwa drei von zehn Berliner*innen haben einen Migrationshintergrund, etwa
1342 die Hälfte davon besitzt den Pass eines anderen EU-Landes. Nun gilt es, diese Realitäten in
1343 Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und
1344 freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt
1345 für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln und alle nötigen
1346 Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und
1347 Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln. Zudem werden die neuen Einwohner*innen der
1348 Stadt bei dieser Behörde alle Amtsgeschäfte mit Landes- und Bezirksbehörden nach dem Prinzip
1349 des einzelnen Schalters auch in Fremdsprachen anstoßen können. Menschen ohne ausreichende

1350 Deutschkenntnisse werden von der Behörde im Umgang mit der Verwaltung unterstützt. Die
1351 Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt werden.
1352 Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort
1353 angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe
1354 soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten
1355 der Betroffenen nutzen. Berlin setzt sich beim Bund dafür ein, dass Geflüchtete mit
1356 subsidiärem Schutz Reisedokumente mit ihrem Aufenthaltstitel erhalten, damit niemand einen
1357 nationalen Pass in dem Land beantragen muss, aus dem er geflüchtet ist. Darüber hinaus
1358 wollen wir die in Berlin bis 2018 geltende Sonderregelung, die eine solche Passbeschaffung
1359 nicht zwingend machte, wieder einführen.

1360 Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
1361 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages
1362 verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im
1363 Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird.
1364 Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die
1365 Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
1366 ausgeschlossen sein. Abschiebungen dürfen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die
1367 Abschiebung in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan oder Syrien, ist
1368 inakzeptabel und muss beendet werden. Kein Mensch ist illegal – das bedeutet für uns
1369 Berliner Bündnisgrüne, dass wir Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam für grundsätzlich
1370 unangemessene Maßnahmen halten und uns auch auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen.

1371 Damit das Landesamt für Einwanderung eine echte Willkommensbehörde werden kann, braucht es
1372 eine mehrsprachige Online-Terminvergabe, mehrsprachige kostenlose Beratungsmöglichkeiten
1373 sowie ausreichend Personal, das Aufenthaltstitel zügig und unter Ausschöpfung der
1374 gesetzlichen Spielräume zugunsten der Antragsstellenden erteilt. Für das geplante
1375 Landeseinbürgerungszentrum (LEZ) fordern wir eine vereinfachte Online-Terminvergabe,
1376 beschleunigte und digitalisierte Einbürgerungsprozesse, schlanke und unbürokratische
1377 Verfahren von Beratung bis zur Einbürgerung sowie kurze Bearbeitungszeiten, damit wir die
1378 Einbürgerungen in Berlin kontinuierlich steigern können. Es darf nicht sein, dass
1379 Einbürgerungsverfahren jahrelang dauern. Daher fordern wir die deutliche Aufstockung des
1380 Personals für Einbürgerung, die Nutzung der Landesspielräume zu Gunsten der Antragstellenden
1381 und Einbürgerungslots*innen sowie eine Einbürgerungskampagne. Auch die anstehende Reform des
1382 Einbürgerungsrechts auf Bundesebene und die damit verbundene Ausweitung des
1383 Antragsteller*innenkreises muss rechtzeitig und angemessen eingeplant werden.

1384

1385 **Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen**

1386 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders
1387 Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen – selbst innerhalb der
1388 Europäischen Union – immer wieder massiver Repression ausgesetzt. Wir haben in dieser
1389 Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen aufgelegt, die in ihrer Heimat
1390 politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus Journalismus, Kultur, Wissenschaft
1391 und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in Berlin in Sicherheit zu leben.
1392 Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem gemeinsamen institutionellen Dach,
1393 einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein starkes Signal für den Schutz von
1394 Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein
1395 „Friedensforum“ entsteht, das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und
1396 gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

1397 **Berlin ist Fairtrade-Town – das verpflichtet zu Verantwortung**

1398 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen
1399 Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische
1400 Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und
1401 Importeur*innen müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die
1402 Auszeichnung Berlins als Fairtrade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses
1403 waren dafür erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine
1404 faire und ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über
1405 Computer und Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig
1406 einkaufen. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns für ein wirksames Lieferkettengesetz mit
1407 verbindlicher Haftungsregelung ein, damit Unternehmen weltweit menschenrechtliche und
1408 umweltbezogene Sorgfaltspflichten einhalten müssen, Betroffene Zugang zu Gerichten in
1409 Deutschland bekommen und Verbraucher*innen Transparenz erhalten.

1410 **Mit Europa im Herzen – engagiert und verantwortungsbewusst**

1411 Für uns als größte Stadt der Europäischen Union ist es unser Selbstanspruch, eine
1412 verantwortungsbewusste und global-solidarische Politik der EU aktiv mitzuprägen. Dazu wollen
1413 wir die Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes vollumfänglich nutzen. In Berlin leben rund
1414 420.000 Bürger*innen aus anderen EU-Ländern – Europa ist Teil unseres Alltags, unsere
1415 Herausforderung und unsere historische Chance zugleich. Um diese Vielschichtigkeit Europas
1416 besser zu vermitteln, wollen wir Europabildung einschließlich Kolonialgeschichte in
1417 Bildungseinrichtungen anbieten und dazu mit möglichst vielen verschiedenen Berliner Trägern
1418 und Verbänden kooperieren. Um der wachsenden Rolle von Kommunen und Metropolen in der EU
1419 gerecht zu werden, setzen wir uns zusammen mit unseren europäischen Partnerstädten für eine
1420 direkte Vergabe von EU-Mitteln an Kommunen ein.

1421 **Soziales Europa statt Ausbeutung**

1422 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf
1423 Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer
1424 Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des
1425 Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und
1426 wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
1427 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-
1428 Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung
1429 unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das
1430 Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können.
1431 Auf Bundes- und EU-Ebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft
1432 werden. In Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle
1433 Möglichkeiten geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des
1434 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben
1435 ist ein Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

1436 **Partnerschaften in der Europäischen Union**

1437 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang
1438 von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der
1439 Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.
1440 Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen
1441 Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem
1442 in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen,
1443 und Austauschprojekte von Schulen und Vereinen im Rahmen dieser Partnerschaft unterstützen.
1444 Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerken, die sich für Klimaschutz, den
1445 humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit einsetzen, wollen
1446 wir weiter ausbauen und stärken. Wir werden daher auch Berlins Mitgliedschaft im „Klima-

1447 Bündnis – Europäische Kommunen in Partnerschaft mit indigenen Völkern“ mit konkreten
1448 Aktivitäten beleben und unterstützen. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um
1449 noch stärker den Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der
1450 Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

1451 **Europa in Berlin**

1452 Wir wollen Europa in Berlin noch sichtbarer machen. Deshalb ist es gut, dass im Jahr 2021
1453 ein Bekenntnis zur Europäischen Union in die Berliner Landesverfassung aufgenommen worden
1454 ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der Bürgermeister besser in die
1455 Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen Sozialfond (ESF) und den Europäischen
1456 Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden werden. Außerdem wollen wir das
1457 europäische Programm „NextGenerationEU“ nutzen, um dem Klimawandel und der digitalen
1458 Transformation mit Zukunftsinvestitionen zu begegnen. Die Europabeauftragten auf
1459 Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Auch das
1460 Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen wir vereinfachen, indem diese
1461 Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt. Kleinen und mittleren Unternehmen,
1462 Vereinen und Initiativen wollen wir den Zugang zu Fördermitteln durch niedrigschwellige
1463 Beratungsangebote erleichtern.

1464 **Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1465 **1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen**

1466 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht
1467 erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien
1468 müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel
1469 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben: durch
1470 ein effektives Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung, einen
1471 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
1472 der Verwaltung. Und damit feministische Politik endlich als Querschnittsthema in allen
1473 Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche,
1474 datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und
1475 eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

1476 **2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur 1477 Terrorserie in Neukölln**

1478 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-Morden.
1479 Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt, aus der
1480 Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei Staatsanwälte in
1481 der Berliner Justiz umgesetzt werden. Betroffene fühlen sich vom Staat nicht mehr geschützt
1482 und noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und auch
1483 nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr 2012. Wir brauchen Klarheit über die Fälle, aber
1484 auch darüber, welche Rolle Berliner Polizist*innen und Staatsanwält*innen spielen. Darum
1485 haben wir direkt zu Beginn der Legislaturperiode einen parlamentarischen
1486 Untersuchungsausschuss eingesetzt und werden die Vorkommnisse dort aufs Genaueste
1487 untersuchen. Aufklärung schafft Vertrauen. Genau das braucht die Berliner Polizei. Bis zur
1488 Aufklärung der rechtsextremen Terrorserie und darüber hinaus stehen wir den Angegriffenen
1489 solidarisch beharrlich zur Seite, auch weil es sich dabei um einen Angriff auf unsere
1490 Gesellschaft als Ganzes handelt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Sicherheitsapparat die
1491 von rechter Gewalt Betroffenen wirklich schützt.

1492 **3. Bürger*innenräte in Berlin einführen**

1493 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und
1494 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die zu bestimmten Themen mit einem spezifischen
1495 Auftrag und den notwendigen Ressourcen temporär gebildet werden und die Institutionen
1496 repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das
1497 Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können.
1498 Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im
1499 Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen
1500 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen
1501 auf lokaler Ebene erhöhen.

1502 **4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten**

1503 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und
1504 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser
1505 in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von
1506 Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen
1507 Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang
1508 durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln
1509 müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und
1510 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

1511 **5. Eine Willkommensbehörde für Berlin**

1512 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde“
1513 das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer
1514 Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden
1515 – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs und die Verweisberatung zu Deutschkursen
1516 bis zur Arbeitserlaubnis. Die Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für
1517 Integration zuständigen Senatsverwaltung liegen. Auch die Zuständigkeit für das
1518 Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die Integrationsverwaltung übertragen werden.
1519 Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.

Beschluss

Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den
 2 unterschiedlichsten Biografien, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine Stadt, die der
 3 Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das Zusammenleben von
 4 Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des
 5 Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und
 6 Diskriminierungsschutz für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass
 7 diskriminierende und rassistische Strukturen sowie jedwede Formen der Diskriminierung und
 8 Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung keine Chance haben, dass niemand
 9 Angst haben muss, das eigene Leben frei zu gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung
 10 die Leitprinzipien einer offenen Gesellschaft. Wo verschiedene Formen der Diskriminierung
 11 und Ausgrenzung zusammenfallen, betrachten wir diese stets in ihrem Zusammenhang:
 12 Beispielsweise müssen Frauen-, Queer- oder Inklusionspolitik immer auch antirassistisch
 13 sein, so wie auch Antirassismus feministisch, queer und inklusiv sein soll. Unsere Politik
 14 ist intersektional. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb
 15 haben wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und
 16 Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Unser
 17 Frauenstatut dient seit über 30 Jahren erfolgreich als Grundlage dafür, Macht und Teilhabe
 18 in unserer Partei geschlechtergerecht zu verteilen. Darauf wollen wir aufbauen. Uns ist
 19 bewusst: Menschen, die der *weißen* Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen
 20 Privilegien kritisch reflektieren und aktiv Rassismus und Diskriminierung verlernen.
 21 Menschen, die in unserer Gesellschaft von Rassismus betroffen sind, müssen sichtbar werden,
 22 nicht nur zu Wort kommen und mitbestimmen können, sondern auch in die Entscheidungsprozesse
 23 einbezogen werden – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das ist ein
 24 erster wichtiger und notwendiger Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

25 Um dies zu erreichen, braucht es auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit
 26 unterschiedlichen Formen von Rassismus, etwa Rassismus gegen Schwarze Menschen,
 27 antimuslimischem Rassismus oder antiasiatischem Rassismus. So hat Berlin als erstes
 28 Bundesland eine Expertenkommission zu antimuslimischem Rassismus einberufen, deren
 29 Handlungsempfehlungen liegen seit September 2022 vor und müssen nun umgesetzt werden.

30 **Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft**

31 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen
 32 Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-
 33 Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
 34 voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt, Respekt.“ unterstützen wir
 35 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
 36 Antiziganismus und Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter
 37 ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine
 38 stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker
 39 an politischen Entscheidungen beteiligen. Wir wollen neue niedrigschwellige und inklusive
 40 Beteiligungsformate erproben und etablieren, die die Teilnahme von Menschen ermöglichen,
 41 deren Stimmen aufgrund von Zugangsbarrieren oder weil sie sich nicht angesprochen gefühlt

42 haben, bisher unsichtbar und unhörbar geblieben sind. Dazu wollen wir in allen Bezirken und
43 auf Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die temporär zu bestimmten Themen gebildet
44 werden und die gewählten Repräsentant*innen beraten.

45 **Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen**

46 Unsere Partei wurde durch die Frauenbewegung maßgeblich geprägt und ist mit aus ihr heraus
47 entstanden. Feministische Politik gehört zu unserer DNA – und wir sind erfolgreich. In der
48 grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich.
49 Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Mit der
50 intersektionalen Brille betrachtet ist das Defizit der Unterrepräsentation noch eklatanter:
51 Lesbische Frauen und Women of Color sind im Abgeordnetenhaus so gut wie kaum repräsentiert.
52 Das nehmen wir nicht hin! Wir prüfen, wie wir einen verfassungskonformen Weg für ein
53 Paritätsgesetz entwickeln können, damit alle Parteien verpflichtet sind, deutlich mehr
54 Frauen in die Parlamente zu schicken.

55 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in
56 den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das achte Berliner
57 Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein neuntes Frauenhaus, denn die
58 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen
59 und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den
60 Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
61 verabschiedet.

62 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele
63 Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes
64 Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

65 **Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

66 Unsere Stadt ist so bunt wie der Regenbogen und eine vielfältige queere Community gehört zum
67 Herzen der Regenbogen-Hauptstadt Berlin. Hier sollen sich alle queeren Menschen willkommen,
68 sicher und zuhause fühlen – egal ob hier geboren, zugezogen oder zu Besuch. Wir unterstützen
69 queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Dafür braucht es
70 Freiräume, die wir schützen wollen. Den bestehenden Maßnahmenplan, die „Initiative
71 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV), werden wir gemeinsam mit den lesbischen,
72 schwulen, bi-, trans- und inter-Communitys weiter ausbauen und neue Handlungsfelder
73 erschließen, um quer durch alle Ressorts die vielfältige Beratungs-, Empowerment- und
74 Antidiskriminierungsarbeit für LSBTIQ* im Bildungs- und Gesundheitsbereich über den
75 Gewaltschutz bis hin zur Kultur- und Erinnerungspolitik zu stärken. Durch einen
76 ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen,
77 bi-, trans- und inter-Communitys erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für
78 Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine
79 und Aktivist*innen zu Wort kommen und ihre vielfältigen, intersektionalen Perspektiven
80 einfließen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln.

81 **Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat**

82 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können,
83 Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir das größte
84 innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des
85 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir der Berliner Polizei bei konkretem
86 Verdacht auf terroristische Straftaten oder ähnlich schwere Verbrechen zusätzliche
87 Kompetenzen wie die Telekommunikationsüberwachung unter Richtervorbehalt eingeräumt und
88 gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei
89 gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines

90 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind
 91 der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen
 92 Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den
 93 Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen
 94 Reihen schonungslos aufdeckt, sich die dafür notwendigen diskriminierungskritischen
 95 Kompetenzen und das erforderliche Wissen systematisch und kontinuierlich aneignet und so
 96 vielfältig und offen ist wie unsere Stadt. Genau so entsteht Vertrauen. Gewalt und
 97 Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Dagegen
 98 braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln. Gewalt kann niemals ein legitimes Mittel
 99 in der politischen Debatte sein. Sie disqualifiziert für jeglichen politischen Diskurs.
 100 Rechtsextremismus ist dabei die größte Gefahr für die liberale Demokratie und die Sicherheit
 101 in Deutschland und Berlin. Als Folge des Anschlags auf dem Breitscheidplatz haben wir die
 102 Strukturen zur Bekämpfung von islamistischem Terror gestärkt. Wir errichteten ein neues Anti-
 103 Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen. Die
 104 Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss
 105 Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Linksradikaler Gewalt treten wir wie jeder Form
 106 von politisch motivierter Gewalt konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegen.

107 Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir erkrankte Polizist*innen entschädigt
 108 und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet
 109 werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr und Polizei wurden deutlich
 110 angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr ist in der Planung, um
 111 Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und Arbeitsbedingungen für
 112 unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen. Die Ausweitung der
 113 Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie Gesichtserkennung zur Gefahrenabwehr lehnen wir
 114 ab.

115 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
 116 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in
 117 riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke
 118 im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen Justizvollzugsanstalten wieder erreicht,
 119 Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der
 120 Justiz zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn
 121 abzudrehen und Vermögen einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner
 122 Staatsanwaltschaft gegründet. Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass
 123 Lebensmittel nicht verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes
 124 erfüllen. Um die Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir
 125 Verbandsklagerechte ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der
 126 Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

127 **Freiräume erhalten und fördern**

128 Berlin lebt von Kreativität, Freiräumen und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem. Gerade
 129 in einer wachsenden Stadt und zu Zeiten steigender Preise geraten Freiräume unter Druck,
 130 deshalb darf das Bekenntnis zu Freiräumen für Kunst, Kultur und alternativen Lebensmodellen
 131 nicht nur ein Werbespruch bleiben. Wir brauchen deshalb auf Bundesebene eine Reform des
 132 Gewerbemietrechts, die es den Kommunen ermöglicht, Räume zur Produktion von Kunst und
 133 Kultur, für Bildungseinrichtungen und Kulturorte zu schützen, etwa durch die Ausweitung des
 134 Milieuschutzes auf gewerbliche Räume. Auch setzen wir uns für den Schutz von Freiräumen ein,
 135 die als Schutzräume für alternative Lebensentwürfe und marginalisierte beziehungsweise von
 136 Diskriminierung betroffene Gruppen dienen. Wir wollen, dass alternative Freiräume
 137 langfristig Bestand haben, in ihren Räumen bleiben können oder – falls nötig – neue Orte
 138 erhalten, wenn ihre Existenz bedroht ist. Solange Land und Kommunen durch den Bund jegliche
 139 Kompetenz für den Erhalt von diesen Freiräumen verwehrt bleibt, wollen wir im Fall von

140 Besetzungen dem Berner Vorbild folgen, damit nur und erst dann geräumt wird, wenn der
141 Besitzer eine geplante Nutzung der Räumlichkeit nachweisen kann. Generell haben bei
142 Besetzungen für uns politische Lösungen immer Vorrang.

143 **Kulturmetropole Berlin**

144 Berlin hat eine einzigartige Kunst- und Kulturszene. Wir wollen, dass alle Menschen in
145 dieser Stadt ungehindert und barrierefrei teilhaben können an Kultur und Künsten. Infolge
146 der Corona-Krise, durch Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler
147 Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute prekärer denn je. Der Wert von
148 Kunst und Kultur steht für sich und bleibt unabhängig von seiner kommerziellen
149 Verwertbarkeit. Deshalb kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von
150 Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso wie für
151 eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen. Wir werden dafür die
152 bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie
153 Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und der
154 kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt
155 – gerade auch in Jurys, Intendanten und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien
156 Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

157 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir
158 halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe
159 und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbarer werden. Für die
160 überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
161 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und der
162 Kulturförderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Zur
163 kollektiven Erinnerungskultur gehört es auch, die Sichtbarkeit der ersten und zweiten
164 Generationen der Arbeitsmigrant*innen (Westberlin) sowie Vertragsarbeiter*innen (Ostberlin)
165 und ihrer Errungenschaften im Straßenbild zu erhöhen. Erinnerungsstrategien sowie die
166 Geschichten der Aufbaugeneration wollen wir gemeinsam mit Menschen, die über das
167 Anwerbeabkommen nach Deutschland migriert sind, und ihren (Enkel-)Kindern entwickeln und
168 umsetzen. Antirassistische, feministische und queere Perspektiven in den Museen wollen wir
169 weiter stärken und die Geschichte(n) dieser emanzipatorischen Bewegungen in den
170 Kultureinrichtungen und im Stadtbild Berlins sichtbarer machen. Sammlungen, Archive und
171 Museen, die von sozialen Bewegungen selbst aufgebaut wurden, werden wir weiter unterstützen
172 und ihren Bestand auch in Zukunft gewährleisten.

173 **Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen**

174 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung. Wir
175 stehen solidarisch an der Seite der Ukraine und verurteilen den russischen Angriffskrieg
176 aufs schärfste. Auch viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit mit großer Sorge.
177 Das Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Italien, Polen, Ungarn,
178 Schweden und anderen Ländern droht die Europäische Union insgesamt zu zerstören. Die
179 sogenannten "LSBT*-freien Zonen" in Polen, die Anti-LSBTIQ*-Angriffe im russischen
180 Tschetschenien sowie die Rücknahme von queeren Rechten in Ungarn sind besorgniserregende
181 Menschenrechtsverletzungen, denen sichtbar entgegengetreten werden muss. Wir arbeiten über
182 unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und setzen uns im
183 „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der
184 Belange von LSBTIQ* ein. Der völkerechtswidrige und menschenverachtende russische
185 Angriffskrieg auf die Ukraine zwingt Millionen Menschen in die Flucht. Hier sagen wir einmal
186 mehr: Berlin soll ein sicherer Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend,
187 Armut oder der Klimakrise fliehen mussten. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen
188 eine Chance erhalten, sich hier ein Leben aufzubauen. Wir machen Berlin zu einer guten

189 Heimat für all diejenigen, die in Berlin Schutz suchen und hier leben wollen. Wir setzen uns
190 für die gerechte Öffnung der Strukturen für Geflüchtete ein – vom gerechten Zugang zu
191 (Aus)Bildung, Wohnung, Arbeit, ärztlicher Versorgung und sozialer Absicherung über Kunst und
192 Kultur und bis hin zur politischen Teilhabe, nicht zuletzt in unserer eigenen Partei. Wir
193 setzen uns dafür ein, dass Berlin zu einer starken Solidarity City wird.

194 **4.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen Diskriminierung**

195 Berlin ist offen. Offen für Neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen.
196 Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen.
197 Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige
198 Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes
199 Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der
200 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft
201 und gegen Stigmatisierung. Wir werden das LADG konsequent weiterentwickeln. Wir setzen uns
202 dafür ein, Diskriminierung aufgrund des Gewichts in den Merkmalskatalog aufzunehmen.
203 Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten „Diversity-Landesprogramm“ wird die
204 Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
205 vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das erste Bundesland, das eine
206 eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die Weichen in Richtung
207 Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

208 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins
209 arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann.
210 Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle
211 Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten
212 bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere
213 Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter,
214 Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige,
215 Betroffene von Antisemitismus, LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sinti*ze und
216 Rom*nja ebenso wie Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein
217 umfassender Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe,
218 gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und
219 staatlichen Institutionen. Das Beratungs- und Empowerment-Angebot werden wir im engen
220 Austausch mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den
221 Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Klassizismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa
222 im Zuge des Einsatzes von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen
223 auch den (psycho-)sozialen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch. Hinzu kommen
224 Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der Aktionsplan zur
225 Einbeziehung ausländischer Rom*nja, deren Landesgeschäftsstelle wir im Doppelhaushalt stark
226 verankert haben. Das Islamforum soll durch eine Geschäftsstelle gestärkt werden, um das
227 Potential der muslimischen Gemeinden für Teilhabe und Partizipation zu nutzen.

228 **Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen**

229 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft
230 öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln.
231 Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen
232 identifiziert und abgebaut werden. Dazu gehört auch, die Verwaltung mehrsprachig
233 auszurichten. Deshalb wollen wir für Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Kundenkontakt
234 verstärkt Sprachkurse anbieten. Damit das Landesantidiskriminierungsgesetz seine Wirkung
235 zeigen kann, werden wir die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf dieses
236 Gesetz schulen und zu rassismus- und diskriminierungskritischen Kompetenzen fortbilden.
237 Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen wir Aktivitäten für

238 Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner
 239 Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity-Landesprogramm stetig fortentwickeln und auf
 240 eine gesetzliche Grundlage stellen. Wir wollen eine strukturelle und einheitliche
 241 Verankerung von Antidiskriminierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Landes und der
 242 Bezirke. Dazu gehören unabhängige diskriminierungskritische Untersuchungen der internen
 243 Organisationsstrukturen und -abläufe, die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren
 244 und -stellen bei Rassismus und Diskriminierung sowie die Implementierung von
 245 Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Wir wollen in den
 246 Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.
 247 Angelehnt an den sogenannten „Gender-Check“ wollen wir zukünftig einen „Diversitäts-Check“
 248 einführen. Im Sinne eines modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats
 249 vorab auch auf potentiell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde Wirkungen hin
 250 untersucht werden.

251 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist
 252 die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von
 253 strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen
 254 Zuschreibungen betroffenen Gruppen entsprechend der UN-Antirassismuskonvention (ICERD), in
 255 der Verwaltung erreichen und konsequent die Repräsentation von Schwarzen Menschen und People
 256 of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung durch positive Maßnahmen und durch
 257 verbindliche Zielvorgaben wie zum Beispiel eine Zielquote im öffentlichen Dienst fördern.
 258 Wir begrüßen die in der Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der
 259 Migrationsgesellschaft (PartMigG) festgeschriebenen Berichtspflichten und regelmäßigen
 260 Mitarbeiterbefragungen zu Migrationshintergrund und Diskriminierungserfahrung, die die
 261 Personalentwicklungen in den Berliner Verwaltungen nachvollziehbar machen und die Grundlage
 262 für die regelmäßigen Zielvereinbarungen auf allen Hierarchieebenen bilden. Wir stehen zwar
 263 der Kategorie „Migrationshintergrund“ (rassismus-)kritisch gegenüber, aber sind auf deren
 264 Verwendung derzeit leider wegen der Vergleichbarkeit mit der aktuellen statistischen
 265 Bezugsgröße angewiesen; dieser Begriff ist derzeit die einzige vom Mikrozensus statistisch
 266 erhobene Größe. Perspektivisch wollen wir, dass Gleichstellungsdaten von Menschen mit
 267 Rassismuserfahrung erfasst werden. Wir setzen uns dafür ein, das Personalvertretungsgesetz
 268 dahingehend zu novellieren, dass es analog zur Frauenvertretung ebenso eine Vertretung von
 269 und für BPoC bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst gibt, um die
 270 Fördermaßnahmen und die Durchsetzung der verbindlichen Zielvereinbarungen zu überwachen. Wir
 271 fordern die ersatzlose Streichung des Begriffs „Integration“ aus dem neuen Gesetz zur
 272 Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft, der Menschen mit
 273 Rassismuserfahrung demütigt und nichts als eine leere Worthülse ist. Dabei machen wir uns
 274 eine intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung von
 275 Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden – beispielsweise durch
 276 Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-
 277 Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen
 278 dies absolut notwendig ist. Wir stärken die Rechte von trans, inter und nichtbinären
 279 Menschen, indem wir in allen Behörden, Einrichtungen und Beteiligungen des Landes Berlin
 280 dafür sorgen, dass Geschlechts- und/oder Namenseintrag sowie Anrede selbstbestimmt und
 281 unbürokratisch wählbar sind und entsprechend in internen wie externen Dokumenten angepasst
 282 werden. Die Beratung hierzu wollen wir ausweiten.

283 **Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen**

284 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
 285 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie,
 286 Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen
 287 stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen. Berlin

288 wird sich weiterhin an der Umsetzung der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“
289 beteiligen. In enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft sollen Maßnahmen gegen anti-
290 Schwarzen Rassismus umgesetzt werden, die im Kontext des Konsultationsprozesses erarbeitet
291 worden sind. Wir haben die Finanzierung eines Schwarzen Community-Zentrums erreicht.

292 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber,
293 dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen
294 wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode
295 einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um
296 systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte
297 politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die
298 von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen,
299 Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im „Diversity-
300 Landesprogramm“ zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in
301 Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden und anderen Bereichen der Gesellschaft wie den
302 Bildungseinrichtungen des Landes identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus,
303 Antisemitismus, Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und andere Formen der
304 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht
305 bleiben: Die Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche
306 Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung,
307 interne und externe Regeln und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den
308 Sicherheitsbehörden und in der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse
309 weiterentwickeln, das gilt besonders für die Ausbildung angehender Polizist*innen und
310 Jurist*innen. Es ist elementar für Prävention von und Schutz vor Diskriminierungen,
311 diskriminierungskritische Diversity-Seminare in diesen Ausbildungen fest zu verankern. Uns
312 ist es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial
313 Profiling betroffen sind – unter anderem Schwarzen Menschen, als türkei- und arabischstämmig
314 wahrgenommenen Menschen, Sinti*ze und Rom*nja –, bei der Entwicklung und Umsetzung von
315 Maßnahmen einzubeziehen und die Expertise aus den Communitys angemessen zu vergüten. Wir
316 begrüßen die Einrichtung eines Beirats für Rom*nja und Sinti*ze im Rahmen der Novelle des
317 Partizipations- und Integrationsgesetzes und wollen dessen Arbeit konstruktiv begleiten.

318 **Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen**

319 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe
320 und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen
321 und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken und die Einbürgerungsquote erhöhen.
322 Einbürgerungen wollen wir in allen Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung
323 gestalten. Die Möglichkeiten der Einbürgerung wollen wir aktiv und zielgruppengerecht
324 bewerben, etwa durch eine Neuauflage der Berliner Einbürgerungskampagne. Für Menschen, die
325 seit Jahren hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein
326 Ausschlusskriterium sein. Wir werden uns dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden bei der
327 Antragstellung abzubauen. Mit einer besseren technischen und bei Bedarf auch personellen
328 Ausstattung der Standesämter wollen wir darauf hinwirken, dass die derzeit teils langen
329 Bearbeitungszeiten signifikant verkürzt werden. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch
330 wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das
331 kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet werden, die ihren
332 Lebensmittelpunkt in Berlin haben, und dass Einbürgerungen erleichtert werden: Wer in
333 Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten, deutsche*r Staatsbürger*in zu
334 werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.
335 Damit schaffen wir eine weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

336 **Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken**

337 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
338 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für
339 Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte,
340 Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade
341 viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer
342 profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass
343 dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung
344 von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen
345 genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken
346 und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche
347 Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben.
348 Beispielsweise können Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Gemeinderäumen von Kirchen, Moscheen,
349 alevitischen Cem-Häusern, Synagogen und anderer Religionsgemeinschaften, die ihre
350 Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez öffnen, gefördert werden.

351 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte
352 für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf
353 sehen. So wollen wir die rechtlichen und tatsächlichen historischen Vermögensverschiebungen
354 untersuchen, auf deren Grundlage heute Staatsleistungen im Land Berlin gewährt werden.
355 Darauf aufbauend wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der
356 bundespolitischen Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die
357 Ablösung der historischen Staatsleistungen treten. Für uns ist klar: Religion und
358 Religionsgemeinschaften sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne
359 Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen Regimen stehen und unsere Verfassung nicht
360 vollumfänglich anerkennen. Damit ein bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte
361 – beispielsweise in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder der Akzeptanz verschiedener
362 sexueller Orientierungen – nicht relativiert werden. Dies ist Voraussetzung für eine
363 Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und
364 für deren öffentliche Unterstützung. Wir wollen in Kooperation mit den Berliner karitativen
365 und sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft sowie den Gewerkschaften und
366 Arbeitnehmervertretungen zu Vereinbarungen gelangen, in denen diese Betriebe auf die
367 Anwendung des kirchlichen Arbeitsrechts verzichten. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen
368 der Erinnerungskultur sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere
369 den beiden großen christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten
370 zivilgesellschaftlichen Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der
371 kulturellen Vielfalt unserer Stadt besser gerecht werden. Wir wollen das
372 Kirchenaustrittsgesetz Berlin dahingehend ändern, dass für die austretenden
373 Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an, dass künftig Kirchenaustritte auch
374 im Online-Verfahren möglich sind. Wir wollen erreichen, dass ab der kommenden
375 Legislaturperiode die Zusammensetzung der Mitglieder im ZDF-Fernsehrat und im RBB-
376 Rundfunkrat die Vielfalt in der Gesellschaft besser abbildet und für die konfessions- bzw.
377 religionsfreien Menschen jeweils ein Sitz eingerichtet wird.

378 **4.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die Hälfte der Macht den Frauen**

379 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement
380 trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats-
381 und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten
382 Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160
383 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
384 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen
385 verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz. Hierbei setzen wir uns für eine queer-
386 feministische Auslegung der Quote ein. Nur so erreichen wir langfristig gerechte Politik für

387 alle Geschlechter. Doch Parität im Abgeordnetenhaus ist nicht genug! Wir setzten uns auch
388 dafür ein, dass Parität in allen Bereichen Berlins – von Kultur über Wissenschaft, Medien,
389 Verwaltung, Start-up-Szene und landeseigene Unternehmen – dort verbindlich festgeschrieben
390 und umgesetzt wird, wo es uns mit rechtlichen und politischen Mitteln möglich ist. Dafür
391 wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz mit verbindlichen Zielgrößen und
392 Sanktionsmöglichkeiten weiterentwickeln.

393 **Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen**

394 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine
395 Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den
396 Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während
397 Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten
398 Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten.
399 Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
400 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

401 **Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin**

402 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und
403 Bezirksverwaltungen begonnen hat. Nach vielen Jahren des Stillstands im Bereich Gender-
404 Budgeting, also der geschlechtergerechten Haushaltsführung, ist es durch eine grüne
405 Initiative im Abgeordnetenhaus gelungen, die Grundlagen des Gender-Budgetings in Berlin zu
406 novellieren und neu auszurichten. Eine deutliche Ausweitung der qualitativen und
407 quantitativen Gender-Budgeting-Daten ermöglicht nun wirkungsvolle Zielvorgaben und
408 Steuerungsmaßnahmen. Wir wollen mit dem nächsten Haushaltsplan ein Gender-Budgeting-
409 Controlling einziehen, das für alle Geschlechter gilt! Um die Umsetzung weiter
410 voranzutreiben, werden wir uns zudem für ein Gender-Budgeting-Referat in der
411 Finanzverwaltung einsetzen und einen Beirat einrichten, der externe Expertise aus
412 Zivilgesellschaft und Wissenschaft bündelt. Außerdem wollen wir flächendeckende Schulungen
413 zur Anwendung und Implementierung der neuen Gender-Budgeting-Ziele innerhalb der Verwaltung
414 einführen. Wir werden zudem prüfen, wie auch weitere Diversitätskriterien in Gender-
415 Budgeting integriert werden können. Auch mit der Gründung der Unternehmerinnenakademie und
416 dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu
417 stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun
418 mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
419 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken,
420 das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder
421 Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung
422 einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser Ziel ist eine
423 emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen
424 entsprechend schulen.

425 **Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben**

426 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische
427 Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, trans, inter, Schwarze Frauen
428 und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige
429 Folgen für deren Gesundheit hat.

430 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz,
431 dass wir das achte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine
432 Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein neuntes Frauenhaus. Das Personal in
433 Frauenhäusern soll diskriminierungssensibel geschult sein, um so mehr Schutzräume für
434 besonders von Diskriminierung betroffene Gruppen zu schaffen. Auch die Beratung von

435 Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-
436 Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders
437 vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere
438 (mehrfach) marginalisierte Frauen sowie nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
439 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

440 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien
441 gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür
442 gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen
443 ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein
444 Expertengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für das
445 Thema sensibilisiert.

446 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht
447 sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot durch den Einbezug der relevanten
448 Communitys weiter ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention
449 stärken. Hilfestrukturen für Frauen müssen dort gefestigt werden, wo der Bedarf besteht.
450 Soziale Träger dürfen nicht zu Opfern der Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt werden.
451 Deshalb werden wir die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten für
452 diese Träger als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern.

453 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans, inter und nichtbinäre Personen nicht
454 mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Dabei sind die
455 Vorgaben der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich. Der erste Schritt ist, Gewalt gegen
456 Frauen als solche zu benennen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die
457 Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer
458 regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle, wie auch in der Istanbul-Konvention festgelegt,
459 wollen wir Gewalt gegen Frauen, insbesondere Femizide, in Berlin erfassen, untersuchen und
460 mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige
461 Maßnahmen gegen misogyne Gewalt entwickeln. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite
462 von niedrigschwelligen mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten,
463 Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen stetig auszuweiten. Die vertrauliche Spurensicherung
464 und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken
465 etablieren. In den letzten Jahren haben wir die Bekämpfung organisierter Kriminalität im
466 Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies
467 fortsetzen. Schutzprogramme für Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir
468 weiter ausbauen. Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von
469 Menschenhandel zwingend nötig. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen
470 wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

471 **Selbstbestimmte Sexarbeit stärken**

472 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher
473 und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und
474 Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung
475 und -versorgung nachbessern, dabei müssen auch die Rechte und Bedürfnisse von trans, inter
476 und nichtbinären Sexarbeiter*innen berücksichtigt werden. Wir setzen uns für einen
477 erleichterten Leistungsbezug bei den Jobcentern und Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie
478 für die Abschaffung des stigmatisierenden „Prostituiertenschutzgesetzes“ ein. Essentiell
479 ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von Sexarbeiter*innen einbezogen werden.
480 Wohnungslose Sexarbeiter*innen benötigen zudem Zugang zu sicheren Unterkünften. Mit Blick
481 auf Straßenstriche ist es unerlässlich, den Dialog zwischen Sexarbeiter*innen,
482 Beratungsstellen und Anwohnenden zu stärken, um Stigmatisierung und Diskriminierung von
483 Sexarbeiter*innen entgegenzuwirken. Der von uns unter Rot-Rot-Grün einberufene Runde Tisch

484 Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben,
485 evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen, um die Rechte und Arbeitsbedingungen von
486 Sexarbeiter*innen zu verbessern. Wir wollen der Stigmatisierung von Sexarbeit entgegenwirken
487 und gesellschaftliche Vorurteile abbauen. Einsatzkräfte und Beamt*innen im Kontakt mit
488 Sexarbeiter*innen müssen Weiterbildungen zu diskriminierungssensiblen Umgang absolvieren.

489 **Gesundheit – endlich geschlechtergerecht**

490 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und inter, nichtbinären sowie trans Personen werden wir
491 verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Gynäkolog*innen in allen Bezirken zu sichern und den
492 Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten.
493 Gleichzeitig haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir
494 in Kreißsäle investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht
495 haben und mit einer digitalen Plattform die Suche nach Hebammen erleichtern.

496 Wir wollen gendersensible Sexuaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den
497 Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche
498 Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und
499 gezielt sowohl Frauen, trans Männer, inter und nichtbinäre Personen und queere Personen in
500 der medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe
501 wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von Frauen,
502 trans Männern, inter und nichtbinären Menschen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen
503 Gesundheit zu sensibilisieren.

504 **Auftrag an die Bundesregierung**

505 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter
506 bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten
507 Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den
508 Gender-Care-Gap und den Gender-Pay-Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende
509 des Ehegattensplittings sowie die (steuer-)rechtliche Gleichstellung von heterosexuellen,
510 gleichgeschlechtlichen und Ein-Eltern-Familien kämpfen wir auf Bundesebene.

511 **4.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

512 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
513 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der
514 sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger
515 Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso
516 wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der
517 Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden. Darum
518 unterstützen wir die vielfältigen queeren Communitys unserer Stadt dabei, sichere und
519 barrierefreie Räume in der ganzen Stadt zu finden, Teilhabehürden und Ausgrenzungen
520 abzubauen und gemeinsam mit anderen Gruppen für eine inklusivere und solidarische
521 Stadtgesellschaft zu streiten.

522 **Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern**

523 Wir haben die ganze Stadt im Blick. Der Zugang zu queerer Infrastruktur und insbesondere
524 Beratungs- und Empowerment-Angeboten darf nicht davon abhängen, wo LSBTIQ* in Berlin wohnen.
525 Gleiche Chancen, gleicher Zugang zu Unterstützungsangeboten, flächendeckende und
526 barrierefreie queere Infrastruktur muss es für alle überall geben. Wir haben in den letzten
527 Jahren dafür gesorgt, dass Angebote dazugekommen sind, seien es das erste queere
528 Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle
529 queere Bildung oder seit 2018 der „Berliner Preis für Lesbische* Sichtbarkeit“ zur Würdigung
530 des Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir

531 brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere Menschen,
532 insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Dazu
533 gehören auch spezifische Betreuungsangebote und Safe Spaces für besonders marginalisierte
534 Gruppen wie trans, inter und nichtbinäre Personen. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von
535 LSBTIQ* in allen bestehenden und neuen Einrichtungen berücksichtigt und ernst genommen
536 werden. Egal ob Familienzentrum, Seniorenheim oder Jugendclub – in all diesen Einrichtungen
537 muss es Angebote für LSBTIQ* geben. Queere Infrastruktur, darunter auch Safe Spaces wie Bars
538 und Clubs, vor Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe. Die großen queeren
539 Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum, die jedes Jahr viele Gäste aus der ganzen Welt
540 nach Berlin locken, wollen wir nach den harten Einschnitten der Pandemie gezielt und
541 dauerhaft unterstützen.

542 **Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt**

543 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
544 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
545 diskriminiert und tötlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an.
546 Wir werden die Präventions- und Antigewaltarbeit für LSBTIQ* weiter ausbauen und eigenes
547 Beratungsangebot für trans, inter und nichtbinäre Betroffene von Queerfeindlichkeit
548 einrichten. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in
549 akuten Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der
550 bisherigen Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur
551 „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

552 Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Stärkung dieses ressortübergreifenden
553 Maßnahmenplans, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans- und inter-
554 Communitys erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für
555 LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu
556 Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine
557 wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn Zugang zu
558 Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom Wohnort abhängen. Wir haben
559 verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-Angelegenheiten benennt, die
560 als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas
561 und Schulen müssen Geschlechterstereotype hinterfragt und geschlechtliche und sexuelle
562 Vielfalt stärker anerkannt werden. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die
563 die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung, die Ansprechpersonen für LSBTIQ* an
564 allen Berliner Schulen und die Vielfaltsbroschüre für Kita-Fachkräfte.

565 **Lesbische Sichtbarkeit stärken**

566 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben,
567 lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Das gilt auch für die Zukunft.
568 Die neu gestarteten Projekte wollen wir fortsetzen, den Preis für Lesbische Sichtbarkeit
569 auch in den kommenden Jahren verleihen, die Antigewaltarbeit ausbauen und neue
570 Handlungsfelder erschließen, bei denen die besonderen Bedarfe von Lesben bislang zu wenig
571 Berücksichtigung finden, etwa bei der gesundheitlichen Versorgung. Die Verwirklichung des
572 ersten inklusiven Frauen-/Lesbenwohnprojekts ist uns ein besonderes Anliegen. Zudem werden
573 wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben.
574 Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn
575 sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen
576 dieses dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

577 **Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin**

578 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir
579 eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der
580 sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans, inter und nichtbinäre Menschen ihren
581 Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können. Momentan
582 gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen. Solange
583 sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in denen
584 das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir die
585 selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen. Wir
586 setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in
587 allen öffentlichen Einrichtungen und in der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird,
588 inklusive der Anpassung aller Formulare. Bestehende Hürden bei einer Änderung des
589 Geschlechtseintrags wollen wir weiter abbauen.

590 **Queere Rechte in Europa und weltweit**

591 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit
592 verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites
593 Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch
594 gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die
595 sogenannten „LSBT*-freien Zonen“ in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen
596 und müssen aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in
597 über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

598 **4.4 Freiheit schützen und bewahren**

599 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten
600 Biografien, Identitäten, Zielen und Träumen. Alle Berliner*innen haben gemeinsam, dass sie
601 selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein
602 können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von
603 staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
604 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu
605 beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen
606 erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und
607 des Rechtsstaates aufgegeben.

608 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform
609 in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und
610 Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran
611 andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den
612 Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der
613 Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
614 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen.
615 Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert
616 werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von
617 Beamt*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz
618 von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein
619 Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem
620 Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
621 weiter.

622 **Prävention ist der beste Weg**

623 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir
624 wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Dauerhaft abgesicherte und
625 aufsuchende Aufklärungs- und Beratungsangebote sind dabei genauso wichtig wie die enge und

626 klar strukturierte Zusammenarbeit von Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder
627 Sozialämtern. Ordnungs-, Jugend- und Sozialämter müssen angemessen ausgestattet werden,
628 damit sie ihre Aufgaben zuverlässig und flächendeckend wahrnehmen können. Prävention
629 bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen
630 werden. Uns geht es darum, sichere öffentliche Räume zu schaffen, gesellschaftliche
631 Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen und möglichen Täter*innen Alternativen zu
632 bieten, um so Kriminalität vorzubeugen.

633 **Polizei vor Ort stärken**

634 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe
635 schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter
636 ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger
637 Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert
638 werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die
639 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
640 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
641 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

642 **Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt**

643 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin
644 zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden
645 wir die Polizei jünger, weiblicher, diverser sowie diskriminierungskritischer machen. Wir
646 werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für
647 sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der
648 Aus- und Fortbildung ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung,
649 rassistische Tendenzen oder Rechtsextremismus in der Polizei werden wir untersuchen und mit
650 allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin keinen Platz.

651 **Handeln zählt**

652 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn
653 Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an
654 sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet
655 und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat
656 etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der
657 Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir Kontrollen, bei denen nicht im Einzelfall eine
658 konkrete Gefahr vorliegt, ebenso ab wie Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder
659 persönlicher Eigenschaften. Wir werden daher solche verdachtslosen Kontrollen abschaffen und
660 kritisch prüfen, ob diskriminierende Fahndungsmethoden in der Berliner Polizei vorhanden
661 sind. Auch ohne verdachtslose Kontrollen verfügt die Polizei über genügend Maßnahmen, um den
662 Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

663 Polizeiliches Handeln muss weiterhin transparenter werden. Dazu werden wir weitere
664 Mechanismen in der Berliner Polizei etablieren. Wer beispielsweise Ziel einer polizeilichen
665 Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft bedrängt und unter
666 unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweis- und Aufklärungspflichten
667 einführen, so dass jede*r weiß, warum er kontrolliert wurde und welche
668 Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Dies betrifft auch die polizeiliche Datenverarbeitung.
669 Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner Polizist*innen schafft Vertrauen und
670 stärkt die Arbeit der gesamten Polizei. Auch können so Abläufe in der Polizei optimiert
671 werden. Um strukturellen Problemen begegnen und Veränderung gezielt ermöglichen zu können,
672 wollen wir eine unabhängig konzipierte und durchgeführte Studie zu strukturellem Rassismus,
673 rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellung und Racial Profiling in

674 den Berliner Sicherheitsbehörden, angelehnt an den Berlin Monitor. Überdies möchten wir,
675 dass als vertrauensbildende und präventive Maßnahme „Community Policing“-Konzepte entwickelt
676 und umgesetzt werden, die einen diskriminierungskritischen Austausch zwischen der Polizei
677 und potentiell von Racial Profiling betroffenen Communitys fördern.

678 Zu den Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln haben wir einen
679 parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt und werden die Vorkommnisse dort auf
680 Genaueste untersuchen.

681 **Sicherheitsbehörden stärken**

682 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch
683 die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch
684 Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten
685 werden wir familienfreundlicher machen, zum Beispiel durch die Ermöglichung von Homeoffice,
686 die Gesundheit der Beamt*innen besser und nachhaltiger schützen, Millionen von Überstunden
687 abbauen und die Ausstattung verbessern. Polizist*innen und Feuerwehrleute, die im Dienst
688 angegriffen werden, werden wir unsere Unterstützung geben. Nach solchen Übergriffen braucht
689 es verbindliche, destigmatisierende Hilfsangebote, die bei Bedarf in Anspruch genommen
690 werden können. Dazu gehört auch, dass wir unkontrolliertes und rücksichtsloses Böllern an
691 Silvester aufgrund der Auswirkungen auf Mensch und Tier verbieten. Wir wollen daher die
692 Einrichtung von mehr öffentlichen professionellen Feuerwerken in der Silvesternacht sowie
693 die Ausweitung böllerfreier Zonen.

694 **Flexible Hilfsangebote für komplexe Lagen**

695 Wir brauchen multiprofessionelle Kriseninterventionsteams, die nach einem Notruf statt oder
696 ergänzend zur Polizei losgeschickt werden können. Die Polizei ist oft nicht die richtige
697 Antwort auf soziale Probleme in unserer Stadt. Wer sich in einer akuten psychischen Krise
698 befindet, marginalisiert ist, durch Obdachlosigkeit in eine Notlage gerät oder Opfer
699 häuslicher Gewalt wurde, sollte keine Angst haben müssen, den Notruf zu wählen. Komplexe
700 Lagen erfordern flexible Antwortmöglichkeiten, die zur tatsächlichen Hilfe bei Betroffenen
701 beitragen können. Angebote wie Storchenmobile wollen wir stärken, auch um den Rettungsdienst
702 zu entlasten.

703 **Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat**

704 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer
705 weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer schwammigerer rechtlicher Grundlage zu
706 schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Auch Geflüchtete und Migrant*innen besitzen ein
707 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Gesetzesinitiativen zur polizeilichen und
708 sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der EU wollen wir als Land Berlin kritisch und
709 unter Ausnutzung der uns zur Verfügung stehenden Mitwirkungsrechte begleiten. Sicherheit
710 entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und
711 Privatsphäre aller. Wir wollen die Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen auf
712 das unbedingt erforderliche Maß begrenzen, einen Missbrauch durch technische und
713 organisatorische Vorkehrungen verhindern und bestehende Befugnisse in diesem Sinne
714 überprüfen. Den Einsatz biometrischer Überwachungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen
715 und in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs lehnen wir ab. Wir lehnen Eingriffe in die
716 intimste Privatsphäre ab und sprechen uns daher gegen den Einsatz von Staatstrojanern und
717 Online-Durchsuchungen zur Gefahrenabwehr aus. Die Sicherheitsbehörden brauchen effektive und
718 wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus, aber diese müssen klar definiert,
719 rechtsstaatlich eingehegt und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden sein. Weitreichende
720 Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit, sondern zerstören das
721 essentielle Vertrauen in staatliche Institutionen. Zu viele, unsystematisch erhobene Daten

722 können dazu führen, dass aufgrund der schier Menge wichtige Anhaltspunkte übersehen
723 werden, wodurch die Strafverfolgung oder die Gefahrenabwehr erschwert werden kann.

724 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
725 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen, Strukturen und
726 Bestrebungen. Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und eine umfangreiche
727 parlamentarische Kontrolle, die wir auch zukünftig weiter stärken wollen. Der Berliner
728 Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren wichtigen Herausforderungen stellen, hat
729 aber dabei bewiesen, dass er in seiner jetzigen Systematik nicht dafür aufgestellt ist, den
730 Herausforderungen einer wachsenden abstrakten und konkreten Bedrohung durch diverse
731 demokratiegefährdende Bestrebungen zu begegnen. Durch den islamistischen Terroranschlag auf
732 dem Breitscheidplatz, im Kontext der rechtsextremen Anschlagsserie in Neukölln oder durch
733 die illegale Datenweitergabe aus dem Verfassungsschutz hat der Berliner Verfassungsschutz
734 weiter an Vertrauen verloren und ist seiner Aufgabenerfüllung nicht gerecht geworden. Er hat
735 sich in Bund und Ländern nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems erwiesen.
736 Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu schaffen, wollen wir den
737 Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form mittelfristig abschaffen. Hierfür erstellen wir in
738 der kommenden Legislaturperiode im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation einen
739 konkreten Fahrplan zur Erneuerung der Berliner und der bundesweiten Sicherheitsarchitektur.
740 Zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form lehnen
741 wir ab. Das System der V-Leute muss abgeschafft werden.

742 **4.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat**

743 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle
744 Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung
745 behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den
746 vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt.
747 Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen
748 Justizvollzugsanstalten die Soll-Personalstärke wieder erreicht. Nach jahrzehntelangem
749 Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit dessen Umsetzung begonnen: Mit dem
750 Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein
751 zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit
752 einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir insbesondere begonnen die
753 Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundzusanieren. Wir sind dabei, Richter*innen
754 mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine gesetzliche
755 Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel geschafft, um die
756 Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

757 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

758 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet
759 der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner
760 Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem
761 die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden.
762 Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit
763 anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen
764 organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
765 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Ein Immobilienregister,
766 das die wirtschaftlich Berechtigten offenlegt und die Verschleierung von Besitzverhältnissen
767 über Briefkastenfirmen beendet, kann das hohe Risiko der Geldwäsche in diesem Bereich
768 absenken. Generell sollen Immobilienkäufe nur noch unbar abgewickelt werden dürfen. Auch die
769 Bauaufsichten sollen bei unklaren Eigentumsverhältnissen berechtigt werden, vor Erteilung
770 einer Baugenehmigung Auskunft über die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer zu verlangen.

771 Den eingeschlagenen Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen
772 wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit
773 wollen wir weiter stärken.

774 **Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen**

775 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung
776 wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht
777 als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum
778 immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die
779 Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können.
780 Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen
781 Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
782 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich
783 hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der
784 Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
785 eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter
786 vorantreiben.

787 **Opfer stärken**

788 Opfer von Straftaten stärker in den Blick nehmen ist uns in der Rechts- und
789 Sicherheitspolitik ein großes Anliegen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem
790 Breitscheidplatz haben wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen
791 und deren Angehörige eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen
792 und aktiv auf die Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die
793 psychosoziale Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit
794 traumatische Folgen möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft
795 eine wichtigere Rolle spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet
796 entgegenzutreten, haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität
797 gegründet und wollen in einem Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten.
798 Sie soll psychologische Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer
799 Anzeige bieten.

800 **Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen**

801 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und
802 bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am
803 Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen,
804 Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit
805 spezifischer Fachfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie
806 eingesetzt werden können. Vorerfahrungszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im
807 Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen
808 Folgen der Schichtarbeit abzumildern. In der Justiz und auch in anderen Bereichen brauchen
809 wir Jurist*innen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse und ihre Rolle darin bewusst
810 wahrnehmen, Empathie gegenüber Rechtssuchenden aufbringen und die Vielfalt der Gesellschaft
811 widerspiegeln. Deshalb wollen wir in der juristischen Ausbildung die Grundlagenfächer
812 stärken, kritische Rechtswissenschaft fördern und Diversity-Kompetenz als juristische
813 Kernkompetenz anerkennen. Wir wollen die Prüfungsbedingungen der Staatsexamina verbessern
814 und lehnen eine Schwächung des universitären Schwerpunkts ab. Das elektronische Examen
815 werden wir einführen und haben dazu mit einer Testphase begonnen, die Möglichkeit eines
816 Teilzeit-Referendariats wollen wir einführen. Auch die Förderung von Frauen werden wir
817 weiter stärken: mit einem transparenten Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch
818 besetzten Gremien und Vorschlagslisten für den Richterwahlausschuss.

819 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen
820 und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so
821 divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und
822 Beförderungen ändern. Insbesondere sind BPoC unterrepräsentiert. Es ist daher notwendig,
823 diese Gruppen vermehrt für das Jura-Studium zu gewinnen und auf ihrer weiteren Laufbahn zu
824 fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsbildung sowie Fortbildungen zu
825 Rassismus, Sexismus und Trans- und Homosexuellenfeindlichkeit fester Bestandteil des Jura-
826 Studiums, des Referendariats und der verbindlichen Qualifizierungsmaßnahmen für
827 Rechtsanwält*innen, Staatsanwaltschaft und Richter*innen werden, mit dem Ziel, Jurist*innen
828 dazu zu befähigen, rassistische, trans-/homosexuellenfeindliche und sexistische Straftaten
829 als solche zu erkennen, diese effektiv zu verfolgen und mit den Opfern solcher Taten
830 angemessen umzugehen.

831 **Rechtsstaat braucht Infrastruktur**

832 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit
833 wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit
834 die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden
835 wir energetisch sanieren und den bereits begonnenen Bau von Solaranlagen und
836 Blockheizkraftwerk forcieren.

837 **Digitalisierung voranbringen**

838 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
839 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner
840 Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das
841 künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und
842 Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung
843 der Prozessgrundsätze.

844 **Rechtsstaat für alle**

845 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein,
846 dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem
847 Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu
848 Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist!
849 Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir
850 ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete,
851 werden wir weiterführen.

852 **Gefangene werden Nachbar*innen**

853 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht.
854 „Wegsperrten!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu
855 dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten
856 können und nicht rückfällig werden. Denn die Resozialisierung der Gefangenen ist ein guter
857 und nachhaltiger Schutz der Gesellschaft vor Straftaten. Der Strafvollzug ist außerdem der
858 eingriffsintensivste Bereich des Staates, weshalb wir den Grundrechtsschutz für Gefangene
859 und ihre Familien weiter verbessern werden.

860 Der offene Vollzug ist am besten geeignet, um die Gefangenen zu resozialisieren und die
861 schädlichen Folgen der Haft zu minimieren. Gerade im Jugendstrafvollzug wollen wir den
862 offenen Vollzug daher weiter stärken und daneben weitere freie Formen des Vollzugs erproben.
863 Den Anteil der vorzeitigen Entlassungen in Berlin wollen wir mindestens auf den
864 Bundesdurchschnitt erhöhen. Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen
865 gemeinnützige Arbeit verrichten, statt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir

866 finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu verantworten ist, setzen wir auf offenen
867 Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern. Die besondere Situation von
868 LSBTIQ* und für Menschen mit HIV im Strafvollzug werden wir weiterhin besonders
869 berücksichtigen und treten für einen diskriminierungsfreien Umgang ein.

870 Strafgefangene brauchen mehr und zeitgemäße Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere
871 Betreuung vor und nach der Entlassung, besonders substituierte Gefangene. Wir haben daher
872 das bundesweit einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In
873 den kommenden Jahren werden alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu
874 Internet und E-Mail erhalten – um den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale
875 Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so
876 funktioniert Resozialisierung und wird die „zweite Chance“ auch eine echte Chance.
877 Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten Bediensteten. Wir werden
878 daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter steigern und ihn flexibler
879 gestalten, vor allem durch eine neue Laufbahn im gehobenen Dienst.

880 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke
881 und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe
882 arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft
883 zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden
884 wir fortsetzen.

885 **Strafrecht als „Ultima Ratio“**

886 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
887 Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über
888 Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den
889 Besitz von Drogen wollen wir entkriminalisieren. Elemente aus der NS-Zeit wollen wir endlich
890 aus dem Strafgesetzbuch verbannen. Entkriminalisierung muss überwiegend auf Bundesebene
891 geregelt und umgesetzt werden. Unseren Handlungsspielraum auf Landesebene werden wir unter
892 anderem nutzen, um die geringe, nicht verfolgbare Menge von Drogen heraufzusetzen.

893 **4.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation, Vielfalt und Transparenz stärken**

894 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere
895 Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen
896 für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz
897 gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

898 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder
899 Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und
900 Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem
901 Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens.
902 Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben
903 in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem
904 wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,
905 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für
906 die Berliner*innen möglich.

907 **Demokratie heißt Vielfalt**

908 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer
909 vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit
910 Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine
911 Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten

912 genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen
913 infrage stellen.

914 **Friedliches und freiheitliches Demonstrationsrecht**

915 Berlin ist mit über 5.000 politischen Versammlungen jährlich die Hauptstadt der
916 Demonstrationen. Wir haben das Versammlungsgesetz an die Realität der Tausenden
917 weitestgehend friedlichen Demonstrationen angepasst und damit Versammlungsfreiheit und
918 Deeskalation gestärkt. Die Bewertung der Gefahrenprognose unterschiedlicher Demonstrationen
919 ist in der Vergangenheit jedoch nicht immer gelungen. Hier wollen wir in Zukunft anhand
920 objektiv nachvollziehbarer Kriterien eine bessere Abwägung gewährleisten. Um Spannungen und
921 damit Konfliktpotential zu minimieren, setzen wir uns für eine einheitliche, deeskalative
922 Berliner Strategie für die Versammlungsfreiheit ein. Unser Anspruch bleibt es, das
923 progressivste Versammlungsrecht der Bundesrepublik zu verwirklichen.

924 **Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen**

925 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für
926 das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das
927 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die
928 Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese
929 Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen
930 Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz,
931 Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung
932 eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

933 **Bürger*innenräte in Berlin einführen**

934 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir mit einem Gesetz
935 zur Durchführung von Bürger*innenräten diese auf Bezirks- und Landesebene etablieren. Diese
936 sollen zu bestimmten Themen mit einem spezifischen Auftrag und den notwendigen Ressourcen
937 temporär gebildet werden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ebenso wie die
938 Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch
939 das Zufallsprinzip gelost – aus allen betroffenen Einwohner*innen ungeachtet ihrer
940 Staatsangehörigkeit –, um die gesamte Breite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu
941 können. Die Losverfahren sind so aufzusetzen, dass immer benachteiligte und/oder sogenannte
942 „stille“ gesellschaftliche Gruppen in den Bürger*innenräten vertreten sind und mitarbeiten
943 können. Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können damit Lösungen für konkrete
944 Probleme für Berlin oder ganz konkret im Kiez erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die
945 demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer
946 Entscheidungen erhöhen. Dies digital wie analog zu fördern, darf weder nur privilegierten
947 sozialen Schichten zugutekommen noch nur für sie attraktiv zu nutzen sein.

948 **Stadtvertrag für Beteiligung**

949 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
950 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
951 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie
952 machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden
953 Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte
954 Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag Beteiligung“ erarbeiten: weitere
955 Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen,
956 Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte,
957 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen,
958 um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben. Wir wollen die Infrastruktur digitaler
959 Beteiligung, wie sie derzeit etwa mit „meinBerlin“ besteht, ausweiten und damit das Prinzip

960 offener Daten flankieren. Sie soll die Möglichkeiten voranbringen, unter
961 datenschutzfreundlichen Bedingungen eine Informations-, Diskussions- und
962 Beteiligungsgrundlage für Bürger*innen zu schaffen.

963 **Demokratische Initiativen stärken**

964 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir
965 haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus,
966 Rassismus und Antisemitismus“, der „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV)
967 und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen das
968 Engagement von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen – gerade im Bereich der
969 Antidiskriminierungsarbeit, Demokratieförderung und des Empowerments – absichern und stärken
970 – und zwar verlässlich, langfristig und mit weniger bürokratischem Aufwand. Deshalb wollen
971 wir ein Demokratiefördergesetz für Berlin und eine Overhead- bzw. Gemeinkostenpauschale für
972 alle Zuwendungsprojekte einführen. Die Tarifangleichungen für das Personal von NGOs und
973 freien Trägern werden wir fortsetzen und die Eingruppierung von Projektstellen
974 systematisieren und erhöhen. Auf Bundesebene werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass das
975 politische Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt wird. Zivilgesellschaftliches
976 Engagement braucht Räume, um sich entfalten zu können und für alle leicht erreichbar zu
977 sein. Angesichts weiterhin steigender Konkurrenz um bezahlbaren Raum in der Stadt wollen wir
978 zivilgesellschaftliche Räume vor Verdrängung schützen. Auch gewerbliche Räume wie Bars oder
979 Clubs können wichtige Freiräume für demokratisches Engagement darstellen. Um sie zu
980 schützen, wollen wir die Einführung eines Gewerbemietendeckels prüfen.

981 **Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten**

982 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im
983 Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt
984 Probleme anzugehen. Er legt rechtsextremistische, antisemitische, rassistische oder andere
985 menschenverachtende Haltungen offen und erfasst die Erfahrungen von diskriminierten
986 Berliner*innen. Damit ist er eine wichtige Grundlage für ganz gezielte Maßnahmen. Um das
987 demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und politische Bildung unerlässlich.
988 Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken, sie insbesondere für junge
989 Menschen zugänglicher machen und ihre Arbeit an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen
990 ausweiten. Denn hier wird die Grundlage für die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Das
991 ehemalige Stasigelände in Lichtenberg soll zu einem „Campus der Demokratie“ und das
992 ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße zu einer Gedenkstätte entwickelt werden. Die
993 Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener
994 Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

995 **Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken**

996 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres
997 Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Die Betroffenen fühlen sich
998 oft isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen
999 können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso
1000 werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen
1001 einführen, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken.

1002 **Hass und politische Gewalt bekämpfen – gegen jeden Antisemitismus**

1003 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen
1004 politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir
1005 wollen damit insbesondere Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten und der Bedrohung
1006 jüdischen Lebens durch den wachsenden Antisemitismus entgegentreten. Daher haben wir auch
1007 eine Antisemitismusbeauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft berufen, einen

1008 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus benannt und eine senatsübergreifende
1009 Landeskonzeption zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention vorgelegt. Diesen
1010 klaren Kurs werden wir auch künftig fortsetzen und entschieden gegen jeden Antisemitismus
1011 vorgehen!

1012 **4.7 Berlin – Stadt der Kultur und der Künste**

1013 Die Kunst- und Kulturmetropole Berlin ist auch wegen der Inflation und den explodierenden
1014 Energiepreisen unter Druck. Kaum eine andere Stadt hat ein so reichhaltiges Angebot an
1015 Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-, Literatur-, Musik- und
1016 Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und lebenswert machen. Doch
1017 der übergroße Teil von ihnen gehört immer noch zu den Geringverdienenden in unserer
1018 Gesellschaft. Bodenspekulation, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten haben soziale
1019 Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit sich gebracht. Darüber hinaus haben
1020 durch den Lockdown in der Corona-Pandemie zahllose freischaffende Künstler*innen und private
1021 Kulturorte von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren.

1022 Wir geben Berlins einmaliger Kulturlandschaft Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und
1023 Ausbau: Wir haben mit Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung
1024 von Künstler*innen gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte
1025 Immobilienankäufe neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den
1026 Bezirken ausgebaut. Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-
1027 Frage ins Zentrum der Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von
1028 mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins
1029 weiter vorantreiben.

1030 **Kultur und die Künste brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend**

1031 Berlins vielfältiges Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und
1032 internationalen Ausstrahlung der Stadt. Deshalb wollen wir zur Sicherung der kulturellen
1033 Infrastruktur bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner
1034 Stadtentwicklungspolitik kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund
1035 stellen. So wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem Schwerpunkt
1036 Musik gesichert haben und unter Beteiligung der Akteur*innen und mit hoher Transparenz
1037 weiterentwickeln, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als künstlerische
1038 Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Der Verdrängung und Mietenexplosion wollen
1039 wir Schutzmaßnahmen entgegenstellen. Wir werden weiterhin private Immobilien für diesen
1040 Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm im Dialog mit der Freien Szene
1041 und den Spartenverbänden kontinuierlich weiterentwickeln. Bei Planung und Bau neuer
1042 Stadtquartiere müssen künstlerische Nutzungen und die Schaffung kultureller Orte von
1043 vornherein mit einem möglichst hohen Raumanteil berücksichtigt werden. Und statt Leerstand
1044 sollen Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle Nutzungen zur Verfügung stehen.
1045 Außerdem wollen wir sonstige öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer
1046 Kulturnutzung öffnen: Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner
1047 Verwaltung können geeignet sein, außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und
1048 Aufführungsorte zu fungieren – und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich
1049 neue Räume für die bezirkliche Musikschule, Ateliers, Proberäume, Orte der Erinnerungskultur
1050 oder die Jugendkunstschule entstehen.

1051 **Förderung der Freien Szene neu justieren**

1052 Berlins Freie Szene war schon immer ein Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks- und
1053 Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen
1054 Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den
1055 neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und

1056 Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalität dieser Szene allerdings
1057 schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen
1058 zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbände und Kulturorte einer vorbehaltlosen und
1059 kritischen Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Zudem wollen wir gegen die
1060 bisherige Unwucht in der Kulturförderung zu Lasten der Freien Szene angehen und deren
1061 Finanzierung verbessern. Dabei wollen wir das fortsetzen, was wir in dieser Legislatur mit
1062 dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung eines Festivalfonds, der
1063 Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung der Ankerinstitutionen
1064 der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und die Strukturen der freien
1065 Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen. Ein Berliner
1066 Kulturfördergesetz kann die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzlich verankern, den
1067 gesellschaftlichen Stellenwert von Kultur und den Künsten in unserer Stadt stärken und die
1068 bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln. Wesentliche Kriterien hierbei sind
1069 ökologische sowie soziale Nachhaltigkeit und Diversität.

1070 **Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik**

1071 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte.
1072 Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen
1073 Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der
1074 gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen,
1075 die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt
1076 muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren
1077 Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der
1078 Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds
1079 und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir
1080 einen Anfang gemacht. Wir wollen Diversität in der institutionellen und Projektförderung zu
1081 einem wesentlichen Kriterium machen, und das sowohl mit Blick auf die öffentlichen
1082 Kultureinrichtungen und sonstige Geförderte als auch auf die kulturellen Angebote selbst.
1083 Auch die Repräsentation queerer Menschen und Perspektiven in der Berliner Kunst- und
1084 Kulturszene muss verbessert werden. Queere künstlerische Positionen sind besonders zu
1085 fördern, bestehende Hürden für queere Künstler*innen abzubauen und queere Sichtweisen auch
1086 in Jurys und Auswahlgremien zu stärken. Weil diskriminierungssensible
1087 Personalverantwortliche und Einstellungspraktiken Grundlage für einen vielfältigen
1088 Kulturbetrieb sind, wollen wir, dass Personalverantwortliche in Kultureinrichtungen
1089 entsprechend geschult werden.

1090 Bei der Besetzung von Intendanten und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch
1091 endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendanten-Kollektive
1092 sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen
1093 sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in
1094 Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen
1095 realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Insbesondere Frauen mit Kindern
1096 sind in leitenden Funktionen unterrepräsentiert, weil sie den familienunfreundlichen
1097 Erwartungen an Führungskräfte häufig nicht gerecht werden können. Deshalb setzen wir uns
1098 weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kulturbereich ein.

1099 **Kulturelle Bildung und Bibliotheken**

1100 Damit möglichst viele Berliner*innen einen Zugang zu Kulturangeboten finden, wollen wir die
1101 kulturelle Bildung und Kunstvermittlung stärken. Wir streben eine niedrigschwellige,
1102 inklusive und aufsuchende kulturelle Bildung an, die Kindern und Jugendlichen auch
1103 selbstorganisierte Projekte ermöglicht. Schule und außerschulische Lernorte sollen mehr
1104 zusammenwachsen. Auch Bibliotheken müssen als Dritte Orte offen und barrierearm zugänglich

1105 sein, denn sie sind nicht nur Bücherverleihstellen, sondern wichtige Kiezorte der sozialen
1106 Begegnung, des kulturellen Austauschs und des interaktiven Lernens. Wir brauchen eine
1107 Bibliotheksentwicklungsplanung, die dafür die nötigen finanziellen Mittel einplant.

1108 Die Kreativwirtschaft ist schon vor Langem zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren
1109 dieser Stadt geworden. Wir werden kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen,
1110 Soloselbstständigen und freien Gruppen, gezielt und unmittelbar fördern. Prekäre Arbeits-
1111 und Abhängigkeitsverhältnisse werden wir nicht dulden und ein entsprechendes Paket von
1112 Maßnahmen auf den Weg bringen. Als digitale Ergänzung werden wir eine landeseigene,
1113 virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen, in der sich alle Branchen der Berliner
1114 Kreativwirtschaft unter dem Signum „made in berlin“ sammeln.

1115 **Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft – auch im Flughafen Tempelhof**

1116 Das Gebäude des Flughafens Tempelhof wird zu einem Zentrum für Kultur und Kreativwirtschaft,
1117 in dem Ateliers, Studios, Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Ausbildungs-,
1118 Produktions- und Präsentationsräume für Film, Design, Mode, Architektur und Games Platz
1119 finden. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel werden wir Raum für Kultur und Kreativwirtschaft
1120 schaffen.

1121 **Mit dem Campus für Demokratie Zivilgesellschaft und (Erinnerungs-)Kultur stärken**

1122 Erinnerungskultur und Stadtentwicklung gehören zusammen. Deshalb setzen wir uns in
1123 Zusammenarbeit mit Bund und Bezirk für die Entwicklung des „Campus für Demokratie“ auf dem
1124 Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ein. Das entwickeln wir zu einem
1125 lebendigen Erinnerungsort, der das Stasi-Unterlagen-Archiv mit Räumen für Kunst und
1126 kulturelle Bildung und Projekten der demokratischen Stadtgesellschaft verbindet. So stärken
1127 wir auch nachhaltigen Tourismus im Außenbezirk Lichtenberg und das umliegende Stadtquartier.
1128 Wir wollen, dass das Land Berlin diesen Prozess durch weiteres Engagement und eine aktive
1129 Grundstückspolitik vor Ort in der nächsten Legislatur weiter vorantreibt.

1130 **Freiheit der Medien garantieren**

1131 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche
1132 Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die
1133 Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit
1134 und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der
1135 öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und
1136 Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die
1137 jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
1138 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen
1139 im RBB zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg
1140 weiterentwickeln. Hier wollen wir einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
1141 anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Bevölkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe
1142 weiter hoch halten könnte. Die Krise des rbb muss lückenlos aufgearbeitet und Missstände
1143 beseitigt werden. Wir haben uns für eine Stärkung der Aufsichtsgremien und unabhängige
1144 Kontrollmechanismen eingesetzt.
1145 Hatespeech, Sexismus und Rassismus, ebenso wie die Verbreitung von illegalen und
1146 demokratiefeindlichen Inhalten, dürfen nicht außerhalb der Verantwortung der Plattformen
1147 durch dies begünstigende Algorithmen automatisiert vorangetrieben werden. Wir werden die
1148 Möglichkeiten und Spielräume des Medienrechts nutzen, um die Plattformregulierung durch die
1149 Landesmedienanstalten weiterzuentwickeln.

1150 **Die Filmmetropole Berlin sichern**

1151 Die Produktion von Filmen für Kinos, Plattformen und Sender stellt einen wichtigen Teil der
1152 Berliner Wertschöpfung dar und zählt mit knapp 200.000 direkt oder indirekt Beschäftigten zu
1153 den größten Branchen Berlins. Um die durch Corona unter Druck geratene Branche zu sichern
1154 und Berlin zu einem noch stärkeren, kreativen, internationalen Spitzenplatz des Films zu
1155 entwickeln, werden wir das Filmfördersystem des Medienboards Berlin Brandenburg (MBB)
1156 optimieren. Wir werden den Zugang zu Filmfördermitteln transparenter und unabhängiger von
1157 eingefahrenen Strukturen und gewachsenen Abhängigkeiten ermöglichen. Dazu werden wir neue
1158 Förderinstrumente umsetzen und Vergaben in qualifizierten Losverfahren, im Patenverfahren
1159 und mit automatischer Referenzförderung einführen. Für Erstlings- und Folgewerke werden wir
1160 einen neuen Fördertopf schaffen, der einen breiteren Zugang und nachhaltigeren Berufsstart
1161 ermöglicht. Das MBB wird zu einer Überprüfung der Einhaltung von Sozial- und
1162 Nachhaltigkeitsstandards geförderter Produktionen verpflichtet, um den untragbaren Zustand
1163 des Unterlaufens von sozialen und tariflichen Mindeststandards zu beenden.

1164 **Green Culture – Kultur und Nachhaltigkeit**

1165 Wir denken Kultur und Klimaschutz zusammen: Auch der Kulturbereich kann durch die Einsparung
1166 von CO₂-Emissionen einen Beitrag zur klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere
1167 für die Museen sowie den Gastspiel- und Festivalbetrieb, da hier am meisten Treibhausgas-
1168 Emissionen im Kulturbereich anfallen. Wir unterstützen die bereits vorhandenen Bestrebungen
1169 und Umsetzungen bei vielen kulturellen Akteur*innen und Einrichtungen. Gleiches gilt für
1170 Konzepte wie die Einrichtung eines „Green Culture Desk“ und Fonds auf Bundesebene. In der
1171 Kulturförderung müssen die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit und
1172 die Transformation zu einem nachhaltigeren Kulturbetrieb eine stärkere Rolle spielen.

1173 **Clubkultur erhalten**

1174 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
1175 Nutzungskonflikte mit Anwohnenden zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Schallschutzfonds
1176 für Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg
1177 wollen wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren.
1178 Um Clubs bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu
1179 Fördermitteln zu verschaffen, haben wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten
1180 anerkannt. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Änderung des Baugesetzbuchs auf
1181 Bundesebene ein, damit die Kommunen Kulturerhaltungsgebiete einführen können, und wollen
1182 Clubs auch durch Änderungen im Gewerbemietrecht besser schützen. Clubs sind auch
1183 Kreativlabore der Subkultur. Gerade die kleinen Clubs dürfen nicht durchs Raster fallen, wir
1184 wollen sie retten und mit gezielten Programmen unterstützen. Uns ist wichtig, Clubs in ihrer
1185 Funktion als Orte der gesellschaftlichen Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für
1186 queere Menschen, zu stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber*innen und der
1187 Clubkommission gegen Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen. In den letzten
1188 Jahren sind auch Open-Air-Tanz- und Liveveranstaltungen immer stärker besucht worden.
1189 Momentan stehen die Veranstalter*innen aber oft vor rechtlichen Risiken und Unsicherheiten.
1190 Darum wollen wir die Einführung eines Open-Air-Gesetzes wie in Bremen prüfen. Das
1191 gesellschaftliche Engagement der Clubs und Kollektive tut Berlin gut, weshalb wir sie, zum
1192 Beispiel bei ökologischen Maßnahmen, weiterhin finanziell unterstützen wollen.

1193 **Decolonize!**

1194 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung
1195 der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der
1196 Dekolonisierung geworden. Doch diese ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den
1197 postmigrantisch-diasporischen Communitys und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen
1198 Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und
1199 deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir

1200 die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit
 1201 Initiativen wie „Decolonize Berlin e. V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und
 1202 Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute
 1203 den Kolonialismus und Kolonialverbrechen ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir auf
 1204 Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie und für
 1205 die Errichtung von dezentralen Lernorten zur Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen
 1206 sollen endlich Postcolonial und Black Studies angeboten werden, wie es im angelsächsischen
 1207 Raum längst der Fall ist. Und wir fordern weiterhin die Errichtung eines Lern- und
 1208 Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des
 1209 deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und Ort
 1210 zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen steht Berlin ganz besonders in der
 1211 Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns für eine systematische und
 1212 transparente Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der Berliner Museen
 1213 und Sammlungsbestände ein. Provenienzforschung ist ein langer und aufwändiger Prozess. Die
 1214 bislang zur Verfügung stehenden Personalmittel reichen nicht aus. Deshalb wollen wir in der
 1215 kommenden Legislaturperiode die wissenschaftliche Erforschung ausbauen. Koloniale Raubkunst
 1216 und menschliche Überreste müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das
 1217 proaktiv. Wir wollen außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür
 1218 nutzen, eine Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und
 1219 die Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

1220 **4.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im Blick**

1221 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer
 1222 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
 1223 mussten, und soll eine gute Heimat für all diejenigen bieten, die in einer weltoffenen,
 1224 demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen,
 1225 müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.

1226 **Berlin ist sicherer Hafen**

1227 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Wir stehen solidarisch an
 1228 der Seite aller Geflüchteten. Diese Entwicklung und die anhaltend hohe Zahl an
 1229 Schutzsuchenden auch aus anderen Konfliktgebieten bedeuten einen organisatorischen,
 1230 logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte Stadtgesellschaft.
 1231 Wir senden das klare Signal: Wir lassen euch nicht allein! Das schließt explizit auch alle
 1232 Drittstaatler*innen und Staatenlose aus der Ukraine und aus anderen Regionen ein, die sich
 1233 auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung befinden. Wir unterstützen Hilfsangebote für BIPOC
 1234 und Angebote für die Minderheit der Roma*nja, die bereits vor dem Krieg stark diskriminiert
 1235 und sozial-benachteiligt waren. 40 Prozent der in der Ukraine lebenden Rom*nja sind
 1236 staatenlos. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg um kulturelle
 1237 Hegemonie. Wir setzen uns dafür ein, ukrainische Kulturangebote zu fördern sowie der
 1238 kulturellen und politischen Eigenständigkeit der Ukraine in Berlin einen Ort zu geben.

1239
 1240 Um auf steigende Zugangszahlen zügig und flexibel reagieren zu können, muss Berlin
 1241 resilientere Strukturen für Ankunft und Unterbringung aufbauen. Auch in der gegenwärtigen
 1242 Situation wollen wir weitestgehend Großstrukturen für die Unterbringung von Geflüchteten
 1243 vermeiden und plädieren stattdessen für ein dezentrales Konzept von über die Stadt
 1244 verteilten kleineren Standorten. So werden wir den Bedarfen der Menschen besser gerecht.

1245
 1246 Um dauerhaft resiliente Strukturen zu schaffen, setzen wir uns für die Weiterentwicklung des
 1247 Ankunftsentrums „Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik“ zu einem Campus ein, der in
 1248 Ausnahmesituationen temporär Kapazitäten für bis zu 2.500 Menschen bereitstellen kann und in
 1249 Zeiten geringerer Ankünfte als Ort der Begegnung dient. Bereits jetzt sind viele Initiativen

1250 und Beratungsangebote vor Ort versammelt. Ergänzend fordern wir ein Reaktionskonzept, um in
1251 Notsituationen kurzfristig zusätzliche qualitätsgesicherte Unterbringung verteilt auf die
1252 ganze Stadt gewährleisten zu können. Um die Unterbringungskapazitäten des LAF zu erhöhen,
1253 muss das MUF-2.0-Bauprogramm zügig umgesetzt werden, damit in jedem Bezirk mind. 1.000
1254 zusätzliche Plätze mit Wohnungsstruktur und sozialen Angeboten dauerhaft zur Verfügung
1255 stehen. Für spezifische Zielgruppen und besonders vulnerable Gruppen wie unbegleitete
1256 Minderjährige, BIPOC oder LSBTIQ* richten wir inklusive Wohngruppen bzw. eigene Unterkünfte
1257 ein. Zudem müssen in allen Einrichtungen Schutzkonzepte für vulnerable Gruppen zur
1258 Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder
1259 Queerfeindlichkeit implementiert werden.

1260
1261 Der Zugang zu Alphabetisierungs- und Sprachkursen, Sprachmittlung und Beratungsangeboten
1262 u.a. für Ausbildung sowie psychosozialer und medizinischer Versorgung muss für alle
1263 Ankommenden ermöglicht werden. Ob die Versorgung mit Schulplätzen oder Deutschkursen, gerade
1264 beim Ankommen sind die Bezirke entscheidend. Daher sichern wir den Bezirken mehr
1265 Planungssicherheit sowie mehr finanzielle und personelle Unterstützung zu. Wir erhöhen den
1266 Integrationsfonds und werden die Mittel für VHS-Deutschkurse mindestens verdoppeln.

1267
1268 Unser Ziel ist das Leben in Wohnungen. Derzeit leben über 55.000 Menschen in
1269 Gemeinschaftsunterkünften, viele davon bereits seit Jahren. Unterkünfte sollen lediglich dem
1270 Ankommensprozess in den ersten Monaten dienen, bis eine passende Wohnung gefunden ist. Um
1271 der anspruchsvollen Herausforderung gerecht zu werden, muss der Senat das Programm Wohnen
1272 für Geflüchtete deutlich aufstocken und ergänzen, mit landeseigenen
1273 Wohnungsbaugesellschaften und Privaten Kooperationen schließen und den Anteil an WBS-
1274 Wohnungen erhöhen. Angesichts der positiven Erfahrungen mit der Unterbringung durch Private
1275 wollen wir ein Modellprojekt entwickeln, um dieses Potential auch zukünftig ergänzend zu
1276 nutzen und dabei Mindeststandards wie Kinderschutz zu etablieren.

1277
1278 Auch weitere positive Erfahrungen bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine möchten
1279 wir auf alle Geflüchteten ausweiten. So braucht es neben ausreichend Schulplätzen einen
1280 zügigen Übergang geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Regelklassen, Beschäftigungs- und
1281 Qualifizierungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte und Deutsch als Zweitsprache als
1282 ordentliches Unterrichtsfach. Für den schnellen Übergang in die Regelklassen muss Berlin ein
1283 verbindliches alters- und kompetenzabhängiges mehrstufiges Übergangskonzept entwickeln.

1284
1285 Wir fordern die Aufstockung der Zuwendungen für die Träger, die psychosoziale Beratung,
1286 Versorgung und Vermittlung der Geflüchteten anbieten, sowie die qualifizierte Sprachmittlung
1287 im gesundheitlichen Bereich damit der Zugang zur medizinischen Versorgung gewährleistet
1288 wird. Zudem streben wir in Berlin die Aufhebung der Wohnsitzauflage für anerkannte
1289 Geflüchtete an, um ihre Teilhabemöglichkeiten zu erweitern.

1290 Wir bekennen uns zu den Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und Solidarität, auf
1291 die sich die EU verpflichtet hat. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen
1292 steht diesen Werten entgegen und ist eine Schande für Europa. Mit dem Ziel der Abschreckung
1293 wird Seenotrettung auf dem Mittelmeer systematisch kriminalisiert und verhindert, wodurch
1294 die Flucht aus Bürgerkriegsländern wie Libyen immer schwieriger und gefährlicher wird. Wir
1295 stehen an der Seite der zivilen Seenotrettung und begrüßen die Entscheidung der
1296 Bundesregierung sie zukünftig finanziell zu unterstützen. Die Unterbringung von Geflüchteten
1297 in menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos oder in Lipa an der kroatischen
1298 Grenze, zeigt das Scheitern der bisherigen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir
1299 fordern stattdessen eine solidarische und menschenrechtsbasierte europäische
1300 Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires und individuelles Asylverfahren

1301 zusichert. Hierzu gehört auch, dass wir den gesetzlichen Spielraum ausschöpfen, damit sich
1302 Landesbeam*innen nicht länger an menschenrechtswidrigen Frontex-Einsätzen beteiligen.

1303 Als Land Berlin nehmen wir frühzeitig und wirksam Einfluss auf die entsprechenden
1304 Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist,
1305 Solidarität zu zeigen und Menschen aufzunehmen. Zusammen mit anderen aufnahmebereiten
1306 Ländern und Kommunen in Deutschland und Europa setzen wir uns dafür ein, dass solidarische
1307 Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik wieder gestärkt werden. Gemeinsam
1308 fördern wir die Willkommenskultur und beteiligen uns aktiv in Netzwerken wie Solidarity
1309 Cities und dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“. Bislang sind wir mit unserem
1310 Landesaufnahmeprogramm immer wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese
1311 Ablehnung ist für uns Ansporn. Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für
1312 Geflüchtete aus den griechischen Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür
1313 sogar gegen das Bundesinnenministerium klagt. Wir werden die Klage weiterverfolgen. Auch bei
1314 der künftigen Bundesregierung werden wir uns für die Zustimmung zur Aufnahme einsetzen.
1315 Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige Geflüchtete.

1316 Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern, die Aufnahmekapazitäten deutlich
1317 ausbauen und neue Aufnahmeprogramme starten. Wir sorgen dafür, dass unbegleitete
1318 Minderjährige, alleinfliehende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen,
1319 Ältere, LSBTIQ*, Familien, Personen mit psychischen Erkrankungen und besonders
1320 schutzbedürftige geflüchtete Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung, Betreuung
1321 und Unterbringung bekommen, die sie benötigen. Dabei schützen wir sie in allen
1322 Verfahrensschritten vor Diskriminierung und bieten entsprechende Unterstützungs-, Beratungs-
1323 und Empowerment-Angebote an.

1324 Bei der Aufnahme Schutzsuchender werden wir alle landesrechtlichen Spielräume ausnutzen und
1325 uns dabei auch für die Erteilung humanitärer Aufenthaltstitel durch die zuständigen Behörden
1326 einsetzen. Auch Menschen ohne Papiere oder mit prekärem Aufenthaltsstatus haben ein Recht
1327 auf ein Leben in Würde. Das bestehende Aufenthalts- und Asylrecht verweigert ihnen vielfach
1328 einen langfristig gesicherten Status und damit die soziale, wirtschaftliche und kulturelle
1329 Teilhabe an der Stadtgesellschaft. Zur Wahrnehmung ihrer Rechte in asyl- und
1330 ausländerrechtlichen Verfahren, beim Zugang zu Wohnen, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheits-
1331 und sozialen Leistungen sind diese Menschen abhängig von einer niedrigschwelligen Rechts-
1332 und Sozialberatung. Diese wollen wir stärken und langfristig sichern. Ebenso stärken wir den
1333 anonymen Krankenschein, denn Gesundheit ist ein Menschenrecht.

1334 **Eine echte Willkommensbehörde für Berlin**

1335 Berlin profitiert seit Jahrhunderten davon, dass Menschen aus anderen Ländern hier ein neues
1336 Zuhause finden – egal ob freiwillig in der Hoffnung auf ein besseres Leben, auf der Suche
1337 nach neuen Herausforderungen oder unfreiwillig die alte Heimat aufgebend. Sie bringen neue
1338 Ideen mit, bereichern die Stadt mit ihren einzigartigen Erfahrungen und sorgen für soziale
1339 wie technologische Innovationen. Hier ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft
1340 schon lange Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es
1341 jetzt schon ist: Etwa drei von zehn Berliner*innen haben einen Migrationshintergrund, etwa
1342 die Hälfte davon besitzt den Pass eines anderen EU-Landes. Nun gilt es, diese Realitäten in
1343 Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und
1344 freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt
1345 für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln und alle nötigen
1346 Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und
1347 Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln. Zudem werden die neuen Einwohner*innen der
1348 Stadt bei dieser Behörde alle Amtsgeschäfte mit Landes- und Bezirksbehörden nach dem Prinzip
1349 des einzelnen Schalters auch in Fremdsprachen anstoßen können. Menschen ohne ausreichende

1350 Deutschkenntnisse werden von der Behörde im Umgang mit der Verwaltung unterstützt. Die
1351 Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt werden.
1352 Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort
1353 angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe
1354 soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten
1355 der Betroffenen nutzen. Berlin setzt sich beim Bund dafür ein, dass Geflüchtete mit
1356 subsidiärem Schutz Reisedokumente mit ihrem Aufenthaltstitel erhalten, damit niemand einen
1357 nationalen Pass in dem Land beantragen muss, aus dem er geflüchtet ist. Darüber hinaus
1358 wollen wir die in Berlin bis 2018 geltende Sonderregelung, die eine solche Passbeschaffung
1359 nicht zwingend machte, wieder einführen.

1360 Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
1361 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages
1362 verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im
1363 Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird.
1364 Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die
1365 Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
1366 ausgeschlossen sein. Abschiebungen dürfen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die
1367 Abschiebung in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan oder Syrien, ist
1368 inakzeptabel und muss beendet werden. Kein Mensch ist illegal – das bedeutet für uns
1369 Berliner Bündnisgrüne, dass wir Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam für grundsätzlich
1370 unangemessene Maßnahmen halten und uns auch auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen.

1371 Damit das Landesamt für Einwanderung eine echte Willkommensbehörde werden kann, braucht es
1372 eine mehrsprachige Online-Terminvergabe, mehrsprachige kostenlose Beratungsmöglichkeiten
1373 sowie ausreichend Personal, das Aufenthaltstitel zügig und unter Ausschöpfung der
1374 gesetzlichen Spielräume zugunsten der Antragsstellenden erteilt. Für das geplante
1375 Landeseinbürgerungszentrum (LEZ) fordern wir eine vereinfachte Online-Terminvergabe,
1376 beschleunigte und digitalisierte Einbürgerungsprozesse, schlanke und unbürokratische
1377 Verfahren von Beratung bis zur Einbürgerung sowie kurze Bearbeitungszeiten, damit wir die
1378 Einbürgerungen in Berlin kontinuierlich steigern können. Es darf nicht sein, dass
1379 Einbürgerungsverfahren jahrelang dauern. Daher fordern wir die deutliche Aufstockung des
1380 Personals für Einbürgerung, die Nutzung der Landesspielräume zu Gunsten der Antragstellenden
1381 und Einbürgerungslots*innen sowie eine Einbürgerungskampagne. Auch die anstehende Reform des
1382 Einbürgerungsrechts auf Bundesebene und die damit verbundene Ausweitung des
1383 Antragsteller*innenkreises muss rechtzeitig und angemessen eingeplant werden.

1384

1385 **Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen**

1386 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders
1387 Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen – selbst innerhalb der
1388 Europäischen Union – immer wieder massiver Repression ausgesetzt. Wir haben in dieser
1389 Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen aufgelegt, die in ihrer Heimat
1390 politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus Journalismus, Kultur, Wissenschaft
1391 und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in Berlin in Sicherheit zu leben.
1392 Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem gemeinsamen institutionellen Dach,
1393 einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein starkes Signal für den Schutz von
1394 Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein
1395 „Friedensforum“ entsteht, das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und
1396 gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

1397 **Berlin ist Fairtrade-Town – das verpflichtet zu Verantwortung**

1398 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen
1399 Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische
1400 Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und
1401 Importeur*innen müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die
1402 Auszeichnung Berlins als Fairtrade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses
1403 waren dafür erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine
1404 faire und ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über
1405 Computer und Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig
1406 einkaufen. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns für ein wirksames Lieferkettengesetz mit
1407 verbindlicher Haftungsregelung ein, damit Unternehmen weltweit menschenrechtliche und
1408 umweltbezogene Sorgfaltspflichten einhalten müssen, Betroffene Zugang zu Gerichten in
1409 Deutschland bekommen und Verbraucher*innen Transparenz erhalten.

1410 **Mit Europa im Herzen – engagiert und verantwortungsbewusst**

1411 Für uns als größte Stadt der Europäischen Union ist es unser Selbstanspruch, eine
1412 verantwortungsbewusste und global-solidarische Politik der EU aktiv mitzuprägen. Dazu wollen
1413 wir die Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes vollumfänglich nutzen. In Berlin leben rund
1414 420.000 Bürger*innen aus anderen EU-Ländern – Europa ist Teil unseres Alltags, unsere
1415 Herausforderung und unsere historische Chance zugleich. Um diese Vielschichtigkeit Europas
1416 besser zu vermitteln, wollen wir Europabildung einschließlich Kolonialgeschichte in
1417 Bildungseinrichtungen anbieten und dazu mit möglichst vielen verschiedenen Berliner Trägern
1418 und Verbänden kooperieren. Um der wachsenden Rolle von Kommunen und Metropolen in der EU
1419 gerecht zu werden, setzen wir uns zusammen mit unseren europäischen Partnerstädten für eine
1420 direkte Vergabe von EU-Mitteln an Kommunen ein.

1421 **Soziales Europa statt Ausbeutung**

1422 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf
1423 Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer
1424 Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des
1425 Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und
1426 wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
1427 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-
1428 Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung
1429 unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das
1430 Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können.
1431 Auf Bundes- und EU-Ebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft
1432 werden. In Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle
1433 Möglichkeiten geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des
1434 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben
1435 ist ein Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

1436 **Partnerschaften in der Europäischen Union**

1437 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang
1438 von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der
1439 Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.
1440 Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen
1441 Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem
1442 in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen,
1443 und Austauschprojekte von Schulen und Vereinen im Rahmen dieser Partnerschaft unterstützen.
1444 Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerken, die sich für Klimaschutz, den
1445 humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit einsetzen, wollen
1446 wir weiter ausbauen und stärken. Wir werden daher auch Berlins Mitgliedschaft im „Klima-

1447 Bündnis – Europäische Kommunen in Partnerschaft mit indigenen Völkern“ mit konkreten
1448 Aktivitäten beleben und unterstützen. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um
1449 noch stärker den Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der
1450 Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

1451 **Europa in Berlin**

1452 Wir wollen Europa in Berlin noch sichtbarer machen. Deshalb ist es gut, dass im Jahr 2021
1453 ein Bekenntnis zur Europäischen Union in die Berliner Landesverfassung aufgenommen worden
1454 ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der Bürgermeister besser in die
1455 Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen Sozialfond (ESF) und den Europäischen
1456 Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden werden. Außerdem wollen wir das
1457 europäische Programm „NextGenerationEU“ nutzen, um dem Klimawandel und der digitalen
1458 Transformation mit Zukunftsinvestitionen zu begegnen. Die Europabeauftragten auf
1459 Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Auch das
1460 Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen wir vereinfachen, indem diese
1461 Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt. Kleinen und mittleren Unternehmen,
1462 Vereinen und Initiativen wollen wir den Zugang zu Fördermitteln durch niedrigschwellige
1463 Beratungsangebote erleichtern.

1464 **Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1465 **1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen**

1466 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht
1467 erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien
1468 müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel
1469 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben: durch
1470 ein effektives Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung, einen
1471 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
1472 der Verwaltung. Und damit feministische Politik endlich als Querschnittsthema in allen
1473 Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche,
1474 datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und
1475 eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

1476 **2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur 1477 Terrorserie in Neukölln**

1478 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-Morden.
1479 Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt, aus der
1480 Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei Staatsanwälte in
1481 der Berliner Justiz umgesetzt werden. Betroffene fühlen sich vom Staat nicht mehr geschützt
1482 und noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und auch
1483 nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr 2012. Wir brauchen Klarheit über die Fälle, aber
1484 auch darüber, welche Rolle Berliner Polizist*innen und Staatsanwält*innen spielen. Darum
1485 haben wir direkt zu Beginn der Legislaturperiode einen parlamentarischen
1486 Untersuchungsausschuss eingesetzt und werden die Vorkommnisse dort aufs Genaueste
1487 untersuchen. Aufklärung schafft Vertrauen. Genau das braucht die Berliner Polizei. Bis zur
1488 Aufklärung der rechtsextremen Terrorserie und darüber hinaus stehen wir den Angegriffenen
1489 solidarisch beharrlich zur Seite, auch weil es sich dabei um einen Angriff auf unsere
1490 Gesellschaft als Ganzes handelt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Sicherheitsapparat die
1491 von rechter Gewalt Betroffenen wirklich schützt.

1492 **3. Bürger*innenräte in Berlin einführen**

1493 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und
1494 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die zu bestimmten Themen mit einem spezifischen
1495 Auftrag und den notwendigen Ressourcen temporär gebildet werden und die Institutionen
1496 repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das
1497 Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können.
1498 Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im
1499 Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen
1500 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen
1501 auf lokaler Ebene erhöhen.

1502 **4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten**

1503 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und
1504 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser
1505 in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von
1506 Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen
1507 Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang
1508 durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln
1509 müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und
1510 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

1511 **5. Eine Willkommensbehörde für Berlin**

1512 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde“
1513 das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer
1514 Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden
1515 – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs und die Verweisberatung zu Deutschkursen
1516 bis zur Arbeitserlaubnis. Die Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für
1517 Integration zuständigen Senatsverwaltung liegen. Auch die Zuständigkeit für das
1518 Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die Integrationsverwaltung übertragen werden.
1519 Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.

Beschluss

Kapitel 5: Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und
 2 kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe
 3 bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in
 4 der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen
 5 Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz
 6 und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von
 7 vor der grünen Regierungsverantwortung.

8 **Berlin war heruntergewirtschaftet**

9 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise
 10 ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch
 11 handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner
 12 Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigenen Wohnungsunternehmen
 13 „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW) und „Gemeinnützige Heimstätten-
 14 , Spar- und Bau-Aktiengesellschaft“ (GEHAG), die mittlerweile zum Verbund der „Deutsche
 15 Wohnen SE“ gehören. Regelmäßige Entwicklungskonzepte für die Bezirke und die Stadt und die
 16 Sicherung von Flächen für soziale Infrastruktur waren Fremdwörter – stattdessen wurden
 17 Schulstandorte verkauft. Berlin hing bei der Bezahlung der Beamt*innen weit hinter der
 18 Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, der Begriff Digitalisierung war für große Teile
 19 der Politik ein Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am
 20 Horizont erkennbar.

21 **Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen**

22 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. In der
 23 Wahlperiode 2016 bis 2021 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300
 24 Stellen aufgestockt. Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die
 25 Bezirkshaushalte konnten wir sogar um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro
 26 steigern. Diesen Weg gehen wir in der aktuellen Legislaturperiode weiter. Um
 27 Handlungsfähigkeit vor Ort zu schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme
 28 verstetigt und wieder in die Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“
 29 zurückgegeben. Der „Zukunftspakt Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben
 30 sich der Regierende Bürgermeister, alle zwölf Bezirksbürgermeister*innen und alle
 31 Senator*innen auf ein konkretes gemeinsames Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung
 32 effektiver und effizienter zu machen. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt gehen und die
 33 Modernisierung der Strukturen auf Landes- und Bezirksebene weiter zügig umsetzen.

34 **Das Berliner Vermögen halten und ausbauen**

35 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das
 36 Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen
 37 Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter
 38 bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den
 39 Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner

40 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei
41 wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen
42 kooperieren.

43 **Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten**

44 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen
45 die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem
46 Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO₂ reduzieren und die Reduzierung von
47 Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der
48 Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

49 **Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen**

50 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke
51 Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann
52 funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden
53 wir die sogenannte „gesamstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu Themen
54 und Aufgaben von gesamstädtischer Bedeutung wollen wir ressort- und ebenenübergreifende
55 Planungen und Strategien entwickeln und entsprechende Zielvereinbarungen zur Umsetzung
56 schließen. Um sicherzustellen, dass die mit den Zielvereinbarungen gesetzten Ziele
57 eingehalten werden, wollen wir hierfür die Fachaufsicht der jeweils zuständigen
58 Senatsverwaltung wieder einführen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen
59 Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren
60 wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir sehen den
61 demografischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung. Damit frischer Wind in
62 die Verwaltung kommt, machen wir das Land Berlin zu einem attraktiven Arbeitgeber, bei dem
63 sich Mitarbeitende wohl und willkommen fühlen. Wir richten das Arbeitsumfeld auf die
64 Bedürfnisse der Menschen aus: Mit zeitgemäßer Arbeitsplatzausstattung, flexiblen
65 Arbeitsmodellen und neuen Raumkonzepten für kreatives Arbeiten und zum Austausch unter
66 Kolleg*innen werden wir neue kluge Köpfe werben und binden, Motivation und Eigeninitiative
67 fördern und die Berliner Verwaltung so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser
68 Stadt längst ist.

69 **Lokale Demokratie in den Bezirken stärken**

70 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken,
71 so dass die Bezirke über die Aufgaben, die sie in eigener Verantwortung wahrnehmen,
72 tatsächlich vor Ort entscheiden können. Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach
73 Parteienproporz besetzen, sondern eine echte „Bezirksregierung“ schaffen, also ein
74 Bezirksamt mit klaren Verantwortlichkeiten für die Entscheidungen auf der einen Seite und
75 klarer Oppositionsrolle der nicht im Bezirksamt vertretenen Parteien auf der anderen, die
76 dafür zusätzliche Rechte für ihre Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
77 erhalten. Nur mit einem solchen „politischen Bezirksamt“ wird für die Bürger*innen
78 ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit geht einher, dass wir die
79 Bezirksverordnetenversammlungen stärken wollen, zum Beispiel dadurch, dass künftig noch mehr
80 ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben. Für die dafür erforderlichen
81 Änderungen in der Verfassung werden wir uns einsetzen.

82 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise
83 stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben
84 und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit
85 gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der
86 städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt
87 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad

88 folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte
89 und vielfältige Hauptstadt.

90 **5.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern, Berlin klimaneutral und gerechter machen**

91 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen
92 Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und
93 S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise
94 hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite
95 aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten
96 Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer*innen wurden mit
97 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der
98 Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Es wäre die falsche Antwort, die Kosten der
99 Krise mit überzogener Sparpolitik begleichen zu wollen, da sie die Krise nur noch teurer
100 macht. Daher bleiben wir auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen
101 Haushaltspolitik und dem Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die
102 Zukunft. Dazu gehört, eine gute Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu
103 investieren, Berlin klimaneutral zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Gerade im
104 Bereich der Förderungen bleibt im Moment noch zu viel Fördergeld ungenutzt. Wir wollen die
105 Strukturen der IBB reformieren, um zukünftig keine Mittel der EU, des Bundes oder des Landes
106 liegen zu lassen.

107 **Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe**

108 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert
109 von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums
110 haben wir in der Landeshaushaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt,
111 aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines
112 Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir
113 um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in
114 seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und
115 in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

116 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht
117 genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen und dabei neue Formen der
118 wirtschaftlichen Beteiligung von Bürger*innen etablieren. Zur langfristigen Stabilisierung
119 des Berliner Wohnungsmarktes und zur Sicherung einer guten sozialen und grünen Infrastruktur
120 streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in
121 gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grund und Boden für das Gemeinwesen und vergeben
122 öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren setzen
123 wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private Partnerships stehen wir
124 kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die öffentliche Hand entstehen und
125 Gewinne meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen sind zum Beispiel die
126 Zusammenarbeit von Energieanbieter*innen und Rathäusern zur Energieeinsparung (Energie-
127 Contracting) oder genossenschaftliche Beteiligungen von Bürger*innen. Sie können im
128 Einzelnen geprüft und gefördert werden.

129 **Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise**

130 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO₂-Emissionen
131 verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und
132 finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein Klima-Budget für die Haushalte
133 in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen und dem
134 davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer
135 Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere

136 Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an
137 – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften
138 Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und
139 systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit
140 einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur
141 Klima- und CO₂-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken
142 die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe
143 von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im
144 Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

145 **Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik**

146 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie
147 seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch
148 eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu
149 mehr Chancengerechtigkeit leisten. Dazu gehört die progressive Ausgestaltung der
150 Grunderwerbsteuer ebenso wie die Prüfung von Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der
151 Grundsteuer. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil
152 am Grundbesitz deutlich zu steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu
153 orientieren. Dazu braucht es eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu
154 gegründeten landeseigenen „Berliner Bodenfonds“ ausbauen und dabei mit
155 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

156 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Künftige
157 Konjunkturprogramme wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten. In den vergangenen Jahren
158 haben wir das Gender-Budgeting-Verfahren in Berlin novelliert und weiter vorangetrieben. In
159 der nächsten Legislaturperiode werden wir die Berliner Finanzpolitik durch ein
160 geschlechterspezifisches Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat, einen
161 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
162 der Verwaltung noch geschlechtergerechter gestalten. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass
163 sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der öffentlichen Förderung
164 widerspiegelt. Um Bürger*innen mehr direkte Mitsprache über die Verteilung von öffentlichen
165 Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt Bürger*innenhaushalt auch
166 auf Landesebene ein.

167 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf
168 Bundesebene. Das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit dem Investor*innen beim Immobilienkauf
169 die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur
170 Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen, auch um die
171 Schuldenbremse für die Länder flexibler zu gestalten. Wir wollen die Einführung einer neuen
172 Vermögensteuer zugunsten der Länderhaushalte, nicht nur um der immer größeren Ungleichheit
173 von Vermögen entgegenzuwirken, sondern auch um die notwendigen Bildungsaufgaben von der Kita
174 bis zur Hochschule zu finanzieren. Wir setzen uns zudem für die Einführung einer
175 Anzeigepflicht für sogenannte Steuergestaltung und ein Bundesfinanzamt für (internationale)
176 Konzerne und Einkommensmillionär*innen ein, um Steuereinnahmen wirkungsvoll zu sichern, und
177 wir werden keinen Steuerreformen zustimmen, die zu Mindereinnahmen führen und die Schere
178 zwischen Arm und Reich vergrößern.

179 **5.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient, digital und vielfältig**

180 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen
181 und Anträge von Bürger*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung
182 selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die
183 Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut
184 ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten

185 Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und
186 reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen
187 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards.
188 Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers
189 aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind
190 die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die
191 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden, ermutigt und in die Lage versetzt
192 werden, neue, bessere und schnellere Konzepte auf dem Weg zu diesem Ziel in die Umsetzung zu
193 bringen. Hierfür werden wir die enormen Hebelwirkungen als größte Arbeitgeberin Berlins
194 nutzen.

195 **Gesamtstädtische Steuerung als gemeinsames Handeln – die Beziehungen von Land und Bezirken** 196 **neu ordnen**

197 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng
198 zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen
199 Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und
200 zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen
201 Themen und Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung ressort- und ebenenübergreifende
202 Zielvereinbarungen treffen. Diese Zielvereinbarungen berücksichtigen neben quantitativen
203 auch qualitäts- und wirkungsorientierte Aspekte öffentlicher Leistungserbringung, die
204 gemeinsam entwickelt und abgestimmt werden. Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell
205 und finanziell stärken, um vor Ort zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

206 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung
207 der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen
208 Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen.
209 Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit
210 im Abgeordnetenhaus möglich.

211 **Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren**

212 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service-
213 und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger*innenamt weiterentwickeln, das so viele
214 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Ihnen zustehende
215 Leistungen sollen den Bürger*innen wo möglich proaktiv vorgeschlagen werden, die nötigen
216 Anträge fristgerecht schon vorausgefüllt mit den vorhandenen Daten der Bürger*innen
217 bereitstehen. Auf dieser Grundlage werden wir die Mehrsprachigkeit von Bürger*innendiensten
218 sowie Beratungs- und Informationsangeboten ausbauen. Das ist komfortabel für die
219 Nutzer*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können sich deren
220 Mitarbeiter*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern. Die bestehende
221 Ordnungsamt-App wollen wir zu einem umfassenden „Mängelmelder“ weiterentwickeln, um die
222 Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung zu modernisieren.

223 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir
224 digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt
225 dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes
226 Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird
227 automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen. Um Daten
228 systematisch zu erfassen und möglichst unabhängig nutzen zu können, wollen wir Datenhoheit
229 bei bestehenden Verträgen mit privaten Anbieter*innen prüfen und bei neuen sicherstellen.
230 Mit dem digitalen Bauamt beschleunigen wir energetische Modernisierungen und die Schaffung
231 bezahlbaren Wohnraums. Das Wohnungs- und Mietkataster ermöglicht eine effektive
232 wohnungspolitische Kontrolle.

233 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die
234 derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser
235 strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur, die mit
236 Durchgriffsrechten, Ressourcen und Budget ausgestattet ist. Damit das Zusammenspiel gut
237 funktioniert, werden wir den aktuellen Prozess zur Schaffung klarer IT-Rollen und einer
238 sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen weitertreiben und die
239 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen. Bis 2026 wollen wir alle
240 öffentlichen Gebäude ans Berliner Landesnetz angeschlossen haben und wir werden dafür
241 prüfen, inwieweit ein landeseigenes Unternehmen das Verlegen der fehlenden Glasfaserkabel
242 schneller meistert. Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der
243 Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben
244 Bürger*innen und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare
245 Verantwortlichkeiten, „Privacy by Design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e
246 gut ausgestattete*r IT-Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller
247 Vorhaben. Gleiches gilt für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und
248 Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel
249 Schulen – schaffen wir den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem
250 Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

251 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter*innen als
252 auch für die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen
253 Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden. Für neue
254 Vorschriften – von Gesetzen über Verordnungen bis hin zu Verwaltungs- und
255 Ausführungsvorschriften – soll es künftig einen Digitalisierungs-Check geben, damit wichtige
256 Fragen zur Umsetzung nicht viel zu spät gestellt werden und dann die Verwaltung überfordern
257 – sondern stattdessen „digital ready“ zur Verwaltungskultur wird. Schon für die Rechtsetzung
258 fordern wir daher digitaltaugliche Entscheidungen, in denen Recht, Organisation und IT von
259 Anfang an zusammen gedacht und multiprofessionell angegangen werden.

260 **Diskriminierungsfreiheit bei Anwendung Künstlicher Intelligenz**

261 Automatisierte Systeme und Künstliche Intelligenz (KI) können auch in der Berliner
262 Verwaltung einen wertvollen Beitrag leisten, wenn ihr Einsatz strengen Kriterien unterliegt,
263 um Diskriminierungsfreiheit und Transparenz sicherzustellen. Forschungsvorhaben und Start-
264 ups mit entsprechenden Schwerpunkten sollen besonders gefördert werden. Für den Einsatz von
265 KI in der öffentlichen Verwaltung sollen qualitätssichernde Prozesse, Tests und
266 Dokumentationspflichten vorgegeben werden, die die Entwicklung von möglichst objektiven,
267 gesetzeskonformen Algorithmen dokumentieren. Algorithmen und KI müssen auf ihre
268 Diskriminierungsfreiheit hin bewertbar werden. Dieser Prozess beginnt bereits bei der
269 Auswahl der Entwicklungsteams.

270 **Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig**

271 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter*innen. In den kommenden Jahren wird
272 ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen
273 große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute
274 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns
275 gelungen, dass Beamt*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der
276 Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-
277 Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger*innen, Austauschprogramme auch
278 mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangebote oder Möglichkeiten, die Laufbahn zu
279 wechseln, attraktive Perspektiven schaffen. Darüber hinaus werden wir die
280 Einstellungsverfahren in der städtischen Verwaltung weiter beschleunigen.

281 **Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-)**
282 **Behörden**

283 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-
284 Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und
285 den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die
286 Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können
287 dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven
288 potentiell Betroffener sicherstellen.

289 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren
290 Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color,
291 queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus
292 attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle
293 Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

294 **5.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort entscheidet sich unser Zusammenleben**

295 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam
296 Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016
297 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des
298 vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben deshalb die
299 Personalstellen in der letzten Legislaturperiode in den Bezirken um 20 Prozent angehoben,
300 die finanziellen Mittel sogar um 25 Prozent und führen diesen Weg in der aktuellen
301 Legislatur weiter fort. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um
302 diesen Weg fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute
303 Bürger*innendienstleistungen in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass
304 die Stadt funktioniert sowie mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

305 **Soziale und ökologische Qualität in die Finanzierung der Bezirke integrieren!**

306 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist zu einseitig an den Preisen ihrer
307 Dienstleistungen bzw. Produkte orientiert. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk
308 preiswerter erfüllt wird, besteht die Gefahr, dass andere nachziehen und die Qualität der
309 Leistungen sinkt. Diese Logik wollen wir durchbrechen, indem wir die mit der Kosten- und
310 Leistungsrechnung (KLR) verbundene Finanzierung (= Budgetierung) neu aufstellen. Wir wollen
311 neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen, denn sie sind auch ein
312 Merkmal guter Politik. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz und bei der sozialen
313 Infrastruktur. Wir wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes
314 Haushalten in die Logik der Bezirksfinanzierung integrieren. Dazu müssen die Finanzzuweisung
315 an die Bezirke und die Verteilung der Mittel innerhalb der Bezirke die soziale und
316 ökologische Qualität der Dienstleistungen ebenso berücksichtigen wie deren Mengen und
317 Kosten. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die Mittel geschlechtergerecht
318 eingesetzt werden, wollen wir weiter stärken.

319 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da
320 mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um
321 den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die
322 Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse
323 effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

324 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet
325 werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche
326 Angebote zeichnen sich durch viele Besucher*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer.
327 Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir ausprobieren, ob
328 und wie Kultur- und Weiterbildung und die mit den stadtweiten Zielvereinbarungen verbundenen

329 Aufgaben aus der Globalsummen-Budgetierung herausgenommen und stattdessen die Zuweisungen in
330 anderer Form berechnet werden können.

331 **Eigenständigkeit der Bezirke stärken**

332 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir
333 Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel
334 zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch
335 gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr
336 zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

337 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel
338 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig gesetzlich festgeschrieben an der
339 Erarbeitung und Bewirtschaftung der Bezirksplanfonds beteiligen. Wir wollen ein
340 Bezirkefinanzierungsgesetz beschließen, um Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit in der
341 finanziellen Zusammenarbeit zwischen Senat und den Bezirken festzuschreiben. Unrealistische
342 Einnahmenvorgaben wollen wir so vermeiden und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen –
343 inklusive höherer Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards. Die eigenständige
344 ämterübergreifende räumliche Entwicklungsplanung zur Konkretisierung der Berliner
345 Flächennutzungsplanung (FNP) und zur damit begründeten Sicherung von Flächen für das
346 Gemeinwohl und den Ausbau sozialer und grüner Infrastruktur muss wieder personell und
347 finanziell gesichert sein.

348 **Mehr Demokratie in den Bezirken**

349 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Deshalb wollen wir die
350 nötige Flexibilität für die Bezirksämter sichern, ihre Struktur nach politischen
351 Schwerpunktsetzungen selbstständig festzulegen. Gleiche und starre Geschäftsbereiche in
352 allen Bezirken lehnen wir ab. In Zukunft wollen wir die lokale Demokratie stärker mit Leben
353 füllen. Bislang werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen
354 Stadträt*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis, anders als auf Bundes- und Landesebene, wo
355 eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk
356 als „politisches Bezirksamt“ einführen und damit die „Einheitsgemeinde Berlin“ in ihrer
357 dezentralen Verantwortung stärken. Nur so wird für die Bürger*innen nachvollziehbar, welche
358 Parteien für welche Politik in der Verantwortung stehen. Mehr Demokratie bedeutet auch, das
359 bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen
360 die BVVen nur in einigen Bereichen über Entscheidungsrechte und können überall sonst
361 lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse
362 mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete die Möglichkeit erhalten,
363 auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem wissenschaftlichen Dienst
364 des Abgeordnetenhauses.

365 Auch die direkte Beteiligung von Bürger*innen wollen wir stärken. Lokale Partizipation soll
366 durch Bürger*innenräte und Bürger*innen-Haushalte dauerhaft etabliert werden. Dazu wollen
367 wir gemeinsam mit Wissenschaftler*innen die verschiedenen Ansätze evaluieren und jeweils
368 passende Formate in allen Bezirken etablieren.

369 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen
370 stark aufgebaut. Dies wollen wir fortsetzen, bis auch die Lücken der Vergangenheit
371 geschlossen sind. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene
372 übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen.
373 Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel ist, die
374 Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

375 **Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

376 **1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen**

377 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine
378 Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem
379 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in
380 außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass
381 Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische
382 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen
383 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller
384 Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grundstücke für soziale,
385 kulturelle und grüne Infrastruktur und vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur
386 noch als Erbbaurechte.

387 **2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken**

388 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr,
389 Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus.
390 Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO₂-Einsparpfad für
391 Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten
392 zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im
393 Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin
394 transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische
395 Entscheidungsfindung ein. Gleichzeitig ermutigen wir die Verwaltungen, neue Konzepte und
396 Technologien zu erproben und umzusetzen.

397 **3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken**

398 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies
399 führt nicht selten zu Doppelstrukturen und lückenhaften, unklaren Zuständigkeiten. Für uns
400 gilt der Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei
401 sollen Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer
402 einzelnen Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen
403 Zuständigkeit auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres
404 Zusammenspiel der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben
405 und Bürger*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir
406 auch die Modernisierung der Stadt.

407 **4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand**

408 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales
409 Bürger*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei
410 und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen
411 schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das
412 Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden.
413 Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den
414 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter*innen umfassend geschult
415 werden.

416 **5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!**

417 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke
418 basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten
419 Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner
420 Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste
421 Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit
422 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.

Beschluss

Kapitel 6: Wir sind bereit, Verantwortung für die Zukunft Berlins zu übernehmen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 21.01.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Als wir 2016 Verantwortung übernommen haben, war das Wort „Klima“ in Berlins Regierung ein
2 Fremdwort. Über Jahrzehnte war die Substanz der Stadt ausverkauft. Die Bezirke waren kaum
3 noch handlungsfähig, Busse und Bahnen fuhren mit der letzten Schraube. Eine aktive
4 Mietenpolitik gab es nicht, in Schulen war seit Jahren nicht investiert worden, genauso
5 wenig wie in Krankenhäuser. Polizei und Feuerwehr waren deutlich schlechter bezahlt als in
6 den anderen Bundesländern, Sozialarbeiter*innen waren in vielen Bezirken nicht mehr
7 existent. Und während in vielen Städten der Welt längst für die Verkehrswende gearbeitet
8 wurde, hatten die Regierenden in Berlin Autobahnen mitten durch die Stadt im Kopf.

9 **Wir haben umgesteuert – Berlin hat die Entscheidung**

10 Wir haben umgesteuert. Es hat viel Kraft gekostet, nicht alles hat auf Anhieb so
11 funktioniert, wie wir es uns vorgestellt haben, und wir sind noch weit von unserer Vision
12 entfernt. Aber wir haben eine Tür aufgestoßen, die Weichen sind neu gestellt. In diesem
13 Programm haben wir beschrieben, wo Berlin nach der Übernahme von Regierungsverantwortung
14 durch uns Grüne steht und wo wir hinwollen. Jetzt entscheidet sich, ob Berlin den Weg in
15 eine gute Zukunft tatsächlich geht.

16 Der Blick in die Welt zeigt – es stehen zwei Optionen zur Debatte: der Weg der rechten
17 Populist*innen, der Verfechter*innen illiberaler Demokratien, der Klimaleugner*innen und
18 Spalter*innen. Und der Weg in eine klimaneutrale, lebenswerte und gerechte, eine offene,
19 antirassistische und freie Weltstadt der Zukunft. Wir Grüne stehen für den zweiten Weg und
20 wir sind überzeugt: Die Zeit ist reif und es ist unsere Zeit.

21 **Ein Bündnis der Berliner Zukunftskräfte**

22 Berlin in die Zukunft zu führen geht nicht alleine. Als Partei, die aus vielen Bewegungen
23 entstanden ist, wissen wir, Zukunft wird nicht in Verwaltungen entwickelt, sondern in
24 breiten gesellschaftlichen Bündnissen. Aber es braucht Verantwortliche in Parlament und
25 Regierung, die bereit sind und dafür brennen, gemeinsam mit den Menschen in Berlin die
26 Zukunft zum Guten zu gestalten. Denn wir wissen, dass wir nur zusammen noch viel weiter
27 kommen.

28 Genau darum geht es uns. Mit dem Mandat der Berliner*innen sind wir bereit, Verantwortung
29 für die Zukunft dieser Stadt zu übernehmen.